

# **DDR-Geschichte(n) 2005**

**EIN EINBLICK IN DIE FORSCHUNGSWERKSTÄTTEN  
DER STIPENDIATINNEN UND STIPENDIATEN  
DER STIFTUNG ZUR AUFARBEITUNG DER SED-DIKTATUR**

**ZUSAMMENGESTELLT AUS ANLASS DES 5. STIPENDIATEN-KOLLOQUIUMS  
AM 11. UND 12. FEBRUAR 2004 IN BERLIN**

## Inhalt

Einleitung .....	3
Beiträge der Stipendiaten .....	3
Anhang .....	74
... gefördert durch: Stiftung Aufarbeitung .....	74
Programm des V. StipendiatInnenkolloquiums .....	77
Verzeichnis der abgedruckten Beiträge .....	78

Redaktion:  
Dr. Ulrich Mählert, *Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur*  
Layout:  
Katrín Moya, *Berlin*  
Berlin, Stiftung Aufarbeitung 2005

## Einführung



VON  
DR. ULRICH MÄHLERT

Seit 2001 hat die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur insgesamt 43 Promotionsstipendien vergeben. Die Arbeiten, die im Rahmen dieser Förderung verfolgt wurden und werden, spiegeln nicht nur die Breite des Themenfeldes wieder, sondern auch des Auftrages der Stiftung Aufarbeitung. 1998 als bundesunmittelbare Stiftung des öffentlichen Rechtes vom Deutschen Bundestag ins Leben gerufen, ist es der gesetzliche Auftrag der Stiftung, umfassende Beiträge zu einer gesamtgesellschaftlichen Auseinandersetzung mit den Ursachen, der Geschichte und den Folgen der Diktatur in der SBZ und DDR sowie der deutschen Teilung zu leisten. Sie fördert Projekte der politischen Bildungsarbeit, von Museen, Gedenkstätten und Archiven, von Verbänden (etwa der Opfer der SED-Diktatur) und – last but not least – von wissenschaftlichen Institutionen auf ideelle wie auch auf materielle Weise.

Im Bereich der Wissenschaftsförderung unterstützt die Stiftung zum einen den Wissenstransfer durch Zuschüsse zu Konferenzen und Kolloquien sowie zur Drucklegung von Forschungsergebnissen. Zum anderen setzt die Stiftung Aufarbeitung auf die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses, der mit dem Stipendienprogramm für die Geschichte der DDR und der deutschen Teilung interessiert werden soll. Die Forschungsfragen, denen sich die von der Stiftung Aufarbeitung geförderten Doktoranden stellen, umfassen politik-, wirtschafts-, kultur- und gesellschaftsgeschichtliche Themenstellungen, Regionalstudien sowie deutsch-deutsche und internationale Perspektiven. Der Wissenschaft stehen hierfür eine exzellente Quellengrundlage sowie ein mittlerweile beachtlicher Forschungsstand zur Verfügung, über den die von der Stiftung Aufarbeitung erarbeitete Publikation „Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung. Paderborn 2003“ umfassend informiert.

Erfreulicherweise hat sich der Kreis der Stipendiatinnen und Stipendiaten der Stiftung Aufarbeitung, die bundesweit ihre Projekte verfolgen, mittlerweile fast zu einem „virtuellen Promotionskolleg“ entwickelt. Neben dem jährlich stattfindenden Kolloquium der Stipendiaten sowie der Internationalen DDR-Forschertagung in Otzenhausen bietet die Stiftung Aufarbeitung zahlreiche andere Möglichkeiten zum wissenschaftlichen Austausch und zur wissenschaftlichen Weiterbildung an. Im September 2004 hatten die Stipendiaten erstmals selbständig ein fachöffentliches Kolloquium ausgerichtet, in der die deutsch-deutsche Nachkriegsgeschichte in ihrer „asymmetrisch-verflochtenen Parallelität in den Blick genommen werden soll. Einen wichtigen Beitrag zur Betreuung der Stiftungsstipendiaten leisten schließlich die Mitglieder des Fachbeirates Wissenschaft, die beim jährlichen Kolloquium aber auch darüber hinaus als stets geduldige Ansprechpartner für fachlichen und methodischen Rat zur Verfügung stehen.

Der vorliegende Reader wurde aus Anlass des fünften StipendiatInnenkolloquiums im Februar 2005 zusammengestellt. Die Reihenfolge der Beiträge entspricht dem Programmablauf der Zusammenkunft; das Programm ist im Anhang dokumentiert. Die Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler hatten sich der Herausforderung gestellt, ihre Forschung für diesen Reader in einer allgemein verständlichen Form, mit klaren Zeichenvorgaben zusammenzufassen. Für Stipendiaten, die bereits ein Jahr und länger gefördert werden, stand dabei mehr Raum zur Verfügung als für jene, die ihr Stipendium erst Anfang 2005 angetreten haben. Erfreulicherweise haben sich an diesem Projekt auch Doktoranden beteiligt, die Ihre Arbeit jüngst abgeschlossen haben bzw. unmittelbar vor dem Abschluss stehen und auf dem Kolloquium nicht vortragen werden.

Der Reader richtet sich nicht allein an die Stipendiatinnen und Stipendiaten der Stiftung Aufarbeitung. Er soll jene, die sich im Bereich Wissenschaft und politische Bildung mit diesen Themen beschäftigen, auf die Arbeiten der Doktoranden aufmerksam machen und zur Vernetzung beitragen. Anfragen an die Stipendiatinnen und Stipendiaten können über die Geschäftsstelle der Stiftung Aufarbeitung weiter geleitet werden. Auf der Homepage finden sich auch deren Emailadressen. Ebenfalls finden sich auf der Homepage [www.stiftung-aufarbeitung.de](http://www.stiftung-aufarbeitung.de) die Ausschreibungsbedingungen für die Stipendien des Jahres 2006. Bewerbungsschluss ist der 31. August 2005. Vielleicht regt dieser Reader auch Studierende, die derzeit ihr Examen machen, dazu an, sich nach dem Studium einer Dissertation zum Thema zuzuwenden.

## Wissenschaftspraxis und Gedächtnis. Untersuchung eines Spannungsfeldes am Beispiel der Historisierung der DDR



VON  
JENS HÜTTMANN

Die Akteure zeitgeschichtlicher Forschung sind – vor 1989 im geteilten ebenso wie danach im vereinigten Deutschland – in „double binds“ verstrickt. Kennzeichen einer Kommunikation nach solchem Doppelbindungsmuster ist, wie die Psychologen wissen, die Übermittlung scheinbar *entgegengesetzter* Botschaften, also z. B. Zuneigung im verbalen Ausdruck bei gleichzeitig nonverbal ausgedrückter Ablehnung.

Auf die Wahrnehmung und Bewertung der DDR-Geschichte vor und nach 1989 lässt sich dieses Theorem übersetzen, in dem die widersprüchlichen, teilweise entgegengesetzten, Anforderungen in den Blick genommen werden, mit denen Forscher/innen in ihrer Alltagspraxis konfrontiert sind: Wollen sie als Wissenschaftler/innen anerkannt werden, müssen sie die professionellen Standards des „Systems Wissenschaft“ einhalten. Hierzu eignen sie sich spezifische Erkenntnisse, Methoden und Traditionen ihrer jewei-

ligen Disziplin an. Andererseits ist Wissenschaft – so M. Weber in seinem berühmten „Objektivitätsaufsatz“ von 1904 – immer standortgebunden. Ebenso wie Erinnerungs- und Gedächtnisarbeit ist sie geprägt von normativen Orientierungen, Interessen, Wünschen und Ängsten der Gegenwart.

Frei nach H. Rothfels kann man deshalb sagen, dass Zeitgeschichte als Geschichte der mitlebenden Forscher/innen die Dichotomie von ‚historischer Vernunft‘ einerseits, ‚Emotionen‘ andererseits, als fragwürdig erscheinen lässt. ‚Objektivität‘ lässt sich deswegen immer nur in Anführungsstrichen haben, um die ‚historische Wahrheit‘ wird erbittert gestritten, eine ‚nüchterne‘ Herangehensweise an den Forschungsgegenstand ist manchmal unmöglich – geschweige denn für alle Beteiligten überhaupt wünschenswert.

Beide Momente – die wissenschaftsinternen und die wissenschaftsexternen – beeinflussen sich wechselseitig. In der Dissertation werden die Beziehungen zwischen beiden Polen untersucht, die als Spannungsfeld von Wissenschaftspraxis, Politik und Gedächtnis beschrieben werden: Inwiefern wurden und werden jeweils in den ‚Laboratorien‘ wissenschaftlicher „Produktion von Geschichte“ (D. W. Cohen) die konkreten Forschungsergebnisse von den „double binds“ beeinflusst?

Spezifiziert wird dies am Fall der DDR: Welche vielfältigen Möglichkeiten ergaben sich seit 1949 sowie gegenwärtig und zukünftig daraus, die DDR wissenschaftlich zu erforschen und – seit 1989 – zu historisieren? Zeitgemäß gefragt: Worin bestand jeweils der gesellschaftliche Nutzen und Nachteil der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der DDR? Gefragt wird aber nicht ausschließlich nach der politischen Orientierung oder Funktion der Autoren, ihrer Publikationen und ihrer Sichtweisen. Im Zentrum des Interesses stehen die dahinter ‚lauernden‘ Geschichtsbilder und Zukunftsentwürfe: Wie nähern sich die Verfasser ihrem Gegenstand, wie wird dieser definiert? In welche Kontexte wird das erzählte Geschehen eingeordnet? Wer kommt zu Wort, welche Sprache wird gesprochen? Welche Urteile werden gefällt? Schließlich: Welche Kontinuitäten und Brüche lassen sich über den politisch-kulturellen Rahmenbruch von 1989 hinweg beobachten?

Letztere Frage ist zentral, denn von ihr aus stellen sich Fragen nach der Erschütterung von Deutungsweisen seit dem für *alle* Beteiligten überraschenden Mauerfall. Wissenschaftsforschung und -geschichte haben wichtige Ansätze geliefert, die das Problem der Prognosefähigkeit von Sozial- und Humanwissenschaften für historisch-gesellschaftliche Prozesse insgesamt fokussieren – inwieweit taugen etwa Modelle, die von einfachen Ursache-Wirkungszusammenhängen durchzogen sind?

Um diese Fragen zu beantworten, werden Anregungen aus der Wissenschaftstheorie und -soziologie und aus historisch- und sozialanthropologischen Forschungen aufgenommen. In den Blick rücken Institutionen und Personen, die sich mit der Geschichte der DDR vor bzw. seit dem revolutionären Umbruch und der Vereinigung beschäftigt haben. Die Analysen beziehen sich aber nicht nur auf das engere „System Wissenschaft“; nicht allein ein generelles intellektuelles oder allgemein gesellschaftliches Klima ist das Thema. Zu prüfen ist, ob und auf welche Weise individual- bzw. familienbiographische Zusammenhänge bestimmte Blickweisen privilegiert oder auch ausge-

blendet haben. So betonte ein prominenter Deutschlandforscher in einem Interview: „Ich bin immer auch selbst politischer Akteur gewesen, ich besitze eine Laufgeschichte, das geht vielen Kollegen so“. Exemplarische Forscherkarrieren werden anhand von Fallvignetten vorgestellt, insbesondere generationsspezifische Orientierungen werden sichtbar. Nicht tatsächliche Generationseinheiten im Sinne K. Mannheims werden identifiziert, aber ein gemeinsames Potential, eine Gemeinsamkeit der Erfahrung, die für manche Akteure einen Generationszusammenhang hergestellt hat.

Methodisch wird eine Mehrebenenanalyse von Textanalyse, Experteninterviews, einer schriftlichen Befragung und einer (Co-)Zitationsanalyse durchgeführt, die im Hinblick auf die Relativität und Begegntheit der jeweiligen Zugänge als angemessen erscheint. Eine gegenwärtige Bestandsaufnahme wird in dem von der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur geförderten Forschungsbericht „Die ‚Gelehrte DDR‘ und ihre Akteure“ vorgenommen. Dort geht es um *aktuell* beobachtbare Strategien, Inhalte und Motivationen für die Auseinandersetzung mit der DDR in Forschung und Lehre – sie besitzen eine eigene Geschichte.

Indes, wie weit reicht das Gedächtnis der eigenen Zunft? Der Blick auf die Geschichte der westdeutschen DDR-Forschung ist notwendig, da die alltägliche Forschungspraxis zeigt, dass weit über 90 Prozent der gegenwärtig zitierten Literatur erst nach 1989 erschienen ist. Wie soll mit der älteren DDR-Forschung umgegangen werden? Kann man sagen, dass wir es in der gegenwärtigen Forschungslandschaft mit einer Verbesserung, einer Vermehrung oder primär einer Entwertung vorhandener Erkenntnisse über die DDR zu tun haben? Als auffällig zeigen sich wiederkehrenden Konjunkturen und Konflikte, z. B. in Bezug zum 17. Juni 1953: Wahlweise sahen Historiker/innen in ihm entweder den Beleg für das frühe Scheitern der SED, die ‚innere Staatsgründung‘ oder beides zugleich.

Das Verhältnis von Wissenschaft und Politik vor 1989 ist durch die prekäre Konstellation der deutsch-deutschen Beziehungen aus einer wissenschaftssoziologischen Perspektive besonders interessant. Ausgangspunkt ist, dass sich wissenschaftliche, politische und gesellschaftliche Kontexte gegenseitig beeinflussen, und dabei wird, je abhängig von Situation und Problematik, mal der eine, mal der andere Bereich die dominierende Rolle spielen. Da die Dominanz von Fall zu Fall verschieden ist, kann nicht generell festgelegt werden, welcher Bereich der determinierende Faktor ist – die Dominanzen wechseln. Die zentrale Frage in den Kapiteln, die sich der Zeit vor 1989 widmen, lautet deshalb: Was waren die entscheidenden internen und externen wissenschaftlichen Momente der Forschungsentwicklung?

Insgesamt stellt die Geschichte der westdeutschen DDR-Forschung auch die ihrer Verwissenschaftlichung und Professionalisierung dar; keineswegs aber verlief diese linear, sondern gebrochen. In den 1950er und 1960er Jahren scheint sie eher isoliert und vornehmlich in politikberatender Funktion, später erfährt sie vermehrt wissenschaftliche, vor allem interdisziplinäre Aufwertung. Der Adressat der „Wiedervereinigungswissenschaft“ (W. Bleek) war keineswegs ein engeres akademisches Publikum. So betont das SBZ-Archiv (ab 1968 Deutschlandarchiv) bis 1957 auf der Titelseite

und an seine Leser/innen gerichtet: „Das SBZ-Archiv wendet sich an alle Organe des Staates, der Parteien, der Presse, des Rundfunks, der Wirtschaft und des kulturellen Lebens. Das SBZ-Archiv liefert Unterlagen für Aufklärung und Abwehr: Besinnt euch auf eure Kraft – der Westen ist stärker!“

Generell sind die *expliziten* normativen Perspektiven der 1950er und 1960er Jahre auffällig. So untertitelte E. Richert sein erstmals 1964 und in mehreren Auflagen erschienenes Buch „Das zweite Deutschland“ mit dem Nachsatz „*Ein Staat, der nicht sein darf*“ (auf dem Titelbild in roter Farbe hervorgehoben!). Gleichzeitig wurden diese Freund-Feind-Orientierungen insbesondere von empirisch orientierteren Forscher/innen kritisiert. Alternative Deutungen sollten stärker am Selbstverständnis des „Modells DDR“ ansetzen, das für manche eine „kalkulierte Emanzipation“ versprach (R. Thomas).

Eine Konzeptualisierung dieser Zeit muss Überblendungen und Parallelitäten sichtbar werden lassen. Damit soll es u. a. auch gelingen, die heftig umstrittene Entfaltung des „kritisch-immanenten Ansatzes“, der etwa mit den Arbeiten von P. C. Ludz in den 1960ern verbunden ist, aus der ‚Frontstellung‘ herauszuheben. Denn selbst persönliche und zum Teil aggressiv vorgebrachte Vorwürfe politisch-konzeptueller Naivität oder politikanalytischer und normativer Verkürzung sollten nach 1989 manchen Buchtitel attraktiver machen (besonders heftig bei J. Hacker, dessen „Deutsche Irrtümer“, 1992, den Untertitel „Schönfärber und Helfershelfer der SED-Diktatur im Westen“ trägt).

Demgegenüber machen die bisherigen Ergebnisse deutlich, dass der „Immanenz“-Ansatz in seiner explizit strukturalistischen Prägung eine sehr viel größere Nähe zu jenen scheinbar konträren Arbeiten und Perspektiven aufweist, die sich auf Profil und Formen diktatorischer Herrschaft und Repression konzentrierten. Auffällig – und in Absetzung etwa zu den Publikationen Richerts – ist die stilistische Askese, die Abstraktion und die strikte Trennung von Beschreibungssprache und Quellensprache. Neu ist auch der Import damals aktueller Theorie-Konzepte vor allem aus den USA: der Aufstieg der Sozialgeschichte mit samt ihren Präferenzen für Modernisierungs-, Konflikt-, Eliten- sowie Systemtheorie.

Für diese Dynamiken ist Skepsis gegenüber dem Begriff der „Paradigmen-Wechsel“ (im Sinne Th. Kuhns) geboten. Denn ein Blick auf die DDR-Forschung vor 1989 zeigt auch in Zeiten von *normal science* nicht jeweils ein forschungsleitendes Paradigma, wonach sich die gesamte Disziplin gerichtet hätte. In den Blick fallen Parallelitäten und das *Nebeneinander unterschiedlichster Denkstile und Ansätze*. Kuhns Hinweis, wonach auch außerwissenschaftliche, z. B. politische, Aspekte Paradigmen in Schwierigkeiten bringen können, ist hingegen sehr relevant für die Arbeit.

Nach ihrem Untergang lässt sich mit der DDR nicht mehr unmittelbar Politik machen. Fraglich jedoch ist das Verhältnis von Wissenschaft und Gedächtnis, mit dem sich Geschichtspolitik machen lässt – wie eng soll es sein? Zur Analyse gegenwärtiger diesbezüglicher Strategien sind Ansätze sinnvoll, die (wie M. Halbwachs) die Produktion von Erinnerung in das Zentrum stellen.

„40 qualmende Jahre“ – so könnte in Anlehnung an eine von H. P. Schwarz vorgeschlagene Definition

Neuester Zeitgeschichte die Überschrift hierzu lauten. Schwarz umschreibt mit dem Begriff diejenige Geschichte, die zeitlich so nah ist, dass sie „noch qualmt“. Die zum Teil erbittert geführte Debatte um DDR-Geschichte ist geprägt von einer mehrere Jahrzehnte andauernden Auseinandersetzung über die angemessenen Formen des Umgangs mit dem Nationalsozialismus.

Obwohl die Lagerkämpfe aus den Anfängen der 1990er Jahre abgeklungen zu sein scheinen, sind auch gegenwärtig dominierende – und zudem recht unterschiedliche – Deutungsmuster von DDR-Geschichte zu beobachten. Zu diesem Zweck werden Cluster aktuell ‚typischer‘ Perspektiven beschrieben, die eine ‚mittlere‘ Akteursebene darstellen: Institutionelle Anbindungen und Muster werden so mit je individuellen Praktiken und Aneignungsformen in Verbindung gesetzt. Die ‚Forschertypen‘ werden jeweils durch einen prägnanten Leitsatz veranschaulicht.

Betont wird, dass bestimmte Akteursgruppen in bestimmten historischen Situationen einen quasi monopolistischen Zugang zur „Wahrheit“ von Geschichte geltend machen können. Andere Gruppen besitzen hingegen wenig Potential, ihre Deutungsmuster in den Bereich „des Wahren“ zu rücken. Neben „öffentlichem Interesse“ und „kollektiver Neugierde“ geht es hier um Ansprüche auf Definitionsmacht. R. K. Merton hat deshalb idealtypisch von „Insiderwahrheiten und Outsiderwahrheiten“ bzw. „Insiderunwahrheiten und Outsiderwahrheiten“ gesprochen. *Empirisch* können so je nach Stellung der Akteure mehr oder weniger privilegierte Möglichkeiten zur Durchsetzung unterschiedlicher Deutungsmuster sichtbar werden.

Die bisherigen Ergebnisse zeigen auffällige Kontinuitäten zu den Sichtweisen vor dem Mauerfall. So streitet etwa die analytische Insiderperspektive („Jenseits von Nostalgie und Anklage“) mit der delegitimierenden Insiderperspektive („Wir sitzen im Stasigebäude, das ist Anschauungsunterricht genug!“) um die Frage, wie weit die normativen Orientierungen die Forschungsergebnisse steuern sollten. Die legitimierende Outsiderperspektive („Der Difamierung und Delegitimierung etwas entgegensetzen“) und die delegitimierende Outsiderperspektive („Die DDR war im Chaos geboren und ist im Chaos untergegangen, dazwischen war auch nur Chaos“) stehen – was die innerakademischen Kontroversen betrifft – eher am Rand. Dies gilt in dieser Hinsicht auch für die skeptische Perspektive („Mainstream ist langweilig und stellt keine intellektuelle Arbeit im eigentlichen Sinne dar“).

Neben der großen Vielfalt an Diskursen über die DDR setzt die mit ihr befasste scientific community jedoch klare Prioritäten. So erreichen in der schriftlichen Befragung eindeutige und ‚scharfe Begriffe‘ wie „Totalitäre Diktatur“ und „Unrechtsstaat“ zur Kennzeichnung der DDR durchgängig höhere Zustimmungsraten als weniger eindeutige Bezeichnungen wie etwa „Moderne Diktatur“ oder „Kommode Diktatur“. Möglicherweise geht es bei einem Teil der Akteure, wie in den Interviews deutlich wird, um die „Angst, dass die politische Rahmung vergessen wird, die DDR darf nicht nur in Einzelfällen gesehen werden!“ Die wechselseitigen Wahrnehmungen deutsch-deutscher Geschichte, die besonders prägnant in der simplen Gegenüberstellung der ‚Erfolgsgeschichte West‘ und der ‚Misserfolgsgeschichte Ost‘ werden, sind unübersehbar.

Der ‚qualmende‘ Ertrag der Untersuchung soll – unter Anwendung des wissenschaftssoziologischen „Mapping of Science“ – eine ‚Landkarte‘ sein, in der zum einen die unterschiedlichen Perspektiven historischer Betrachtung der DDR im heutigen Deutschland lokalisiert werden können. Nicht um antiquarische Vollständigkeit geht es. Möglich aber werden soll es anhand der Karte, die Reichweiten, Grenzen und Konflikte der jeweiligen Deutungsmuster zu bestimmen, die sich seit 1949 wechselseitig und in Abgrenzung zueinander konstituieren. Insgesamt bewegt sich das Projekt an den Schnittstellen von Erinnerungspolitik, Themenkonjunkturen, Forschungsmethoden und Vermittlungsfragen zeitgeschichtlichen Wissens am Beispiel der DDR.

JENS HÜTTMANN, 1975 in Hamburg geboren, seit Januar 2004 Stipendiat der Stiftung, wohnt seit 1995 in Leipzig. Bis 2001 Studium der Politikwissenschaft, Soziologie und VWL an der Universität Leipzig. Seit 2003 dort Lehrbeauftragter am Institut für Politikwissenschaft und Redaktionsmitglied der Zeitschrift für Politische Psychologie (ZfPP, Universität Hamburg). Während des Studiums Mitarbeiter im Bildungswerk Weiterdenken (Dresden) bei der Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941–1944“. Danach am HoF Wittenberg – Institut für Hochschulforschung an der Universität Halle-Wittenberg.

### „Fromme Lebenswelt und globaler Horizont in der SED-Diktatur – Die Herrnhuter Brüdergemeine in der SBZ/DDR“



VON  
HEDWIG RICHTER

Wie konnte im real existierenden Sozialismus eine fromme Gemeinschaft mit zahlreichen Privilegien bestehen? Wie gelang es in der „Organisationsgesellschaft“ der DDR einer Gruppe von 5 000 Menschen sich eine unabhängige Lebenswelt zu schaffen? Wie konnte dabei trotz der Mauer globales Denken und Handeln gepflegt werden? Fragen dieser Art lassen erwarten, dass eine Untersuchung der freikirchlichen Herrnhuter Brüdergemeine neue Perspektiven auf das Verhältnis von Herrschaft und Gesellschaft, von Anpassung und Resistenz in der SED-Diktatur eröffnet.

Im 18. Jahrhundert gründeten mährische Asylanten unter dem Schutz des Reichsgrafen Zinzendorf in Sachsen den Ort Herrnhut. Ketzer aus ganz Deutschland, Theologen und Laien, Adlige und Bauern stießen hinzu. Sie entwickelten sich zu einer eigentümlichen religiösen Gemeinschaft, mit einem eigenen Kirchenstatut, aber immer in enger Verbindung zu den evangelischen Kirchen. Dank einer ausgeprägten Missionstätigkeit ist die Brüder-Unität, wie sie sich auch nennt, heute eine weltweite Kirche mit 750 000 Mitgliedern. Neben Herrnhut in der Oberlausitz gab es in der DDR neun weitere Herrnhuter Gemeinden – wobei die geistliche Gemeinde ohne „d“ sprachlich zur

Abgrenzung von der bürgerlichen Gemeinde mit „d“ benutzt wird.

Vor allem zwei Besonderheiten der Herrnhuter machten dem SED-Regime zu schaffen: Erstens ihre internationale Vernetzung; zweitens ihre abgeschottete Lebenswelt, in der sie enge soziale Kontakte pflegten, in eigenen Betrieben und ihren zahlreichen diakonischen Einrichtungen arbeiteten und ihren Alltag gemäß den Regeln ihrer christlichen Weltanschauung gestalteten. Dabei wollten die Herrnhuter loyale DDR-Bürger sein. Als Pietisten mit lutherischer Ausrichtung fühlten sie sich der Obrigkeit verpflichtet. Sie suchten nicht den Konflikt, sondern eine Form der Anpassung, die es ihnen erlaubte, auch im Sozialismus ihren Glauben leben zu können. Tatsächlich fand die Brüdergemeine ihr eigenes Arrangement, obwohl oder gerade weil sie dem Staat immer ganz deutlich machte, dass es Grenzen gab, deren Verletzung sie nicht duldeten. Dank dieser eigenen Form zwischen Anpassung und Widerstand spielten die Herrnhuter schließlich in den 80er Jahren eine ganz eigene Rolle: Nicht zufällig war es die Herrnhuter Textildruckerei, die die berühmten Aufnäher „Schwerter zu Pflugscharen“ druckte, und nicht zufällig tagte in den Räumen der Berliner Brüdergemeine während der Wendewochen der Runde Tisch.

Die Eigentümlichkeiten der Herrnhuter, die sie auch von anderen christlichen Kirchen unterschieden, versprechen neue Zugänge zu einem zentralen Problem der historischen DDR-Forschung: der Frage nach Reichweite und Grenzen diktatorischer Herrschaft. Um diese Frage auszuleuchten, sollen folgende Aspekte der Herrnhuter Brüdergemeine untersucht werden: Ihre Theologie und ihre Frömmigkeitspraxis, die Sozialstruktur der Gemeinden, die Interdependenzen zwischen Gesellschaft und Gemeinde und die Wechselbeziehungen zwischen dem Staat und der Herrnhuter Freikirche. Zudem bilden die internationalen Beziehungen der Brüder und Schwestern einen Schwerpunkt der Untersuchung. Da diese Felder von der Religions- bis zur Sozialgeschichte ganz unterschiedliche Bereiche betreffen, muss die Methodik entsprechend komplex sein und sowohl klassische politik- und sozialhistorische Fragen berücksichtigen als auch kulturanthropologische und mikrohistorische Zugriffe einbeziehen. Um die Alltagspraxis angemessen detailliert untersuchen zu können, werden in der Dissertation exemplarisch drei Gemeinden untersucht: Herrnhut, Ebersdorf in Thüringen und – als Großstadtgemeinde – Berlin. Der transferhistorische Aspekt soll besonders anhand der Beziehungen mit den Gemeinden in den USA beleuchtet werden.

Dem Phänomen der Herrnhuter wird man nur gerecht, wenn man es von allen Seiten beleuchtet: von seiner spezifischen Frömmigkeit, seinem abgeschotteten Milieu und seinem globalen Horizont her, aber auch hinsichtlich seiner spezifischen Einpassung in den Alltag der SED-Diktatur.

HEDWIG RICHTER, nach einem Sozialen Jahr in Israel studierte sie in Heidelberg, Belfast und Berlin Geschichte und Germanistik. Das Referendariat absolvierte sie an einem Berliner Gymnasium. Als freie Journalistin schrieb sie für die *taz*, die *Frankfurter Rundschau* und die *Freie Presse* (Chemnitz). Zuletzt erarbeitete sie im Auftrag der Volkswagen AG eine Studie über die italienischen Arbeitnehmer. Ihre Promotion wird von Prof. Dr. Ralf Jessen (Köln) betreut.

## Strategien der Verweigerung – Untersuchungen zum politisch-ästhetischen Gestus unangepasster filmischer Artikulationen im finalen Jahrzehnt des DDR-Sozialismus.



VON  
CLAUS LÖSER

Immer wieder fällt auf, welch besonderer Stellenwert dem Kino in totalitären Systemen eingeräumt wird. So verstand sich Joseph Goebbels als „Schirmherr des deutschen Films“. Kim Dschong Il verfasste, bevor er von seinem Vater Kim Il Sung die Herrschaft in Nordkorea übernahm, sogar eine eigene theoretische Schrift mit dem Titel „Über die Filmkunst“. Und obwohl sich der Ursprung der Lenin'schen Formel „vom Film als die wichtigste aller Künste“ nicht genau verifizieren lässt, hinterließ sie im gesamten Ostblock einen bis heute nachwirkenden, kulturpolitischen Flurschaden. Auch in der DDR. Selbstverständlich unterlag das Filmemachen – wie andere öffentliche Artikulationen auch – dem besonderen Argwohn der staatlichen Kontrollinstanzen. Seit der Gründung der DEFA durch die sowjetische Militäradministration am 4. Mai 1946 war und blieb der Film Chefsache im deutschen Osten. Ein dichtes juristisches Regelwerk und tief gestaffelte Kontrollinstanzen hatten auch auf diesem Sektor dafür Sorge zu tragen, dass nicht sein kann, was nicht sein darf.

Wer als junger Mensch im Kino seine künstlerische Passion erkannte und zum Beruf machen wollte, dem stand theoretisch der offizielle Weg über Abitur und Filmhochschule in die Studios von Babelsberg und Adlershof offen. Es muss hier nicht explizit ausgeführt werden, dass auf diesem Weg zahlreiche Bekenntnisrituale rechtzeitig für eine Aussiebung derjenigen sorgten, deren Persönlichkeitsbild nicht in die Normen des realsozialistischen Ideals passte. Wem es tatsächlich gelang, einen der wenigen Studienplätze belegen zu können, hatte in der Regel alle Naivität verloren und wusste, worauf er sich einließ.

Filmhochschulen unterliegen auf der ganzen Welt und auch heute strengen Zugangsregeln – sei es durch Prüfungen, sei es durch Studiengebühren. Und es ist der DDR-Kulturpolitik im Nachhinein nicht zum Vorwurf zu machen, die aus ihrer Sicht politisch wie künstlerisch am meisten geeigneten Kader auszusieben. Problematisch gestaltete sich jenseits dieser systemimmanenten Eliteförderung für die Ausgesiebten jedoch der Umstand, dass es neben dem offiziellen Weg offenbar keinen anderen gab. Eine Rekrutierung von Autodidakten oder Seiteneinsteigern war im DDR-Film nicht vorgesehen. Zwar existierte für selbst berufene „Hobbykünstler“ das den Bezirks- und Stadtkabinetten für Kulturarbeit untergeordnete „Volkskunstschaffen“, auch für Amateurfilmer. Doch reproduzierten sich in diesen Nischen lediglich im Kleinen jene Zensursysteme, wie sie auch beim „richtigen Film“ praktiziert wurden. Eine „Verordnung über die Lizenz- und Zulassungspflicht im Filmwesen“ legte bis in die kleinsten

Details hinein fest, dass sämtliche „nicht lediglich für den privaten Gebrauch“ bestimmte Filme bereits in der Vorbereitungsphase zur Genehmigung vorzulegen waren. Die letzte Ausgabe der Verordnung datiert vom 11. Februar 1976, aus jenem Jahr also, in dem durch den „Biermann-Schock“ die letzte Dekade des DDR-Sozialismus eingeläutet worden war. Spätestens ab diesem Zeitpunkt begannen auch auf dem Gebiet des Films, Künstler und Künstlergruppen den Gesetzesbuchstaben zu ignorieren, sich über das faktische Bilderverbot hinwegzusetzen und eigene mediale Wirklichkeiten zu entwerfen. Aus heutiger Sicht stellen gerade die im Zuge dieser Emanzipationstendenzen entstandenen filmischen Dokumente wichtige Korrekturen zur staatlich sanktionierten Ikonographie dar.

Anhand der Analyse von Werkbiographien und konkreter Filmbeispiele will die Arbeit untersuchen, inwieweit Bewegungsfreiräume innerhalb des offiziellen DDR-Filmschaffens überhaupt vorhanden waren und – falls ja – inwieweit sie genutzt wurden. Daneben wird sie sich auf Aktivitäten der unabhängigen Filmszene konzentrieren und deren Charakter, Qualitäten und Unterlassungen darstellen. In einem dritten Schritt soll die Situation der nach Autonomie strebenden Filmemacher der DDR mit der ihrer Kollegen in Polen, Ungarn, der Tschechoslowakei und Sowjetunion verglichen und herausgearbeitet werden, warum es im Osten Deutschlands letztlich nicht zur Herausbildung einer innovativen Filmsprache gekommen ist, die mit der ihrer „Bruderländer“ zu vergleichen gewesen wäre.

CLAUS LÖSER, geboren 1962 in Karl-Marx-Stadt (Chemnitz), Abitur, diverse Tätigkeiten, seit 1990 Programmgestalter für das BrotfabrikKino Berlin, seit 1992 freier Autor, 1995 Diplom an der Filmhochschule Potsdam-Babelsberg, 1996 Gründung des „ex.orientelux“-Filmarchivs und Herausgabe des Buches „Gegenbilder“, seit 1998 Lehrtätigkeit, zahlreiche filmhistorische Vorträge und Beiträge in Büchern und Periodika, Mitwirkung in Jurys und Gremien, lebt und arbeitet in Berlin.

## Die Geschichte des institutionalisierten Marxismus-Leninismus am Beispiel der Friedrich-Schiller-Universität Jena 1945 bis 1990



VON  
MICHAEL PLOENUS

Neun Tage nach der feierlichen Wiedereröffnung der Jenaer Universität geriet ausgerechnet die erste offizielle Veranstaltung zum Eklat. Am 24. Oktober 1945 eröffnete der KPD-Funktionär Georg Schneider in der vollbesetzten Aula eine Vortragsreihe zu aktuellen politischen Fragen mit einem Referat über die Potsdamer Beschlüsse. Er sah sich allerdings mit einer alles andere als wohlwollenden Zuhörerschaft konfrontiert. Die Studenten, denen die Anwesenheit zur Pflicht ge-

macht worden war, quittierten seine unsensiblen und wenig geschickten Ausführungen mit Scharren, Gelächter und Zwischenrufen – nicht zuletzt auch deswegen, weil ihnen Schneiders Nibelungentreue zur Sowjetunion bekannt und suspekt war. In großer Erregung rief der Politiker deshalb drohend ins Auditorium: „Ich verstehe, daß mancher von Ihnen nicht gewöhnt ist, hier von dieser Stelle aus solche Lektionen zu hören, wie Sie sie heute zu hören bekommen. Sie werden aber in nächster Zeit öfter solche Lektionen hören, und ich glaube, es liegt in ihrem Vorteil, sich zumindest über derartige Lektionen Gedanken zu machen. Das Erziehungswesen, so wie es bisher gewesen ist, ist untragbar, unhaltbar. Und gerade Sie, die Jugend, Sie müssen umerzogen werden.“

Gleichsam im Affekt hatte Schneider damit die beiden wichtigsten Ziele kommunistischer Hochschulpolitik umrissen: Umbau und Umerziehung. Von Anfang an ging es der KPD bzw. der SED um mehr als die bloße Austreibung nationalsozialistischen Ungeistes und die Entlassung einiger professoraler NSDAP-Mitglieder. Die Genossen drängten vielmehr auf einen bildungspolitischen Neubeginn. Zum einen wollten sie die soziale Zusammensetzung von Studentenschaft und Lehrkörper zugunsten bislang benachteiligter Schichten verändern und das sogenannte bürgerliche Bildungsprivileg brechen. Zum anderen bedeutete ein Neuanfang in kommunistischer Lesart die zwingende Etablierung und dauerhafte Institutionalisierung des Marxismus-Leninismus (ML) an den höchsten deutschen Bildungsstätten und seine Durchsetzung als alleinige Welterkenntnis- und -verständnismatrix.

Bereits im Oktober 1946 gelang es Thüringer Genossen mit etwas Glück und der Autorität der SMAD im Rücken, in Jena ein Institut für dialektischen Materialismus zu gründen. Zwar blieb der Erfolg dieses universitätsgeschichtlichen Novums weitgehend auf seine papierne Existenz beschränkt, doch hatten die Kommunisten damit erstmalig einen institutionellen Fuß über die akademische Schwelle gesetzt. Nur wenig später öffneten in Jena, Leipzig und Rostock auf Befehl der Sowjets Gesellschaftswissenschaftliche Fakultäten (Gewifa) für ausgewählte Studenten ihre Pforten, die möglichst schnell den eklatanten Mangel der SED an ideologisch geschultem Personal ausgleichen sollte. Die Jenaer Gewifa war dort gleichsam das zweite wichtige Einfallstor für die Kommunisten. Der direkte Einfluß der Partei auf den Lehrplan und die Auswahl von Lehrenden und Lernenden sicherte ihr die politisch-ideologische Homogenität der Fakultät. Allerdings erfüllten weder das Institut für dialektischen Materialismus noch die Gewifa die hochgesteckten Erwartungen ihrer Initiatoren. Die dauernden personellen und organisatorischen Mängel offenbarten schell den provisorischen Charakter. Zudem blieb die erhoffte propagandistische Breitenwirkung aus. Dennoch spielten beide Jenaer Häuser in der Nachkriegszeit die Rolle der „roten Avantgarde“. Wie ein Keil schoben sich die Kommunisten von diesen Basen aus immer tiefer ins traditionelle Universitätsgefüge und gewannen an ideologischem Einfluß und institutionellem Raum.

Der entscheidende Schritt aber erfolgte schließlich im Herbst 1951. Mit der zentralen Einführung eines gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudiums initiierte die SED die obligatorische und prüfungsrelevante Beschäftigung ausnahmslos aller Studenten mit den Grundzügen der kommunistischen Weltanschauung.

Trotz aller subtilen und offenen Proteste hielt die SED an diesem Zwangsstudium bis zum Untergang der DDR fest und weitete die weltanschaulichen Pflichtübungen über die Jahre hinweg sogar auf alle Universitätsangehörigen aus. Am Ende sah sich von der Putzfrau bis zum Professor jeder Universitätsmitarbeiter von einem komplexen System sogenannter marxistischer Aus- und Weiterbildung erfasst.

Als Transmissionsriemen dienten dabei eigens gegründete Institute für Marxismus-Leninismus (IML), die fortan zum typischen Erscheinungsbild der „sozialistischen Universität“ gehörten und als Parteieinrichtungen hauptsächlich Propaganda- und Erziehungsaufgaben hatten. Ihr erklärtes „Bildungs“ziel war die sogenannte sozialistische Persönlichkeit, also der idealerweise mit der SED und ihrer Politik gleichsam verschmolzene Kader. Doch für die ML-Einrichtungen gestaltete sich die Umsetzung dieses Schulungsauftrages – nicht nur in Jena – von Anfang an schwierig. Die Geschichte der IML ist, kurz formuliert, die Geschichte einer Abfolge von zahlreichen Improvisationen (in der Lehre), allmählicher Resignation (wegen der ausbleibenden Erfolge) und individueller Kompensation (Konzentration auf die Forschungsarbeit).

Nach ihrer Gründung hatten die ML-Institute zunächst mit großen personellen Widrigkeiten zu kämpfen. In den ersten 15 Jahren ihrer Existenz waren sie überall in der DDR chronisch unterbesetzt. Die wenigen einsatzbereiten Mitarbeiter, von denen die meisten nur ideologische „Schnellkuchen“ wie die Gewifa absolviert hatten, waren mit ihren Lehraufgaben – trotz der dogmatischen Standardisierung – zeitlich, inhaltlich und nicht selten psychisch überfordert. Kaum älter als die Studenten, vor denen sie sprachen, klebten sie förmlich an den mühsam und kollektiv erarbeiteten Vorlesungsmanuskripten und vermieden offene Diskussionen. Hinzu kam, dass die Genossen als Propagandisten nicht nur für ihre Hochschule, sondern auch für andere staatliche und Parteieinrichtungen im Territorium verantwortlich zeichneten und quasi dauernd im Einsatz waren.

Unter den zeit- und kräfteaubenden Verpflichtungen litten zwangsläufig die wissenschaftlichen Qualifizierungsarbeiten. Anfang der fünfziger Jahre besaßen einige Mitarbeiter zum Teil noch überhaupt keine abgeschlossene akademische Ausbildung und mussten erst einmal extern das Staatsexamen nachholen. An eigene wissenschaftliche Forschungen war da noch nicht zu denken. In Jena dauerte es immerhin acht Jahre, bis 1959 die erste Dissertation verteidigt werden konnte, und noch im Studienjahr 1962/63 führten an der Salana nur fünf von 54 Mitarbeitern des IML den Dokortitel. Das deckte sich mit den landesweiten Zahlen. Von den insgesamt 440 Mitarbeitern des Gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudiums im Jahre 1957 waren nur 25 promoviert, 20 standen vor dem Abschluss und 140 hatten gerade einmal mit einer Dissertation begonnen. Promotionszeiten von zehn Jahren und länger waren keine Seltenheit. Die oft kolportierte Ansicht, die Institute für Marxismus-Leninismus seien der Inbegriff der wissenschaftlichen und didaktischen Inkompetenz gewesen, ist für das erste Jahrzehnt nach ihrer Gründung sicher nicht von der Hand zu weisen. Doch ab Mitte der sechziger Jahre entspannte sich die Lage sichtlich. Besser ausgebildete Kader aus gänzlich „unverdächtigen“ Fachrichtungen konnten rekrutiert werden. Sie wirkten oft



weniger dogmatisch und sahen sich mehr als Wissenschaftler denn als reine Propagandisten.

Zwar waren die „roten Institute“ nicht als Denkfabriken konzipiert, doch beförderte die berufsbedingte, dauernde ideologische Auseinandersetzung mit „feindlichen“ Weltanschauungen eine rege – freilich ambivalent zu bewertende – Forschungstätigkeit. Entlang der Dreiteilung des Marxismus-Leninismus in eine philosophische, eine ökonomische und eine historiographisch-politikwissenschaftliche Disziplin entwickelten sich verschiedene Forschungsschwerpunkte. Als die Reste des Jenaer IML im Frühjahr 1990 aufgelöst wurden, gab es drei Bereiche, die erhaltenswert schienen bzw. deren Vertreter ernsthaft für eine Weiterbeschäftigung an der Universität in Frage kamen. Zu nennen sind: eine Forschungsgruppe zu „Philosophischen Probleme der Naturwissenschaften“, die mit den Physikern kooperierte; ferner ein interdisziplinäres Zentrum für Konservatismusforschung unter Leitung von Ludwig Elm, das international Beachtung fand; schließlich eine Forschungsgruppe, die sich seit Herbst 1977 anspruchsvollen Editionsarbeiten im Rahmen der Marx-Engels-Gesamtausgabe widmete. Diesen „Glanzpunkten“ steht allerdings eine Vielzahl von missglückten oder recht zweifelhaften Unternehmungen gegenüber, von denen an dieser Stelle nur eine Arbeitsgruppe zur marxistisch-leninistischen Ethik oder eine zur soziologischen Industrieforschung genannt sein sollen.

Im Zentrum der tagtäglichen Arbeit stand allerdings zu keiner Zeit die Forschung, sondern stets die Apologie der SED-Politik. In einer Aufgabenbeschreibung von 1968 heißt es dazu beispielhaft: „Im Mittelpunkt der Gesamtheit des Studiums der Grundlagen des Marxismus-Leninismus und der klassenmäßigen Erziehung steht die Politik der Partei bei der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus (...) Das Studium der Politik der Partei wird verbunden mit der wachsenden Befähigung der Studierenden, sie in ihrer Tätigkeit durchzusetzen.“ Doch kaum ein Student war von dem lästigen politisch-ideologischen Pflichtpensum begeistert. Wo es ging, verweigerten sie sich die jungen Leute der „Rotlichtbestrahlung“. Texte wurden nicht gelesen, Vorlesungen geschwänzt oder Seminare durch Nichtbeteiligung lahmgelegt. Rücken deckung erhielten sie dabei anfänglich von der noch mehrheitlich bürgerlichen Professorenschaft. Mitte der fünfziger Jahre gab es in der gesamten DDR offene Proteste gegen das Grundstudium, die in der lautstarken Forderung nach seiner Abschaffung gipfelten. Aber angesichts des Scheiterns derartiger Bemühungen arrangierte man sich bald mit dem ungeliebten Nebenfach, ohne dass es jemals – trotz aller Verbesserungen, wie z. B. der Kopplung von Lehrinhalten an spezifische Fragen des jeweiligen Fachstudiums – an Attraktivität gewonnen hätte. Das Gros der Studenten übte sich in stiller weltanschaulicher Dissidenz bzw. Abstinenz und formulierte dort, wo es unumgänglich war, die gewünschten Lippenbekenntnisse. Auch die ML-Dozenten akzeptierten nach einigen Jahren des Engagements die Tatsache, dass sie ihre Schützlinge nicht erreichen konnten und konzentrierten sich daher auf ihre Forschungen oder ihr Privatleben. In den achtziger Jahren waren ML-Vorlesungen und –Seminare dann nicht viel mehr als seismographische Messungen um ihrer selbst willen. Die Zunahme an kleineren und mittleren politischen Beben innerhalb der Studentenschaft konnten die MLer nur noch achselzuckend registrieren.

Dass das Pflichtstudium und mit ihm das IML als erste universitäre Bastionen der SED im Herbst 1989 – zumindest in Jena – kampf- und geräuschlos fielen, konnte wohl niemanden wirklich überraschen.

Schon diese knappen Streiflichter auf einen wichtigen Aspekt ostdeutscher Universitätsgeschichte machen deutlich, dass es viel zu kurz greift, wenn man die ML-Institute zu „Augias-Ställen“ und ihre Vertreter pauschal zu „Verderbern des Geisteslebens“ erklärt, wie es bisweilen in Diskussionen geschieht. Doch gemessen an ihrer formalen Bedeutung, ist unser tatsächlicher Kenntnisstand über solche ideologietransferierenden Institute eher dürftig. Es mangelt an quellen gestützten Studien, die ihre gesamte Wirkungsgeschichte von den Anfängen nach 1945 bis zur „Abwicklung“ in den Blick nehmen und dabei sozial-, struktur-, ideologiegeschichtliche und biographische Aspekte miteinander verzahnen. Am Beispiel des IML der Friedrich-Schiller-Universität Jena soll daher stellvertretend die Geschichte eines solchen Instituts nachgezeichnet werden. Die Arbeit konzentriert sich dabei auf den vorrangigen Propaganda- bzw. Erziehungsauftrag und seine konfliktreiche Realisierung innerhalb traditioneller universitärer Strukturen. Das schließt den analytischen und bilanzierenden Blick auf Kontinuität und Wandel in der inhaltlichen und organisatorischen Gestaltung des Ideologietransfers ebenso ein wie die Untersuchung von Widerstand und Opposition gegen die weltanschauliche Bevormundung. Nicht minder wichtig ist die Beschreibung von kollektiven und individuellen Lebensläufen der Institutsangehörigen, deren Einzelleistungen in Lehre und Forschung zudem eine kritische Würdigung erfahren werden.

Michael Ploenus, 1972 in Sondershausen geboren, tritt im April 2004 sein Stipendium der Stiftung Aufarbeitung an, legte 1991 sein Abitur am Kirchlichen Proseminar Naumburg ab, studierte Neuere/Neueste Geschichte, Ev. Theologie und Soziologie in Jena und Brisbane/Australien, schloss 2000 sein Studium an der Uni Jena mit einer Magisterarbeit über die friedliche Revolution ab und beschäftigte sich dort als wissenschaftlicher Mitarbeiter mit der DDR-Universitätsgeschichte. Er ist verheiratet und Vater einer Tochter.

### **„Leadnation vs. Puppet Regime“: Der lange Weg zur diplomatischen Anerkennung der DDR durch die USA**



VON  
PHILIP ALEXANDER  
MATTHES

Am 4. September 1974 nahmen die Vereinigten Staaten von Amerika als 110. Staat der Welt und letzte der drei westlichen Siegermächte diplomatische Beziehungen zur Deutschen Demokratischen Republik auf. Mit der Unterzeichnung der Anerkennungsprotokolle zwischen der westlichen *Leadnation* und dem östlichen Gefolgsstaat ging die 25-jährige Ära der interna-

tionalen Ablehnung der ostdeutschen Staatlichkeit zu Ende. Bedingt durch die bundesdeutsch-amerikanische Erfolgsgeschichte, ist das Verhältnis zwischen dem „anderen“ Deutschland und den USA generell ein vernachlässigtes Kapitel in den deutsch-amerikanischen Beziehungen der Nachkriegszeit. Der Entwicklung von der amerikanischen Ächtung der DDR zur diplomatischen Akzeptanz des ostdeutschen Staates durch Washington ist folglich bisher wenig wissenschaftliche Aufmerksamkeit geschenkt worden. An dieser Stelle setzt das Dissertationsprojekt an und versucht zu erarbeiten, welche Faktoren für den Anerkennungsprozess ausschlaggebend waren. Die Arbeit will im Einzelnen untersuchen, inwiefern Ost-Berlins Initiativen in Richtung Washington, die durch die Détente veränderte Konstellation zwischen den Supermächten und die deutsch-deutsche Entspannung Anteil an der diplomatischen Aufwertung der DDR in Washington hatten. Diese Vieldimensionalität stellt bestimmte Anforderungen an die Arbeit. So darf sie nie die grundlegende Abhängigkeit der ostdeutschen Westpolitik von sowjetischen Vorgaben aus den Augen verlieren und muss stets die Auswirkungen der deutsch-deutschen Wechselwirkungen auf das Verhältnis zwischen der Schutzmacht und dem Antagonisten der Bundesrepublik im Auge behalten. Der geringe Forschungsstand macht die Erarbeitung einer breiten Quellenlage notwendig. Daher wurden neben veröffentlichten Quellen auch unveröffentlichte Dokumente aus dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, der Stiftung Archiv Parteien und Massenorganisationen der DDR, dem State Department, dem Auswärtigen Amt und vielen anderen amerikanischen und deutschen Archiven herangezogen. Der vordiplomatische Charakter der ostdeutsch-amerikanischen Beziehungen erschwert eine Analyse dieser Quellen dahingehend, dass für den größten Teil des Untersuchungszeitraums kein offizieller Dokumentenverkehr – z. B. in Form eines Notenwechsels oder von Verhandlungsprotokollen – vorliegt. Die Arbeit stützt sich daher vornehmlich auf die Kommunikation innerhalb der ostdeutschen bzw. amerikanischen Institutionen, die sich jeweils mit den Beziehungen zum „Hauptquartier des Imperialismus“ oder zum „puppet regime of the soviets“ beschäftigten.

Die Gründung der DDR 1949 kam keineswegs überraschend für die Administration Truman, die mit einer Antwort der UdSSR auf die Durchführung der Währungsreform in den drei Westzonen und die Gründung der Bundesrepublik rechnen musste. Dennoch konnte Washington im Sinne der *Containment*-Strategie die Nutzung der Sowjetisch besetzten Zone als Sprungbrett für ein gesamtdeutsches Ausgreifen des Kommunismus nicht tolerieren. Zur Bekämpfung der sozialistischen „Satrapie“ (Gerald R. Kleinfeld) in Ostdeutschland wurden die USA innerhalb der westlichen Welt zum Motor der Nichtanerkennungspolitik gegenüber dem ostdeutschen Teilstaat. Auch wenn die USA keine konkreten Schritte für eine mögliche Beseitigung des SED-Regimes unternahmen – in dem sie z. B. die Aufständischen vom 17. Juni 1953 aktiv unterstützt hätten – so war die Politik Trumans und Eisenhowers stets darauf bedacht, Ost-Berlin im Sinne der 1955 von Bonn entwickelten Hallstein-Doktrin weder de facto noch de jure anzuerkennen. Der Mauerbau 1961 markierte in dieser Hinsicht einen Wendepunkt. Mit der Schließung der Sektorengrenze vom

13. August hatte Ost-Berlin, wenn auch unter sowjetischem Schutz, die Initiative übernommen und den Westmächten die Mitverantwortung für ganz Berlin streitig gemacht. Das Ausbleiben alliierter Gegenmaßnahmen sowie die Beschränkung des amerikanischen Schutzversprechens auf West-Berlin waren deutliche Zeichen, dass Präsident Kennedy die Drohkulisse gegenüber Ost-Berlin nur so lange aufrechterhalten wollte, wie diese nicht zu einer Eskalation des Konflikts mit der UdSSR führte. Mit diesem Umdenken hatte Washington die Existenz des SED-Staates de facto anerkannt. Die, gegen den Einspruch Bonns in Washington, durchgesetzte Teilnahme der DDR am Atomteststoppabkommen im Jahre 1963 untermauerte die Abnahme der amerikanischen Entschlossenheit in Fragen der de facto Anerkennung und war ein erster Erfolg in der internationalen Durchsetzung des Zwei-Staaten-Konzepts (Joachim Scholtzseck)

Im Zuge der ab 1963 zunehmenden Entspannung zwischen den Blöcken versuchte die Partei- und Staatsführung in Ost-Berlin, verstärkt Kontakte in die USA zu knüpfen. Die Analyse dieser Kontaktsuche erfolgt auf der Basis des Ansatzes der transnationalen Beziehungen (Werner Link), der neben dem staatlich-politischen auch den Austausch zwischen nichtstaatlichen Akteuren beider Länder berücksichtigt. Bedingt durch das Fehlen diplomatischer Beziehungen sind die nichtstaatlichen Kontakte im Fall der ostdeutsch-amerikanischen Beziehungen von großer Bedeutung. Entscheidendes Merkmal dieser Bemühungen war die Lenkung nichtstaatlicher Akteure der DDR durch die politische Führung. Daher kann über den Ansatz der „Außenbeziehungen“ (Michael Lemke) hinaus durchaus von einer USA-Politik des SED-Regimes gesprochen werden. Die Zielgruppe für die Etablierung einer Gruppe von DDR-Sympathisanten war bewusst nicht zu eng gewählt. Die *Communist Party of the USA* (CPUSA) stellte als sozialistische Bruderpartei den natürlichen Verbündeten der SED in den Vereinigten Staaten. Die programmatische Übereinstimmung und die häufigen Kontakte konnten allerdings nicht über die relative Einflusslosigkeit der CPUSA im politischen Leben Amerikas hinwegtäuschen. Eine Anerkennungspolitik, die sich auf einen signifikanten Machtzuwachs der CPUSA stützte, schien daher zum Scheitern verurteilt. Für kurzfristige Erfolge benötigte der SED-Staat dem Kommunismus unverdächtige Fürsprecher aus mächtigen politischen Kreisen. Aus Mangel an sozialdemokratischen Alternativen in den USA suchte Ost-Berlin die Nähe zu den so genannten „realistisch denkenden“ Kreisen im Kongress. Die Hoffnung, man könnte demokratische Entspannungspolitik vor den Karren der Anerkennung spannen, trog jedoch gewaltig. Politiker wie Mike Mansfield und andere waren weder bereit, den Kontakt zu DDR-Vertretern aufzunehmen, noch ihre Détente-Forderungen um die internationale Aufwertung des SED-Regimes zu erweitern. Vor diesem Hintergrund versprach man sich in Ost-Berlin am ehesten Fortschritte von „unpolitischen“ Kontakten zu Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur in den USA. Diese Eliten sollten von der „Unbestreitbarkeit der Existenz“ des zweiten deutschen Staates überzeugt und für politisches *Lobbying* für die amerikanische Anerkennung der DDR gewonnen werden. Das SED-Regime hoffte z. B. durch eine vermehrte Öffnung des eigenen Marktes für amerikanische Unternehmen diese von der Not-

wendigkeit einer „politischen Normalität“ zwischen beiden Staaten zu überzeugen oder amerikanischen Geisteswissenschaftlern durch Forschungsaufenthalte in der DDR, die „Staatlichkeit“ vor Ort beweisen zu können. Die 1966 gegründete *American Society for the Study of the GDR* war ein Versuch der institutionellen Umrahmung einer DDR-Lobby und gleichzeitig der größte Erfolg der ostdeutschen USA-Initiativen. Doch selbst dieser, in der Spitze mehr als 300 Mitglieder zählenden Gesellschaft gelang es nicht, die Aufmerksamkeit der Regierungskreise in Washington auf das zweite Deutschland zu lenken. Über eine Sensibilisierung liberaler Kreise für die DDR kam die Politik Ost-Berlins nicht hinaus. Für den Misserfolg des *Anerkennungslobbyismus* waren drei Dinge verantwortlich. Erstens war das amerikanische Interesse an der DDR in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre marginal, so dass schnelle Erfolge ein Wunder bedeuteten hätten. Zweitens litt die USA-Politik Ost-Berlins, sowohl in finanzieller als auch in personeller Hinsicht, unter ständigem Ressourcenmangel, drittens machte die Fokussierung auf die Anerkennung des ostdeutschen Engagements in den Augen der amerikanischen Zielgruppe unglaubwürdig und viertens fürchteten die DDR-Eliten eine wirkliche Öffnung gegenüber dem Westen. Das SED-Regime vermutete nämlich hinter der Johnsonschen Osteuropapolitik des „selektiven Brückenschlags“ die von Bonn gesteuerte Absicht der Isolation der DDR im eigenen Block.

Zu Beginn der siebziger Jahre veränderten Personalwechsel in Washington, Bonn und Ost-Berlin die deutsch-amerikanische Ausgangslage. Die Übernahme des Weißen Hauses durch Richard Nixon 1969, die ebenfalls 1969 erfolgte Ablösung der großen durch die sozial-liberale Koalition und der Machtwechsel von Walter Ulbricht zu Erich Honecker 1971 schufen Voraussetzungen für eine positivere Entwicklung der ostdeutsch-amerikanischen Beziehungen. Basis der Annäherung zwischen den USA und der DDR war die Festschreibung der Rechte und Verantwortlichkeiten der vier Alliierten für Berlin und für Deutschland im Vier-Mächte-Abkommen 1971. Im Klima der amerikanisch-sowjetischen und der bundesdeutsch-sowjetischen *Détente* gelang es, die seit 1961 herrschende Ungewissheit in Berlin aus der Welt zu schaffen. Die Vereinigten Staaten sahen ihre Rechte in Berlin und Deutschland festgeschrieben und für die DDR bedeutete das Abkommen laut Erich Honecker einen großen Schritt in Richtung Anerkennung: „Die Äußerung der drei Westmächte über die Deutsche Demokratische Republik hat völkerrechtlich verbindlichen Charakter.“ Der diesem Zitat immanente ostdeutsche Druck, der mit einer pragmatischeren Politik Erich Honeckers in internationalen Fragen einherging, zeigte jedoch keine Wirkung. Trotz der Sicherung amerikanischer Rechte in Deutschland betrachtete die Administration Nixon eine mögliche Anerkennung der DDR vor dem Hintergrund zweier Entwicklungen. Zunächst prüften die USA die Sinnhaftigkeit einer solchen Maßnahme mit Bezug auf die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungsbeschränkungen und den Vietnamkrieg. Konnte die völkerrechtliche Akzeptanz des SED-Regimes auf diesen Gebieten keine Erfolge erzielen, so blieb sie zunächst aus. Passte eine Annäherung an die DDR in den Fahrplan der Verhandlungen zwischen Washington und Moskau, so prüften die USA die Angemes-

senheit einer Anerkennung mit Blick auf die deutsch-deutsche Situation. Trotz der identischen Richtung der „neuen Ostpolitik“ des Bundeskanzlers Willy Brandt und der *Détente* der Administration Nixon, misstrauten der Präsident und sein außenpolitischer Berater Henry Kissinger dem ostpolitischen Konzept der sozial-liberalen Koalition. Mit Rücksicht auf die Befindlichkeit der konservativen Opposition in Bonn wollte das Weiße Haus in Fragen der DDR keinesfalls zu früh aus der Deckung gehen. Die vom *State Department* 1972 erarbeiteten Vorschläge für eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur DDR wurden von Henry Kissinger und Richard Nixon abgelehnt. „*Keep it cool*“ lautete die im Dezember 1972 vom amerikanischen Präsidenten für die DDR-Politik ausgegebene Devise. Die Tatsache, dass die USA, ganz im Gegensatz zu Großbritannien und Frankreich, erwähnenswertes ökonomisches Interesse an besseren Beziehungen zur DDR hatte, erleichterte dieses Vorgehen ungemein. Die US-Diplomaten betrachteten folglich die Unterzeichnung des deutsch-deutschen Grundlagenvertrages und die Aufnahme beider deutscher Staaten in die UNO zwar durchaus interessiert, hatten aber keine Eile, das Verhältnis zum sozialistischen Deutschland neu zu gestalten. Im Gegensatz zu Paris und London, die ein zügiges und gemeinsames Vorgehen der Westalliierten in Sachen Anerkennung im Sinn hatten, hatte die Etablierung diplomatischer Beziehungen zur DDR in Washington keine Priorität. Neben dem Mangel an konkreten ökonomischen und politischen Interessen, sowie der Rücksicht gegenüber der konservativen Opposition in der Bundesrepublik war die fehlende Bereitschaft der DDR über mögliche Entschädigungen amerikanischer Juden für Verbrechen der Nationalsozialisten zu verhandeln maßgeblich für die Verzögerung der Anerkennungsgespräche bis Mitte 1974 verantwortlich. Erst nachdem Ost-Berlin gegenüber dem *State Department* und jüdischen Organisationen die Bereitschaft signalisiert hatte, nach der Herstellung diplomatischer Beziehungen über Entschädigungen sprechen zu wollen, konkretisierten sich die Gespräche und mündeten im Juli 1974 in Verhandlungen über Botschaftsgelände und -personal.

Schien der Weg zu intensiveren Beziehungen nach dem Austausch diplomatischen Personals geebnet, so wurde relativ schnell deutlich, dass praktische Fortschritte noch auf sich warten lassen sollten. Dieser Stagnation lagen zwei Motive zu Grunde. Die DDR betrachtete ihre diplomatische Aufwertung als Selbstzweck und scheute sich vor einer zu weiten Öffnung gegenüber dem Westen und der USA hatte die DDR wenig auf wirtschaftlichem und wissenschaftlichen Sektor zu bieten. Selbst beim Zusammentreffen Erich Honeckers mit Präsident Ford und Hermann Axens mit Außenminister Kissinger – der ersten und einzigen Zusammenkunft hochrangiger Politiker beider Staaten – am Rande der Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte in Helsinki 1976 kam man über den Austausch diplomatischer Unverbindlichkeiten nicht hinaus. Mit dem Abklingen der *Détente* Ende der siebziger Jahre wurden die grundlegenden Differenzen zwischen den Staaten und den Gesellschaftssystemen zunehmend evident. Der beständige Hinweis Washingtons auf die Menschenrechtsverletzungen des „Mauerstaates“ (Jürgen Große), die Vorenthaltung der Meistbegünstigung für die DDR und die bis zu sei-

dem Ende beharrliche Weigerung des SED-Regimes, eine substanzielle Wiedergutmachung für die Juden zu leisten, waren die Ursachen, dass es zu keiner Verbesserung des Verhältnisses bis zum Untergang der DDR kam. Die Etablierung diplomatischer Beziehungen 1974 war folglich der Höhepunkt des Verhältnisses DDR-USA. Die ostdeutsche Akzeptanz der Vier-Mächte-Rechte, die deutsch-deutsche Annäherung sowie die von Ost-Berlin in Aussicht gestellte Entschädigungsverhandlungen öffneten den Weg zur Erfüllung dieses tragenden amerikapolitischen Zieles des SED-Regimes. Zu einer grundlegenden Veränderung des politischen Gewichts der DDR in den USA kam es jedoch nicht. In Washington blieb die DDR stets „im Schatten der Bundesrepublik“ (Robert G. Livingston).

PHILIP ALEXANDER MATTHES, 1976 in Düsseldorf geboren, seit Januar 2004 Stipendiat, studierte Neuere und Mittelalterliche Geschichte, Politische Wissenschaft und Alte Geschichte in Würzburg, London und Bonn. Seine 2002 abgeschlossene Magisterarbeit über das deutsch-deutsche Verhältnis in den sechziger Jahren führte ihn zur Diplomatiegeschichte der DDR. Seit Juli 2003 arbeitet er, betreut von Prof. Scholtyseck an der Universität Bonn, an seiner Dissertation.

### **Die Öffnung der „Freundschaftsgrenze“ – Motive, Verlauf und Folgen der Einführung des pass- und visafreien Grenzverkehrs zwischen Polen und der DDR (1972–1980)**



VON  
RAFAŁ ROGULSKI-PYTLAK

1972, siebenundzwanzig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und elf Jahre nach dem Mauerbau, wurde zwischen der Volksrepublik Polen (VRP) und der Deutschen Demokratischen Republik der visafreie Grenzverkehr eingeführt. Bereits im ersten Jahr besuchten daraufhin rund 10 Millionen Polen die DDR und nahezu 7 Millionen Ostdeutsche ihren östlichen Nachbarstaat. Statistisch gesehen war damit allein im Jahre 1972 fast jeder zweite Ostdeutsche nach Polen gefahren! Noch nie zuvor hatte es in der polnisch-deutschen Geschichte einen quantitativ vergleichbaren, zwischenstaatlichen Grenzverkehr gegeben. Seit dem Kriegsende kam es erstmals zu massenhaften Kontakten zwischen Deutschen und Polen. Die unverhoffte Freizügigkeit zwischen den beiden geschlossenen Gesellschaften sollte nur acht Jahre währen. Bereits 1980 wurde der visafreie Reiseverkehr auf Betreiben der SED-Führung wieder eingestellt. Damit hoffte sie, ein Übergreifen der politischen Unruhen in Polen auf die DDR zu verhindern.

An beiden Seiten der Oder/Neiße-Grenze hatten sich zu Beginn der siebziger Jahre zwei junge, diktatorisch verfasste Staaten gegenübergestellt, deren Nachbarschaft indes durch eine lange Vorgeschichte

belastet war. Diesseits wie jenseits der Grenze war die parteistaatliche Propaganda – zumindest offiziell – bemüht gewesen, diese Belastungen zu negieren. Jenseits der gemeinsamen Vorgeschichte wiesen die Gesellschaften in der DDR und in der VRP Gemeinsamkeiten auf. Beiderseits der Grenze hatte sich der Gesellschaftsaufbau bzw. die Gesellschaftsstruktur im Rahmen der „sozialistischen Umgestaltung“ in der zweiten Hälfte der vierziger und in den fünfziger Jahren wesentlich gewandelt. Beide Gesellschaften waren im unterschiedlichen Ausmaß enturzelt: In den neuen Westgebieten Polens stammte ein hoher Prozentsatz der Bevölkerung aus dem von den Sowjets annektierten Ostpolen. Der Anteil der Flüchtlinge und Vertriebenen war in der DDR längs der Grenze zu Polen ebenfalls signifikant hoch. Mehr als zwei Jahrzehnte lebten diese Gesellschaften durch die neue Grenze getrennt nebeneinander, ohne einen Austausch pflegen zu können, der über offizielle Kontakte in Politik, Wirtschaft und Kultur hinausging. Die Wunden der Vergangenheit waren noch lange nicht geheilt. Zusammen mit den nationalen Stereotypen auf beiden Seiten wurde die Meinung übereinander von der Vergangenheit stark geprägt.

Die Öffnung der Grenze zwischen der DDR und der VRP und die daraus resultierenden Folgen bilden einen bedeutungsvollen und gleichzeitig relativ unerforschten Bereich der deutsch-polnischen Nachkriegsbeziehungen. Die damit verbundenen Erfahrungen sind im jeweiligen nationalen Gedächtnis der heute aktiven Generation präsent. Für die Polen war vor allem die materielle Seite von Bedeutung; für viele junge Ostdeutsche war der Besuch in Polen ein Freiheitserlebnis (u. a. Reise per Anhalter, Begegnung mit moderner und vielfach weniger reglementierter Kultur). Mangelwaren materieller und kultureller Art wurden offiziell (oft von staatlichen Institutionen organisiert) und inoffiziell (illegal) zwischen den Gesellschaften „ausgetauscht“. Andererseits haben die grenzüberschreitenden Kontakte offenbar auch dazu geführt, dass sich nationale Stereotype auf beiden Seiten verfestigten und durch die Führungsgremien der SED und der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (etwa bei der Schließung der Grenze 1980) instrumentalisiert wurden. Und schließlich sei hier auf das subtile Konkurrenz- bzw. Spannungsverhältnis hingewiesen, in dem die VR Polen und die DDR zu einander bzw. insbesondere zur wirtschaftlich so mächtigen und erfolgreichen Bundesrepublik Deutschland standen. Als westlichster Vorposten der Sowjets und deutscher Halbstaat stand die DDR stets im Schatten ihres großen westlichen Nachbarn, der für die VR Polen (ebenso wie für die DDR) als Handelspartner und Kreditgeber unverzichtbar, politisch jedoch belastet war.

RAFAŁ ROGULSKI-PYTLAK, geb. 1970 in Wrocław (Polen), studierte Kultur- und Politikwissenschaften in Wrocław und in Marburg, Journalist in der Auslandsredaktion der allgemeinen Tageszeitung „Życie“, meritorischer Assistent vom Prof. Władysław Bartoszewski und sein Berater im Politischen Kabinett des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten, seit 2001 in der Abteilung Kultur, Wissenschaft und Öffentlichkeitsarbeit der Botschaft der Republik Polen in Berlin

## **Gespaltener Lebenskontext. Der Umgang mit politischer Gefangenschaft ehemaliger DDR-Bürger in Familie und Gesellschaft.**



VON  
RITA HORVAY

Infolge der Grenzöffnungen und des Endes der totalitären Regime in den ehemals real-sozialistischen Ländern wurde Geschichte wiederentdeckt und es bildete sich ein neues Geschichtsbewusstsein heraus. Im wiedervereinigten Deutschland wurde die Vereinigungsgesellschaft mit einer „Last der doppelten Vergangenheit“ (Habermas 1994) konfrontiert – die der gesamtdeutschen NS-Vergangenheit und dem ostdeutschen Erbe einer stalinistischen, seit den 60er Jahren einer autoritären DDR. Im Schatten des politischen Bewusstseins zur Geschichte des Holocaust und des Transformationsprozesses entstanden bis Mitte der neunziger Jahre Memoiren von nahezu 200 Titeln zum Thema politischer Haft in der DDR. Ebenso wurden zahlreiche Vereine und Verbände gegründet und viele der ehemaligen politischen Gefängnisse sind als Erinnerungs- und Dokumentationsstätten der Öffentlichkeit zugänglich.

Die Studie fußt auf der Rekonstruktion von Lebensgeschichten ehemals politisch Inhaftierter und ihrer Familienangehörigen. Es soll untersucht werden, wie während der Zeit der DDR politisch Inhaftierte und ihre Familien, als in der DDR Verbliebene oder als in die Bundesrepublik Ausgereiste, die außergewöhnliche Situation biographisch bewältigt haben. Wie bildeten sie dabei individuelle und kollektive Dispositionen zu ihrem sozialen Umfeld und zum Staat aus? Wie veränderten sich diese durch den gesellschaftlichen Umbruch? Um diesen Fragen Rechnung zu tragen, wird auf die Methode des narrativ-biographischen Interviews zurückgegriffen. Es sollen neben ehemals politisch Inhaftierten auch Familienmitglieder einbezogen werden, die als Ehepartner die konkrete Situation (mit-)erlebt haben oder als Familienmitglieder Träger des Familiengedächtnisses sind. Das gewonnene Interviewmaterial wird einer Fallrekonstruktion unterzogen und im Kontext der Familienbiographien mit historisch gesicherten Texten und Dokumenten kontrastiert.

Nach einer ersten Vorstudie kann bereits jetzt konstatiert werden, dass sich die politisch Inhaftierten in der ehemaligen DDR in einer marginalisierten Lebenslage befanden. Während der Inhaftierung hatten sie kaum bzw. durch die Staatsicherheit kontrollierte Kontakte zu ihrem familialen Umfeld. Nach der Haftentlassung waren die Betroffenen verschiedenen Repressalien durch den Staat ausgesetzt, da sie weiterhin als potentielle Feinde des politischen Systems galten. Zudem erhielten alle ehemals politisch Inhaftierten bei Entlassung die Auflage eines absoluten Redeverbotes bezüglich ihrer Haft. Die einzige Möglichkeit in die „alltägliche Normalität“ zurückzukehren, bestand folglich darin, die Hafterlebnisse zu verdrängen und die eigene Biographie zugunsten einer Wiedereinglie-

derung in das soziale Umfeld umzudeuten. Für die in der DDR verbliebenen Betroffenen war die Gefahr einer erneuten Kriminalisierung bzw. Benachteiligung durch den Staat zu groß, so dass selbst viele Familienmitglieder, insbesondere auch die Kinder, nicht über die politische Haft ihrer Angehörigen aufgeklärt wurden oder sie wissentlich darüber schweigen mussten. Dahingegen konnten sich die von der Bundesrepublik freigekauften politischen Häftlinge öffentlich mit ihrer Vergangenheit auseinandersetzen und Selbsthilfegruppen in Anspruch nehmen. Die Betroffenen mussten sich vorrangig in einem neuen sozialen Umfeld und politischen System etablieren. Doch wurde ein alltäglicher Umgang mit der Vergangenheit als politisch Inhaftierter durch das entgegengebrachte Unverständnis vieler Mitbürger und den vorherrschenden kollektiven Diskurs bezüglich der NS-Zeit erschwert. Auch innerhalb der Familien war es aufgrund der räumlichen Trennung schwierig, die Thematik aufzuarbeiten.

Schweigen und Verdrängen würde nicht nur zu Vergessen führen, sondern verhindert auch die Traumaverarbeitung der Betroffenen und deren Folgegenerationen. Eine intensive Auseinandersetzung in der Familie und der Gesellschaft ist daher von größter Wichtigkeit.

RITA HORVAY, geb. 1978 in Lübz (Mecklenburg), studierte Pädagogik, Soziologie und Sozialpsychologie in Göttingen. Während des Studiums engagierte sie sich im sozialen Bereich als Lehrkraft für Deutsch als Fremdsprache. Nach einem einjährigen Studienaufenthalt in Kraków (Polen) schloss sie im Jahr 2003 ihr Studium ab. Ihre Magisterarbeit über die Erinnerungsarbeit ehemals politisch Inhaftierter der DDR führte sie zur ihrem Promotionsthema.

## **Vermächtnis und Gedächtnis Stalingrad: Erinnerung und Wirkung des Krieges an der Ostfront in der politischen Kultur in Deutschland 1943–2003**



VON  
CHRISTINA MORINA

In der kollektiven Wahrnehmung der deutschen Bevölkerung des Dritten Reiches fand der Zweite Weltkrieg an der Ostfront statt. Die nationalsozialistische Begleitpropaganda zum Angriff auf die Sowjetunion und die Stilisierung der Schlacht von Stalingrad zu dem „Heldenlied der deutschen Geschichte“ ließen die Ostfront als Hauptkriegsschauplatz erscheinen. Doch das Ausmaß an Leid und Zerstörung, das der Ostkrieg verursachte, machte im Rückblick den „Feldzug Barbarossa“ neben dem Holocaust zum anderen historischen Großverbrechen in der Geschichte des Dritten Reiches.

Diese Dissertation untersucht, wann und in welcher Form sich die Erinnerung an die Schlacht von Stalingrad und den Krieg an der Ostfront in der politischen Kultur und im öffentlichen Bewusstsein der beiden

deutschen Nachkriegsgesellschaften herausbildete und wie sie sich während der folgenden Jahrzehnte wandelte. Im Zentrum steht die vergleichende Untersuchung der Frage, ob, wann und wie der Krieg an der Ostfront unter Politikern, Historikern und in öffentlichen Auseinandersetzungen über die Vergangenheit thematisiert wurde. Was war wem über die Realitäten des „Unternehmens Barbarossa“ bekannt, und wann setzte eine offene Auseinandersetzung mit den Verbrechen an der Ostfront in der politischen, gesellschaftlichen und akademischen Öffentlichkeit ein?

Stalingrad wird dabei nicht nur als historisches Ereignis, sondern gleichzeitig als Metapher für die durch die Deutschen erlittene totale Niederlage betrachtet. Die Schlacht selbst wurde lange als *der* Wendepunkt des Krieges wahrgenommen, in beiden Teilen Deutschlands aber niemals *nur* als militärisches Ereignis erinnert, sondern diente ebenso als Kristallisationspunkt für die sinnlose Grausamkeit des Krieges. Dabei ließen sich die deutschen Verbrechen auf sowjetischem Territorium mit Hilfe des Topos „Stalingrad“ leicht ausblenden.

Gegenstand der Untersuchung sind vor allem Reden und Schriften der politischen Eliten, u. a. der Bundeskanzler und Bundespräsidenten bzw. der SED-Führung. Darüber hinaus werden gesellschaftliche (Massen-)Organisationen wie die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, sowie Veteranenverbände wie der Verband der Russland-Heimkehrer in der Bundesrepublik und die Arbeitsgemeinschaft ehemaliger Offiziere/Bund deutscher Offiziere in der DDR berücksichtigt. Ebenso wird die Forschungs- und Publikationstätigkeit der historischen Professionen beleuchtet. Sowohl die wichtigsten parteigesteuerten DDR-Printmedien als auch eine Auswahl westdeutscher Zeitungen und Zeitschriften dienen als Quellen für die kollektive Erinnerung des Ostfeldzuges.

Die Frage nach der Genese und Wandlung dieser Erinnerung(en) im besetzten, geteilten und wiedervereinigten Deutschland schließt ein, auch nach den „Freund-“ und „Feindbildern“ der „Russen“ in der deutschen Öffentlichkeit zu fragen. Dabei sind die unterschiedlichen politischen Systeme von zentraler Bedeutung. „Öffentliche Meinung“ existierte in der alten Bundesrepublik unter ganz anderen, namentlich pluralen Bedingungen, als in der DDR, wo das Zusammenspiel von Herrschaft und Legitimation aus der Geschichte staatstragend war. Ein besonderes Augenmerk liegt daher auf den Versuchen der SED, mit Hilfe des MfS das Geschichts- und Menschenbild der DDR-Bürger im Bezug auf die Sowjetunion zu beeinflussen und zu überwachen.

Natürlich erfordert eine derartige Längsschnittuntersuchung der kollektiven Erinnerung an Stalingrad und die Ostfront eine thematische und quellenmäßige Begrenzung. Um die Fülle der relevanten Materialien zu bewältigen, beschränkt sich mein Ansatz auf wichtige „Stationen“ der Erinnerungsgeschichte, v. a. auf regelmäßig wiederkehrende Jahrestage (22. Juni Beginn des Russlandfeldzuges, 2. Februar Kapitulation bei Stalingrad) sowie auf offizielle Gedenktage (Volkstrauertag; Weltfriedenstag). Auch baut eine solche Langzeitstudie auf die reichhaltig vorhandene Sekundärliteratur v. a. zum „Mythos“ Stalingrad, zum Russlandfeldzug bzw. den Wehrmachtverbrechen und zur „Vergangenheitsbewältigung“ in Ost und West auf.

CHRISTINA MORINA, geb. 1976 in Frankfurt/O, studierte Geschichte, Politik und Journalistik in Leipzig, Ohio und Maryland. In ihrer Magisterarbeit beschäftigte sie sich mit der Reintegration von Rußlandheimkehrern in die DDR, 1945–1956. Seit 2002 ist sie PhD-Studentin an der University of Maryland und hat sich dort auf die Schwerpunkte europäische Geistesgeschichte sowie deutsche Nachkriegsgeschichte spezialisiert. Sie lebt und arbeitet inzwischen in Jena.

## Das Berliner Grenzgängerproblem in der Systemkonkurrenz 1949–1961



VON  
FRANK ROGGENBUCH

Mit der Untersuchung dieser zentralen Kategorie der Berliner Systemkonkurrenz soll ein Aspekt der Politik- und Gesellschaftsgeschichte der deutschen Teilung erforscht werden, der – wenn auch in unterschiedlicher Weise – beide Seiten betrifft. Im Vordergrund steht die Frage, wie und mit welchen Zielen das Grenzgängerproblem einschließlich seiner Konsequenzen für Wirtschaft und Gesellschaft durch die Politik geregelt und instrumentalisiert wurde sowie seinerseits auf sie zurückwirkte. Bisher nur fragmentarisch oder polemisch abgehandelte politisch-ideologische Gesichtspunkte werden neu bewertet und zusammengeführt. Bisher isoliert betrachtete wirtschaftspolitische und soziale Aspekte werden mit einbezogen. Kontext der Analyse ist die angesichts der bis 1961 durchlässigen Sektorengrenzen relativ offene Systemkonkurrenz in Berlin als besondere Erscheinungsform des Kalten Krieges. Das Projekt soll vor allem Erkenntnisse zum Intensitäts- und Methodenspektrum der Berliner Systemkonkurrenz vom gewaltsamen Konflikt bis zur konsensuellen Vorteilsnahme liefern. Überdies will es speziellen Fragen wie der Funktionalität von Konfliktbewältigung in der Konkurrenz sowie der Medienpropaganda als einer noch weitgehend freien Werbung für das jeweilige politische Konzept nachgehen.

Die separate Währungsreform im amerikanischen, britischen und französischen Sektor Berlins vom 20. März 1949 hatte für ca. 200 000 Berliner und Randberliner, die als Pendler täglich lange Arbeitswege zurücklegten, eine besondere Konsequenz. Sie wurden zu Grenzgängern zweier bezüglich ihrer Währung und damit ihrer sozioökonomischen Perspektiven abgegrenzter Systeme. Um zunächst rund 120 000 Ostgrenzgänger (Bewohner der Westsektoren, die im Ostwährungsgebiet arbeiteten) angesichts des jetzt wirksamen Westmark-Ostmark-Wechselkurses von 1:4 bis 1:6 vor dem Verlust von vier Fünftel ihrer Kaufkraft zu bewahren, wurde das so genannte Lohnausgleichsverfahren eingeführt. Die Ostgrenzgänger erhielten im Normalfall zunächst 60 Prozent ihres Osteinkommens in Westmark umgetauscht. Die dafür nötigen Westmarkbeträge erbrachten rund 80 000 in Sowjetsektor und SBZ woh-

nende Westgrenzgänger, die vorerst 10 Prozent ihres Einkommens in Westmark erhielten – ein prinzipiell sinnvoller Verrechnungsmodus von Währungsgewinnen und Währungsverlusten.

Von den Initiatoren offenbar unterschätzt wurde die bald sichtbar werdende politische Brisanz der Nichtberücksichtigung bestimmter Randgruppen des Grenzgängerwesens wie Westberliner Eisenbahner, aber auch im Osten tätige Freiberufler und Selbständige. So waren der bekannte Eisenbahnerstreik und als neue Erkenntnis die Bewegung der „Währungsgeschädigten“ von Instrumentalisierungsversuchen durch Kräfte der Systemkonkurrenz geprägt. Damit hatte sich die Grenzgängerfrage schlagartig als ein Problem der Politik gezeigt. Dessen weitere Entwicklung teilt sich in drei Abschnitte:

Die „Säuberungen“ des Grenzgängerwesens im Zuge fortschreitender Systemintegration und politischer Abschottung 1949 bis 1952/53

Das Grenzgängerwesen zwischen Systemkonfrontation und Gesamtberliner Interessen 1953 bis 1958

Mit der Illusion in die Krise – Vom Chruschtschow-Ultimatum 1958 bis zum Mauerbau 1961

In der Frühphase verfolgte der Westen eine Doppelstrategie. Zum einen wurden die Westgrenzgänger durch stufenweise Erhöhung der Westgeldquoten (erstmalig 1951 von 10 Prozent auf 25 Prozent) materiell stimuliert, obwohl über eine Viertelmillion Westberliner arbeitslos waren. Da hierzu noch kein konjunkturell bedingter Anlass bestand, signalisiert dies das Beharren des Senats auf einem ungeteilten Arbeitsmarkt und ist somit Teil seiner Gesamtberlin-Politik. In der Grenzgängerfrage war diese Haltung jedoch weitgehend durch das Lohnausgleichsprinzip von den Westalliierten vorgegeben worden und zudem durch die entwicklungs-geschichtlich und sozial bedingte ungleichmäßige Verteilung personeller Ressourcen bestimmt. Darüber hinaus sah die Westberliner Politik nach den Erfahrungen mit dem zunehmend diktatorischen Vorgehen der sowjetischen Militäradministration und der SED in ihrem Herrschaftsbereich und vor allem angesichts der sowjetischen Blockade der Westsektoren die Gefahr einer kommunistischen Unterwanderung über das Grenzgängerwesen. So kam es zum Ausschluss politisch Missliebiger vom Lohnumtausch, was offiziell mit dem anfänglichen Defizit der Lohnausgleichskasse begründet wurde. Betroffen waren zunächst Mitarbeiter von SED und FDGB, bald darauf Beschäftigte systemnaher Ostberliner- und DDR-Betriebe und Institutionen, Inhaber von Ostlebensmittellkarten und schließlich alle SED-Mitglieder.

Die Grenzgängerpolitik der Ostseite zielte zunächst ebenfalls auf die Reduzierung der Ostgrenzgänger. Begründet mit der Annäherung Westberlins an den „Bonner Staat der Imperialisten und Kriegstreiber“ kam es besonders im Gefolge der II. Parteikonferenz der SED und der Grenzsicherungsmaßnahmen vom Frühjahr 1952 zu Massenentlassungen von Westberlinern. Jedoch hatte diese personelle „Störfreimachung“ vornehmlich der „volkseigenen“ Industrie einen personalpolitisch bedingten, mit der Klassenideologie nicht übereinstimmenden Schönheitsfehler: Arbeitern, darunter auch SED-Mitgliedern, wurde gekündigt, wogegen man unverzichtbare Konstrukteure und leitende Ingenieure, die traditionell in den besseren Westberliner Stadtteilen wohnten, weiterbeschäftigte. Die Handhabung der Grenzgängerfrage zeigt, dass der

Kalte Krieg beide Systeme zur Preisgabe von Legitimationssubstanz, von Elementen rational-legaler Herrschaft oder fundamentaler Ideologie, zwang. Er brachte ein faktisch verbindliches Gesetz des Handelns hervor, das Grundintentionen außer Kraft zu setzen vermochte. Die Entscheidung in der Freund-Feind-Konstellation war zur Determinante von Politik geworden.

Die mittlere Phase ist geprägt durch die sukzessive Zunahme der Westgrenzgängerzahl nach ihrem absoluten Tief von ca. 30 000 im Jahre 1953. Ein Grund dafür war die Erhöhung der Westgeldquote bis auf letztlich 40 Prozent im Jahre 1956, ermöglicht durch die Zwangsreduzierung der mit Westgeld zu versorgenden Ostgrenzgänger. Die Option des kleinen Profits veränderte das subjektive Profil der Grenzgänger als nunmehr tendenziell „Nutzenmaximierer“. Diese Newcomer konzentrierten sich dort, wo seit kurzem Gelder aus dem Berliner „Kleinen“ Marshallplan flossen und neue Arbeitsplätze entstanden – in Branchen und Firmen, deren Förderung als für die Westberliner Wirtschaftsperspektive besonders nützlich erachtet wurde. So vermittelten die Berliner Arbeitsämter besonders in die traditionell führende Metallverarbeitende- und Elektroindustrie oder aber in die Bekleidungsindustrie, das Segment mit den höchsten Steigerungsraten.

Die SED sah in den Westgrenzgängern jetzt ein wirtschaftspolitisches Gefährdungspotential, das im Widerspruch von Plan- und Marktwirtschaft bzw. in der Unverträglichkeit von Kaufkraftüberhängen für das ökonomische System der DDR und seine gesamtgesellschaftliche Subventionspolitik lag. Die Propaganda kennzeichnete das Grenzgängerwesen als „Währungsspekulation“ und „Arbeit für Imperialismus und Krieg“. Verbalinjurien wie „Verräter“ und „Schmarotzer“ wurden üblich. Diese Diffamierung trat sogar in wissenschaftlichem Gewand im Rahmen wirtschaftspolitischer Gutachten und Analysen einschlägiger Institute in Erscheinung. Vor allem jedoch wurden die Grenzgänger unmittelbar selbst schikaniert und gemäßregelt, wobei in den Brandenburger Randgebieten, wo der relative Schutz des Berliner Vier-Mächte-Status nicht wirksam war, deutlich rigider vorgegangen wurde als in Ostberlin. Der Druck wurde über die Räte der Gemeinden, ABV, Nationale Front, örtliche Gruppen der Massenorganisationen und Hausgemeinschaften ausgeübt. Man drohte mit Wohnraumverkleinerung, Entzug von Wohnungen der Arbeiterwohnungs-genossenschaft oder Nichtbewilligung von Studienstipendien, wenn im Haushalt jemand im Westen arbeitete. Reichte ein Gespräch unter Nachbarn mit politischem Hintergrund und erhobenem moralischem Zeigefinger nicht aus, den Betroffenen vom „Klassenfeind“ loszueisen, gab es auch andere Mittel bis hin zu Haftstrafen wegen Devisenvergehen. Die zentralen administrativen Maßnahmen erschöpften sich hingegen in der Einführung einer Registrierungspflicht Ostberliner Westgrenzgänger. Ein direktes Vorgehen vermied die SED-Führung, u. a. da ihr Handlungsspielraum angesichts noch bestehender Vier-Mächte-Verantwortlichkeiten in Berlin begrenzt war. Auch die für die SED traumatische Erfahrung des 17. Juni, nach dem die Sektorengrenzen einige Tage lang geschlossen waren, änderte nicht die Linie. Selbst ein Politbürobeschluss von 1954 „zur Organisation des Kampfes gegen die Spekulanten“,

in dessen Rahmen die Bezirksleitung Berlin der SED und die „Genossen des Magistrats von Groß-Berlin“ beauftragt wurden, die Möglichkeiten der Bezahlung monatlicher Fixkosten in der Westwährung zu prüfen, blieb ohne einschlägige Folgen. Viele Grenzgänger setzten dem Druck der SED einen individuellen Widerstand entgegen. Angesichts der häufigen Querlage von Gesetz, Ideologie und der ohnehin vielfach gegenläufigen Grenzgänger-Interessen der Staatspartei waren bestimmte Resistenzpraktiken durchaus nicht chancenlos. Vor Gericht konnte bisweilen erfolgreich Widerspruch eingelegt werden.

In Westberlin gewannen die Arbeitskräfte aus dem Osten mit dem Anlaufen der Konjunktur an Bedeutung. Spitzenpolitiker wie Franz Amrehn traten öffentlich für sie ein und das Büro für Gesamtberliner Fragen entwickelte sich zur wichtigsten Anlaufstelle für die Westgrenzgänger, besonders für die Bedrohten oder bereits Gemaßregelten unter ihnen.

Die Zahl der Ostgrenzgänger war nach den „Säuberungen“ der frühen fünfziger Jahre bis auf wenige Tausend zurückgegangen, blieb dann jedoch auf Grund personal- und arbeitsmarktpolitisch bedingter Interessenübereinstimmungen relativ konstant: Der ostseitige Mangel an Ärzten und hoch qualifizierten Spezialisten wurde durch Westberliner Überhänge gedeckt und die historisch bedingte Disproportionalität in der Verortung von Kultur (Künstlerkolonien im Westen – bedeutendste Theater im östlichen Berlin-Mitte) lief auf einen personalpolitischen Kompromiss hinaus. So wohnte das Solopersonal der Staatsoper – unverzichtbar für die kulturelle Seite von Hauptstadtanspruch und Präsenz Ostberlins in der Systemkonkurrenz – zu 70 Prozent in Westberlin. Diese tendenziell unpolitischen Personenkreise wurden offenbar nicht als Sicherheitsrisiko angesehen. Somit verkörpert das politisch neutralisierte Ostgrenzgängerwesen eine Facette der Systemkonkurrenz, die zur wirtschaftspolitisch gewichtigen, polemisch aufgeladenen und konfliktträchtigen Variante Westgrenzgängerwesen stark kontrastierte.

Zwei Sonderaspekte bilden die Westberliner „Interessengemeinschaft der Lohnnumtauschberechtigten e. V.“ als einzige langjährige Grenzgängerorganisation und das mangels verlässlicher Quellen in vieler Hinsicht nebelhafte Phänomen Zehntausender illegaler Grenzgänger, wofür vor allem das „Scheuerlappengeschwader“ der Putzfrauen aus dem Osten steht. Der westseitigen Akzeptanz dieses Phänomens von Schwarzarbeit liegt u. a. die Absicht zu Grunde, die Hauptmasse der Arbeitskräfte für die konjunkturintensiven Segmente des Arbeitsmarktes frei zu bekommen, zumal das Heer der Arbeitslosen stetig abnahm und die Vollbeschäftigung absehbar war.

Die letzte Phase der Entwicklung des Grenzgängerproblems fällt kausal und zeitlich mit der zweiten Berlin-Krise zusammen. Das Chruschtschow-Ultimatum und die Vision der „Freistadt“ Westberlin mit dem zwangsläufigen Wegfall des problematischen Viermächtestatus ließen die SED hoffen, bald mit den Grenzgängern „abzurechnen“. Daher enthielt sich die SED trotz krisenhafter Zuspitzungen auch weiterhin des administrativen Drucks. Dem entspricht, dass das Grenzgängerwesen die aufkommenden und sich bald überlagernden Krisenerscheinungen ungebremst und immer rascher aufzog.

1958 erging ein Angebot des Magistrats an den Senat, sofort und 1959 noch einmal jeweils 10 000 West-

berliner in Ostberliner Arbeitsstellen zu vermitteln. Hintergrund ist der anhaltende, kumulativ auflaufende und durch nichts Eigenes zu kompensierende personelle Aderlass, den die allgemeine Republikflucht für die DDR-Volkswirtschaft verkörperte. Ausdruck der immer weiter aufklaffenden Schere von Konjunktur im Westen und der krisenhaften Entwicklung in Wirtschaft und Politik der DDR war die fortschreitende Überlagerung des Grenzgängerproblems durch die „Abstimmung mit den Füßen“. Während die fast kontinuierliche Steigerung der Westgrenzgängerzahlen Beleg für die Unterlegenheit der DDR in der freien Konkurrenz des Berliner Arbeitsmarktes war, verkörperte die Zunahme der Grenzgänger-Flucht ein weitaus ernsteres Symptom. Viele Grenzgänger gaben ihren profitablen, aber immer unsicherer werdenden Status zugunsten der endgültigen Entscheidung für den Westen auf. Sie, die bis dahin westlicher Anreize wegen mannigfaltigsten Diskriminierungen und Maßregelungen getrotzt hatten, wollten im Falle eines Falles nicht die großen Verlierer sein, zumal die Methoden der SED immer drastischer wurden. U. a. ging man dazu über, Ostberliner, die gekündigt und im Westen Arbeit aufgenommen hatten, in den Betrieben als Verräter anzuprangern.

Die Zahl der Westgrenzgänger stieg von 1959 bis 1961 trotz ausuferndem Flüchtlingsanteil von 40 000 auf 56 000. Das entsprach dem regionalen Arbeitskräftedefizit auf der DDR-Seite. Im Westen betrachtete man die Zunahme der Grenzgänger mit gemischten Gefühlen: Weil die Belegschaften einzelner Firmen bereits zur Hälfte im Osten wohnten, fragte man sich, was sein würde, wenn die Grenzgänger politischer Veränderungen wegen ausblieben. Auch die Angst vor einer „fünften Kolonne“ war wieder da: Innensenator Lipschitz vermutete 1961 mindestens 200 SED-Spitzel in der Westberliner Verwaltung.

Nachdem die Freistadt-Idee von den Westalliierten mehrfach ignoriert worden war, gab die SED im Sommer 1961 ihre Zurückhaltung auf. Anfang Juli startete der Berliner SED-Chef Paul Verner mit einer Rede auf einer Parteiaktivtagung eine beispiellose Medienkampagne. Die „Berliner Zeitung“ und das „Neue Deutschland“ polemisierten nunmehr täglich und mit aller Schärfe gegen das „Grenzgängerunwesen“. Da der bisherige Trend von Zunahme und Flucht der Grenzgänger dennoch anhielt, erließ die SED Anfang August letztlich doch die seit Jahren in der Luft liegenden administrativen Maßnahmen wie Anbieterspflicht, Erhebung einer zweiten Lohnsteuer usw. Mit der Stillstellung ihrer gewinnmaximierenden Dynamik war die „Westgrenzgängerei“ faktisch beigelegt. Bevor die Regelungen jedoch greifen konnten, waren sie schon hinfällig. Denn nur wenige Tage darauf wurde mit der Schließung der Grenzen durch das DDR-Regime noch wesentlich direkter und nachhaltiger Tabula rasa gemacht: Für die nächsten 28 Jahre kam man nicht mehr „über“. Das Grenzgängerproblem war Geschichte.

FRANK ROGGENBUCH, 1957 in Berlin geboren, früher Verwaltungsangestellter, studierte von 1995 bis 2003 Neuere und Neueste Geschichte, Mittlere Geschichte, Geographie und Politikwissenschaft an der HU Berlin. Sein Interesse gilt der Herrschaftspraxis moderner Diktaturen. Seine Magisterarbeit beschäftigte sich mit der Massenkommunikation und Manipulation am Beispiel der Luftfahrt- und Luftwaffenpropaganda im III. Reich.



## Das politische Grenzregime der DDR gegenüber Polen und der Tschechoslowakei



VON  
JÖRG SCHUMACHER

Am 3. Oktober 1989 wurde der seit 1972 bestehende pass- und visumfreie Reiseverkehr zwischen der DDR und der Tschechoslowakei aufgehoben. Mit dieser Maßnahme reagierte eine überforderte SED-Führung auf die Massenflucht über die Tschechoslowakei und Ungarn. Damit war die DDR-Bevölkerung kurzfristig in ihrem Staat buchstäblich eingesperrt. Da dem ersten sozialistischen Staat auf deutschem Boden aber nicht erst seit Sommer und Herbst 1989, sondern Zeit seines Bestehens die Bürger davonliefen, stellten die Grenzen der DDR für die SED zu allen Zeiten ein Politikum ersten Ranges dar.

Im Zentrum der DDR-Forschung stand lange das zum Sinnbild für das Scheitern des ostdeutschen Gesellschaftsexperiments gewordene Grenzregime der DDR an der innerdeutschen Grenze. Unsere Kenntnisse darüber sind umfassend und weitgehend gesichert. Für die Ostgrenzen der DDR gilt dies nicht. Die Bedeutung von Ein- und Abgrenzung gegenüber den „Bruderstaaten“ im Kalkül der SED entzieht sich einfachen Erklärungsmodellen. Über den Zeitraum von 40 Jahren sind verschiedene Phasen des Grenzregimes zu beobachten, die, so die Hypothese des Dissertationsvorhabens, als Seismograf für den Stand der bilateralen Beziehungen aufzufassen sind. Auf der Basis umfassender Aktenrecherchen werden die ökonomischen, ideologischen, innen- und außenpolitischen Bestimmungsfaktoren untersucht und der Entwicklung des Grenzregimes kontrastierend gegenübergestellt. Einsichten in die Entscheidungsspielräume der SED-Führung, die Reichweite der Parteidiktatur und die Dilemmata, die aus dem Wechselspiel von umfassendem Kontrollanspruch und Liberalisierungserfordernissen folgten, werden gewonnen. Die Ausweitung des Blickwinkels auf die Entwicklung der Nachbarstaaten verdeutlicht, mit welchen Steuerungsproblemen offenkundig alle Staaten des Ostblocks konfrontiert waren.

Bereits in der ersten Phase des Grenzregimes, die vom Kriegsende bis zur Gründung der DDR reichte, wurden wichtige Weichenstellungen für die späteren Jahre vorgenommen. Mit der offiziellen Anerkennung der Gebietsabtretungen und der Vertreibungen im Osten, die im Widerspruch zur Haltung der Bevölkerungsmehrheit stand, schuf die SED-Führung die Basis für die spätere Anerkennung der DDR durch Polen und die Tschechoslowakei. Gleichzeitig legte sie damit aber auch den Grundstein für eine ideologisierte Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit, die nicht dazu geeignet war, breite Bevölkerungskreise zu gewinnen, sondern diese aus dem öffentlichen und politischen Leben ausgrenzte. In beiden Nachbarstaaten wurde der von oben verordnete Wechsel der Ostdeutschen auf die Seite der Sieger des Zweiten Weltkrieges nicht nachvollzogen. Vielmehr überwog Miss-

trauen in den Beziehungen, zumal die Sowjetunion alles daran setzte, die „Volksdemokratien“ gegeneinander auszuspielen, um diese möglichst eng an sich zu binden. Hinzu kam, dass westdeutsche Politiker ähnliche Zugeständnisse, wie sie die SED gegenüber Polen und der Tschechoslowakei gemacht hatte, kategorisch ausschlossen. Angesichts der wechselvollen Machtpolitik Stalins befanden sich beide Staaten jedoch in einer Situation, die zur Zusammenarbeit mit den ostdeutschen Kommunisten zwang. Andererseits galt es aber auch die eigene territoriale Integrität zu schützen und zu demonstrieren. Abgeschottete Grenzen und damit einhergehend die Zerschneidung kultureller Bindungen und Infrastrukturen waren die Folge.

Besonders in den durch die willkürliche Grenzziehung geteilten Städten zeitigte die gegenseitige Abhängigkeit z. B. in der Strom- und Wasserversorgung schwerwiegende Probleme, da benötigte Infrastrukturen oftmals auf dem Territorium des anderen Staates lagen. Gleichzeitig blühte in der Nachkriegszeit der Schmuggel, mit dem die Ortsansässigen die desaströse Versorgungslage zu verbessern versuchten. Längs der Grenze wurden Lager errichtet, die sich bald mit „Grenzverletzern“ füllten. Seit November 1946 wurden auf sowjetisches Geheiß Ländergrenzpolizeien aufgebaut, die den Schmuggel verhindern sollten und erstmals deutsche Behörden in den Schutz der Grenzen einbezogen. Von einem spezifisch ostdeutschen Grenzregime kann aber angesichts der Abhängigkeit von der sowjetischen Besatzungsmacht, die auch für Polen und die Tschechoslowakei zu verzeichnen ist, nicht ausgegangen werden.

Zwei Großereignisse stehen für den Anfang und das Ende der zweiten Phase des Grenzregimes gen Osten: Die Gründung der DDR 1949 und der Mauerbau 1961. Beide Ereignisse beeinflussten die bilateralen Beziehungen wie auch die jeweils gültige Sicherungsaufgabe an der Grenze. Die DDR war seit ihrer Gründung auf die diplomatische Unterstützung ihrer „Bruderstaaten“ angewiesen. Doch anders als es die Propaganda Glauben machen wollte, konnte von Brüderlichkeit in den Beziehungen kaum die Rede sein. Die Vergangenheit war noch zu präsent, um die ostdeutschen Annäherungsversuche auf fruchtbaren Boden fallen zu lassen. DDR-Delegationen stießen in den „Bruderstaaten“ lange auf große Reserviertheit, weshalb die Kontakte auf die Ebenen Partei, Regierung und Wirtschaft beschränkt blieben.

Unter Verweis auf die offene Grenze zu Westberlin und die damit verbundene Gefahr des Eindringens von „Agenten“ verstärkte Polen und die Tschechoslowakei die Sicherung ihrer Grenzen zur DDR. Kontaktaufnahmen im Grenzgebiet wurden verboten. Auch sollte die Flucht polnischer oder tschechischer Bürger über Westberlin verhindert werden. Um Souveränität zu demonstrieren, verhielten sich besonders die polnischen Behörden unkooperativ, was wie im Falle des Schiffsverkehrs auf der Oder bisweilen herbe ökonomische Einbußen für die DDR zur Folge hatte. Die SED-Führung hatte aber ein vitales Interesse daran, die Beziehungen zu ihren „Bruderstaaten“ nicht zu belasten, da sie auf deren Unterstützungsleistungen angewiesen war. Deshalb wurden die ostdeutschen Vertreter in allen Fällen angewiesen, den polnischen bzw. tschechoslowakischen Forderungen nachzukommen. Durch offizielle Sprachregelungen und durch die Freundschaftsgesellschaft „Helmut von Ger-

lach“ versuchte die SED das Misstrauen seitens der Nachbarstaaten abzubauen und Widerstände gegen die eigene Politik in der Bevölkerung auszuschalten.

Die DDR schloss 1956, nachdem ihr kurz zuvor „volle Souveränität“ von der Sowjetunion gewährt worden war, mit Polen und der Tschechoslowakei Verträge über den Einsatz von Grenzbevollmächtigten und die Zusammenarbeit im Grenzschutz ab. Der vergleichsweise offene Umgang mit der Entstalinisierung in den Nachbarstaaten beförderte das Abschottungsbedürfnis der SED, zumal die Führung angesichts der Ereignisse von 1953 jede Form von Destabilisierung befürchtete. Die weitere Entwicklung in Ungarn und Polen bestätigte diese Einschätzung, an der sich bis zum Mauerbau wenig änderte.

Zwischen 1961 und 1972 erfolgte die Einbindung der Deutschen Grenzpolizei in die militärischen Strukturen der DDR. Die an den Grenzen zur Tschechoslowakei und zu Polen eingesetzten Grenzbereitschaften übten – anders als an der innerdeutschen und der Grenze zu Westberlin – keinen Grenzschutz, sondern eine Grenzüberwachung aus. Diese terminologische Abgrenzung folgte aus der Entscheidung des Warschauer Paktes, das Hauptaugenmerk auf den Grenzschutz gegenüber NATO-Staaten zu legen. Durch Kooperation und Abstimmung der Sicherheitsorgane sollte an den Binnengrenzen der Personalaufwand reduziert werden. Da jedoch die „Bruderstaaten“ weniger Interesse an einer strikten Abgrenzung gegenüber dem Westen hatten als die DDR, waren deren Außengrenzen und Transitwege eine Schwachstelle in der Eingrenzungsstrategie der SED. Der Bau der Berliner Mauer hatte an den Ostgrenzen eine Umkehrung der Verhältnisse bewirkt: Viele DDR-Bürger suchten nun den Weg über Polen und die Tschechoslowakei, um in die Bundesrepublik zu flüchten. Seit 1962 bemühte sich die DDR deshalb um den Abschluss zwischenstaatlicher Kooperationsabkommen, die aber von beiden Nachbarstaaten aus Rücksicht auf die Bundesrepublik nur zögerlich umgesetzt wurden. Um den Druck auf die Grenzen zu reduzieren und um den Alltag im Grenzgebiet zu erleichtern, wurden im Verlauf der sechziger Jahre erste Abkommen über den „Kleinen Grenzverkehr“ getroffen und die Visumpflicht im Reiseverkehr zwischen DDR und Tschechoslowakei abgeschafft. Strenge Auflagen, Devisenzuteilung und eingeschränkter Touristenkreis sicherten den Kontrollanspruch der SED und ermöglichten den Aufbau eines Gratifikationssystems, welches linientreues Verhalten durch Zuteilung knapper Reisedevisen belohnte; die Reisendenzahlen blieben unter solchen Bedingungen weit hinter denen der siebziger Jahre zurück.

Die Aufrechterhaltung der Versorgungsanforderungen durch die DDR nach dem Mauerbau verstimmte die mit eigenen Problemen kämpfenden Nachbarstaaten. Ebenso beobachtete die SED-Führung eifersüchtig die Annäherungsversuche zwischen der Bundesrepublik und den Ostblockstaaten. Die Öffnung der Tschechoslowakei für bundesdeutsche Touristen verstärkte die ostdeutsche Kritik an der Kulturpolitik der KPC und trübte die Beziehungen zunehmend. Mit der Einführung neuer Sicherungsmethoden versuchte die SED-Führung ihrem gewachsenen Abgrenzungsbedürfnis gerecht zu werden. Es ist kein Zufall, dass gerade an dieser Grenze durch bessere Kooperation der „Kräfte des Zusammenwirkens“, d. h. Volkspolizei,

MfS, Grenztruppen und SED, und durch Grenzsicherheitsaktive in den Grenzgemeinden die Überwachung auf das Hinterland der eigentlichen Grenzlinie ausgelehnt wurde.

Die Freundschaftsverträge mit Polen und der Tschechoslowakei, deren Name über den Stand der Beziehungen täuschte, zwangen beide Nachbarstaaten zur Unterstützung der ostdeutschen Außenpolitik und nötigten zur Zurückstellung eigener Interessen. 1968 erreichten schließlich die Beziehungen zur Tschechoslowakei ihren Tiefpunkt. Die SED verurteilte die Reformen in Staat und Gesellschaft und betrieb den Einmarsch der Staaten des Warschauer Paktes. Verbände der NVA riegelten die gemeinsame und zum Sperrgebiet erklärte Grenze ab. Kontakte zwischen Bürgern beider Staaten kamen fast vollständig zum Erliegen oder wurden durch das MfS überwacht.

Der Wechsel an den Parteispitzen aller drei Länder war Voraussetzung für die seit den siebziger Jahren verbesserten bilateralen Beziehungen und die einzigartige Liberalisierung des Reiseverkehrs im Ostblock. Letztere sollte Gegengewicht zur Entspannungspolitik der Bundesrepublik sein, die bislang unbefriedigende ökonomische Kooperation befördern und ein neues Politikverständnis gegenüber der Bevölkerung demonstrieren. Von der Aufhebung jeglicher Beschränkung des Teilnehmerkreises und der Freigabe der Reisedevisen versprachen sich die Parteiführungen positive legitimationspolitische Effekte. Die unkontrollierten millionenfachen Reisesströme überforderten aber die unflexiblen Planwirtschaften und bewirkten zunehmend Verstimmungen angesichts fehlender Reisezahlungsmittel und negativer Handelsbilanzen. Deshalb wurden bereits 1972 komplexe administrative Maßnahmen zuerst in der Tschechoslowakei und dann in der DDR ergriffen, um die Reisesströme zu lenken und überhand nehmende „Touristenabkäufe“ zu verhindern.

Die ökonomischen Erwartungen, die an die Kooperationen geknüpft worden waren, wurden ebenfalls nicht erfüllt; tatsächlich blieben die Ostblockstaaten immer weiter hinter den westlichen Industrienationen zurück, weshalb relativ schnell Ernüchterung eintrat. Auch die zahlreichen Kontakte zwischen Betrieben, Schulen und Privatpersonen erschienen der SED-Führung kritikwürdig, und es galt sie zu kontrollieren. Der Abschluss von Partnerschaftsplänen und deren Abstimmung mit der SED wurden Pflicht. Auf privater Ebene war eine vergleichbare Weisung nicht möglich, weshalb ein immer umfangreicheres Netz von IM die „Trefffähigkeit“ mit Bundesbürgern oder Kontakte von Oppositionellen überwachten. Zunächst diente dies der Vorbeugung von Republikfluchten und der Zurückdrängung des westlichen Einflusses auf die DDR-Bürger. Mit den polnischen Unruhen 1976 und 1980 sowie dem Entstehen einer unabhängigen Gewerkschaft trat zur Sicherungsaufgabe die Bekämpfung des „polnischen Bazillus“ hinzu. Die „zeitweilige“ Aussetzung des pass- und visumfreien Reiseverkehrs beendete die Phase der Reisefreiheit im Ostblock und steht gleichsam als Symbol für die harte Haltung der SED-Führung unter Erich Honecker im Moment der Bedrohung der eigenen Macht.

Und so blieb die Tschechoslowakei für DDR-Bürger bis 1989 das einzige Nachbarland, das visafrei bereist werden konnte, weshalb die Zahl der Touristen anstieg und die bereits defizitäre Devisenbilanz der

DDR belastete. Mit der mehrmaligen Anpassung der Tagessätze verfolgte die SED zwei Ziele: Erstens sollte durch minimale Devisenzuteilung die negative Handelsbilanz bekämpft und zweitens Individualreisen erschwert werden, was dem Kontrollanspruch entgegenkam. Da die Grenze zur Tschechoslowakei die letzte offene Grenze der DDR war, hatte sich der Handlungsspielraum der SED-Führung aber eingengt, was in der weitgehenden Beibehaltung der Reiseregelungen trotz wenig erfolgreicher Steuerungsmaßnahmen und wachsender Kritik in der Bevölkerung deutlich wird.

Die sich ab 1983 kurzzeitig stabilisierenden Beziehungen zu Polen machten die Aufnahme von Gruppenreisen und Jugendaustausche möglich. Allerdings blieben diese Reisemöglichkeiten eng begrenzt, da die SED-Führung nach wie vor den wachsenden Einfluss der katholischen Kirche und der Opposition in Polen kritisierte. Hinzu kam, dass mit der Ausdehnung der Territorialgewässer der DDR im Dezember 1984 ein seit den siebziger Jahren schwelender Streit erneut zugespitzt wurde. Die Nutzungsrechte der bislang von Polen beanspruchten Wasserwege wurden beschnitten, und bis 1989 konnte zwischen den „Bruderstaaten“ keine Lösung des Problems gefunden werden.

Auf die sowjetische Reformpolitik in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre reagierte die SED mit äußerster Zurückhaltung und übte einzig mit der tschechoslowakischen Führung einen Schulterchluss. Während in Polen und Ungarn die Reformen zu einer Ablösung der kommunistischen Herrschaft führten, griff die SED-Spitze auf repressive Mittel zurück, um die wachsende Kritik im Lande zu bekämpfen und die seit Frühjahr und Sommer 89 stetig zunehmenden Republikfluchten über die „Bruderländer“ zu verhindern. Mit der Schließung der letzten Grenze kurz vor dem vierzigsten Jahrestag der DDR hatte sich die SED von der Realität verabschiedet und sich als Machtzentrum delegitimiert; schließlich konnte durch diese Maßnahme die Kritik nicht gemindert werden, vielmehr zählte die Reisefreiheit zu den wichtigsten Forderungen der Demonstranten im Herbst 1989. Wie die Akten des MfS zeigen, bestärkte diese Maßnahme viele Bürger noch in ihrer Kritik an der politischen Führung und auch die Fluchtversuche über die Ostgrenzen hielten weiterhin an. Bezeichnenderweise wurde der letzte Tote des DDR-Grenzregimes wenige Tage vor dem 9. November ertrunken an der Oder-Neiße-Friedensgrenze aufgefunden.

JÖRG SCHUMACHER, 1977 in Riesa geboren, seit Januar 2004 Stipendiat der Stiftung, studierte von 1996 bis 2003 Neuere und Neueste Geschichte, Wirtschafts- und Sozialgeschichte sowie Soziologie an der TU Dresden. Im Sommersemester 1999 Auslandsaufenthalt an der Universitatea „Babes-Bolyai“ Cluj-Napoca (Rumänien). 2003 Abschluss des Studiums mit einer Arbeit über „Probleme des paß- und visafreien Reiseverkehrs zwischen DDR und VR Polen 1972 bis 1980/81.“

## Zwischen Ambitionen und Scheitern. Die gestaltungstheoretische Forschung der Fachbereiche Kunsterziehung in der DDR



VON  
THOMAS KLEMM

Nach der im Herbst 2002 in Berlin gezeigten Ausstellung „Kunst in der DDR“ kehrte eine erschöpfte Ruhe in die bis dahin sehr aufgeregte Debatte um die künstlerischen Äußerungen des zweiten Deutschen Staates ein. Seit dem Ende der DDR rangen vornehmlich Kuratoren, Kritiker, Künstler und das Feuilleton um eine adäquate Aufarbeitung und Bewertung jener Kunst, die in einem Staat entstand, dessen Kultur- und Kunstpolitik im Wesentlichen durch Instrumentalisierungsanspruch und Zensur gekennzeichnet war. Nun ist die Debatte um Kunstwerke das eine, die Auseinandersetzung mit den theoretischen Grundlagen von Kunst das andere. Bei aller Nervosität im Umgang mit dem künstlerischen Erbe der DDR spielten die theoretischen Grundlagen von dem, was die Kunst sei, eine weit geringere Rolle als die Beurteilung von Künstlern und ihren Werken in ästhetischer und politischer Hinsicht. Dies verwundert insofern, als die Bemühungen der Kultur- und Kunstpolitik der DDR immens waren, wenn es darum ging, theoretische Grundlagen zu erarbeiten, um Kunst und Künstler in einer sozialistisch gestalteten Gesellschaft zu verorten und für die parteilichen Vorstellungen von der Ausgestaltung der DDR nutzbar zu machen. Durch die von der SED betriebene Negierung künstlerischer Traditionen sollte in der DDR eine Kunst etabliert werden, die in ihrer Abgrenzung zur bürgerlichen Kunstentwicklung bis tief in alle Schichten der Gesellschaft reichen sollte – um dort ideologisch und propagandistisch tätig zu werden. Intensive Bemühungen wurden beispielsweise unternommen, um mit der Erziehung der „sozialistischen Jugend“ ein Kunstverständnis zu erzeugen, welches auf der Basis der führenden Rolle der SED beruhte.

Dabei fiel besonders den an Hochschulen und Universitäten der DDR angesiedelten Fachbereichen Kunsterziehung die Aufgabe zu, mit wissenschaftlich gesicherten Erkenntnissen auf methodischem wie auf gestaltungs- bzw. kunsttheoretischem Gebiet die staatlich geforderten Ansprüche an eine ästhetischen Erziehung anwendbar zu machen. Somit ist die Kunsterziehung aus der Perspektive der SED ein wichtiges Politikfeld und nicht allein ein Arbeitsbereich von Kunstwissenschaft und Pädagogik mit spezifischer Aufgabenstellung. Bei genauerer Betrachtung der kunstpädagogischen Einrichtungen zeigt sich allerdings, daß die staatlichen Vorstellungen einer allseitig durch die Elemente des sozialistischen Realismus künstlerisch geprägten Lebensumwelt – mit allen oben beschriebenen Erwartungen an die gesellschaftliche Wirksamkeit ästhetischer Anschauung – nicht widerstandslos und überall seine Entsprechung in der akademischen Praxis fand.

Um dieses Spannungsfeld genauer zu betrachten, untersucht die Dissertation in einem ersten Schritt an-

hand der kunst- bzw. gestaltungstheoretischen Forschung an den Fachbereichen für Kunsterziehung an der Karl-Marx-Universität Leipzig und der Humboldt-Universität zu Berlin in den Jahren 1960 bis 1990 die Zusammenhänge zwischen Forschungsinteressen und staatlichen Vorgaben an die Disziplin. Die zwei untersuchten Wissenschaftsstandorte werden in einem zweiten Schritt im gestaltungstheoretisch-kunstpädagogischen Kontext der DDR verortet, und schließlich in einem dritten Schritt im Kontext der internationalen Forschungsentwicklung eingeordnet. Damit soll zum einen danach gefragt werden, wie sich das Verhältnis zwischen staatlichen Regulierungsansprüchen und wissenschaftlichen Eigeninteressen gestaltete. Zum anderen soll die Arbeit den isolierten Blick auf die DDR aufbrechen und fragen, welchen Stellenwert die wissenschaftlichen Inhalte ostdeutscher Wissenschaftler im Kontext der internationalen Wissenschaftsentwicklung einnehmen.

Für die Betrachtung der gestaltungstheoretischen Forschung der Fachbereiche Kunsterziehung in der DDR können zunächst vier maßgebliche Faktoren bestimmt werden: die regionalen Unterschiede der untersuchten Wissenschaftsstandorte, die politischen und künstlerischen Prägungen und Haltungen der forschenden Akteure, die wissenschaftlichen Inhalte der Forschungen sowie die Einflussnahmen außeruniversitärer staatlicher Einrichtungen auf eben jene Standorte, Akteure und Inhalte. Diese vier Aspekte können dabei nicht trennscharf voneinander betrachtet werden, vielmehr zeichnet sich ein vielfältiges Bedingungs- und Beziehungsgeflecht unter den genannten Punkten ab. So ist gerade die Frage nach den regionalen Bedingungen der Forschung eng verbunden mit der Betrachtung der Geschichte der Einrichtungen und der dort ansässigen Forschung durch ihre Akteure, da die Ausrichtung der Forschungsbereiche maßgeblich an der persönlichen und politischen Haltung ihrer Mitarbeiter, vornehmlich der Lehrstuhlinhaber, festzumachen ist.

Es zeichnet sich ab, dass die Lehrstühle beider Einrichtungen ab etwa 1970 in einem Konkurrenzverhältnis zueinander standen, ausgehend von Fragen der künstlerischen Grundhaltungen der Akteure über Forschungskontroversen auf Tagungen, in Publikationen etc. bis hin zu forschungspraktischen Aspekten wie Reisetätigkeiten (besonders in das nichtsozialistische Ausland), Publikationsangebote, Finanzierungen usw. Diese Konkurrenz zwischen den Standorten erklärt sich maßgeblich durch die Initiativen der Lehrstuhlinhaber für Theorie und Praxis der künstlerischen Gestaltung. Über einen langen Abschnitt des Untersuchungszeitraumes ist ein Widerstreit von individuellen und Forschungsmeinungen zwischen dem 1970 nach Leipzig zwangsversetzten Professor Günther Regel und Wolfgang Frankenstein, Professor in Berlin, zu erkennen. In ihren kunstpädagogischen (wie auch parteilichen) Grundhaltungen sind sie recht ähnlich, gingen sie in ihren Forschungen gegensätzliche Wege. Beide postulierten in ihren kunstwissenschaftlichen Überlegungen, dass vor einer Entwicklung von methodischen Zugängen für die Kunstbetrachtung die Auseinandersetzung mit den jeweiligen Gestaltungsprinzipien steht. Damit standen beide – wenn auch von verschiedenen Seiten – gegen die Vorstellungen des Ministeriums für Volksbildung, wo diese Frage erst weit nach der Durchsetzung und Vermittlung der

Grundsätze des sozialistischen Realismus angesiedelt war. Für Regel und Frankenstein ergab sich das Verständnis eines Werkes aus dem Verstehen des Schaffensprozesses. Die offizielle kunstpolitische Lesart hingegen wollte den Prozess des künstlerischen Schaffens als strukturiert durch jene notwendigen Bedingungen einer sozialistisch-realistischen Äußerung verstanden wissen, die beispielsweise von führenden Kunstwissenschaftlern aus dem Institut für Gesellschaftswissenschaften der SED formuliert wurden und die auf die schlichte Formel gebracht werden können, dass allein der Inhalt die Form bestimmt und der Schaffensprozess daher dem Inhalt untergeordnet werden muss.

Zu den wichtigsten Akteuren der Untersuchung werden die eben erwähnten Lehrstuhlinhaber Regel und Frankenstein, auch wenn daneben zahlreiche weitere Personen das Spielfeld betreten; von Studenten bis sich habilitierenden Nachwuchswissenschaftlern reicht das Spektrum aller für die Studie zu betrachtenden Akteure. Die Frage danach, inwieweit die Lehrstuhlinhaber von Berlin und Leipzig als *pars pro toto* stehen können und wo Generalisierungen nicht mehr zulässig sind, bemüht sich die Studie an den jeweiligen Ausführungen stets im Blick zu behalten.

Regel und Frankenstein gestalteten die Struktur ihrer Einrichtung maßgeblich durch ihre Forschungsansätze. Befördert wurde die Bindung ihrer Namen an ihre Fachbereiche durch die große Kontinuität ihres Wirkens – Regel war Lehrstuhlinhaber von 1970 bis 1990, Frankenstein von 1968 bis 1983. In ihrer Analyse der Gestaltungsprinzipien allerdings gingen beide völlig konträre Wege. War Regels Standpunkt von einem an die klassische Moderne angelehnten Kunstverständnis geprägt, so führten bei Frankenstein (in Umkehrung zur offiziellen Meinung) die „richtigen“ künstlerischen Schaffensprozesse in direkter Konsequenz auch zu einer realistischen Gestaltungsweise. Zudem war Frankenstein ein kunstwissenschaftlicher „Quereinsteiger“, der seine kunsttheoretische Haltung aus seiner eigenen – keineswegs unbeachteten und unbedeutenden – malerischen Praxis erwarb. Regel hingegen kannte die kunstpädagogische Praxis sehr genau und es schien, als würde er die Methodik des Faches zu seinem Spezialgebiet ausbauen. Mit Beginn seiner Lehrtätigkeit in Leipzig spezialisierte er sich jedoch ebenso schnell wie intensiv auf dezidiert gestaltungstheoretische Fragestellungen.

Der Aspekt der spezifischen Generationenzugehörigkeit wie auch der wissenschaftlichen Laufbahnen der Akteure in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle. Zu Beginn der 1960er Jahre agierte zum ersten Mal eine Generation von Kunsterziehern auf dem Gebiet der kunstpädagogischen Forschung und Lehre, die ihre Ausbildung im Nachkriegsdeutschland und später in der DDR erfahren haben und keine unmittelbare Berührung mit Kunstlehren wie beispielsweise die des Werkbundes oder die Vorkurse des Bauhauses in der Zwischenkriegszeit haben konnten wie noch die Generation davor. Bei der individuellen Untersuchung des künstlerischen, wissenschaftlichen und politischen Werdeganges von Regel und Frankenstein zeigt sich darüber hinaus, daß es sich um verschiedene Generationen der Wissenschaftssozialisation handelt. Mit beinahe zehn Jahren Altersunterschied studierte Regel an der Universität Greifswald das Fach Kunsterziehung, während Frankenstein ohne ein Studium vorweisen zu können und ohne Erfahrungen in der kunst-

pädagogischen Lehre, Forschung oder Praxis zu haben, zeitgleich als Dozent in Greifswald tätig war. Erst 1959, als Regel zum Direktor des Institutes für Kunsterziehung in Greifswald berufen wurde, begegneten sich beide auf akademischer Augenhöhe.

Auch in den inhaltlichen Schwerpunkten der Promotionen, die an den Lehrstühlen unter Regel und Frankenstein erarbeitet und eingereicht wurden, findet sich die These der unterschiedlichen, oft konträren Zugänge zu kunstwissenschaftlichen Ansichten wie auch die unterschiedliche inhaltliche Schwerpunktsetzung an den Instituten bestätigt. In Berlin zeichnet sich etwa seit 1970 in etwa 40 Dissertationen und Habilitationen eine inhaltliche Kontinuität der Fragestellungen hinsichtlich Qualität und Bewertung künstlerischer Prozesse sowie in detaillierten Untersuchungen zu Gestaltungs konstanten wie Bildraum, Bildfarbe, Bildkomposition etc. ab. In etwa 25 Leipziger Qualifizierungsarbeiten im gleichen Zeitraum finden sich wiederum zahlreiche Kontinuitäten in den Schwerpunkten hinsichtlich Struktur und Verlauf der künstlerischen Gestaltung sowie der Kreativitäts-, Fähigkeits- und Talententwicklung im künstlerischen Bereich und die Ontogenese des bildnerischen Schaffens.

Es darf daraus allerdings nicht geschlossen werden, dass dies die ausschließlichen Themen der Betrachtung waren; es gibt hinreichend Abweichungen von diesen genannten Schwerpunkten sowie zahlreiche thematische Überschneidungen in den Fragestellungen der untersuchten Institute.

Dass die verschiedenen Prägungen der Forschungsmeinungen an den Lehrstühlen auch zu unterschiedlichen Konsequenzen der staatlichen Stellen, allen voran dem Ministerium für Volksbildung, führen mussten, liegt auf der Hand. Während beispielsweise Regels inhaltlich wegweisende Publikation „Medium bildende Kunst“ für drei Jahre in den Schubladen des Verlages verschwinden musste, wurde Frankensteins Buch „Kompendium bildende Kunst“ vom Verlag „Volk und Wissen“ direkt an den Abteilungsleiter des MfV weitergeleitet, um es dort lediglich „abnicken“ zu lassen. Die unterschiedlichen Formen der politisch verordneten Behinderung von Forschung wie Verweigerungen von Reiseerlaubnissen und Publikationsverzögerungen oder -verbote lassen deutlich werden, welche (Forschungs-)Meinungen erwünscht, welche bestenfalls toleriert und welche keineswegs akzeptiert wurden. Dabei soll keineswegs das Bild einer opportunistischen Linie in Berlin und einer oppositionellen Linie in Leipzig gezeichnet werden. Für solch eine Dichotomie waren die Akteure beider Standorte – besonders die Professoren mit einem Ruf an einer Universität der DDR – zu tief in einem Aktionsfeld verankert, welches von Ihnen eine zumindest grundsätzliche Akzeptanz der gesellschaftlichen Situation und der staatlichen Ordnung der DDR abverlangte. Doch bereits der Umstand, dass Regel wegen der Organisation einer Ausstellung des Malers Wieland Förster 1968 in Greifswald mit Lehrverbot und Parteiausschluss diszipliniert wurde, während Frankenstein als Maler, der 1953 aus Westberlin in die DDR übersiedelte, kaum Einschränkungen in seinen Wirkungsfeldern erfuhr, verdeutlicht eine Konstellation, die aufmerksam untersucht werden muss.

Mit der Skizzierung der vier in der Dissertation zu untersuchenden Hauptfaktoren – den Forschungsstandorten, den Akteuren, den untersuchten Forschungsin-

halten sowie den staatlichen Vorgaben und Einflussnahmen – zeigt sich, dass sich deutliche regionale Unterschiede bis hin zu Konkurrenz in den Einrichtungen bezüglich der Forschungsinhalte, der künstlerischen Grundpositionen und der Auseinandersetzung mit staatlichen Vorgaben finden lassen. Daraus entwickeln sich verschiedene Eigendynamiken und spezifische Handlungsstrategien werden institutionalisiert. Eine einheitliche, zentralistisch organisierte Forschungstätigkeit hingegen kann ausgeschlossen werden. Der Wahrnehmung einer zentral gesteuerten Wissenschaft in der DDR kann somit ein kleines, dennoch aussagekräftiges Gegenbeispiel entgegengesetzt werden.

Doch damit sind die im Untersuchungsgegenstand liegenden Potenzen noch nicht ausgeschöpft. Nachdem in einem ersten Schritt die Lehrstühle in Berlin und Leipzig vergleichend gegenübergestellt und in einem zweiten Schritt deren Forschungsleistungen im Kontext der DDR-Kunstpädagogik dargestellt wurden, soll als dritter Schritt mit der internationalen Einordnung dieses Forschungsbereiches eine weitere Betrachtungsebene eröffnet werden. Durch die Betrachtung des internationalen Kontextes und der Beantwortung der Fragen nach der Nachhaltigkeit der Forschungsleistungen und deren internationalen Stellenwert ist es möglich, zu einer differenzierten, kritischen Einschätzung des Faches und seiner Inhalte gelangen. Deshalb ordnet die Studie am Beispiel der Kongresse des internationalen Fachverbandes International Society for Education through Art – INSEA die DDR-Kunsttheorie im Kontext weltweiter kunstpädagogischer Forschung ein.

In zweierlei Hinsicht ist die Mitgliedschaft der DDR in der INSEA von Bedeutung. Zum einen ist die Vereinigung eine Plattform, auf der die DDR-Wissenschaft ihre Standpunkte, Thesen und Forschungsmeinungen international vorstellen konnte. Vor allem die Möglichkeit der Information über aktuelle Tendenzen in der Forschungslandschaft nichtsozialistischer Staaten wird in den Quellen regelmäßig als Beweggrund der nicht immer sehr regen, dafür kontinuierlichen Mitgliedschaft in jenem Fachverband angeführt. Auf den Fachtagungen hatten die Delegierten der DDR – wenn auch in einem stark begrenzten Rahmen – die Möglichkeit, ihre Forschungsergebnisse zu diskutieren, Veröffentlichungsangebote zu bekommen oder zu weiterführenden Kongressen eingeladen zu werden. Was für Kunstpädagogen aus nichtsozialistischen Staaten selbstverständlich war, galt für ostdeutsche Kunsterzieher als seltene Chance: Der Austausch von Forschungsmeinungen. Dabei zeichnet sich ab, dass die in der DDR betrachteten Inhalte von vielen Ansichten westlicher Wissenschaft so weit nicht entfernt waren. Begünstigt wurde diese Situation dadurch, dass spätestens seit Ende der 1960er Jahre (bedingt durch die große Internationalität bei INSEA, den beginnenden postmodernistischen Kunstdiskurs, aber auch einer wachsenden Affinität zu Alternativen zum kapitalistischen System) eine beinahe unüberschaubare Pluralität von Forschungsfeldern und -ansichten bei INSEA-Kongressen aufeinander traf, die zum Teil harte Kämpfe miteinander ausfochten. Den Standpunkten der DDR-Wissenschaftler wurde durch solche Vielfalt schlicht der Nimbus des Außergewöhnlichen genommen.

Zum anderen muss hier thematisiert werden, dass bei aller wissenschaftlichen Notwendigkeit mit der Partizipation der DDR in der INSEA eine klare politi-

sche Absicht verfolgt wurde. In Zeiten eines Bemühens um internationale Anerkennung der DDR auch über die sozialistischen Bruderstaaten hinaus wurde die Mitgliedschaft in einem von der UNESCO geförderten Fachverband als Möglichkeit gesehen, die DDR als selbstständigen Staat gleichberechtigt neben anderen auf internationaler Bühne zu platzieren. Wissenschaftliche und politische Interessen verschmolzen demnach bei den Aktivitäten der DDR in der INSEA.

Reduziert man die Mitgliedschaft in der INSEA nicht allein auf die Aspekte der staatlichen Organisation und die Indienstnahme des Faches, dann zeigt sich ein Bild, in dem auch DDR-Wissenschaftler als gleichberechtigte Partner im internationalen Diskurs wahrgenommen wurden.

THOMAS KLEMM, 1975 in Dresden geboren, seit Anfang 2004 Stipendiat der Stiftung, studierte Geschichte und Kunstpädagogik in Dresden, Leipzig und Padua. In seiner 2001 veröffentlichten Abschlussarbeit untersucht er das Spannungsfeld zwischen künstlerischem Gestaltungsanspruch und staatlicher Erinnerungspolitik in der DDR am Beispiel des Buchenwald-Denkmal von Fritz Cremer. Seit 2000 arbeitet er im Vorstand des Leipziger Kreises – Forum für Wissenschaft und Kunst an verschiedenen Projekten. Seit 2003 ist er Teilnehmer des Promotionsstudienganges „Transnationalisierung und Regionalisierung“ am Zentrum für Höhere Studien der Universität Leipzig

## **„Gegenwartsbezogenheit und Parteinahme für den Sozialismus“ Die historischen Regional- und Heimatmuseen in der SBZ/DDR**



VON  
JAN SCHEUNEMANN

Im Juni 1960 kam Heinz Arno Knorr als Direktor der Fachstelle für Heimatmuseen beim Ministerium für Kultur in einer Analyse zur Museumsarbeit im Bezirk Schwerin zu dem Schluss, dass die Ausstellungen weit davon entfernt waren dem Besucher ein „heimatliches Geschichtsbild im dialektischen Zusammenhang“ zu vermitteln. Tatsächlich handelte es sich dabei keineswegs um einen Einzelfall. Vielerorts betreten Besucher von Museen nicht selten „Raritätenkabinette“ und sahen sich verwirrt einer willkürlichen Ansammlung von „Trachten, alten Handwerkszeugen, Münzen und wurmstichigen Schränken“ gegenüber. Noch 1980 mussten die Leser der kulturpolitischen Wochenzeitung „Sonntag“ erfahren, dass sich an diesem Zustand nichts Wesentliches geändert hatte. Nur ein geringer Teil der Museen – so hieß es vorwurfsvoll – sei in der Lage „sozialistisches Heimatgefühl“ und „sozialistisches Geschichtsbewusstsein“ zu vermitteln. Stattdessen bot man „Nippes aus der Gründerzeit“, versank in Dilettantismus und verbreitete „gute alte und heile Heimattümelei“.

Die Ursache für diese Kontinuitäten ist in der Geschichte der Museen selbst zu suchen. Sie ist an ihrem Ausgangspunkt eng mit dem Aufblühen bildungsbürgerlicher Geschichts- und Altertumsvereine im 19. Jahrhundert verbunden. Als Ausdruck eines regionalen und lokalen Geschichtsinteresses entstanden, sammelten und pflegten diese Vereine kulturelle Zeugnisse unterschiedlichster Art. Die so entstandenen Sammlungen führten vielfach zur Gründung von Heimatmuseen. Eine wahre Hochkonjunktur erlebten diese Einrichtungen mit der patriotisch untersetzten deutschen Heimatbewegung der 1920er Jahre, um im „Dritten Reich“ in den Dienst der Volkstums- und Blut- und Bodenpropaganda gestellt zu werden.

Ein Neubeginn nach der nationalsozialistischen Herrschaft gestaltete sich aufgrund der scheinbar kaum vorhandenen historischen Anknüpfungspunkte als problematisch. Doch entfalteten sich auf den Rudimenten des Museumswesens bald neue Initiativen, die anfangs wesentlich durch eine reaktivierte Vereinstätigkeit bestimmt waren. Obgleich die Museen nach 1945 formal den kommunalen Verwaltungen unterstanden, überlebten diese Vereinsstrukturen trotz Verbotes und erzwungener Eingliederung in den Kulturbund teilweise bis in die 1950er Jahre. Die Museumsarbeit der unmittelbaren Nachkriegszeit war so zum einen durch eine pragmatische Anpassung an die Besatzungsverhältnisse und zum anderen durch den inhaltlichen Rückgriff auf tradierte regionalgeschichtliche Traditionen und Sinnstiftung geprägt. Die wiedereröffneten Museen blieben zunächst inhaltlich konservierend und zeigten Geschichtsausstellungen in den Gestaltungskonzeptionen der 1920er und mitunter auch der 1930er Jahre mit einer starken lokalpatriotischen Attitüde. Zeitlich reichten die Ausstellungen maximal bis 1900; meistens endete die Betrachtung um 1850.

Auf diesem Feld historisch-kultureller Betätigung hatten somit Erscheinungen überlebt, die sich einer auf „Gegenwartsbezogenheit“ ausgerichteten staatllich-zentralistischen Geschichtspolitik entzogen. Trotz der frühzeitig intendierten Durchsetzung eines Bildungsanspruchs marxistisch-leninistischer Prägung blieb dieser Zustand für das erste Jahrzehnt der DDR charakteristisch. Zwar war es schon zum hundertjährigen Jubiläum der Märzrevolution in zonenweiten Ausstellungen gelungen historische Begebenheiten mit dem politischen Zeitgeschehen zu verknüpfen, doch zeitigte das Ereignis 1848/1948 in den Museen keine Nachhaltigkeit. Nach den groß angelegten geschichtspropagandistischen Kampagnen verfiel man sogleich wieder in die Pflege heimatgeschichtlicher Darstellungen, die sich fernab einer zunehmend national akzentuierten akademischen Historiographie bewegten.

Für die Fragestellung des Forschungsprojektes bieten diese Verschiebungen und die mithin versuchte enge Anbindung der historischen Museen an die universitäre Geschichtsschreibung mehrere Ansatzpunkte. Denn vergleichbar der Geschichtswissenschaft, die als integraler Bestandteil des dialektischen Materialismus in der SBZ und noch mehr in der DDR mit hoher Aufmerksamkeit rechnen konnte, galt es auch die historischen Museen als Vermittlungsstätten des historischen Wissens zu vergesellschaften. Sie waren inhaltlich und methodisch in den Prozess von Erzeugung und Verbreitung sozialrelevanten Wissens zu integrieren und im Sinne der SED umzuformen. Während die wissenschaftliche Forschung und Lehre je-

doch schon frühzeitig einer Gleichschaltung unterworfen war, verzögerte sich der Umformungs- und Vereinhaltungsprozess der Museen aufgrund der personellen Situation und angesichts eines heterogenen Netzes von 650 Einrichtungen (1963) erheblich. Hinzu traten zahlreiche Wechsel und Überschneidungen in der fachlichen Zuständigkeit, der nur langsam anlaufende Aufbau entsprechender Fachabteilungen auf Bezirksebene nach der Gebietsreform 1952 und nicht zuletzt die Gleichgültigkeit vieler örtlicher Partei- und Verwaltungsorgane gegenüber kultur- und geschichtspolitischen Aufgaben.

Waren die in den Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Kultur fallenden historischen Regional- und Heimatmuseen bisher kaum Gegenstand der historischen Aufarbeitung, kann inzwischen auf eine kaum noch überschaubare Fülle an Untersuchungen zur universitären und parteiinstitutionellen Geschichtsschreibung zurückgegriffen werden. Die Forschung auf diesem Gebiet ist in den letzten Jahren durch Begriffe wie „Meistererzählung“ und „Leittext“ geprägt worden. Unberücksichtigt blieb jedoch bislang die Frage nach der öffentlichkeitsbezogenen Durchsetzung, Wahrnehmung und tatsächlichen Rückwirkung dieser Narrative auf die Geschichtskultur im sozialistischen Alltag. Genau an diesem Punkt setzt die im Entstehen begriffene Dissertation an. Sie untersucht aus institutionengeschichtlicher Perspektive die beabsichtigte Umgestaltung einer genuin bürgerlichen und traditionsbeladenen Einrichtung zu einer „sozialistischen Volksbildungsstätte“. Ferner fragt sie, wie museal präsentierte Geschichte zur Legitimierung staatlicher Politik funktionalisiert werden sollte. Es wird demnach zu prüfen sein, inwiefern die für den akademischen Bereich maßgebenden Impulse auf die Museen zurückwirkten.

Überwog anfangs im Pathos demokratisch patriotischer Erziehung und der proklamierten Unteilbarkeit der deutschen Kulturnation die Forderung nach der Verflechtung von Heimat- und Nationalgeschichte, schrieb der Geschichtsbeschluss des Politbüros vom Juli 1955 auch für die Museen eine Beschäftigung mit Gegenwartsfragen fest. Besonders die „Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung“ erwies sich dabei als zeitgemäßer Forschungsgegenstand. Und das in zweifacher Hinsicht: Einerseits bot sie in ihrer Ausprägung als kommunistische Parteigeschichte die Grundlegung bzw. Rechtfertigung politischer Handlungsweisen und trug zugleich zur Begründung eines neuen Geschichtsbildes bei. Wie die Überprüfungsprotokolle der Geschichtskommissionen bei den SED-Kreisleitungen zu den Ausstellungen zum 40. Jahrestag der Novemberrevolution und der Gründung der KPD belegen, diente sie andererseits als internes Disziplinierungsinstrument zur Beseitigung „kleinbürgerlicher und konservativer Auffassungen“ unter den Museumsleitern. In entsprechender Weise bieten desgleichen auch die Einführung des Heimatkundeunterrichtes, die Formung eines neuen Heimatbegriffs, die Debatte um die „sozialistische Regionalgeschichte“ und die in der Zeitschrift für Geschichtswissenschaft angestoßene Diskussion um das „Geschichtsbewusstsein“ weitere Bezugspunkte. Diese geschichtspolitischen Tendenzen wurden vom Ministerium für Kultur aufgegriffen und in die verstärkt geforderte Profilierung eines einheitlichen sozialistischen Museumswesens eingebunden. Hierbei handelte es sich um die konkrete, zumeist auf regionale Industriezweige und

„proletarische Traditionen“ konzentrierte Festlegung von Sammlungs- und Ausstellungsschwerpunkten, die letztlich auf eine stringendere zentrale Planung, Leitung und Kontrolle hinauslief.

Die Studie nähert sich dieser Problematik auf zwei Ebenen. In einem ersten Schritt sollen durch die Einbeziehung der übergeordneten parteilichen, administrativen und institutionellen Bedingungsfelder die staatlichen Vorgaben, Intensionen und Lenkungsmechanismen herausgearbeitet werden. Hierzu stützt sich die Arbeit auf die umfangreichen archivalischen Überlieferungen der Deutschen Verwaltung für Volksbildung, des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen, der Staatlichen Kommission für Kunstangelegenheiten, des Kulturbundes, des Ministeriums für Kultur und die ihm nachgeordnete Fachstelle für Heimatmuseen. Aber auch die zentralen Parteinstanzen, wie die Abteilungen Kultur und Wissenschaft beim ZK der SED, und insbesondere das Institut für Marxismus-Leninismus gilt es in die Betrachtung einzubeziehen.

Die tatsächliche Durchsetzung sowie die Grenzen des geschichtspolitischen Steuerungsanspruchs der SED in den Museen werden sich hingegen nur in den konkreten Erscheinungsformen vor Ort erschließen lassen. Deshalb sollen den übergeordneten normativen Anforderungen aus dem Herrschaftsapparat in einem zweiten Schritt lokal- und regionalgeschichtlich angelegte Teiluntersuchungen gegenübergestellt werden. Das Augenmerk liegt hier auf dem Spannungsfeld zwischen den formulierten Ansprüchen und der aus den Quellen zu erschließenden praktischen „Geschichtsarbeit“ in den historischen Museen in Rostock, Potsdam, Wernigerode, Weimar und Leipzig. Als Materialgrundlage dienen hauptsächlich die Aktenbestände der einzelnen Museen, die sich zu überwiegenden Teilen in den entsprechenden Stadtarchiven befinden. Gleichwohl ist auch die Nutzung ausgewählter Dokumente auf Kreis- und Bezirksebene vorgesehen. Die Fallbeispiele sind in ihrer ursprünglichen Gründungsgeschichte unterschiedlich angelegt und weichen darüber hinaus in der Nachkriegsentwicklung voneinander ab. Auch die Museumspolitik in den einzelnen Ländern und Provinzen war von Anbeginn nicht zuletzt aufgrund des Gefälles in der Museumsdichte von Süd nach Nord uneinheitlich und blieb es offensichtlich auch in den Bezirken bis zum Ende der DDR. In dieser regionalen Ausdifferenzierung werden Unterschiede im Zusammenspiel der administrativen Träger der Museen mit den parteilichen Entscheidungsinstanzen und die konkrete Rückwirkung dessen auf die Arbeit im örtlichen Museum deutlich. In den Einzeluntersuchungen werden nicht nur Ausstellungsthemen und Inhalte analysiert. Einen weiteren Untersuchungsgegenstand stellen die Museumsleiter dar. Ihr Bildungsweg, ihre politische Sozialisation vor und nach 1945, und daran anknüpfend, das Problem der personellen Brüche und Kontinuitäten werden thematisiert.

Im Gegensatz nämlich zu einer frühzeitigen Neuformierung der Geschichtslehrerschaft in den Schulen, blieb in den Museen eine personelle Umwälzung aus. Vielmehr setzte eine im Kaiserreich, in der Weimarer Republik und nicht zuletzt im „Dritten Reich“ beruflich und zum Teil auch politisch sozialisierte Generation von heimatbewegten Traditionalisten auch nach dem Kriegsende ihre berufliche oder ehrenamtliche Tätigkeit fort. Noch 1964 wurde in einer für die

Kulturabteilung des ZK der SED vorbereiteten Studie davon gesprochen, dass mehr als 80 Prozent der vorhandenen Kader über 65 Jahre und damit „überaltert“ waren. Diese „verknöcherten Museumsleiter“ verschlossen sich nicht nur durch ihre „bürgerliche Geschichtsauffassung“ neuen Darstellungsthemen, sondern sie waren teilweise fachlich überfordert oder verharrten in einer eigensinnigen Verweigerungshaltung. Hinzu trat ein Umstand, der sich besonders bei der Hinwendung zu politisch besetzten Themen der Zeitgeschichte als äußerst hinderlich erweisen sollte: Eine nicht unbedeutende Zahl von Museumsleitern war zwischen 1933 und 1945 nicht nur in die NSDAP eingetreten, sondern hatte auch Funktionen im Parteiapparat wahrgenommen. In Thüringen blieben beispielsweise nach der Entnazifizierung lediglich 20 von 69 Museumsleitern im Amt. Die ab spätestens 1948 erfolgte Rückkehr vieler nomineller „Pg's“ in die Leitungsfunktionen der Museen sowie der Mangel an Qualifizierungsmöglichkeiten behinderte nicht nur die sukzessive Einführung neuer geschulter Kader, sondern verschleppte auch bis in die 1960er Jahre einen Generationswechsel. Hinzu trat der Umstand, dass vorhandene Stellen häufig mit Funktionären aus dem Parteiapparat besetzt wurden. Diese standen zwar loyal zur Politik der SED und fanden dadurch starken Rückhalt in den übergeordneten Dienststellen, fachlich waren sie aber nur selten qualifiziert.

Fragt man abschließend nach den Vermittlungsstrategien für Geschichtsbilder, so kam dem historischen Museum als einem Ort der „Geschichtspropaganda“ außerhalb von Universität und Schule besonders für die werktätige Bevölkerung eine eminente Bedeutung zu. Die „Durchschleusung“ von Gewerkschaftsgruppen und Kollektiven durch Ausstellungen gehörte ebenso wie für Schüler und Mitglieder der Organisationen zum Pflichtprogramm der „kulturellen Massenarbeit“ in der DDR. Aus dieser Praxis leiteten sich teilweise die hohen Besucherzahlen in den Museen ab. Im Jahr 1959 wurden insgesamt 11,5 Millionen Besucher gezählt, 1977 besuchte statistisch gesehen jeder DDR-Bürger zweimal im Jahr ein Museum. Freilich können diese Zahlen noch keine hinreichenden Aussagen über die musealen Aneignungsprozesse liefern, doch lassen sich zahlreiche Informationen aus internen Berichten, offiziellen Verlautbarungen und vor allem aus den Besucherbüchern erschließen, die Auskunft über den tatsächlichen Umgang mit Geschichte im zweiten deutschen Staat geben. Vorwiegend wäre beispielsweise das stete Desinteresse nicht nur der Museumsmitarbeiter, sondern auch des Publikums an „zeitnahen“ Ausstellungsthemen, wie der als Erfolgsnarrativ angelegten Geschichte der DDR. Wie man erst 1989 bereit war einzugestehen, stieß diese aufgrund ihrer Unattraktivität und inhaltlichen Verzerrung auf Ablehnung. Vielmehr dominierten in der Gunst der Museumsbesucher die traditionellen Touristenzentren wie Burgen und Schlösser. Auffallend ist gleichzeitig eine Sehnsucht nach Vergangenheit im Sinne einer „guten alten Zeit“, in der sich die Erwartungshaltungen der Besucher und das Festhalten an überkommenen Sehgewohnheiten mit den Vorstellungswelten zahlreicher Museumsleiter zu überschneiden schienen. Die Forderung nach einer „sozialistischen Umgestaltung“ der Museen wurde so letztlich auch durch die Besucher unterlaufen und damit der überhöhte volkspädagogische Anspruch an die

historischen Museen ad absurdum geführt. Diesen hatte die Fachreferentin im Ministerium für Kultur bereits auf der ersten zentralen Tagung der Heimatmuseen 1954 paraphrasiert: „Wo kommen wir hin, wenn wir in der Form Rücksicht auf die Besucher nehmen, dass wir sagen: der Besucher soll sich im Museum erholen!“

JAN SCHEUNEMANN, 1973 in Sömmerda geboren, seit Januar 2004 Stipendiat der Stiftung, studierte von 1995 bis 2000 Museumswissenschaft in Leipzig. Während mehrjähriger Auslandsaufenthalte arbeitete er in Museen in England und Kanada. Ab 2001 Aufbaustudium in den Fächern Neueste Geschichte/Zeitgeschichte in Rostock und an der McGill University Montreal. Eine Untersuchung zur Fachstelle für Heimatmuseen beim Ministerium für Kultur der DDR bildete den Ausgangspunkt für sein Promotionsthema.

## **Proletarischer Mythos und Realer Sozialismus. Die Kampfgruppen der Arbeiterklasse in der DDR**



VON  
TILMANN SIEBENEICHNER

Im Rekurs auf den aus der „Kampfzeit“ der Weimarer Republik stammenden Proletarischen Mythos verfolgte die SED seit den 1950er Jahren einen doppelten Zweck: Er war zum einen Instrument der politischen Mobilisierung für das Projekt des „Arbeiter-und-Bauern-Staates“ und diente zugleich der historischen Legitimation der SED-Diktatur im Sinne einer revolutionär verpflichtenden Tatbereitschaft. Dieser „militärischen Tradition“ der kommunistischen Bewegung wurde etwa anlässlich des Todestages von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht gedacht, bei denen alljährlich Einheiten der „Kampfgruppen der Arbeiterklasse“ aufmarschierten. In den Kampfgruppen, die sich in der Tradition des Roten Frontkämpferbundes und der Internationalen Brigaden des Spanischen Bürgerkrieges begriffen, fand der Proletarische Mythos, die Vorstellung eines loyalen und kampffenschlüssenen Proletariats, seine militante Manifestation.

Gleichzeitig und vornehmlich dienten die flächendeckend im Gefolge des Aufstandes vom 17. Juni 1953 gebildeten Kampfgruppen der SED jedoch als paramilitärisches Herrschaftsinstrument gegenüber betrieblicher und gesellschaftlicher Opposition. Ihre Organisation blieb weitgehend auf Großbetriebe beschränkt; ihre Anhänger rekrutierten sich überwiegend aus Parteimitgliedern, für die eine Mitgliedschaft verpflichtend war. In den Kampfgruppen versammelte sich keineswegs das „klassenbewusste Proletariat“. Vielmehr erwies sich die im Mythos imaginierte „Generalmobilmachung“ in Form der Kampfgruppen immer wieder, und schlussendlich im Herbst 1989, als Selbsttäuschung der Funktionäre.

Die Untersuchung hat keine Organisationsgeschichte der Kampfgruppen zum Ziel. Indem sie die Rekon-



struktion der mythischen Praxis innerhalb der Kampfgruppen betont, fragt sie, wie im gesellschaftspolitischen Rahmen der Diktatur Stabilität und Loyalität zu erzeugen versucht wurde. Der Rekurs der SED auf den Proletarischen Mythos aus den 1920er Jahren ignorierte jedoch die veränderten politischen, sozialen und ökonomischen Verhältnisse und verdeckte solchermaßen die wachsende Desillusionierung der DDR-Bevölkerung gegenüber dem herrschenden Regime.

Die entscheidende Voraussetzung für die Wirksamkeit eines Mythos liegt in seinem nachvollziehbaren Gegenwartsbezug begründet. Die Repressions- und Kriegserfahrungen der Bevölkerung konterkarierten jedoch schon in den 1950er Jahren die militante Botschaft des Proletarischen Mythos. Dieser ist daher nicht nur als Normenprogramm der Parteiführung, sondern zugleich in den Selbstbildern der Kampfgruppen-Angehörigen zu rekonstruieren. Insbesondere anhand parteiloser Kampfgruppen-Angehörigen kann gezeigt werden, ob es tatsächlich gelang, im Rekurs auf den Proletarischen Mythos eine mythische Bindung nicht nur an die Kampfgruppen selber, sondern auch an das Projekt des „real existierenden Sozialismus“ insgesamt, zu erzielen. Zu fragen ist, inwieweit idealistische Beweggründe ausschlaggebend waren für den Dienst in den Kampfgruppen, bzw. dieser aus anderen, etwa opportunistischen, Absichten erfolgte. Da die Vermittlung von Mythen zudem einen Prozess beschreibt, in dem eigenständige Deutungs- und Wahrnehmungsmuster der Rezipienten aktiv werden, bieten sie ihnen zugleich die Möglichkeit, appellative Normen nicht nur hinzunehmen, sondern „eigensinnig“ auszulegen und zu variieren. Die Klagen über mangelndes „Klassenbewusstsein“ von Seiten der Funktionäre ziehen sich dementsprechend wie ein roter Faden durch die Geschichte der Kampfgruppen. Nicht auszuschließen ist jedoch, dass der in den Kampfgruppen vermittelte Proletarische Mythos eine im Sinne der SED bewusstseinsbildende Funktion auf die gesamte Belegschaft eines Betriebes ausübte.

Der Fokus der Untersuchung richtet sich deshalb auf den lebensweltlichen Zusammenhang des soziokulturellen Milieus, in dem die Kampfgruppen wirkten. Er verspricht Aufschluss über das Ausmaß an Loyalität, Opposition und Opportunismus innerhalb der Kampfgruppen und damit über die Wirksamkeit des Proletarischen Mythos.

TILMANN SIEBENEICHNER, geboren 1976 in Soltau, studierte Geschichte und Philosophie in Oldenburg und Göttingen. Mit der Magisterarbeit „Proletarischer Mythos und Politische Gewalt. Die Proletarischen Hundertschaften der KPD in Mitteldeutschland 1923“, die sich mit der Ideen- und Mentalitätsgeschichte der Arbeiterbewegung ebenso wie mit der Kultur- und Sozialgeschichte der frühen Weimarer Republik beschäftigte, beendete er im Frühjahr 2003 sein Studium.

## Entwicklung der Landwirtschaft und des ländlichen Lebens Mitte der 1960er Jahre bis Anfang der 1980er Jahre in den drei Nordbezirken der DDR



VON  
MICHAEL HEINZ

In der Landwirtschaftsgeschichte der SBZ/DDR sind drei große Umbrüche bzw. Phasen zu verzeichnen: Bodenreform, Vergenossenschaftlichung und Industrialisierung. Der zuletzt genannte Abschnitt begann Mitte der 1960er Jahre, endete Anfang der 1980er Jahre und äußerte sich in der Trennung der Produktionszweige nach Tier- und Pflanzenproduktion, Chemisierung sowie Konzentration der Produktion. Können die ersten beiden Stufen der Agrarentwicklung noch als gut erforscht gelten, kann hiervon im Hinblick auf die zu untersuchende Endphase des DDR-Agrarwesens nicht die Rede sein.

Die industrielle Großproduktion entsprach dem gesellschaftspolitischen Konzept der SED. Arbeits- und Lebensbedingungen des Landes sollten denen der Stadt angeglichen werden. Rückblickend drängt sich die Schlussfolgerung auf, dass durch Einleitung administrativer Maßnahmen die vermeintlich gesetzmäßige Abfolge der Gesellschaftsformationen auf dem Land, ohne Auslassung einer Stufe, hin zu einer Proletarisierung der Bevölkerung nachvollzogen werden sollte, um so die Diktatur der Arbeiterklasse zu stärken. Den Grundsatz „Einheit von Wohn- und Arbeitsplatz“ gab man teilweise auf. Die landwirtschaftlichen Betriebe zogen sich aus kleineren Dörfern zurück, was sich spürbar negativ in deren Erscheinungsbild bemerkbar machte und eine weitere Landflucht zur Folge hatte. Die „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“, die auf dem VIII. Parteitag der SED 1971 beschlossen wurde, zog vielfältige Auswirkungen nach sich, die Investitionen auf dem Land gingen zurück.

Oft kam es zu Problemen bei der Zusammenarbeit zwischen den Mitarbeitern von Tier- und Pflanzenproduktion. Es bildeten sich partiell Gräben zwischen den Dörfern. Entscheidenden Einfluß in ländlichen Regionen erhielten die LPG, da die Kommunen nicht in der Lage waren, die ihnen gestellten Aufgaben erfüllen zu können. Die Genossenschaften wurden somit unbeabsichtigt Erben der landwirtschaftlichen Großgüter der Vorkriegszeit; ein Aspekt der von der Forschung kaum berücksichtigt wurde und der u. a. mit Hilfe von Zeitzeugen untersucht werden soll. Der SED-Gigantismus, der sich in überdimensionierten Betrieben äußerte, hatte auch verheerende ökonomische und ökologische Folgen, die aus ideologischen Gründen durch die SED übergangen wurden und die es zu untersuchen gilt.

Von besonderem Interesse für die Untersuchung ist, wie die Bauern und die Leitung der landwirtschaftlichen Betriebe auf den SED-Dirigismus reagierten, denn die Trennung der Produktionszweige war beispielsweise höchst umstritten. Erkenntnisgewinne ver-

sprechen in diesem Zusammenhang die Sichtung von Stimmungsberichten unterer MfS-Dienstseinheiten und Zeitzeugeninterviews.

Explizit stellt sich die Frage, inwieweit es tatsächlich gelang, die Landwirtschaft zu einer industriellen Großproduktion zu führen und die ländliche Bevölkerung zu proletarisieren, da es auch eine gegenläufige Entwicklung in Form des Ausbaus der Individualwirtschaften der Genossenschaftsbauern gab. Es soll weiterhin analysiert werden, welche Gestaltungsspielräume sich für LPG-, SED- und Staatsfunktionäre bei der Realisierung der Beschlüsse eröffneten. Erkenntnisse sind in diesem Zusammenhang u. a. durch die Sichtung von Sitzungsprotokollen der SED-Kreis- und Bezirksleitungssekretariate zu erwarten.

Das Untersuchungsgebiet beschränkt sich auf die drei Nordbezirke Neubrandenburg, Rostock und Schwerin, die stark landwirtschaftlich geprägt waren. Nichtsdestotrotz wird die zentrale Ebene bei diesen Untersuchungen nicht ausgeblendet. Hierbei soll u. a. die bisher nicht erforschte Rolle des ZK-Sekretärs für Landwirtschaft, Gerhard Grüneberg, untersucht werden, der eine relativ starke Stellung im SED-Apparat einnahm.

Michael Heinz, 1979 in Rostock geboren, wuchs in Kröpelin auf und legte 1998 sein Abitur in Bad Döberan ab. Nach seinem Grundwehrdienst in Eutin studierte er 1999 bis 2004 Geschichte und Politikwissenschaften an der Universität Rostock. Neben dem Studium betätigte er sich als studentische Hilfskraft und organisierte Musikveranstaltungen. Der Doktorand kann auf seine Magisterarbeit „Agrarentwicklung im Kreis Bad Döberan in den 1970er Jahren“ aufbauen.

## **Zwischen Privileg und Anpassung. Arbeits- und Lebensbedingungen im Sonderbetrieb Uranerzbergbau Wismut der DDR und die Rolle der Industriegewerkschaft im Spiegel der betrieblichen Sozialpolitik (1946–1989).**



VON  
JULIANE SCHÜTTERLE

Als sowjetische Geheimdienstgruppen im Sommer 1945 ins Erzgebirge kamen, um *den* entscheidenden Rohstoff im atomaren Rüstungswettbewerb aufzuspüren, ahnte wohl niemand, welche Ausmaße der kurz darauf gegründete Betrieb zum Uranerzabbau, die „Sowjetischen Aktiengesellschaft Wismut“ annehmen würde.

Der Uranbergbau, der 1954 nicht wie die sonstigen Reparationsbetriebe durch die UdSSR an die DDR zurückgegeben wurde, sondern in eine Sowjetisch-Deutsche Aktiengesellschaft umgewandelt wurde, entwickelte ein in sich abgeschlossenes, unabhängig von der DDR-Wirtschaft arbeitendes System, das oft auch als „Staat im Staat“ bezeichnet wird. Dazu gehörten neben einem lückenlosen Netz von Hilfs- und Nebenbetrieben auch eine eigene Gewerkschaft, ein eigenes

Gesundheits- und Erholungswesen mit Krankenhäusern, Ferienheimen und Kultureinrichtungen, die Handelsorganisation Wismut, die Gebietsorganisation der SED, Bildungseinrichtungen und eine Organisationseinheit der Staatssicherheit.

Da der schnelle und rücksichtslose Ausbau des Uranbetriebes in den ersten Jahren zu chaotischen und katastrophalen Arbeits- und Lebensbedingungen führte, in deren Folge viele der ohnehin meist zwangsrekrutierten Bergleute das Erzgebirge fluchtartig Richtung Westen verließen, wurden sozial- und lohnpolitische Maßnahmen getroffen, die den Erzbergbau zu einem attraktiven weil privilegierten Industriezweig machten, der er bis zu seinem Ende 1989/90 im Wesentlichen bleiben sollte.

Doch wie entwickelt sich die betriebliche Sozialpolitik in einem Sonderbetrieb wie der AG Wismut? Wurde sie – und wenn ja wie – als Steuerungsinstrument und zur Einflussnahme auf die Arbeiter und Arbeiterinnen des Uranbergbaubetriebes benutzt? Sucht man auf diese Fragen Antworten, dann spielen vor allem die institutionellen Entscheidungsebenen und Verflechtungen zwischen Betriebsleitung (Generaldirektion), SED-Gebietsorganisation und Industriegewerkschaft Wismut eine entscheidende Rolle.

Doch die Sicherung sozialer Zufriedenheit ist nur ein Aspekt des Untersuchungsinteresses. Unlösbar damit verbunden ist die Selbstwahrnehmung der Arbeiterinnen und Arbeiter, ihr Verhalten von Anpassung oder Protest auf die wie auch immer empfundene Beeinflussung ihres (Arbeits-)Lebens. Ließen sich die Beschäftigten die Vorzüge der Sozialpolitik gern gefallen und erfüllten nebenbei die Erwartungen, die mehr oder weniger subtil an sie herangetragen wurden (Eintritt in die Partei oder die Gewerkschaft, Beteiligung am gesellschaftspolitischen Leben)? Und wie reagierten die Bergleute auf die Rücknahme sozialpolitischer Errungenschaften, z. B. Lohnsenkungen, Arbeitszeitregelungen oder die Herauslösung ihres Betriebsteils aus der SAG und dessen Überführung in die „volkseigene“ Wirtschaft, die meist mit einer Reduzierung von Privilegien verbunden war? Kam es zu Protesten bei den Betriebsgewerkschaftsleitungen, zum Austritt aus gesellschaftlichen oder gewerkschaftlichen Institutionen, gab es Streikdrohungen oder gar Arbeitsniederlegungen?

Als Bindeglied zwischen Arbeitsbeziehungen und Arbeiterinteressen kann die Industriegewerkschaft Wismut gelten. Ihre ambivalente Funktion als Weisungsempfängerin der (bis 1954 ausschließlich sowjetischen) Betriebsleitung und der Partei auf der einen Seite und ihrer „traditionellen“ Rolle als Interessenvertretung der ArbeiterInnen auf der anderen steht ebenfalls im Fokus der Untersuchung.

Die schriftliche Überlieferung zur Geschichte der Wismut ist umfangreich: Die Bestände befinden sich im Bundesarchiv Berlin (IG Wismut und FDGB), im Unternehmensarchiv Wismut Chemnitz (Generaldirektion), im Sächsischen Staatsarchiv Chemnitz (Gebietsleitung der SED) und bei der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen. Bei einem zeithistorischen Projekt wie diesem soll auch die Methode der Oral History zur Anwendung kommen, da die Ebene von Lebenswelt und Wahrnehmung, die der Fragestellung zu Grunde liegen, durch Zeitzeugenberichte bis zu einem bestimmten Maße transparent gemacht werden kann.

JULIANE SCHÜTTERLE, geb. 1978 in Thüringen. 1998–2003 Magisterstudium der Neueren Geschichte, Englischen Literatur und Volkskunde/Kulturgeschichte in Jena und an der FU Berlin. Während des Studiums u. a. wiss. Hilfskraft im SFB Jena-Weimar, Ausstellungsmitarbeiter „Armut in der Frühen Neuzeit“, Erfurt, freie Mitarbeit bei der Lesser-Stiftung München. Magisterarbeit über die Sonderversorgung Ost-Berlins als Hauptstadt der DDR 1971–1989. Sie lebt in Berlin.

## Zwischen diktatorischer Praxis und Eigensinn. Germanistische Literaturwissenschaft in der SBZ/DDR



VON  
JENS SAADHOFF

Geisteswissenschaftliche Disziplinen, so zeigt ein Blick nicht nur auf die beiden deutschen Diktaturen, gehorchen keineswegs allein ihrer jeweiligen fachinternen Logik. Wenn Germanisten oder Historiker ihre Gegenstände behandeln, so tun sie das mit Blick auf die Fachöffentlichkeit, aber zugleich ist – gewissermaßen als „unsichtbarer Dritter“ – die außerfachliche Öffentlichkeit mit ihren Diskursen, mit ihren Grund- und Leitbegriffen, mit ihren langlebigen Deutungsmustern anwesend. Stärker als die Natur- und Technikwissenschaften, deren gesellschaftliche Zweckdienlichkeit gleichsam evident zu sein scheint, stehen die Geisteswissenschaften unter einem erhöhten Resonanz- und Rückkopplungsdruck. Permanent müssen sie ihre gesellschaftliche Relevanz unter Beweis stellen und „Leistungsangebote“ an die fachexterne Öffentlichkeit sowie die wissenschaftspolitische Administration adressieren. Ohne solche Leistungsangebote drohen Positionsverluste des jeweiligen Faches im innerwissenschaftlichen Kampf um die nötigen Forschungsressourcen, also um Geld und (institutionelle) Macht, aber auch um wissenschaftliche und soziale Reputation. Unter diktatorischen Bedingungen droht zudem der Einfluss politisierter Dilettanten zu steigen, die in den Geisteswissenschaften sehr viel leichter untergebracht werden können als in den spezialisierten „ideologiefernen“ Natur- und Technikwissenschaften. Aus diesem Grund sind gerade geisteswissenschaftliche Fächer in erhöhtem Maße gezwungen, sich auf verändernde gesellschaftliche und politische Ressourcen- und Resonanzkonstellationen einzustellen. Um ihre erfolgreiche Institutionalisierung dauerhaft sicherzustellen, müssen sie „semantische Umbauten“ vornehmen, die sich im veränderten Gebrauch bestimmter Grund- und Leitbegriffe des Faches manifestieren können, in Umwertungen bestimmter Epochen, Autoren oder Texte, in den Veränderungen im Methodenarsenal und im theoretischen Selbstverständnis oder im stillen Themenwechsel.

Das Dissertationsprojekt fragt nach solchen semantischen Umbauten in den Texten germanistischer Literaturwissenschaftler der SBZ/DDR und untersucht sie

auf ihren Zusammenhang mit gesellschaftlichen Veränderungen und kultur- bzw. wissenschaftspolitischen Vorgaben. Während die bisherige Fachgeschichtsschreibung vornehmlich unter forschungsgeschichtlichen, biographischen und institutionengeschichtlichen Aspekten erfolgte, verschiebt die Frage nach den semantischen Umbauten und dem damit indizierten Zusammenhang von Forschungslogik und gesellschaftlicher Logik die Forschungsperspektive. Ziel ist es, die zeithistorische Dimension des Faches näher zu erfassen und einen umfassenden Einblick in das komplexe und historisch variable Spannungsfeld zwischen Professionalisierung und Politisierung, Anpassung und diktatorischem Zwang, außerfachlicher Resonanz und disziplinärem „Eigensinn“ zu gewinnen.

Die Frage nach dem Umgang der literaturwissenschaftlichen Germanistik mit sich verändernden gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen stellt sich für die SBZ/DDR mit besonderer Vehemenz. Anders als 1933 gingen mit der politischen Zäsur kognitiv-konzeptuelle, apparativ-institutionelle, personelle und rhetorische Brüche einher, auf die sich das Fach einstellen musste, so z. B. auf das Romantik- und Moderne-Verdikt, den Erbe- und Sachwalteranspruch der Arbeiterbewegung, die gnoseologische Widerspiegelungstheorie, das marxistisch-leninistische Wissenschaftsverständnis und die sozialistische Umgestaltung der Hochschulen, die Einschleusung akademischer Außenseiter in den wissenschaftlichen Betrieb, die bündnispolitische Volksfrontstrategie etc. Dabei gilt es die Diskontinuitäten, aber auch die Kontinuitäten in der Fachentwicklung deutlich zu machen.

Denn das Fach veränderte keineswegs sämtliche Bestände und Problemlagen, die es in seiner Geschichte akkumuliert hatte. Trotz diktatorischer Praxen führen zu enge Interdependenzannahmen zwischen Politik und Wissenschaft zu Fehlurteilen und werden dem komplexen und historisch variablen Verhältnis von Disziplinengeschichte und wissenschaftsexterner Geschichte nicht gerecht. Eine solche Sichtweise unterschätzt das Fortleben älterer (Wissenschafts-)Traditionen, den „Eigensinn“ der Akteure oder das, was Pierre Bourdieu die „Brechungsmacht“ einer akademischen Disziplin nennt: die Fähigkeit, auf fachexterne Anforderungen nach fachinternen Maßgaben zu reagieren und sie so, gleichsam „gebrochen“, in die Sprache des Faches zu „übersetzen“. Auch dürfen die Schwierigkeiten der SED nicht übersehen werden, ein sozialistisches Hochschulsystem zu errichten. Aufgrund der angespannten Personalsituation nach 1945 war man auf die alten Eliten angewiesen, die sich – geprägt von einem „bürgerlichen“ Wissenschaftsverständnis – dem Lenkungsanspruch der Hochschulpolitik und dem Alleinvertretungsanspruch des Marxismus-Leninismus nur zu häufig widersetzen und nicht ohne Einfluss auf ihre wissenschaftlichen Schüler blieben – selbst wenn sich diese als „Marxisten“ verstanden.

Allerdings war die germanistische Literaturwissenschaft in der DDR auch keine lediglich den eigenen Regeln gehorchende Disziplin: Als geisteswissenschaftliches Traditionsfach mit einer engen Bindung an die „Kulturation“ sowie als „marxistisch-leninistische Gesellschaftswissenschaft“ bewegte sie sich unentwegt im Spannungsfeld zwischen Forschungslogik und politisch-gesellschaftlicher Logik. Eine repressionsbereite Administration setzte den fachlichen Diskursen Grenzen. Vor allem aber der sich ab Mitte der

50er Jahre vollziehende Generationenwechsel innerhalb der Disziplin veränderte das Verhältnis zwischen Fachwissenschaft, sozialistischer Öffentlichkeit und politischer Administration grundlegend. Die Tatsache, dass die meisten der sich nun etablierenden Literaturwissenschaftler Unterschichtskinder waren, die ihr Studium und ihre unerwartete Karriere als Wissenschaftsnachwuchs politischer Protektion verdankten, begründete in vielen Fällen eine langanhaltende Loyalität gegenüber dem SED-Regime. Das Versprechen rascher sozialer Mobilität, die Auf- und Umbruchstimmung der Nachkriegsjahre, die identitätsstiftende Kraft von Wertbegriffen wie „Humanismus“ oder „Antifaschismus“, die gezielte Kadenschulung sowie die streng nach politischen Kriterien erfolgende Elitenauswahl durch die SED hatten eine junge Germanistengeneration hervorgebracht, die bereit war, Wissenschaft auf der Basis der „marxistisch-leninistischen Weltanschauung“ sowie den „Erkenntnissen“ der „Klassiker“ des Marxismus-Leninismus zu betreiben und den „Forderungen des Tages“ entgegenzuarbeiten. Solche Aufgaben waren beispielsweise, in An eignungs- und Deutungskonkurrenz zum Westen ein umfassendes „marxistisches Literaturgeschichtsbild“ zu entwerfen oder zukünftige sozialistische Deutschlehrer, Verleger, Journalisten etc. auszubilden. Bei aller „Parteilichkeit“ durften jedoch auch diese jungen marxistischen Literaturwissenschaftler gewisse fachspezifische Standards (z. B. philologische Genauigkeit, Textnähe, differenzierte und kohärente theoretische Argumentation usw.) nicht aufgeben und lediglich die Verlautbarungen der Partei „nachbeten“, wollten sie nicht aufhören, sich als Fachwissenschaftler auszuweisen und als solche anerkannt zu werden. Besonders das Konkurrenzverhältnis zur westdeutschen Universitätsgermanistik verpflichtete das akademische Personal, allgemein anerkannte Wissenschaftsnormen einzuhalten: Wollte man der „bürgerlichen“ Literaturwissenschaft auf allen Ebenen überzeugende Gegenentwürfe auf der Basis des „Marxismus-Leninismus“ präsentieren, verlangte dies ein gewisses Professionalisierungs- und Ausdifferenzierungsniveau. Es wird eine Aufgabe der Dissertation sein, durch die Untersuchung semantischer Umbauten bzw. der Beharrungsmacht wissenschaftlichen „Eigensinns“ gegenüber ideologischen Vorgaben den Grad der Autonomie bzw. Heteronomie des literaturwissenschaftlichen Feldes in seiner historischen Entwicklung nachzuzeichnen.

Um fachspezifische Leistungsangebote an Staat, Politik und Gesellschaft adressieren und sich als gesellschaftlich „nützliche“ Disziplin präsentieren zu können, bedarf es „Scharnierbegriffe“ oder „Scharniergeschichten“: Leitbegriffe, Redeweisen, Konzepte, Figuren und Argumentationsmuster, die einerseits in der fachlichen Kommunikation präsent sind, die aber andererseits auch in der fachexternen Öffentlichkeit verstanden werden und dort ein positives Echo erzeugen. Im Rahmen der Untersuchung semantischer Umbauten werden gerade solche Scharniersemantiken in den Blick genommen. So bediente sich die germanistische Literaturwissenschaft beispielsweise während der Phase der Neukonstituierung und institutionellen Etablierung an den neugegründeten Universitäten solcher Wert- und Identifikationsbegriffe wie „Antifaschismus“, „Volk“/„Klasse“, „Humanismus“, „Bildung“/„Erziehung“, „(deutsche) Kunst/Kultur“

oder „(deutsche) Nation“, die zu jener Zeit zum festen semantischen Bestand (zur „Basissemantik“) des sozialistischen Regimes gehören und sich gerade in den ersten Jahren der Diktatur in beinahe allen offiziellen Verlautbarungen finden lassen. Die jungen Nachwuchswissenschaftler, die ab Mitte der 50er Jahre die literaturwissenschaftlichen Diskurse zu dominieren begannen, ergänzten diese Scharniersemantik durch Termini, mit denen sie sich als „Marxisten“ ausweisen konnten („Revolution“, „Klassenkampf“, „Materialismus“ etc.). Auch orientierten sie sich in ihrem (besonders von Lukács geprägten) Literaturgeschichtsbild an binären Ordnungskategorien wie Fortschritt und Reaktion, Aufstieg und Dekadenz, Tradition und Avantgarde, Klassik und Romantik, Realismus und Formalismus, Erzählen und Beschreiben etc., die zu jener Zeit richtungsweisend für die Kulturpolitik in der DDR waren und mit denen man daher in der kulturräsonierenden Öffentlichkeit in besonderem Maße Resonanz erzielen konnte.

„Scharnierbegriffe“ und „Scharniergeschichten“ sind historisch variabel: Sich verändernde fachexterne Konstellationen können einen Umbau der entsprechenden Scharniersemantiken verlangen. Um nur zwei Beispiele zu nennen: Im Zusammenhang mit (kultur-)politischen Zielsetzungen wie der „Vollendung des sozialistischen Aufbaus“ oder dem „Bitterfelder Weg“ wandte man sich verstärkt der Literatur des „sozialistischen Realismus“ sowie vor allem „proletarisch-revolutionären“ Literaturströmungen zu, um damit zur „sozialistischen Bewusstseinsbildung“ beizutragen. Die in den sechziger Jahren einsetzenden literaturwissenschaftlichen Debatten um empirische Leser- oder Wirkungsforschung bzw. Literaturrezeption wiederum können als Reaktion des Faches auf die Beschäftigung der SED mit soziologischen Fragestellungen gelten. So versuchte sich die germanistische Literaturwissenschaft gemäß den Forderungen der Partei als unmittelbar praxisorientierte und moderne „Leitungswissenschaft“ zu präsentieren, um jene Positionsverluste auszugleichen, die sie seit Beginn des Jahrzehnts gegenüber den Natur-, Technik- und Wirtschaftswissenschaften hatte hinnehmen müssen.

Aufgrund des Ziels, vor allem die jeweiligen zeithistorischen Bezüge der literaturwissenschaftlichen Germanistik in der SBZ/DDR herauszuarbeiten, sollen im Rahmen des Projektes nicht nur solche Texte untersucht werden, die sich primär an die fachinterne Öffentlichkeit wenden, sondern auch diejenigen, die die Grenzen des Faches überschreiten. Es geht um Beiträge in literaturdidaktischen oder nicht-wissenschaftlichen Zeitschriften und Zeitungen, um Festvorträge, Handbücher, Lexika oder Literaturgeschichten, die sich weniger an ausgewiesene Experten, sondern primär an die „breite Öffentlichkeit“ wenden. Damit eignen sich diese Texte ideal für eine Untersuchung der Außenkommunikation des Faches. Es geht in diesem Zusammenhang um die Frage, mit welchen argumentativen Strategien sich die Disziplin selbst inszeniert und präsentiert. Die Analyse dieser Redeweisen verspricht Aufschluss über die Leistungsangebote, die das Fach der fachexternen Öffentlichkeit unterbreitet, über die Traditionen, in die es sich stellt, über typische Argumentationsmuster, über das theoretische Selbstverständnis seiner Akteure, über Kontinuitäten und Diskontinuitäten in der Fachentwicklung.

Bei der Untersuchung der semantischen Umbauten soll der Blick aus forschungspragmatischen Gründen

auf zentrale Knotenpunkte in der Fachentwicklung gerichtet werden. Vor allem die Phase des Aufbaus einer „marxistisch-leninistischen“ Literaturwissenschaft zwischen der unmittelbaren Nachkriegszeit und dem Beginn der sechziger Jahre soll im Mittelpunkt des Projektes stehen, da sich der Zusammenhang zwischen Fachentwicklung und zeithistorischen Veränderungen hier besonders deutlich herausarbeiten lässt. Der zweite Schwerpunkt dieser Arbeit liegt auf der Rekonstruktion der Argumentationsstrategien und der Debatten um *den* zentralen semantischen Umbau in der Geschichte der ostdeutschen Literaturwissenschaft, also um jene erfolgreiche Etablierung eines Rezeptionsästhetischen Ansatzes in der DDR im Verlauf der 70er Jahre, durch den viele dogmatische Verengungen innerhalb der Disziplin (z. B. hinsichtlich des Realismus- und Widerspiegelungsbegriffs) infrage gestellt werden konnten.

Das Forschungsprogramm bezieht sein methodologisches Besteck aus den wissenschaftssoziologischen Arbeiten Ludwik Flecks und Pierre Bourdieus sowie aus den argumentationsgeschichtlichen Arbeiten des Siegener Forschungsprojektes zum „Semantischen Umbau in den Geisteswissenschaften“. Sowohl Flecks wissenschaftssoziologische Lehre vom „Denkstil und Denkkollektiv“ als auch Bourdieus Theorieentwurf zum wissenschaftlichen „Feld“ zeichnen sich im Blick auf eine Theoretisierung des Verhältnisses Wissenschaft-Gesellschaft vor allem dadurch aus, dass sie apriorische Trennungen im Sinne einer starren „intern-extern“-Antithetik vermeiden. Vor allem Bourdieus Begriff des wissenschaftlichen „Feldes“ erlaubt eine sinnvolle Überwindung der Aporien einer internalistisch oder externalistisch positionierten Wissenschaftsgeschichtsschreibung. Das wissenschaftliche „Feld“ wird im Rahmen des Bourdieuschen Ansatzes als eine Art Mikrokosmos betrachtet, der nach eigenen Gesetzen und Verfahrensregeln operiert, der aber dennoch zugleich den Gesetzen des gesellschaftlichen „Makrokosmos“ unterworfen bleibt. Diese Zwänge und Regeln, meist politischer oder ökonomischer Natur, wirken zwar auf das wissenschaftliche Feld ein, jedoch in den seltensten Fällen unmittelbar. Sie werden durch die „Brechungsstärke“ bzw. „Übersetzungsmacht“ des akademischen Feldes transformiert. Der Grad der Autonomie bzw. der Heteronomie eines bestimmten wissenschaftlichen Feldes zu einem bestimmten Zeitpunkt manifestiert sich mithin in der Tatsache, in welchem Maße äußere Fragestellungen, namentlich politische, ungebrochen zum Ausdruck kommen können.

JENS SAADHOFF, geb. 1976, absolvierte in Münster, Edinburgh und Siegen ein Studium der Fächer Germanistik, Anglistik und Philosophie, das er 2003 mit einer Arbeit zum neuhumanistischen Bildungsbegriff bei Jean Paul und Goethe abschloss. Nach seinem Studium arbeitete er ein Jahr im Siegener Projekt „Semantische Umbauten in den Geisteswissenschaften“. Seit 1999 ist er zudem als freier Referent für politische Jugend- und Erwachsenenbildung tätig.

## Alkohol und Alkoholrausch in der DDR



VON  
THOMAS KOCHAN

„Bestimmt gibt’s Hemus. Oder Natalie. Wirst sehen. Würdest du Bols vorsetzen?“ – So beginnt Erich Loests Roman „Es geht seinen Gang oder Mühen in unserer Ebene“, der in präzisen Beobachtungen den real existierenden DDR-Sozialismus Mitte der siebziger Jahre auf den Punkt bringt. Hemus, Natalie, Bols – gleich seine Eingangssequenz trifft einen Kernbereich ostdeutscher Lebenswelten und Alltagskultur: den Alkohol.

In der DDR wurde wie in kaum einem anderen Land so oft und so viel Alkohol getrunken. In der Menge und in der Art des Gebrauchs nahm der Alkoholkonsum eine herausragende und besondere Stellung ein. Schon die reinen Zahlen beeindruckten: Im Pro-Kopf-Verbrauch von Bier und Spirituosen belegte die DDR im weltweiten Vergleich seit 1982 einen der drei vordersten Plätze. Von Mitte der fünfziger Jahre bis 1988 erhöhte sich der durchschnittliche Bierkonsum von 68,5 auf 143,0 Liter. Beachtlicher noch sind die ostdeutschen Zahlen in puncto „harte“ Sorten: 1955 schluckte der DDR-Durchschnittsbürger 4,4 Liter Weinbrand, Klaren und Likör, 1988 schon 16,1 Liter. Das sind pro Kopf 23 Flaschen!

Die statistischen Angaben decken sich mit qualitativen Beobachtungen. Erinnerungen ehemaliger DDR-Bürger drehen sich häufig um Erlebnisse mit Alkohol: vom alltäglichen „Bierchen“ nach dem Mittagessen in der LPG-Kantine über das kollektive „Versumpfen“ bei der Brigadefeier bis hin zum jugendlichen Exzess-Saufen mit Koma-Erfahrungen. Fotografien von Arno Fischer, Bernard Larsson und Carla Neumann haben den DDR-typischen Umgang mit „Alk“ festgehalten und zeigen Szenen des „rauschenden“ Alltags. Dokumentarfilme wie „Die Kinder von Golzow“ bieten weiteres alkoholhaltiges Anschauungsmaterial. In der DDR wurden im Vergleich zu anderen Gesellschaften nicht nur größere Mengen getrunken. Offensichtlich unterschieden sich auch die Gelegenheiten zum Alkoholkonsum, der intendierte „Einsatzzweck“ sowie der Umgang mit dem Alkoholrausch und seine Akzeptanz. Die Symbolik des „Schlückchens“ oder der „Ziehung“, die Bedeutung von Schwips, „Kater“ und „Filmriss“ waren spezifisch – spezifisch ostdeutsch: In der DDR-Gesellschaft existierte eine eigene Kultur des Trinkens und Berausens. Populäre Nachschlagewerke, Internet-Foren und die Ostalgie-Shows im Fernsehen wissen das längst und berichten von Vipa, Goldbrand, Murfatlar und Rotkäppchen-Sekt.

Der besonderen Alkoholkultur der Bevölkerung stand eine ebenso eigene Alkoholpolitik gegenüber. Offiziell galt die DDR als nüchtern. Probleme der Trunksucht wurden von den staatlich gelenkten Medien bewusst unter den Tisch gekehrt und von der Parteiführung verharmlost. Die ab 1956 festgeschriebene 0,0-Promillegrenze im Straßenverkehr, intensiv kontrolliert und zumeist penibel eingehalten, gaukelte

eine abstinente Gesellschaft vor. Mit der Wirklichkeit hatte das propagierte Selbstbild ziemlich wenig gemein – umso deutlicher zeigt es die Idealvorstellungen des Umgangs mit Alkohol in der „neuen Gesellschaft“. Laut offizieller Doktrin waren krankhafter und übermäßiger Alkoholkonsum „dem Sozialismus wesensfremd“, wurzelten in der „vorsozialistischen Vergangenheit“ und galten als „Überrest des Kapitalismus“. Per Definition waren sie unvereinbar mit der sozialistischen Lebensweise. Der „Neue Mensch“ dachte klar und nüchtern und handelte rational und bewusst. Eine Broschüre aus dem Jahre 1964, die sich an die Leiter von Dorfgaststätten wendet, appelliert eindringlich: „Alkoholmissbrauch ist unsozialistisch. Er entspricht nicht den neuen Lebensformen unserer Gesellschaft, gefährdet das Leben unserer Bürger und ihr Eigentum, schadet der Gesundheit und in vieler Hinsicht der Volkswirtschaft – schadet immer uns allen!“

Tatsächlich hat der ostdeutsche Staat in den sechziger Jahren eine Reihe von Maßnahmen getroffen, um dem angestrebten Ideal näher zu kommen. Im Juni 1966 wurde mit dem Befehl 30/66 der Alkoholverzehr nach Dienstschluss in den Kasernen der Nationalen Volksarmee verboten, im März 1969 wurde die Verordnung zum Schutz der Kinder und Jugendlichen mit einigen relevanten Paragraphen verabschiedet, Silvester 1969 lief das seit den zwanziger Jahren kodierte Recht der Brauereiarbeiter auf den Genuss von Bier als Durstlöcher während der Arbeitszeit aus.

Die nachhaltigsten Wirkungen hatte jedoch der Umbau der ostdeutschen Gaststättenlandschaft. Seit dem Ende der fünfziger Jahre gerieten die Wirtshäuser, ECKkneipen und Stammlokale mit ihren – wie es in einer Aktennotiz des Berliner Magistrats heißt – „dort anzutreffenden zweifelhaften Elementen“ und ihrem einseitigem Angebot an Bier, Schnaps und Bockwurst in die Schusslinie der alkoholfreien Kulturpolitik. Das abstinente Gegenstück dazu hieß „kulturvolle Gaststätte“ mit einer „niveauvollen gastronomischen Versorgung“ und einer „sozialistischen Gaststättenkultur“. In den Folgejahren wurden die von der staatlichen Handelsorganisation oder von der Konsumgenossenschaft betriebenen Lokale renoviert und umbenannt. Als Milchbars, Geflügelbratereien oder als Gaststätte mit regionaler Küche veränderten sie ihr Gesicht und ihren Charakter. Die Kneipe „Bierschwemme“ im Prenzlauer Berg nannte sich nun „Altberliner Bierstuben“ und gab sich kleinbürgerlich-trocken mit Zille-Impressionen und einem gediegenen Flair. Private oder auf Kommission wirtschaftende Betreiber sollten das Niveau ihrer Lokale heben und sie in „kulturvolle Zentren des täglichen Lebens“ ummodellern: „Die beste Vorbereitung besteht darin, eine Atmosphäre in Deiner Gaststätte zu schaffen, die jeglichen Missbrauch alkoholischer Getränke von vornherein ausschließt.“

In den Plattenbauvierteln und den aufgefrischten Stadtzentren entstand indes mit der Klubgaststätte der Prototyp „sozialistischer Gaststättenkultur“. Diese Großraumlokale sollten nicht nur Restaurant, Café, Eisdiele und Tanztreff in sich vereinen, sondern auch eine „Stätte der Aktivitäten gesellschaftlicher Organisationen im Wohngebiet“ sein. Die Zeit der Kneipe als Kneipe schien vorbei. Auf den Werbefotos der Klubgaststätten sitzen die Besucher steif und ernst beim Kännchen Kaffee zusammen. Die Anzahl traditioneller Lokale ging dagegen kontinuierlich zurück.

Ganz im Gegensatz zum offiziell propagierten Ideal der Enthaltensamkeit stieg der Ausstoß der Brauereien und Spirituosenfabriken von Jahr zu Jahr. Trotz aller wirtschaftlichen Probleme kam die volkseigene Alkoholproduktion nie ins Stottern. Nach der Verstaatlichung und Stilllegung hunderter privater Brennereien kreierten wenige Großbetriebe wie der VEB Weinbrand Wilthen und der VEB Bärensiegel Berlin regelmäßig neue Likör- und Branntweinsorten mit dem Eifer hart konkurrierender Konzerne. Kein Warenangebot zeigte sich so bunt, optisch ansprechend und immer verfügbar wie das Schnapsregal. An Alkohol mangelte es der Mangelgesellschaft nie. Qualitätsschwankungen beim Bier und ein schmales Angebot an Wein, der in der Regel importiert werden musste, waren die einzigen Kümmernisse der Verbraucher – mit dem Ergebnis, dass Bier kurz nach dem Kauf getrunken werden musste, Wein über all die Jahre ein Nischengetränk blieb und der Großteil des Pro-Kopf-Verbrauchs an Reinalkohol als „Weißer“, „Brauner“ oder „Harmloser“ durch die ostdeutschen Kehlen floss.

So wie Frankreich und Spanien als Weinländer, Tschechien und die Bundesrepublik als Bierländer gelten, so entwickelte sich die DDR konsequent zum Branntweinland. Dieser Befund passt zum immer noch geläufigen Klischee vom trinkfesten Ostdeutschen. Schon vor 1989 hatte die Flasche Wodka als zweideutige Chiffre für eine sowjetisierte Lebensart östlich der Elbe ihren Platz in bundesdeutschen Karikaturen gefunden. Die üppige Sortimentsfülle von hochprozentigen Spirituosen ließ aber auch DDR-kritische Stimmen laut werden, die eine absichtsvolle „Berauschung“ der Bevölkerung mutmaßten. Im „Lexikon des DDR-Sozialismus“ von 1997 wird angenommen, dass die Staatsführung den steigenden Alkoholkonsum „wahrscheinlich sogar indirekt förderte“.

Den wachsenden Bedarf an Spirituosen, das stagnierende Interesse an „Wein aus Freundesland“ und die Wünsche der Biertrinker an ihr Getränk trug das Leipziger Institut für Marktforschung in beinahe jährlichen Umfragen zusammen. Regelmäßig meldeten die Soziologen den gegenwärtigen Konsum an das ihnen übergeordnete Ministerium für Handel und Versorgung und errechneten den zukünftigen Verbrauch. Ihre präzisen und unzensierten Analysen, die nicht nur über das Wieviel, sondern auch über das Wie des Alkoholkonsums berichten, sind eine erstrangige historische Quelle zur Trinkkultur in der DDR. Hier finden sich auch Verlaufskurven, die den krass steigenden Alkoholikakonsum sehr früh anzeigen und belegen, dass die zwei Preiserhöhungen 1958 und 1971 nur einen kurzen Dämpfer, aber keine Drosselung des Verbrauchs bewirkten. Zwischen den Zeilen und an einigen Stellen explizit warnen die Forscher in ihren Berichten vor dem Hochschnellen des Spirituosenverbrauchs. Als Gegenmaßnahme empfehlen sie die Propagierung des kulturvollen Weingenusses und den Ausbau dieses Sortimentes – und gehen dabei über ihre Kompetenz als Marktforscher weit hinaus. In der Tat wird in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre eine entsprechende Werbekampagne gestartet: „Trinke nicht wahllos – greife zum Wein“. Folgeaktionen Anfang der siebziger Jahre trommeln mit dem Slogan „Wein stimmt heiter, Wein stimmt immer“ und der verkürzten Ursprungsform „Greife zum Wein“. Die Werbung für „harte“ Alkoholika wurde in der DDR verboten.

Auf ähnlich steinigem und zuweilen rutschigem Terrain wie die Leipziger Bedarfstester bewegte sich die medizinische Alkoholforschung in der DDR. Trotzdem gelang es Ärzten seit Mitte der siebziger Jahre, Spezialkliniken und stationäre Versorgungseinrichtungen für Alkoholiker, später auch ein Netz von Beratungs- und Betreuungsstellen zu installieren. Diesen Erfolgen ging die schrittweise Anerkennung des Alkoholismus als Krankheit seit 1965 voraus. Aus kirchlicher Sicht war das Problem schon früher erkannt worden: Bereits Anfang der fünfziger Jahre bildete sich unter dem Dach der evangelischen Diakonie die Arbeitsgemeinschaft zur Abwehr der Suchtgefahren (AGAS), die die Betreuung alkoholkranker Männer und Frauen mit missionarischer Bibelarbeit verband. Ihr Verdienst bleibt die Errichtung des ersten Entzugsheimes für Alkoholiker in der DDR in Uchtspringe bei Magdeburg.

Schwerer als die Mediziner des staatlichen Gesundheitswesens und als die beinahe autark arbeitende AGAS hatte es die sozialwissenschaftliche Forschung. Sie konnte sich nicht auf ein Krankheitsbild als individuelles Problem berufen, sondern wollte den Alkoholkonsum gerade als ein soziales Phänomen betrachten. Dem Zentralinstitut für Jugendforschung in Leipzig gelangten wenige Untersuchungen zum Thema Alkohol – versteckt in groß angelegten Umfragen zur Gesundheit und publiziert erst Anfang der neunziger Jahre.

Viele der hier skizzierten Linien hatten auch in den letzten Jahren der DDR Bestand, wurden in ihrer Schraffur teilweise noch prägnanter. Als Ausgangspunkt kann der IX. SED-Parteitag im Mai 1976 gelten. In dessen Programm wird unter der Überschrift „Sozialistische Lebensweise“ zum „entschiedenen Kampf ... gegen Alkoholmissbrauch“ aufgerufen – eine erstmalige Erwähnung, die von Eingeweihten als Eingeständnis verstanden wurde. Die evangelische Suchtfürsorge berief sich daraufhin bei ihren Auseinandersetzungen mit regionalen Behörden direkt auf diesen Passus und holte sich Rückendeckung durch den SED-Aufruf an „alle gesellschaftlichen Kräfte“.

Die Alkoholikerbetreuung des Gesundheitswesens konnte Ende der achtziger Jahre fünfzig stationäre Einrichtungen und zirka 250 Beratungsstellen vorweisen. In den Printmedien wie „NBI“ und „Deine Gesundheit“ wurde das Thema Alkoholmissbrauch gelegentlich angesprochen, in Fernsehserien wie „Polizeiruf 110“ und „Der Staatsanwalt hat das Wort“ waren nach 1976 Charaktere mit Alkoholproblemen zu sehen. Der Dokumentarfilm „Rückfällig“ stellt allein durch den Bildschnitt einen Zusammenhang zwischen omnipräsentem Alkoholangebot und der Alkoholkrankheit her. Konträr dazu wurde im Oktober 1983 vom DDR-Fernsehen ein Beitrag über die kirchliche Suchtgefährdetenarbeit im Programmfenster der Evangelischen Kirche abgelehnt, weil das Thema „zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht geeignet“ sei.

Die Alkoholproduktion schritt indes weiter voran. Ende der siebziger Jahre wird der VEB Nordbrand Nordhausen modernisiert und zum größten Spirituosenhersteller Europas. 1980 erfolgt die Gründung des Kombinati Spirituosen, Wein, Sekt mit Sitz in Berlin, das die wichtigen Produktionsstätten vereint und die Zusammenarbeit optimieren soll. Die Untersuchungen des Zentralinstituts für Jugendforschung ergeben im letzten Jahrzehnt der DDR, dass der Schnapskonsum nun auch bei Mädchen und jungen Frauen steigt und

sich dem Pro-Kopf-Verbrauch der männlichen Jugend annähert. In Briefen an das Zentralkomitee der SED berichteten aufgebrauchte Schreiber über Schnellverkaufsstände in Supermärkten, in denen man ohne Schlange stehen Spirituosen erwerben kann, über Reisen mit der Mitropa, bei denen es ausschließlich alkoholische Getränke zu kaufen gab, und über Urlaubsgebiete mit ganz ähnlichen Zuständen. Kornprodukte wie Nordhäuser Doppelkorn und der Weinbrandverschnitt Goldbrand überschwemmten bis in den letzten Monate die DDR. Im September 1989 erwähnt Politbüro-Mitglied Kurt Hager in einer internen Sitzung die Zahl von 250 000 Alkoholikern in der DDR – und nennt dieses Problem in einem Atemzug mit den Flüchtlingen, die über Ungarn und Prag das Land verlassen haben.

Das Spektrum des Themas „Alkohol und Alkoholrausch in der DDR“ ist so weit und vielfältig, wie es die Verbreitung von Bier, Schnaps und Wein in Ostdeutschland war. Es berührt das Wechselverhältnis zwischen Herrschaft und Alltag, befasst sich mit dem Wandel internalisierter Verhaltensmuster, beleuchtet die Wirtschaftspolitik und streift die Geschichte der Produktkommunikation. Eine solche Untersuchung muss die staatliche Alkoholpolitik und die eigensinnige Alkoholkultur der DDR-Bevölkerung gleichzeitig unter die Lupe nehmen. Das Besondere des Phänomens lässt sich nur klären mit politik- und kulturgeschichtlichen Fragestellungen, mit einer Makro- und Mikroperspektive, mit Aktenrecherchen und themenzentrierten Interviews. Die schillernde Vielfalt des Phänomens erfordert einen Quellen- und Methodenmix, um die ganz unterschiedlichen Fragen zu beantworten. Gab es eine „von oben“ gebilligte oder forcierte „Berauschung“? Nutzten die Menschen das kollektive Trinken und Berauschen für einen begrenzten „Ausstieg“? Welche symbolische Bedeutung hatten Alkoholika in der DDR? – Generell: Alkohol und sozialistische Gesellschaft, wie gehört das zusammen?

THOMAS KOCHAN, 1968 geboren, wird seit August 2004 als Stipendiat von der Stiftung gefördert, studierte Bibliothekswesen an der FU Berlin und anschließend Europäische Ethnologie und Geschichte an der Humboldt-Universität. 2001 bis 2003 arbeitete er im Haus der Geschichte in Bonn, danach in der Bibliothek der HUB. Forschungen über die ostdeutsche Jugendkultur der Bluesfans und Trammer weckten seine Neugier am Thema Alkoholrausch in der DDR. 2002 erschien seine Studie „Den Blues haben“.

## Aufarbeitung vs. Allgemeines Persönlichkeitsrecht – Der Fall des § 32 StUG



VON  
JEANNINE DROHLA

Der Streit um die Herausgabe der Stasiunterlagen an Presse und Forschung – ein Streit ohne Ende. Auch nach mehreren Gesetzesänderungen, einem Gutachten

eines ehemaligen Verfassungsgerichtspräsidenten und dem 4. Urteil in der Rechtsache *Kohl* vom Juni 2004 ist die Verfassungslage keinesfalls klarer. Noch immer ist unklar, ob und inwieweit das Grundgesetz die Herausgabe von personenbezogenen Informationen über Amtsträger, Inhaber politischer Funktionen und Personen der Zeitgeschichte an Forscher und Vertretern der Presse zulässt.

Ziel der Arbeit ist es zunächst die verfassungsrechtlichen Anforderungen an den Umgang mit personenbezogenen Daten, die durch den Staatssicherheitsdienst erhoben wurden, zu durchdringen. Die dabei gewonnenen Ergebnisse sollen die Grundlage für die Erarbeitung einer Verwaltungsrichtlinie für die verfassungskonforme und einigungsvertragskonforme Anwendung der Forschungs- und Medienregelung der §§ 32, 34 des Stasiunterlagengesetzes (StUG) sein.

Zum bisherigen Stand des Vorhabens: Ausgangspunkt der rechtlichen Analyse muss zunächst die Erfassung der rechtlich relevanten Interessen sein. Bereits hier besteht in der Literatur und Praxis keine einhellige Meinung. Immer wieder wird der Blick auf die widerstreitenden Interessen zwischen dem allgemeinen Persönlichkeitsrecht einerseits und der Presse- und Forschungsfreiheit andererseits verengt. Die Betrachtung der §§ 32, 34 StUG allein aus dem Blickwinkel dieser drei Grundrechte greift jedoch zu kurz. Sie wird der gesamten verfassungsrechtlichen Dimension, die § 32 StUG inhärent ist, nicht gerecht und führt im Ergebnis zu einer einseitigen „Abwägung“ zugunsten des allgemeinen Persönlichkeitsrechts. Ziel des StUG ist nach § 1 neben dem Schutz des Allgemeinen Persönlichkeitsrechts „*die historische, politische und juristische Aufarbeitung der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes zu gewährleisten und zu fördern*“. Ein Adressat dieses Auftrags ist darin nicht benannt. Erst § 32 StUG konkretisiert: „*Für die Forschung zum Zwecke der politischen und historischen Aufarbeitung der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes sowie für die Zwecke der politischen Bildung stellt die Bundesbeauftragte [...] Unterlagen zur Verfügung*“. § 34 StUG bestimmt dann für Presse, Rundfunk und Film eine entsprechende Anwendung der Regelung. Gesetzgeberisches Ziel ist also nicht die Garantie der Forschungs- und Pressefreiheit, sondern die Aufarbeitung der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes. Der Grundkonflikt der Regelung des § 32 StUG lautet daher nicht Forschungs- und Pressefreiheit vs. Allgemeines Persönlichkeitsrecht, sondern Aufarbeitung vs. Allgemeines Persönlichkeitsrecht. Dieser Befund wird insbesondere aber auch durch den Vergleich mit anderen gesetzlichen Regelungen über den Zugang zu sonstigem Archivgut getragen, in denen Forschung und Presse einen privilegierten Zugang zu staatlichen Informationen genießen.

Der Hintergrund dieser Differenzierung zwischen den Unterlagen des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes der DDR und sonstigem Archivgut erschließt sich unter Berücksichtigung des historischen Entstehungszusammenhangs des Stasi-Unterlagen-Gesetzes und der dahinter stehenden Interessenlage. Anders als die allgemeinen Archivgesetze hat das StUG einen Auftrag zu vollziehen. Der Auftrag lautet Aufarbeitung und geht damit über den Auftrag eines gewöhnlichen Archivs, das Gedächtnis der Nation zu bewahren, hinaus. Nach Art. 1 Nr. 2 der Zusatzvereinbarung zum Einigungsvertrag (ZV EV) erwarten die Ver-

tragsparteien, „*dass der gesamtdeutsche Gesetzgeber die Voraussetzungen dafür schafft, dass die politische, historische und juristische Aufarbeitung der Tätigkeit des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit/Amtes für Nationale Sicherheit gewährleistet bleibt*.“ Diese erst im Zuge des massiven öffentlichen Druck, der nicht zuletzt in den Hungerstreiks der Bürgerrechtler im Frühjahr und Herbst 1989 seinen Ausdruck gefunden hat, zustande gekommene Regelung, bildet eine Grundlage für den deutschen Wiedervereinigungsprozess und ist somit Ausprägung des inneren Wiedervereinigungsgebots.

Dass es sich bei der Aufarbeitung auch nach der Schaffung des StUG nicht bloß um einen untergeordneter Gemeinwohlbelang, um einen vorgeschobener Zweck und auch nicht lediglich um ein zu berücksichtigender Aspekt im Abwägungsprozess zwischen dem Allgemeinen Persönlichkeitsrecht und der Forschungs- und Pressefreiheit, sondern um ein eigenständiges Abwägungsgut von Bedeutung, zeigt die nähere Untersuchung des Einigungsvertrages. Mit der Schaffung des StUG ist Art. 1 Nr. 2 ZV EV nicht obsolet geworden. Obgleich dem Einigungsvertrag nach zutreffender Auffassung keine Verfassungsqualität zukommt, spricht jedoch der besondere Entstehungszusammenhang der Zusatzvereinbarung zu diesem Integrationsvertrag für Bestandsfestigkeit zumindest gegenüber einfachem Gesetzesrecht.

Abgesehen von der unmissverständlichen Vorgabe des Einigungsvertrages, die in keinem Urteil der Leipziger Richter Erwähnung fand, lassen sich Bezugspunkte für den Auftrag zur Aufarbeitung aber durchaus auch dem Grundgesetz entnehmen, geht es doch bei der Aufarbeitung im Kern um nichts anderes als Verfassungssicherung. In diese Richtung geht auch das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) in seinem Beschluss zur Auslegung der Stasi-Listen durch das Neue Forum. Darin heißt es: Der Aufarbeitung der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes als „*zentraler Bestandteil des totalitären Machtapparats der DDR*“, der „*als Instrument der politischen Kontrolle und Unterdrückung der gesamten Bevölkerung diente*“, kommt bei der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit besondere Bedeutung zu. Ziel des StUG ist es – so das BVerfG –, „*eine Anschauung darüber zu vermitteln, welchen Gefahren Freiheitsrechte der Bürger ausgesetzt werden können, wenn die Sicherung eines freiheitlichen Rechtsstaates außer Kraft gesetzt wird*“. Auch wenn die Annahme eines konkreten Verfassungsauftrags zur Aufarbeitung sich im Rahmen der Untersuchungen bislang nicht überzeugend nachweisen ließ, zeigte sich doch, dass die Bewältigung des DDR-Unrechts ein Argumentationstopos darstellt, der sich in über 50 Verfassungsgerichtsentscheidungen nachweisen lässt.

Was folgt daraus?

1. Im Gegensatz zu sonstigem Archivgut sollen die Unterlagen hier nicht nur liegen bleiben und bei Nachfrage herausgegeben werden, die Unterlagen sollen ausgewertet und die Erkenntnisse sollen der Öffentlichkeit vermittelt werden. Dies bestätigt auch die Förderungspflicht der §§ 32 Abs. 1, 37 Abs. 1 Nr. 6 StUG, die neben dem Forschungsauftrag der Behörde nach § 37 Abs. 1 Nr. 5 StUG besteht.

2. Weder die Auswertung des Materials noch die Öffentlichkeitsarbeit kann in einem demokratischen Rechtsstaat allein einer Behörde zukommen. Nicht al-



lein deshalb, weil die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU) kaum hinreichend ausgestattet sein dürfte, um diesen Auftrag allein zu erfüllen, nicht nur weil immer noch potentielle Verflechtungen noch aktiver Politiker mit dem Staatssicherheitsdienst aufzuarbeiten sind, sondern weil öffentliche Gewalt kontrollierbar sein muss. Dementsprechend müssen sich auch die aus den Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes gewonnenen Erkenntnisse der BStU in irgendeiner Weise nachprüfen lassen. Ein exklusives Zugriffsrecht; ein Informations- oder wie es oft heißt „ein Forschungsmonopol“ der BStU wäre damit unvereinbar. Aus diesem Grund sieht das StUG ein privilegiertes Zugangsrecht für Forschung und Presse vor.

3. Ebenfalls unvereinbar mit diesem Auftrag wäre es, die Bearbeitung der Akten durch exzessive Sperrfristen – wie sie § 5 BArchG – zugrunde liegen, zu verzögern. Denn Aufarbeitung heißt bei aller Umstrittenheit des Begriffs Gestaltung des Künftigen durch Bewusstmachen des Vergangenen. Der so verstandene Begriff der Aufarbeitung gestattet kein Vertagen auf morgen, da die Zukunft bereits vor 14 Jahren begonnen hat. Dementsprechend hat der Gesetzgeber bereits 1990 mit der Schaffung der §§ 32, 34 StUG Forschung und Presse Zugriff auf die Akten gewährt. Forschung und Presse übernehmen so gesehen eine dienende Funktion. Wie die Formulierung des § 32 Abs. 1 StUG „*der Forschung und Presse zur Aufarbeitung*“ zeigt, wird ihnen das Zugriffsrecht nicht um ihrer selbst willen zugebilligt, vielmehr ist ihr Wirken und damit ihr Zugangsrecht zu den Unterlagen integraler Bestandteil des Rechtsauftrages zur Aufarbeitung und damit unabhängig von der Existenz eines allgemeinen verfassungsrechtlichen Presse- oder Forschungsinformationsanspruchs garantiert.

4. Dass Aufarbeitung umfassend sein muss, ergibt sich aus der Natur der Sache. Eine nur fragmentarische Aufdeckung der Vergangenheit verdient den Begriff Aufarbeitung nicht. Zusammenhänge sind auf der Grundlage von Teilkennnissen nicht hinreichend erkennbar. Sie fördern Geschichtsverfälschung nicht jedoch Aufarbeitung. Dem zur Folge gebietet der Auftrag zur Aufarbeitung der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes eine umfassende Offenlegung der seiner Akten. Die in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung im Zusammenhang mit der 4. Kohlentscheidung aufgeworfene Frage: „*Braucht man, um die Tätigkeit eines Voyeurs zu beschreiben, die Wiedergabe dessen, was und wen er durchs Schlüsselloch gesehen hat?*“ ist mit „*Ja.*“ zu beantworten. Gerade wenn es um die Kenntnisse der Staatssicherheit über die Amts- und Funktionsausübung führender Politiker geht – und keine anderen Informationen dürfen nach dem StUG an Presse und Forschung herausgegeben werden – dann spielt es für die Einschätzung des Machtpotentials der Staatssicherheit eine ganz erhebliche Rolle, über welche Informationen sie verfügte.

Für den Zugriff auf personenbezogene Daten bedeuten diese Ergebnisse erst einmal nur soviel, als dass für die Einschränkung des Allgemeinen Persönlichkeitsrechts ein gewichtiges Allgemeininteresse an der Aufarbeitung der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes spricht, ein Interesse zumindest im Rechtsstreit um die Herausgabe der Akten *Kohl* in der Rechtsprechung nicht hinreichend Berücksichtigung gefunden hat.

JEANNINE DROHLA, 1976 in Berlin geboren, studierte in Frankfurt (Oder) Rechtswissenschaften. 2000 erwarb sie die *Maîtrise en droit international*. Seit 2002 arbeitet sie am Lehrstuhl für Öffentliches Recht an der Europa Universität, wo sie sich u. a. mit der Aufarbeitung von Unrechtssystemen in den Transformationsstaaten befasst. Sie ist Mitarbeiterin im Studien- und Forschungsschwerpunkt Medienrecht und Mitglied der Arbeitsgruppe Aufarbeitung und Recht.

### **„Schriftsteller: Ja-Sager oder Nein-Sager?“ – der P.E.N.-Club in der DDR bis zu dessen Vereinigung mit dem Deutschen P.E.N.-Zentrum (Bundesrepublik) (1951/53–1998)**



VON  
DOROTHÉE BORES

Der P.E.N. steht zu dem Grundsatz des ungehinderten Gedankenaustausches innerhalb einer jeden Nation und zwischen allen Nationen, und seine Mitglieder verpflichten sich, jeder Art der Unterdrückung der Äußerungsfreiheit in ihrem Lande oder in der Gemeinschaft, in der sie leben, entgegenzutreten.

Dieses Bekenntnis findet sich in der Charta des *Internationalen P.E.N.* – einer weltweiten Vereinigung von „Poets – Essayists – Novelists“, in der deutsche Schriftsteller seit 1923 mit Unterbrechung während der Zeit des Nationalsozialismus und Zweiten Weltkriegs vertreten sind. Ab 1951/53 existierten infolge der Teilung Deutschlands zwei deutsche P.E.N.-Zentren. Die moralisch anspruchsvollen Grundsätze der Charta dienten nach dem Zusammenbruch der DDR als Basis einer hitzigen Diskussion um die Annäherung der beiden deutschen P.E.N.-Sektionen, bei der das einstige DDR-Zentrum ins Kreuzfeuer der Kritik geriet. Partei- und Staatsnähe, Stasi-Kontakte und Versagen als Intellektuelle wurden den P.E.N.-Mitgliedern der ehemaligen DDR vorgeworfen. Die Einhaltung der Charta sei im diktatorischen System unversucht geblieben; man habe die Instrumentalisierung des P.E.N.-Zentrums im Sinne der Staatspolitik widerstandslos zugelassen. In den Augen mancher Kritiker ließen diese Anschuldigungen nicht nur die Vereinigung mit dem West-P.E.N. als unmöglich, sondern auch die Existenz des – nunmehr – ostdeutschen P.E.N. als unzulässig erscheinen. Es entbrannte ein andauernder Streit, der erst 1998 mit dem Zusammenschluss endete.

Diese jahrelange Auseinandersetzung, deren differenzierte Betrachtung den logischen Schlusspunkt der Untersuchung bilden soll, eröffnet ein breites Spektrum von Fragen an die Geschichte des P.E.N.-Clubs in der DDR. Anhand einer chronologisch orientierten Abhandlung werden Position und Wirkungsgrad der Institution P.E.N. in der DDR skizziert. Nachgezeichnet wird die Entwicklung der Sektion von der 1951 erfolgten Abspaltung eines bundesrepublikanischen

Zweigs bis zum Ende der DDR mit Augenmerk auf innere, d. h. personelle wie institutionelle Veränderungen, sowie äußere Faktoren, d. h. parteiliche bzw. staatliche Ein- und Übergriffe. Als weitere wichtige Bezugspunkte für die Untersuchung erweisen sich westdeutscher P.E.N. und *Internationaler P.E.N.*; sie ermöglichen eine Einschätzung von Handlungsfreiheit und -vermögen des DDR-P.E.N. im deutsch-deutschen wie internationalen Kontext.

Für die Erarbeitung der P.E.N.-Geschichte steht das umfangreiche Archiv des *P.E.N.-Zentrums der DDR* (Berlin) zur Verfügung. Hinzu kommen personenbezogene Quellen sowie das im Bundesarchiv (Berlin) und in der Stasiunterlagenbehörde einlagernde Aktenmaterial. Weitere Quellen bieten die Archivalien des *Deutschen P.E.N.-Zentrums (Bundesrepublik)* in Darmstadt und die „Minute Books“ des *Internationalen P.E.N.* in London.

Die mit zunehmender Schärfe diskutierte Kontroverse um die grundsätzlich unterschiedlich ausgerichteten politischen Orientierungen der beiden deutschen Staaten belastete schon bald nach der Wiederbegründung (1948) die Atmosphäre des *P.E.N.-Zentrums Deutschland*, das für einen kurzen Zeitraum eine der wenigen verbliebenen gesamtdeutschen Institutionen darstellte. Der Grundsatz „No politics at all“, den einer der englischen Gründungsväter, John Galsworthy, formuliert hatte, war nicht zu halten. Auch ein scheinbar neutrales Gebiet wie das der vielfach beschworenen *einen* deutschen Literatur blieb von der staatlichen Entzweiung nicht dauerhaft unberührt. Nach vereinzelt Austritten westdeutscher Mitglieder 1950/51 führte das Ergebnis der Präsidiumswahl auf der Mitgliederversammlung im Oktober 1951 zur Separation einer Gruppe bundesdeutscher P.E.N.-Mitglieder. Der neubegründeten Sektion, die 1952 vom *Internationalen P.E.N.* offiziell anerkannt wurde, schloss sich bald eine Mehrzahl der westdeutschen Autoren an. Das ursprüngliche *P.E.N.-Zentrum Deutschland* existierte jedoch weiter. Kurioserweise bestand das Präsidium des *P.E.N.-Zentrums Deutschland* zunächst vorwiegend aus westdeutschen Autoren. Lediglich Johannes R. Becher, an dessen Person sich die der Teilung vorangegangenen Kontroversen entzündet hatten, bekleidete als DDR-Autor eines von drei Präsidentenämtern. Das Präsidium reduzierte sich jedoch rasch: Die Hamburger Autoren Günther Weisenborn (Präsident), Hans Henny Jahn (Generalsekretär) und Axel Eggebrecht (Schatzmeister) zogen sich teils ideologie-, teils krankheitsbedingt schon Ende Oktober bzw. Ende November 1951 zurück. Übrig blieben als Präsidenten der Münchener Schriftsteller Johannes Tralow und Johannes R. Becher. Tralow engagierte sich in der Folgezeit für die Fortexistenz des *P.E.N.-Zentrums Deutschland*; er hielt an der seiner Meinung nach alleinigen Existenzberechtigung des *P.E.N.-Zentrums Deutschland* fest und stellte die Legitimität der bundesrepublikanischen Sektion in Frage. Auf dem *Internationalen P.E.N.-Kongress* in Dublin 1953 wurden aufgrund der allgemeinen Verwirrung über die Existenz zweier deutscher Zentren differenzierende Kennzeichnungen festgelegt: Die westdeutsche Sektion erhielt die Bezeichnung *Deutsches P.E.N.-Zentrum (Bundesrepublik)*. Das ursprüngliche *P.E.N.-Zentrum Deutschland* wurde umbenannt in *Deutsches P.E.N.-Zentrum Ost und West (Sitz München)*.

Tralow trat in den Folgejahren bis zu seinem Rücktritt 1960 beständig für die gesamtdeutsche Struktur des von ihm als geschäftsführendem Präsidenten geleiteten Zentrums ein; er war stetig bestrebt, die Zahl der westdeutschen Mitglieder im *Deutschen P.E.N.-Zentrum Ost und West* zu vergrößern. Gleichwohl verschob sich das interne politische Gewicht durch die Verteilung der übrigen Präsidiumssämter schon früh mehr und mehr in Richtung DDR.

Das Amt des Präsidenten wurde bedeutenden Dichtern der DDR übertragen. Als prominente Integrationsfigur wählte man nach Anerkennung beider deutscher Zentren (1952) den in der Bundesrepublik und der DDR gleichermaßen bekannten Bertolt Brecht; dieser führte sein Amt nach dem Grundsatz „Wenn Du ein Spektakel machen kannst ...“. Sein Einsatz im P.E.N. richtete sich vornehmlich auf öffentliche Wirkung; er arbeitete an der Durchsetzung einer Anti-Atomresolution im internationalen Gremium und setzte sich – letztlich erfolglos – für die Aufnahme der sowjetischen Schriftsteller in den *Internationalen P.E.N.* ein. Nach Brechts Tod im Jahr 1956 folgte Arnold Zweig, der sein Amt mehr als Repräsentant denn als Initiator ausübte. Umso mehr gewannen die Positionen des geschäftsführenden Präsidenten, des Generalsekretärs und des Schatzmeisters an Gewicht. Gerade in den frühen Jahren des *Deutschen P.E.N.-Zentrums Ost und West* agierten diese vielfach an den Präsidenten Brecht und Zweig vorbei. Mit der Übernahme des Schatzmeisteramtes durch den kulturpolitisch rührigen Bodo Uhse und der Einrichtung eines Berliner Büros Mitte der fünfziger Jahre verschob sich der Schwerpunkt im *Deutschen P.E.N.-Zentrum Ost und West*. Bereits zu diesem Zeitpunkt mehrten sich die Klagen westdeutscher Mitglieder über die unzureichende Information zur Arbeit des Zentrums. Tralow bemühte sich bis zur Amtsniederlegung (1960) weiterhin um eine ausgleichende Position. Das Interesse des P.E.N.-Präsidiums an den Mitgliedern in der Bundesrepublik schwand nach Tralows Ausscheiden merklich. Schon während Tralows Amtszeit war die Diskussion zur staatspolitischen Kennzeichnung des Zentrums aufgekeimt. Dennoch erfolgte die Umbenennung in *P.E.N.-Zentrum DDR*, dem weiterhin wenige westdeutsche Mitglieder angehörten, erst im Jahr 1967. Zu dieser Zeit hatte der linientreue Heinz Kamnitzer, ein enger Vertrauter Zweigs, das Amt des geschäftsführenden Präsidenten bereits drei Jahre inne. Nach Zweigs Tod im Jahr 1968 rückte Kamnitzer an die Spitze. De facto hatte er aber bereits vorher die Geschicke des P.E.N. gelenkt und tat dies bis 1989.

Die ersten Kontakte zu Institutionen der DDR lassen sich in der Phase der Reorganisation des *P.E.N.-Zentrums Deutschland* nach der Abspaltung des bundesrepublikanischen Zweigs nachweisen. Über Becher, der sich von seiner führenden Position im P.E.N.-Zentrum jedoch 1953 zurückzog, entstand die Verbindung zu dem von ihm gegründeten *Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands*; sie diente in erster Linie finanzieller und organisatorischer Unterstützung des wieder zu belebenden Zentrums. Von 1953 bis mindestens 1956 bestanden zudem Kontakte zum *Schriftstellerverband* der DDR, insbesondere zu dessen *Referat für Gesamtdeutsche Arbeit*. Für die Folgezeit zeichnet sich die Abhängigkeit des P.E.N.-Zentrums von parteipolitischen bzw. staatlichen Einrichtungen ab. Eine Schlüsselstellung kam

neben dem Präsidenten dem Generalsekretär zu; er unterhielt enge Kontakte zur *Abteilung Kultur* des *Zentralkomitees der SED*, sowie dem *Ministerium für Kultur*. Verhandlungspunkte waren „Konzeption, Perspektive und Jahresarbeit“ des Zentrums, die Aktivitäten im Ausland, literarische Veranstaltungen sowie die Haushaltsmittel des P.E.N. Bis Ende der sechziger Jahre war das P.E.N.-Zentrum vor allem zur genauen Berichterstattung verpflichtet. Nach 1970 verschärfte sich die Anleitung durch die *Abteilung Kultur*. Man führte richtungsweisende Gespräche im Vorfeld sowie kritische Aussprachen im Nachgang der nationalen wie internationalen Zusammenkünfte. Zu dieser Zeit wurde die P.E.N.-interne Parteigruppe verstärkt aktiviert, die schon in den sechziger Jahren gebildet worden, aber weitgehend untätig geblieben war. Sie trat unter Anweisung der *Abteilung Kultur* vor den Mitgliederversammlungen zusammen, um die Genossen unter den P.E.N.-Mitgliedern auf Linie zu bringen. Die Einflussnahme auf das P.E.N.-Zentrum durch die *Abteilung Kultur* ist bis Ende Oktober 1989 nachweisbar.

Die Anbindung an eine internationale Dachorganisation verlieh dem *P.E.N.-Zentrum der DDR* und seinen Mitgliedern eine gewisse Immunität gegenüber den Machtinstrumenten des diktatorischen Systems. Indessen wurden diese Chancen wenig genutzt. Bedeutende innen- und kulturpolitische Ereignisse, etwa der Mauerbau 1961 oder die Ausbürgerung Biermanns, blieben durch den DDR-P.E.N. in der Öffentlichkeit ebenso unkommentiert wie die zahlreichen Schikanierungen, Bedrohungen und Inhaftierungen von Schriftsteller-Kollegen. Gezielte Aktionen gab es nur vereinzelt, so z. B. die Alleingänge Stephan Hermlins, der seine persönliche Bekanntschaft mit dem Staatsoberhaupt Erich Honecker zum Einsatz für Kollegen nutzte. Erst im Laufe des fortgeschrittenen gesellschaftlichen Liberalisierungsprozesses in der DDR kam 1989 Bewegung in das P.E.N.-Zentrum: Eine offene Diskussion der kulturpolitischen Situation ohne Rücksicht auf die anwesenden Kulturfunktionäre prägte die Generalversammlung im März 1989; öffentliche Erklärungen zum maroden, reformbedürftigen Staatssystem wurden erst Ende Oktober 1989 gegen den erklärten Willen des Präsidenten Kamnitzer realisiert, sein Rücktritt damit provoziert.

Die zuvor stillschweigende Duldung der allgegenwärtigen Zensur, der Verhaftung etlicher Autoren etc. muss als grober Verstoß gegen die Grundsätze der *Internationalen P.E.N.-Charta* gewertet werden. Unvereinbar mit der Charta zeigt sich zudem die Aktivität einiger P.E.N.-Mitglieder, die als Inoffizielle Mitarbeiter des *Ministeriums für Staatssicherheit* die Überwachung ihrer P.E.N.-Kollegen im nationalen wie internationalen Raum übernahmen. Bereitwillige Berichterstattung über die Interna des Zentrums sowie die Annahme konkreter Arbeitsanweisungen zur Beeinflussung einzelner Mitglieder gehörten zum Aufgabenbereich der Stasi-Zuträger.

Die Frage, ob die Mitgliedschaft von Kommunisten im *Internationalen P.E.N.* grundsätzlich zu tolerieren sei, war vor dem internationalen Gremium implizit mit der Separation eines westdeutschen P.E.N.-Zweiges gestellt. Zwar gab es immer wieder Angriffe auf die P.E.N.-Mitglieder der Ostblock-Staaten, so etwa Charles Morgans Eröffnungsrede auf dem *Internationalen P.E.N.-Kongress* in Wien (1955). Der *Internationale P.E.N.* in seiner Gesamtheit verhielt sich je-

doch integrativ, übte Toleranz gegenüber den kommunistischen Mitgliedern. Die generelle Anerkennung des *P.E.N.-Zentrums der DDR* war unstrittig; es hatte zu jeder Zeit Sitz und Stimmberechtigung. Den kritischen Nachfragen des *Internationalen P.E.N.* musste es sich aber immer wieder stellen. 1961 forderte man beharrlich eine Stellungnahme zu einer Liste in der DDR inhaftierter Autoren, ebenso wie zum Mauerbau. Auch die Folgen der verschärfte Kulturpolitik Mitte der siebziger Jahre, z. B. Biermanns Ausbürgerung, provozierte Fragen. Heftige Attacken in bezug auf die generelle Position der Schriftsteller in der DDR charakterisierten den *Internationalen P.E.N.-Kongress* in Hamburg (1986).

Das Verhältnis zwischen den beiden deutschen Sektionen gestaltete sich wechselhaft: Die vom *P.E.N.-Zentrum Deutschland/Deutschen P.E.N.-Zentrum Ost und West* zunächst angestrebte Überwindung der Spaltung im deutschen P.E.N. erwies sich als unmöglich. Alle Vorstöße in diese Richtung blieben vom *Deutschen P.E.N.-Zentrum (Bundesrepublik)* unbeantwortet. Bei einem ersten Treffen beider Zentren 1956 signalisierte dieses die kategorische Ablehnung der Wiedervereinigung. Man ging auf Distanz. Mitte der sechziger Jahre gelang, eingeleitet durch internationale Vermittlung, eine Annäherung der deutschen Zentren, die zur Bildung eines *Ständigen Verbindungsausschusses* führte. Dessen Arbeit zielte auf gegenseitige Information und gemeinsame Organisation von Veranstaltungen. Eine mögliche Zusammenführung der beiden Zentren wurde lediglich angedacht. 1968 stellte man die wenig erfolgreichen Bemühungen des gemeinsamen Ausschusses ein. Das *P.E.N.-Zentrum der DDR* erachtete den Ausschuss für nicht länger notwendig; Kommunikation sei nun auf direktem Wege möglich. Die Kontakte zwischen beiden deutschen Zentren beruhten in den folgenden Jahren vor allem auf persönlicher Initiative. So pflegten Heinz Kamnitzer und der kurzzeitige Präsident des *Deutschen P.E.N.-Zentrums (Bundesrepublik)* Heinrich Böll (1970/71) ein freundschaftliches Verhältnis. Um Verständigung bemüht zeigten sich in den achtziger Jahren die langjährigen Präsidiumsmitglieder des bundesrepublikanischen P.E.N. Ingeburg Drewitz und Hanns Werner Schwarze. Bei den gemeinsamen Aktivitäten handelte es sich zumeist nur um ein Zusammengehen von Fall zu Fall, keineswegs um eine konzentrierte Zusammenarbeit. Nach dem Zusammenbruch der DDR sicherte man einander unbedingte Kooperation zu. Schon auf der Tagung des West-P.E.N. in Kiel (Mai 1990), an der DDR-Kollegen teilnahmen, entbrannte eine Diskussion um Klaus Höpcke, „Oberzensor“ der DDR und P.E.N.-Mitglied zugleich; diese eröffnete die eingangs erwähnte Kontroverse um die Vergangenheit des P.E.N.-Zentrums in der DDR, die erst 1998 mit der Wiedervereinigung zum *P.E.N.-Zentrum Bundesrepublik Deutschland* mit Sitz in Darmstadt beendet wurde.

DOROTHÉE BORES, 1973 in Trier geboren, studierte Buchwissenschaft, Deutsche Philologie und Kunstgeschichte in Mainz. Abschluss des Studiums mit einer Magisterarbeit zum deutschsprachigen Exil in Paris (Deutsche Freiheitsbibliothek). Danach wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Buchwissenschaft, Mainz. Schwerpunkte innerhalb der Forschung und Lehre waren u. a. Buchkunst des 20. Jahrhunderts und Literatursystem der DDR.

## Die Stipendiatinnen und Stipendiaten des Jahres 2003

### Kalter Krieg auf der Aschenbahn – eine deutsch-deutsche Beziehungsgeschichte 1950–1972



VON  
UTA ANDREA BALBIER

Zwanzig Mal wurde im Sommer 1972 im Münchner Olympiastadion zum Klang von ‚Auferstanden aus Ruinen‘ die Flagge der DDR gehisst. Neben zwanzig Olympiasiegern brachte die DDR 23 Sportler und Sportlerinnen auf das zweithöchste Treppchen. Die 23 Bronzemedailengewinner unterstrichen zusätzlich den souveränen dritten Platz der DDR in der Nationwertung der Spiele hinter der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten von Amerika. Die Bundesrepublik belegte zwar vor heimischer Kulisse Rang vier der Gesamtwertung, erzielte jedoch insgesamt nur 40 Medaillen, davon lediglich 13 goldene. Die DDR war also als leistungsstärker, effizienter und erfolgreicher gewesen als ihr westdeutscher Konkurrenzstaat – zumindest bei den XX. Olympischen Sommerspielen.

Somit kommt es im Bereich des Leistungssport zu einer minimalen Schwerpunktverlagerung in der ‚asymmetrischen Parallelgeschichte‘ zwischen dem Erfolgsmodell Bundesrepublik und ihrem sozialistischen ‚Konkurrenzstaat‘, denn hier agierte die DDR seit Mitte der 1950er Jahre als der Herausforderer. Die geplante Dissertation untersucht die sportpolitischen Strukturveränderungen in der Bundesrepublik und der DDR in den 1960er Jahren und die damit einhergehende gesellschaftliche Neubewertung des Sports, die unmittelbar aus diesem Leistungsgefälle resultierten, aus beziehungsgeschichtlicher Perspektive. Dadurch können für diesen Teilbereich der deutsch-deutschen Beziehungsgeschichte Aussagen getroffen werden, wie innerstaatliche Veränderungen östlich und westlich der Mauer unmittelbar durch die Existenz des ‚Konkurrenzstaates‘ geprägt oder sogar erst ausgelöst wurden. Dies gilt insbesondere hinsichtlich der Prägung der Bundesrepublik durch ihre ‚verinnerlichten Herausforderungen durch den Osten‘ (Niethammer), deren Aufarbeitung noch aussteht. Dazu soll detailliert gezeigt werden, wie sich ostdeutsche Feindbilder zu einflussreichen Vorbildern wandelten, wie ‚sozialistische‘ Lösungsansätze in der Bundesrepublik perzipiert und teilweise in das freiheitliche System integriert wurden. Ebenso soll deutlich werden, wie sich die DDR zu diesem Transfer positionierte und dieser wiederum auf deren innerstaatliche Entwicklung zurückwirkte.

Die Beziehung der beiden deutschen Staaten im Bereich des Sports wird anhand dreier Kategorien untersucht, die auf das von Christoph Kleßmann angeregte Untersuchungsmuster, ‚Verflechtung und Abgrenzung‘ zurückgehen. Dieses wird durch die Kategorie

‚Konkurrenz‘ ergänzt. Im Zentrum der Betrachtung stehen einzelne Akteure aus dem Bereich des organisierten Sports, der Politik und der Öffentlichen Meinung. Es wird jedoch unterstellt, dass sie die Einstellungen der sie umgebenden Gesellschaften teilen und reflektieren. Daher werden jeder Kategorie Forschungshypothesen zugeordnet, die darauf abzielen, einen weiteren Blick auf das Verhältnis der beiden deutschen Gesellschaften zueinander zu öffnen.

Der Begriff ‚Abgrenzung‘ beschreibt die für beide Staaten konstitutive Ablehnung des jeweils anderen Systems, und hilft künstliche Parallelisierungen zu vermeiden. Die Kategorie ‚Verflechtung‘ bezieht sich auf zwei unterschiedliche Untersuchungsebenen. So stehen nicht nur die tatsächlichen Interaktionen der sportlichen Akteure und Funktionäre auf internationaler und olympischer Ebene im Mittelpunkt des Erkenntnisinteresses, sondern auch deren mentale Verflechtung durch die sie umgebende historische Konstellation des Kalten Krieges, die zu einer merklichen Angleichung ihrer Argumentations- und Handlungsmuster führt.

Die Kategorie ‚Konkurrenz‘ ist sowohl dem sportlichen Wettkampf als auch der Systemauseinandersetzung im Kalten Krieg inhärent und stellt somit das thematische Bindeglied zwischen Sport- und Beziehungsgeschichte dar. Außerdem liegt der Untersuchung die Hypothese zugrunde, dass die Beziehung zwischen beiden deutschen Staaten seit dem Beginn der 1960er Jahre, parallel zu den gesellschaftlichen Veränderungen in ihnen, an Dynamik gewinnt. Die DDR wurde nach ihrer heimlichen ‚Geburtsstunde‘ (Staritz) im August 1961 von der Bundesrepublik verstärkt als Konkurrent wahrgenommen, da sie sich mit dem Mauerbau längerfristig etabliert hatte. Auf diese neuartige Konkurrenz reagierten beide deutsche Staaten mit einem höheren Maß an Flexibilität. Dies gilt insbesondere dahingehend, dass systemfremde Mechanismen wie ‚kapitalistische Anreize‘ im Osten oder ‚Planungseuphorie‘ im Westen zumindest diskutierbar werden – wenn auch in der Diktatur im geringeren Ausmaß als in der Demokratie.

Die geplante Untersuchung versteht sich jedoch nicht nur als Beitrag zur deutsch-deutschen Beziehungsgeschichte, sondern möchte gleichzeitig den Zugang der Zeitgeschichte zum Thema Sport erweitern. Dieser soll mit der bisher üblichen politikhistorischen Fixierung auf sportliche Strukturen brechen, um so den kulturellen Besonderheiten des Untersuchungsgegenstandes besser gerecht zu werden. Denn Sport ist nicht nur ein gesellschaftlicher Teilbereich, sondern eben auch ein Kulturphänomen mit eigenem Charakter, der sich im Kontext historischer Prozesse wandelt. Facetten dieses Charakters sind beispielsweise der Stellenwert der Leistung, seine politische aufgeladene sowie Fragen der Vermassung und Vermarktung.

Von daher erscheint es sinnvoll zwei Untersuchungsfelder abzustecken, die von der Zeitgeschichte des Sports bisher weitestgehend ignoriert wurden. Erstens den Bedeutungswandel des Sports im Kalten Krieg und zweitens dessen Schnittstellen zu anderen gesellschaftlichen Bereichen.

Bedeutungswandel: Der Sport ist offen für Bedeutungszuschreibungen von außen. Diese beschränkten sich jedoch in den Jahrzehnten zwischen 1950 und 1970 nicht nur auf seine Deklarierung als Nebenschau-

platz des Kalten Krieges. Vielmehr lässt sich eine gesellschaftliche Neubewertung des Sports an einer Reihe weitaus differenzierterer Zuschreibungen ablesen, beispielsweise durch eine Untersuchung der Begriffspaare Staat/Sport; Freizeit/Leistung; Spitzensportler/Gesellschaft. Besonders gewinnbringende erscheint die Einbeziehung dieser Untersuchungsebene, da sie es möglich macht, Aussagen über längerfristige Traditionen des Sports in beiden deutschen Staaten zu treffen.

Gesellschaftliche Schnittstellen: Es ist seit jeher das „Steckenpferd“ der Zeitgeschichte des Sports gewesen, nach der gesellschaftlichen Schnittstelle zwischen Sport und Politik zu fragen. Dies wurde zum Anlass genommen den Sport als gesellschaftlichen Freiraum zu erklären, um dann seine Politisierung von oben zu untersuchen. Dieses Bild verlangt eine Ergänzung. Daher sollen in der geplanten Arbeit zwei andere Schnittstellen zwischen Sport und Gesellschaft geprüft werden, nämlich die zwischen Sport und Wirtschaft sowie zwischen Sport und Wissenschaft. Dazu wird die umgekehrte Hypothese zugrunde gelegt, dass Sport immer Bestandteil gesamtgesellschaftlicher Veränderungen (Elias) und somit kein Freiraum per se ist. Erst darüber erklärt sich, wie der Sport in der DDR in den Prognostikboom der frühen 1960er Jahre einbezogen wurde und warum der bundesdeutsche Sport der Planungseuphorie der späten 1960er Jahre erlag.

Die geplante Dissertation stellt sich in die Tradition der Arbeiten zur deutschen Beziehungsgeschichte, die seit den 1980er Jahren eng mit dem Namen Christoph Kleßmann verbunden ist. Dabei folgt sie insbesondere dem methodischen Konzept von ‚Verflechtung und Abgrenzung‘, das auch den beiden Bände aus den 1990er Jahren ‚Doppelte Zeitgeschichte‘ und ‚Deutsche Vergangenheiten – ein gemeinsame Herausforderung‘ zugrunde lag. Obwohl das methodische Rüstzeug somit gegeben war, mangelt es nach wie vor an detaillierten Vergleichs- und Beziehungsstudien zwischen beiden deutschen Staaten. Daran änderten auch die inspirierenden Arbeiten von Axel Schildt/Detlef Siegfried/Karl Christian Lammers ‚Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften‘ und Bernd Faulenbach ‚Modernisierung‘ in der Bundesrepublik und in der DDR während der 1960er Jahre‘ nichts, die beziehungs geschichtliche und komparative Fragestellungen der deutsch-deutschen Geschichte besonders für die 1960er Jahre aufzeigten. Die in den letzten Jahren boomende Forschung zu diesem Jahrzehnt verlief dennoch weitgehend entlang der innerdeutschen Staatsgrenze und kam über verstohlene Blicke über die Mauer kaum hinaus.

Erstaunlicherweise finden sich jedoch im weiteren Umfeld einer Zeitgeschichte des Sports gleich mehrere beziehungs geschichtlich ausgerichtete Arbeiten zu den innerdeutschen und internationalen Sportbeziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR. Den Grundstein für deren Aufarbeitung legte der Politologe Ulrich Pabst bereits im Jahr 1980 mit seiner Analyse ‚Sport – Medium der Politik? Der Neuaufbau des Sports in Deutschland nach dem 2. Weltkrieg und die innerdeutschen Sportbeziehungen bis 1961‘ ihm folgte im Jahr 1995 der überaus wertvolle Aufsatz Martin Geyers ‚Der Kampf um nationale Repräsentation. Deutsch-deutsche Sportbeziehungen und die ‚Hallstein-Doktrin‘.‘. Tatsächlich werden diese Arbeiten dem Phänomen des Sports als Grenzen übergrei-

fendem Bindeglied und Teil des diplomatischen Anerkennungswettkampfs gerecht. Keine von ihnen enthält jedoch Aussagen über den sportpolitischen Strukturwandel in den 1960er Jahren, der in der vorliegenden Arbeit als weitergehende Untersuchungsebene des sportlichen Wettkampfs der Systeme eingeführt wird. Zu den sportpolitischen Strukturveränderungen und dem damit einhergehenden Bedeutungswandel des Sports im Laufe der 1960er Jahre in beiden deutschen Staaten liegen bisher lediglich einige wenige Untersuchungen aus den Sport- und Politikwissenschaften vor. Diese Lücke soll nun geschlossen werden.

UTA ANDREA BALBIER, 1974 in Saarbrücken geboren, wird seit Anfang 2003 von der Stiftung unterstützt, studierte Neuere Geschichte, Politik- und Kommunikationswissenschaften in Münster, Westf., und Hull, England. Über ihren Magisterabschluss in Neuerer Geschichte kam sie 2000 zur Sportgeschichte. 2001 wurde sie wissenschaftliche Mitarbeiterin am Arbeitsbereich Zeitgeschichte des Sports der Universität Potsdam. Dort entstanden ihre ersten Veröffentlichungen zur deutsch-deutschen Sportgeschichte. Abgabe der Dissertation zum Jahreswechsel 2004/2005.

## Reisekader in der DDR



VON  
JENS NIEDERHUT

Die Bedeutung von „Reisen“ und „Reisefreiheit“ ist für die DDR-Gesellschaft wohl kaum zu überschätzen. In der eingeschlossenen Gesellschaft war es ein häufig angestrebter, selten erreichter und von der SED streng kontrollierter Wunsch, in den „Westen“ – also in die Bundesrepublik, nach Westeuropa oder Amerika – zu reisen. Privatreisen blieben die Ausnahme; einen großen Teil der Reisen in das „nichtsozialistische“ Ausland bestritten die „Reisekader“, also die Dienstreisenden. Das Privileg, zu den „Reisekadern“ zu gehören, war hoch begehrt. Partei und Staatssicherheit wachten darüber, dass nur loyale Kader, die die DDR im Sinne der SED vertreten würden, ins Ausland geschickt wurden. Der Schwerpunkt dieser Dissertation liegt auf den wissenschaftlichen Reisekadern, allerdings nicht nur aus dem engeren Bereich der Universitäten und der Akademie, sondern auch aus den Betrieben und Ministerien.

Im zentralen Staatsapparat findet sich zu den internationalen Beziehungen auf wissenschaftlichem Gebiet eine Fülle von Materialien. Gleiches gilt für die Akten der SED. Die Auswahlpraxis und die Stellung der Reisekader innerhalb der Institutionen lassen sich am besten an Fallbeispielen zeigen. Für die Arbeit waren drei solcher Mikrostudien vorgesehen: die Technische Universität Dresden, der VEB Kombinat Carl Zeiss Jena und die Medizinische Akademie Erfurt. Neben der Analyse des Schriftgutes staatlicher

Stellen sind vor allem Schriftwechsel und die Reiseberichte der Kader wichtige Quellen. Um die Auslandsaufenthalte der Reisekader beurteilen zu können, sind Akten westlicher Provenienz unverzichtbar. Die Analyse setzt Schwerpunkte auf die Reisetätigkeit in die Bundesrepublik und die USA. Es werden deshalb auch Bestände der Bundesregierung sowie staatlicher und nicht-staatlicher Stellen in den USA ausgewertet.

Die Reisepolitik der DDR lässt sich in drei Phasen unterteilen. In den 1950er Jahren, als die Grenzen in Berlin noch geöffnet waren, waren Westreisen noch relativ einfach möglich. Noch hielt die DDR an der „deutschen Nation“ fest. Begegnungen zwischen Bürgern beider deutscher Staaten wurden gefördert. Für den Wissenschaftsbereich gilt aber auch, dass die DDR auf die enge Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik angewiesen war, da der Austausch mit den übrigen westlichen Staaten aufgrund der fehlenden diplomatischen Anerkennung unterentwickelt war.

In den 1960er Jahren drohte der DDR nach dem Mauerbau und dem Einfrieren des deutsch-deutschen Reiseverkehrs die internationale Isolation. Zwar erlebte der innerdeutsche Austausch Mitte der 1960er Jahre eine kurze Renaissance, aber generell verstärkte sich die Abgrenzung der DDR von der Bundesrepublik ganz erheblich. Damit gerieten auch die Beziehungen der Wissenschaftler untereinander stärker unter die Kontrolle der SED. Zu Beginn der 1970er Jahre wurde die Genehmigungspraxis für Westreisen dahingehend geändert, dass nun nicht mehr jeder Wissenschaftler einen Reiseantrag stellen durfte. Dies blieb den „Reisekadern“ vorbehalten, die einem strengen Auswahlverfahren unterworfen waren. Durch diese Neuregelung wurde die Zahl derjenigen, die in den Westen reisen durften, erheblich begrenzt. Einen autonomen Wissenschaftsaustausch jenseits der Kontrolle der SED gab es nicht mehr.

Während sich die Zahl der Westreisenden – wenigstens zunächst – verringert hatte, stiegen die Reismöglichkeiten dank der zu Beginn der 1970er Jahre erfolgten diplomatischen Anerkennung der DDR durch die meisten westlichen Staaten erheblich an. Mit zahlreichen Ländern konnten Kulturabkommen geschlossen werden, die den wissenschaftlichen Austausch regelten. Dazu zählten beispielsweise Italien, Großbritannien oder Frankreich. Selbst mit den USA wurde eine Regelung erzielt, hier allerdings ohne die formelle Grundlage eines Kulturabkommens. Dennoch ermöglichten Verträge zwischen der Akademie der Wissenschaften der DDR und der National Academy of Sciences bzw. zwischen dem Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen und dem International Research and Exchange Board, dass DDR-Wissenschaftler Forschungs- und Studienaufenthalte an amerikanischen Spitzenuniversitäten wahrnehmen konnten, die sich zu dieser Zeit verstärkt zu Kommunikationszentralen der internationalen Wissenschaftsgemeinschaft entwickelten.

Das Auswahlverfahren für Reisekader wirft auch ein Schlaglicht auf die Herrschaftspraxis der SED. Politische Zuverlässigkeit und Sicherheitsfragen – also die Frage, wie wahrscheinlich eine „Republikflucht“ war – standen bei der Auswahl im Vordergrund. Der Abbruch aller privaten Kontakte in den Westen, und sei es der postalische Geburtstagsgruß, wurde als Beweis der Loyalität verlangt. Berichte von inoffiziellen Mitarbeitern des Ministeriums für Staats-

sicherheit trugen bereits im Vorfeld zur Prüfung des Kandidaten bei.

Die latente Fluchtgefahr gab dem Ministerium für Staatssicherheit nicht nur de facto ein Vetorecht bei der Bestätigung der Reisekader, die Überwachung der Auslandsreisenden wurde zu einer seiner wichtigen Aufgaben. Allerdings trifft die Legende, die Reisekader seien mehrheitlich auch Mitarbeiter der Staatssicherheit gewesen, so nicht zu: Selbst in volkswirtschaftlich bedeutenden und unter Sicherheitsaspekten sensiblen Institutionen schwankt der Anteil der IM an den Reisekadern lediglich zwischen vier und sieben Prozent.

Die Aufnahme unter die Reisekader unterlag intransparenten Kriterien und wurde von der SED als Herrschaftsmittel gebraucht. Je wichtiger die Westreisen für die DDR-Bevölkerung wurden, desto mehr wurde das „Reisekadersystem“ zum zentralen Differenzierungsmittel in der ansonsten weitgehend entdifferenzierten Gesellschaft. Die dosierte und nur wenigen gewährte Öffnung schuf Abhängigkeiten und Loyalitäten. Der „Wettlauf nach der Freikarte“ (Wolfgang Engler) stabilisierte das System wenigstens eine Zeit lang.

Obwohl die Auswahl der Westreisenden in den 1970er Jahren also wesentlich strikter gehandhabt wurde, und obwohl diese in sehr hohem Maße der politischen Kontrolle unterlagen, bleibt der internationale Wissenschaftsaustausch der DDR mit dem Westen ein wichtiges Untersuchungsfeld. Für die 1970er und 1980er Jahre lassen sich folgende Grundtendenzen belegen:

Erstens verloren die „Sonderbeziehungen“ zwischen den beiden deutschen Staaten zwar sukzessive an Bedeutung, aber sie gingen nicht gänzlich verloren. Die Abgrenzungspolitik der SED und der späte Abschluss eines Kulturabkommens zwischen Bonn und Ost-Berlin ließen offizielle Austauschprogramme erst Ende der 1980er Jahre zustande kommen. Gleichzeitig blieb die Bundesrepublik für viele DDR-Wissenschaftler wichtigster Bezugspunkt.

Zweitens war die DDR weiterhin nur schwach an die westliche Wissenschaft angebunden. Austauschprogramme existierten zwar mit allen wichtigen Ländern, aber sowohl in quantitativer wie in qualitativer Hinsicht blieben diese gering. Zum einen schlossen sich die NATO-Staaten – vor allem die USA – weitgehend der jeweiligen Haltung der Bundesrepublik an und entwickelten keine eigenständige Politik hinsichtlich des ostdeutschen Staates, zum anderen blockierten die Sicherheitsmaßnahmen der SED eine Ausweitung der Westreisen.

Drittens zeigt der Wissenschaftsaustausch auch die exzeptionelle Stellung der DDR im sozialistischen Block auf. Während zahlreiche polnische, bulgarische und sowjetische Wissenschaftler an amerikanischen Universitäten präsent waren, blieben Ostdeutsche dort die Ausnahme. Die DDR-Wissenschaft und ihre Vertreter blieben im Vergleich zu ihren ost- und ostmitteleuropäischen Kollegen weitgehend isoliert, was nicht nur die Provinzialität der DDR-Wissenschaft zu erklären hilft, sondern auch zur Beantwortung der Frage beiträgt, warum von den DDR-Universitäten so wenig Impulse für Reformen bzw. für den demokratischen Wandel der Jahre 1989/90 ausgingen.

Der Transfer von Technologie und Wissen war eine der wichtigsten Aufgaben, die den Reisekadern von der SED gestellt wurde – gleichrangig daneben stand

die Anbahnung von Exportgeschäften. Dieser Wissenstransfer fand auf verschiedenen Ebenen statt, wobei seine illegale Variante in Form von Wirtschaftsspionage eine untergeordnete Rolle spielte. Vor allen Dingen in den Betrieben – weniger an Hochschuleinrichtungen – lässt sich zeigen, dass die Reisekader einen entscheidenden Informationsvorsprung hinsichtlich des Entwicklungsstandes im Westen hatten und darum einen gewissen Einfluss auf die Produktionsplanung und die Entwicklung einzelner Produkte wahrnehmen konnten.

Der Wissenstransfer von West nach Ost beschränkte sich allerdings nicht auf die von der SED intendierten Bereiche. Das Wissen über die westlichen Gesellschaften im Allgemeinen war bei den Reisekadern wesentlich höher als bei der übrigen Bevölkerung.

Die Bundesrepublik und die USA verbanden mit dem Wissensaustausch bestimmte Interessen. Die Bonner Regierung bemühte sich, jeden deutsch-deutschen Kontakt zu nutzen, um gesamtdeutsche Gemeinsamkeiten zu betonen und die nationale Einheit der Deutschen aufrechtzuerhalten. Die USA sahen in jedem Forschungsaufenthalt ostdeutscher bzw. osteuropäischer Wissenschaftler eine Möglichkeit, jenen die Vorzüge einer offenen und demokratischen Gesellschaft vor Augen zu führen.

Gerade die Aufenthalte in den USA wurden für viele Wissenschaftler zu prägenden Ereignissen, wie sich an Einzelfällen verdeutlichen lässt. Da die Reisekader als Hochschullehrer und Abteilungsleiter durchaus als Multiplikatoren von Wissen gelten können, blieben sie in von der Außenwelt doch weitgehend isolierten ostdeutschen Gesellschaft einer der wenigen Kommunikationskanäle in den Westen.

JENS NIEDERHUT, geboren 1975, seit Januar 2003 Stipendiat der Stiftung Aufarbeitung, studierte von 1994 bis 2001 Geschichte, Politikwissenschaft und Klassische Philologie in Marburg/Lahn und an der FU Berlin. Während des Studiums arbeitete er an einer Ausstellung und einem Sammelband zur Geschichte des Potsdamer KGB-Gefängnisses „Am Neuen Garten“ mit. In seiner Magisterarbeit untersuchte er die Auswirkungen der DDR-Wirtschaftsreform in den sechziger Jahren auf der Betriebsebene. Für das Jahr 2005 ist die Abgabe der Dissertation geplant.

## **Jugendmode als Jugendkultur im Kontext der Entwicklung der Volksrepublik Polen und der DDR seit den 70er Jahren**



VON  
ANNA PELKA

Während der Pubertät werden Jugendliche mit starken Veränderungen sowohl körperlich-physischer als auch seelisch-emotionaler Art konfrontiert. Die Suche nach der eigenen Identität und nach der eigenen Stellung in der Welt verläuft oft den Vorstellungen der Erwach-

senen entgegen, da die Bedürfnisse und Vorstellungen der Jugendlichen nicht immer den gesellschaftlichen Normen entsprechen. Bei ihren Versuchen, sich von der Erwachsenenwelt demonstrativ abzugrenzen, wird das Äußere – die Kleidung, Accessoires, das Make-up – einerseits zum Ausdrucksmittel einer individuellen Differenzierung und andererseits zu einer Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe oder Subkultur.

Solche Individualisierungsprozesse waren in politischen Systemen mit totalitärem Anspruch stets unerwünscht. Dies galt auch für die Volksrepublik Polen und die DDR. Dort sollte Identität nicht über den Weg einer individuell gewählten Mode entwickelt werden, sondern wurde vielmehr staatlicherseits vorgegeben. Aus Sicht der dortigen Obrigkeit hatten die Interessen der Jugend prinzipiell mit den Interessen des Staates und der Partei deckungsgleich zu sein. Die Uniformierung der Jugend, in der DDR mit dem Blauhemd der FDJ und mit der blauen Schuluniform in der VR Polen, sollte die gewünschte Identität stiften.

Diese Bemühungen kollidierten jedoch bereits in den Fünfzigern mit dem Drang der Jugend nach Distinktion, was zu permanenten Konflikten führte. Erst im Verlauf der sechziger Jahre wurde in beiden Ländern das Bedürfnis der Jugendlichen nach jugendgemäßer Mode grundsätzlich anerkannt und in der staatlichen Modeindustrie Schritt für Schritt berücksichtigt. Und so entstand eine Jugendmode, die – was das konkrete Angebot des Handels betraf – zwar dem Modegeschmack zumeist hinterher hinkte, aber dennoch bestrebt war, dem Stil der jugendlichen Kunden zu entsprechen. Parallel dazu akzeptierten die Partei- und Staatsführungen, dass die seit 1945 angestrebte und in der politischen Kultur der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurzelnde „Uniformierung“ der Jugend im Alltag nicht durchsetzbar war. 1973 entschied das ZK der PVAP explizit, dass Schüler selbst für ein angemessenes Aussehen in Kleidung und Frisur Sorge tragen sollten. Jetzt durften auch Mädchen beispielsweise in der Schule Hosen tragen. Die Uniform wurde abgeschafft. Diese Entscheidung stellte eine Zäsur dar. Denn obwohl Bekleidungsverhältnisse in Polen kein Stoff der politischen Debatten gewesen war und die Mode sich schon seit der Zeit Wladyslaw Gomulka (Erster Sekretär der PVAP von 1956–1970) relativ frei entwickeln konnte (begrenzt wurde sie eher durch ökonomische Faktoren), brach die Regelung über die neuen Bekleidungsverhalten der Schüler letztendlich alle Hindernisse und Begrenzungen in der Frage der Jugendkleidung. Ein partei-staatliches Laisser-faire vermied fortan zumindest in dieser Frage Konflikte. Hartleibiger erwies sich demgegenüber die Partei- und Staatsführung in Ostberlin. In den sechziger Jahren wurden Schüler, die in Jeans bekleidet zum Unterricht erschienen, häufig nach Hause geschickt, um ihre Garderobe zu wechseln. In Zeiten der politischen Verhärtung wurden Jugendliche, deren Haarlänge in den Jahren nach dem Mauerbau auf Missbilligung stieß, zwangsweise zum Friseur geschleppt. Selbst in den siebziger Jahren, als die ersten Jeans in den Geschäften der DDR verkauft wurden, verweigerte manch übereifrigerer FDJ-Funktionär dem Träger einer Nietenhose den Zugang zur FDJ-Disko. Aber auch in der DDR spielte das Blauhemd im Alltag bald keine Rolle mehr. Lediglich bei den FDJ-Gruppensitzungen, bei offiziellen Veranstaltungen des Jugendverbandes sowie in dessen Funktionärskorps war die Uniform

der Kampfesreserve der Partei fortan noch in größerem Umfang zu sehen.

Die Orientierung an der westlichen Mode war in Polen ungehemmt und erfolgte mit geringeren ideologischen Vorbehalten. Von einer sozialistischen Modeauffassung konnte hier nicht die Rede sein. Für die staatlichen Institutionen, die geschmacksbildend auf die Bevölkerung wirken sollten, etwa das Institut der Industriellen Formgestaltung oder das Handelsunternehmen „Moda Polska“, galten die Pariser Haute Couture und Prêt-à-porter als modisches Vorbild. Die polnischen Designer versuchten jede Saison nach Paris zu fahren und dort Impulse zu finden. Bei den in Polen – anders als in der DDR – in größerem Umfang verbliebenen privaten Modedesignern und –schneidern waren westliche Mode- und Frauenzeitschriften höchst begehrt. Sie lieferten die Vorlagen, nicht selten auch die Schnittmuster für die eigene Produktion. In Polen existierte nur der Westen als modisches Vorbild. Versuche, dem entgegenzuwirken, waren kaum von Erfolg gekennzeichnet. Dies galt auch für die Diskussionen, die in den siebziger Jahren im Warschauer Institut der Industriellen Formgestaltung über eine „einheimische“, „polnische“ Formgestaltung geführt wurden, die die Ästhetik der polnischen Volkskultur in das Design integrieren und gleichzeitig den Austausch zwischen Designern, Industrie und Konsumenten fördern sollte.

Demgegenüber versuchte man in der DDR weitaus intensiver, den Einfluss der Westmode zu begrenzen und eine sozialistische Modeauffassung durchzusetzen. Die Bekleidung für die Jugendlichen besaß im Denken der Obrigkeit weiterhin einen hohen Stellenwert für die Durchsetzung der eigenen politischen Vorstellungen. Die Jugendmode wurde so zum Instrument der Propaganda, weil durch „die Befriedigung der modischen Bekleidungsbedürfnisse der jungen Leute [...] Lebensfreude, Selbstbewusstsein und Leistungswille vermittelt werden“ sollte. Auf diese Weise versuchte man das Ziel zu erreichen, „eine sozialistische Persönlichkeit zu entwickeln, Jugendliche zu einer hohen Leistungsbereitschaft für die Gesellschaft zu stimulieren“.

Praktisch umgesetzt werden sollten diese Aufgaben vom Deutschen Modeinstitut (DMI) in Berlin mit dessen so genannten „Anweisungskollektionen“. Die modischen Leitlinien, die das Institut damit entwickelte, sollten die Lebensauffassung der sozialistischen Gesellschaft widerspiegeln und gleichzeitig einerseits die materiell-technischen Möglichkeiten sowie andererseits die internationalen Trends berücksichtigen. Die Tendenzen der internationalen Modewelt sollten jedoch nicht unkritisch umgesetzt werden; „lässige und dekadente“ Auffassungen waren in der DDR unerwünscht.

Nur „gute Ideen“ sollten sich durchsetzen und wurden den sozialistischen Bedingungen angepasst. Denn trotz mancher Adaptionen westlicher Modelle wurde den westlichen Modemachern vorgeworfen, ein Modediktat anzustreben und die Jugend Westeuropas zum reinen Konsum heranzuziehen, um die eigenen Ziele der Gewinnmaximierung zu erreichen.

Jenseits derartiger politischer Absichtserklärungen sah die Realität anders aus. Ab Mitte der siebziger Jahre war die Vorbildfunktion der durch die Westmedien vermittelten Jugendmode auch in der DDR-Mode nicht mehr zu leugnen. Durch den verstärkten

Einsatz von Modewerbung und die Arbeit der Jugendmodezentren sollten junge Kunden angesprochen und zu vermehrtem Kauf und Konsum von DDR-Waren angeregt werden.

Die Archivrecherchen haben grundsätzlich die Ausgangsthese des Dissertationsprojekts bestätigt, dass die Entwicklung der Jugendbekleidung in der VR Polen und in der DDR bei allen Gemeinsamkeiten doch signifikante Unterschiede aufwies. Es hat sich aber ebenfalls gezeigt, dass die Entwicklungspfade und die Gründe dieser Unterschiede nicht auf grundsätzliche Unterschiede zwischen Polen und der DDR (z. B. Mentalität/kulturhistorische Tradition; Nähe/Ferne zu ideologischen Postulaten; Bedeutung der Bundesrepublik für die DDR) allein zurückgeführt werden können, sondern weit mannigfaltiger sind als angenommen. Besonders wichtig für die Modeentwicklung war die politische Stellung gegenüber dem Westen: Während sich Polen schon seit Ende der fünfziger Jahre mit der Regierung Wladyslaw Gomulka und seinen Modell des „polnischen Weg in den Sozialismus“ immer mehr dem Westen öffnete, grenzte sich die DDR mit dem Mauerbau 1961 westlich weiterhin ab. Dennoch bleiben auch die Jugendpolitik und vor allem die Struktur der Jugendorganisationen nicht ohne Bedeutung. In der DDR traten fast alle Jugendlichen in die FDJ ein und waren verpflichtet an sozialistischen Wettbewerben und Jugendmodeclubs mitzuarbeiten, die auch im Bereich der Jugendmode tätig waren. Dagegen besaßen die Jugendorganisationen in Polen eine geringere Bedeutung, da mehrere Organisationen existierten, die in ihrer Geschichte mehrfach reorganisiert wurden. Die Umfragen des Meinungsinstituts in Warschau zeigten, dass Ende der siebziger Jahre überhaupt nur 30 Prozent der Jugendlichen in einer Vereinigung organisiert waren. Nach dem Kriegsrecht von 1981 war diese Prozentzahl noch niedriger. Insgesamt war also die polnische Jugend am politischen Leben kaum beteiligt.

Weitere Unterschiede zeichnen sich in den spezifischen nationalen Eigenschaften der (Jugend)Modeproduktion ab. In der DDR wurden sie nicht nur durch die geltende sozialistische Modeauffassung markiert, sondern ebenfalls im Stoffbereich. Auch hier sollte die Mode sich wesentlich von der westlichen Mode unterscheiden. Es wurden Stoffe, wie zum Beispiel „Dederon“ oder „Präsent 20“ entwickelt, die zwar auch im westlichen Ausland mit Erfolg in der Textilindustrie verwendet wurden. Diese sollten durch einen DDR-eigenen Markennamen die Weiterentwicklung und den Erfolg der DDR-Chemiefaserindustrie und die Eigenständigkeit gegenüber Bundesdeutschland unterstreichen: „Dederon“ entsprach Polyamid, „Wolpryla“ Acrylnitril, „Grisuten“ Polyester und „Piriacid“ Polyvinylchlorid. Auch Polen besaß den Anspruch eine polnische Mode zu entwickeln, die in der traditionellen Volkskultur, die mit der Nationalkultur identifiziert wurde, ihren Ursprung hatte. Das Misslingen dieser Projekte zeigt deutlich, dass eine polnisch-nationale bzw. sozialistische Mode nicht existierte, weil die Bevölkerung dies nicht wünschte. Die Dissertation weist nach, dass sowohl in Polen, als auch in der DDR Mode ausschließlich vom Geschmack der Jugend bestimmt wurde und dann, selbst wenn, wie in der DDR Fall, mit großer Verspätung, kommerzialisiert wurde. Diese These wird im Fall Polens eindeutig dadurch bestätigt, dass das größte Erfolg unter den



Jugendlichen die Kollektionen vom Jugendmodezentrum „Junior“ in Warschau waren, besonders jene, die von der Modedesignerin Barbara Hoff entworfen wurden, die sehr stark der westlichen Mode folgte. Der Fall der Hoff-Mode stellt allerdings ein besonderes polnisches Mahnmal dar, auch in Hinblick auf die Westmodeentwicklung: Während in den Weltmodezentren Mode von Designer in kleiner Menge entworfen werden, schuf Barbara Hoff eine Massemode, die zur Kleidungsmarke wurde.

Um das Bild der Jugendmode quantitativ nur einigermaßen vollständig zu erfassen, – auf materiell-ökonomischer wie soziokultureller Basis – sind die ganz unterschiedlichen Bezugsquellen der Jugendlichen für Mode hervorzuheben. Sie waren in der DDR, und in der Volksrepublik Polen sehr ausgedehnt und vielschichtig. Neben den Jugendmodezentren gab es in Polen z .B. auch private Boutiquen, die nach Burda-Schnittmustern selbst angefertigte Kleidungsstücke verkauften. Ebenso wichtig für die Jugendlichen waren Schwarzmärkte, in der DDR insbesondere die Westpakete (letzteres galt weniger für Polen) sowie An- und Verkaufsstellen und schließlich auch die eigene Produktion zu Hause. Für die Untersuchung von Bedeutung ist der 1972 eingeführte visafreie Grenzverkehr zwischen der DDR und der VR Polen (der indes in den frühen achtziger Jahren wegen der Verhängung des Kriegsrechts bereits wieder aufgehoben wurde). Die Dissertation wird also einerseits aufzeigen, wo die Jugendlichen die Inspiration für ihr Bekleidungsverhalten suchten und wie sie das Angebot des Staates beurteilten. Zudem werden die Tendenzen im Modedesign vorgestellt und die Leitkollektionen analysiert, die aber allerdings nur oft ein Entwurf blieben.

Für die Arbeit wurden folgende Objektsammlungen aufgesucht:: Stiftung Stadtmuseum Berlin, Modeabteilung/Modearchiv, Dokumentationszentrum für die Alltagskultur (Eisenhüttenstadt), Kleidersammlung des Museums der Europäischen Kulturen (Berlin), Kleidersammlung des Deutschen Historischen Museums (Berlin), Kleidersammlung des Nationalmuseums Warschau (Zentrum für moderne Formgestaltung). Weitere wichtige Quellen stellen audiovisuelle Materialien dar, die in folgenden Archiven zu finden sind: Filmabteilung des Bundesarchivs (Berlin), Deutsches Rundfunkarchiv (DDR-Bestände, Potsdam), Archiv RBB (Hörfunkarchiv, Berlin), Bildarchiv des Deutschen Historischen Museums (Berlin), Archiv für Audiodokumentation und Filmarchiv in Warschau. Ausgewertet worden sind Dokumente aus folgenden Institutionen: Bundesarchiv (Abt. DDR, Berlin), Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisation der DDR im Bundesarchiv (SAPMO in Berlin), Landesarchiv (Berlin), Archiv der Jugendkulturen (Berlin), Robert-Havemann-Archiv (Berlin), Institut der Industriellen Formgestaltung (Warschau), Archiv der Stadt Warschau (Abt. Grodzisk Mazowiecki und Otwock), Staatsarchiv in Stettin, Archiv der Neuen Akten (Warschau), Kabinett der Manuskripte sowie Kabinett zur Dokumentation des Soziallebens der Universitätsbibliothek in Warschau, Staatsarchiv in Krakau, Staatsarchiv in Lodz. Weitere wichtige Quellen sind Zeitungen und (Mode-)Zeitschriften sowie Interviews mit Zeitzeugen.

ANNA PELKA, 1975 in Königshütte (Polen) geboren, studierte Kunstgeschichte an der Universität Warschau. Ihre Magisterarbeit „Die Jugendmode der 60er,

70er und 80er Jahren in Polen“ (2000) führte sie zu ihrem heutigen Promotionsthema. Seit 2000 lebt sie in Deutschland und ist als Übersetzerin und Dolmetscherin tätig. 2001 und 2002 Stipendiatin der Ruhr-Universität Bochum in Spanien; 2001–03 Teilnehmerin des „Ost-West-Promotionskollegs“ der RUB.

## **Die Architektur der MfS-Untersuchungshaftanstalten. Bauforschung in Berlin-Hohenschönhausen, Dresden, Magdeburg, Potsdam und Rostock**



VON  
GUDRUN SCHAARE

Gemäß der UN-Menschenrechtskonvention gilt für alle einer Straftat verdächtigten Personen bis zur Verurteilung durch ein ordentliches Gericht die Unschuldsvermutung. Wird aufgrund der Schwere einer Straftat eine Freiheitsstrafe ohne Bewährung verhängt, so wird der Täter in der Regel erst nach dem Urteilspruch inhaftiert. Ein Beschuldigter kann bereits vor der Verhängung eines Urteils auf Anordnung eines Richters in Untersuchungshaft genommen werden, wenn von ihm eine kriminelle Gefahr ausgeht, er mit hoher Wahrscheinlichkeit für eine Tat verantwortlich ist, die mit Freiheitsstrafe geahndet wird sowie insbesondere die Gefahr der Flucht, Verdunklung oder neuerlicher Straftaten besteht. Die Untersuchungshaft dient allein Sicherungszwecken, keineswegs der Strafe und darf nicht für geringfügige Vergehen verhängt werden. Die hier genannten Kriterien für die Verhängung von Untersuchungshaft sind in allen Rechtsstaaten weitgehend gültig und fanden sich auch in der Strafprozessordnung der DDR der siebziger und achtziger Jahre im Grundsatz wieder. Die Rechtsrealität der SED-Diktatur sah indes anders aus. Dies gilt insbesondere für die Untersuchungshaft, die das Ministerium für Staatssicherheit im Rahmen seiner Ermittlungen verhängen konnte und für die das „Schild und Schwert der Partei“, über eigene Haftanstalten verfügte. Die Untersuchungshaft hatte für die Staatssicherheit einen erweiterten funktionalen Charakter. Sie sollte – so Johannes Beleites in einer ersten umfassenderen Studie zu diesem Thema – eine Situation der Desorientierung (durch Art und Weise der Festnahme, Einlieferung- und Aufnahmepraxis, Unterbringung und Tagesablauf), der vollständigen Isolierung (durch Reglementierung von Briefverkehr, Besuchen und Freigang), permanenten Überwachung (durch Zellenüberwachung und -durchsuchung, Kontrolle durch Spitzel und „Wanzen“) und vollkommene Ohnmacht gegenüber dem Vernehmer (durch Verweigerung der medizinischen Betreuung, Verhängung von Disziplinar- und Sicherungsmaßnahmen) erzeugen, um so den Widerstand bei den Verhören zu brechen. Mittlerweile hat Rita Sélitrenny in einer umfassenden Arbeit die geheimdienstlichen Ermittlungsmethoden in den MfS-Untersuchungshaftanstalten dargestellt.

Doch wie „materialisieren“ sich diese Absichten und Methoden des Ministeriums für Staatssicherheit in der Architektur und der damit verbundenen Funktionsweise dieser Haftanstalten? Dieser Frage soll mit den Methoden der Bauforschung nachgegangen werden. Die Bauforschung versteht das Bauwerk selbst als Quelle seiner Geschichte; ihre Methoden dafür sind die Bauaufnahme, das Vermessen und Zeichnen zunächst möglicherweise unbedeutend erscheinender Einzelheiten, und die Baubeschreibung auf der Grundlage genauer Beobachtung. Die baugeschichtliche Analyse der MfS-Untersuchungshaftanstalten trägt dazu bei, den Haftbetrieb, die Haftbedingungen sowie insbesondere die in der U-Haft vorgenommenen strafrechtlichen Ermittlungen empirisch zu untersetzen. Gleichzeitig werden im Rahmen der Untersuchung im Wortsinne diesbezügliche bauliche „Spuren“ dokumentiert und damit gesichert, die durch bauliche Veränderungen vor und nach 1989 verfremdet wurden. Die analytischen Methoden der Bauforschung, die bei diesem Projekt zum Einsatz kommen, bestehen vor allem in der eingehenden, eingriffsfreien Baubeobachtung, deren Ergebnisse in einem objektspezifischen Phänomenkatalog festgehalten werden. Dies sind Beobachtungen zur Gesamtanlage hinsichtlich Größe, Anordnung und Funktionsprogramm, vor allem aber zum Zellen- und Vernehmertrakt hinsichtlich Typologie und Baugeschichte. Zudem werden schriftlich oder grafisch überlieferte Planungen auf deren tatsächliche Ausführung hin geprüft (was keineswegs immer der Fall war) bzw. um Veränderungen hinsichtlich Bau- und Nutzungsgeschichte zu dokumentieren und einordnen zu können. Dies kann über Streiflichtuntersuchungen und Klopfprouben, in besonderen Ausnahmefällen auch anhand von bauarchäologischen Sondagen erfolgen. Des Weiteren werden zur Dokumentation von besonders wichtigen Räumen, Baudetails und ggf. Funktionsabschnitten Aufmaße in den jeweils erforderlichen Genauigkeitsstufen sowie eine Fotodokumentation erstellt. Schließlich werden im Rahmen der Untersuchung auch „Zeitzeugeninterviews“ geführt.

Die SED-Diktatur bzw. das MfS brauchte das Gefängnis als solches nicht neu zu erfinden. Dies zeigt sich anhand der untersuchten Altanlagen, die bereits vor 1950 und damit vor Gründung des MfS als Haftanstalten dienten (Magdeburg, Potsdam), aber auch bei den Neubauprojekten (Dresden, Rostock, Berlin-Hohenschönhausen). Grundsätzlich gilt, dass die Zellenbauten der MfS-Untersuchungshaftanstalten sich vielfach historischer Motive bedienen, die vor allem aus dem 19. Jahrhundert stammen und bestimmten Funktionalitätskriterien unterliegen.

Für alle in der Arbeit berücksichtigten U-Haftanstalten gilt, dass das Ihnen zur Verfügung stehende Terrain, deren Baulichkeiten sowie das dort installierte Funktionsprogramm von deren jeweiligen spezifischen Aufgabenstellung bzw. Platz in der Hierarchie des MfS abhängig war. Alle U-Haftanstalten waren „wachsende Anlagen“, d. h. sie wurden über die Jahrzehnte ständig erweitert und ausgebaut. Die Altanlagen (Magdeburg, Potsdam) wurden im Laufe der Zeit zu unübersichtlichen Labyrinthen verschachtelt, um spezifische Anforderungen der MfS-Untersuchungshaft wie die zunehmende Trennung von Arbeits- und Bewegungsbereichen, die sich offenbar erst schrittweise herausbildeten, auf kleinem Gelände durchzusetzen. Aber auch die Neuanlagen expandierten und

veränderten sich kontinuierlich. Dies trifft vor allem für Berlin-Hohenschönhausen zu, wo sich der Eindruck verstärkt, dass hier bewährte Erfahrungen aus dem laufenden Haftbetrieb und dem Neuererwesen anderer MfS-Haftorte nachgeführt, bzw. hier entwickelt wurden. So zeigt anhand der Baugeschichte, dass die Repressionsinstanzen der SED-Diktatur auch in den siebziger und achtziger Jahren kontinuierlich ausgebaut und weiter entwickelt wurden, als die Partei- und Staatsführung der DDR bemüht war, die internationale Anerkennung (und Kreditfähigkeit) nicht durch allzu sichtbare Repressionen zu gefährden.

Der erste Neubau ist die Anlage in Dresden, der Mitte der fünfziger Jahre als Bestandteil der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit (BVfS) errichtet wurde. Ende der fünfziger Jahre folgte die Anlage in Rostock – der einzige Fall, bei dem alle Gebäude auf dem Gelände als Neubauten der BVfS entstehen. Das MfS übernahm 1951 das zentrale sowjetische Untersuchungsgefängnis in Berlin-Hohenschönhausen als zentrale U-Haftanstalt. Hier wurde zunächst ein von den Sowjets umgebautes Fabrikgebäude als Gefängnis genutzt, das Anfang der sechziger Jahre um den Neubau eines Zellen- und Vernehmertraktes ergänzt wurde.

Für alle Anlagen lässt sich eine zunehmend geschlossene Grundrissfigur aus Vernehmertrakt, Zellentrakt und Freigang nachweisen, die sich um einen zentralen Hof gliedert. Der Zellentrakt liegt dabei immer in größtmöglicher Entfernung zur Straße bzw. zur Außengrenze der Haftanstalt. Im unmittelbaren Anschluss daran bzw. in direkter Nähe befindet sich der Freigang. Der Entwicklungsprozess geht von der dreiseitigen Anlage in Dresden zur vierseitigen in Rostock und Berlin. Die hier nachweisbaren ursprünglichen Planungen zu einem geschlossenen Kreislaufmodell werden jedoch nie ausgeführt – ausschlaggebend dafür dürften Sicherheitsbedenken sowie die Bedeutung der MfS-internen Aufgabenteilung gewesen sein.

Die Zellentakte weisen generell eine Nord-Süd-Orientierung auf – was stets eine besser und eine schlechter belichtete Gebäudeseite zur Folge hatte. Das deutet auf eine bewusst angelegte Unterschiedlichkeit der Zellen hin, die sich auch in weiteren Details bemerkbar macht.

Bei der Erschließung im Zellentrakt handelt es sich immer um zweihüftige Anlagen – von einem Flur gehen beidseitig Räume ab. In Dresden und Rostock sind aufgeweitete Flurzonen zu konstatieren, bei denen Kontrollstege entlang der Zellen einen innen liegenden Luftraum umschließen. Dies ermöglicht horizontal wie vertikal einen guten Überblick über Geschosse und Hafräume. Bemerkenswert ist die Rücknahme dieser aus dem Gefängnisbau des 19. Jhd. tradierten Transparenz beim Neubau in Berlin-Hohenschönhausen – die Flure schrumpfen auf ein Drittel der Breite, der Blick wird enger, der Luftraum entfällt und mit ihm die vertikale Übersicht.

Hinsichtlich der Zellentypologie hat es sich mittlerweile bestätigt, dass die Doppelzelle die Standardform bei den Verwahräumen bildete. Einzelhaft war eine Frage der Belegungspolitik und in der Regel baulich nicht vorgesehen. (Ausnahme: Berlin). Die Gemeinschaftszelle mit 3 oder 4 Häftlingen ist nicht bloßes Relikt von Altbausubstanz, das zur Unterbringung der privilegierten „Funktionshäftlinge“ diente, sondern auch als Zellentyp der MfS-U-Haft programmiert.

tisch. Die Ausstattung von Zellen und Kontrollgängen war weitgehend standardisiert.

Im Rahmen der weiteren Untersuchung wird ein wesentlicher Fokus auf der Rekonstruktion und Dokumentation der baulichen bzw. technischen Maßnahmen liegen, die der Überwachung, der Bespitzung, der Isolation sowie der Verunsicherung der Häftlinge dienen. Dies betrifft im Besonderen die bautechnischen Befunde zur Installation von Abhöranlagen in den Vernehmerbüros, aber auch in den Zellen. Gerade letzteres ist ein Faktum, das zwar aufgrund von Informationen, die Vernehmer zu bestimmten Zeitpunkten eigentlich nicht haben konnten, zu vermuten war. Trotz mehrerer nachrichten- und bautechnischer Gutachten konnte die tatsächliche Ausführung von Zellenveranzung aber bisher nicht aufgefunden werden, was nun gelungen ist.

Von Interesse sind weiterhin bauliche Maßnahmen, mit denen die Untersuchungshäftlinge isoliert bzw. der Kontakt zwischen Untersuchungshäftlingen verhindert werden sollte, sowie Vorkehrungen, um den Suizid von Häftlingen zu verhindern. Weiterhin werden die Haftbedingungen durch die Beschreibung etwa des baulichen Zustandes der Zellenfenster, der Belüftung und Beleuchtung, der Sanitäranlagen, auf völlig neue Art und Weise konkretisiert. Zudem gibt es Befunde für bauliche Vorbereitungen für den Ausnahme- bzw. Verteidigungszustand, bei dem mit großmaßstäblichen Inhaftierungen zu rechnen war. Schließlich wird in der Arbeit den zum Teil hartnäckigen Gerüchten über geheime unterirdische Gänge nachgegangen, über die Häftlinge von einem Gebäude zum anderen gebracht worden sein sollen, bzw. MfS-Mitarbeiter externen Geländezutritt bzw. Fluchtmöglichkeiten hatten. Was das Rostocker Beispiel betrifft, konnte die Existenz eines solchen Ganges nicht nachgewiesen werden.

GUDRUN SCHAARE, geboren 1970 in Berlin, seit Januar 2003 Stipendiatin der Stiftung, studierte nach einem einjährigen USA-Aufenthalt von 1992 bis 2002 Architektur und Denkmalpflege. Neben zahlreichen Bestandsaufnahmen für diverse Büros war sie mit ihrer Abschlussarbeit an der Sanierungsvorbereitung des Alten Museums Berlin beteiligt. Ihre Diplomarbeit zum „Lindenhotel“ in Potsdam (u. a. ehem. MfS-Gefängnis) wurde vor Ort ausgestellt und publiziert.

## Die Sozialdemokratie zwischen friedlicher Revolution und deutscher Einheit



VON  
DANIEL FRIEDRICH STURM

Schwante, 7. Oktober 1989: Mutig und voller Selbstvertrauen gründen DDR-Bürgerrechtler am 40. Jahrestag der DDR die SDP, die Sozialdemokratische Partei in der DDR. Die SPD-Führung in Bonn wird davon völlig überrascht. In der Dissertation soll nach-

vollzogen werden, wie die beiden sozialdemokratischen Parteien in den Monaten vor, während und nach der friedlichen Revolution in der DDR agiert haben, wie die Entscheidungsprozesse verliefen. Die intern wie öffentlich geführten Debatten hinsichtlich der staatlichen Vereinigung sowie der parteilichen Vereinigung von SPD und Ost-SPD werden dargestellt und analysiert.

Der Arbeit werden im Wesentlichen vier Quellengattungen zugrunde gelegt: Zum einen basiert die Arbeit auf zugänglichem Material. Die Berichterstattung in Zeitungen, Zeitschriften und Pressediensten wird herangezogen, um den Ablauf der Diskussionen nachvollziehbar zu schildern. Im „revolutionären“ Herbst und den folgenden Monaten veraltete das Wort oftmals im Munde, um den damaligen SPD-Vorsitzenden Hans-Jochen Vogel zu zitieren. Immer wieder fegte die rasante politische Entwicklung über die Akteure hinweg. Äußerungen sind daher stets unter dem Aspekt ihrer zeitlichen Entstehung zu betrachten. Unter die Kategorie veröffentlichten Materials fallen ferner Sekundärliteratur sowie die zu Papier gebrachten Schilderungen politischen Akteure.

Deren Darstellungen sind kritisch zu würdigen wie dies die „oral history“ erfordert, die den dritten Pfeiler der Arbeit ausmacht. Bereits etliche Zeitzeugen konnten befragt werden, so etwa Hans-Jochen Vogel, die früheren stellvertretenden SDP-Vorsitzenden Angelika Barbe und Karl-August Kamilli oder der Berliner SPD-Politiker Ehrhart Körting.

In Bezug auf unveröffentlichte Quellen konnte der Autor im Archiv der sozialen Demokratie (AdsD) der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn Deposita einiger SPD-Politiker einsehen. Dies betraf die Unterlagen u. a. von Egon Bahr, Horst Ehmke, Norbert Gansel, Stephan Hilsberg und Hans-Jochen Vogel. Ferner war es möglich, die entsprechenden Bestände der SPD-Bundestagsfraktion sowie der SPD-Fraktion in der Volkskammer der DDR einzusehen. Das Gespräch mit Akteuren, genannt seien hier Norbert Gansel oder der Deutschlandpolitiker und frühere Vorstandschef der Lufthansa, Heinz Ruhnau, ermöglichte die Arbeit mit Unterlagen aus privaten Archiven. Im Archiv der Robert-Havemann-Gesellschaft, Berlin, war es möglich, u. a. mit dem Bestand zur SDP/SPD zu arbeiten. Dokumente und Unterlagen von SPD wie SDP wurden ferner aus dem Archiv des SPD-Parteivorstandes, Berlin, herangezogen. In der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen (SAPMO) der DDR, dem Bundesarchiv angegliedert, konnten Bestände gesichtet werden, die den Dialog zwischen SPD und SED betreffen. Schließlich wurden Archivbestände der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU) hinzugezogen, um einen Einblick in die Versuche des MfS zu erhalten, die Gründung und die ersten Schritte der SDP zu kontrollieren.

Noch wichtiger als die Archivstudien erwies sich jedoch die Arbeit mit Interviews. Dazu wurden rund 50 Akteure der Jahre 1989/90 aus Ost und West befragt. Im Mittelpunkt standen – wie sollte es anders sein? – Sozialdemokraten, unter ihnen Egon Bahr, Erhard Eppler, Stephan Hilsberg, Markus Meckel, Manfred Stolpe, Wolfgang Thierse und Hans-Jochen Vogel. Doch auch Norbert Blüm (CDU) oder Hans Modrow (damals SED-PDS) standen für Interviews zur Verfügung. Aus diesen Gesprächen ergeben sich

völlig neue Perspektiven auf die sozialdemokratische Vereinigungspolitik.

Warum macht es Sinn, sich mit der sozialdemokratischen Deutschlandpolitik in den Jahren 1989/90 auseinander zu setzen? Als die Revolution in der DDR im Herbst 1989 ausbrach, saß die SPD in der Bundesrepublik bereits sieben Jahre lang in der Opposition (und sollte dort weitere neun Jahre verharren). Die konservativ-liberale Regierung Kohl/Genscher ergriff das Heft des Handelns, während die Sozialdemokratie allenfalls reagieren konnte. Schon bald stellte sich heraus, dass auf die Sozialdemokratie gleich mehrere Aufgaben zukamen. Die SPD im Westen nahm die Rolle der größten Oppositionspartei wahr. Ab Mai 1990 aber besaß sie im Bundesrat die Mehrheit und somit ein Mitgestaltungsrecht. Die Ost-SPD opponierte gegen die SED/SED-PDS und die mit ihr verbundenen Blockparteien. Nach der Volkskammerwahl im März wurde die SPD in Ost-Berlin Regierungspartei, um in der letzten Phase des Vereinigungsprozesses sich wieder in die – erstmals parlamentarische – Opposition zu begeben.

Nach der Gründung der SDP befand sich die SPD in einer völlig neuen Situation. Wie sollte man auf die Gründung reagieren? Und was bedeutete dies für den Dialog mit der SED? Mancher Sozialdemokrat, der in den eingefahrenen Bahnen des Dialoges mit Ost-Berlin dachte, sah seine Position infrage gestellt – und distanzierte sich von der SDP. Dies galt um so mehr, als die Parteigründer in den Monaten zuvor nicht öffentlich wirksam geworden waren. Handelte es sich bei jener Gruppe nicht um einen chaotischen Haufen, angeführt von einigen bärtigen, intellektuellen Pfarrern? Andere in der SPD ergriffen die Gegenposition, begrüßten die SDP-Gründung und suchten die Zusammenarbeit.

Mit privater Hilfe in Form von Kopierern, Neun-Nadel-Druckern und harter D-Mark begann die Unterstützung der SDP durch zunächst einzelne westdeutsche Sozialdemokraten bzw. Ortsverbände. Die organisierte Hilfe des Parteivorstandes der SPD kam erst langsam ins Rollen. Als in hohem Maße unterschiedlich erwies sich die Hilfe aus Landesverbänden und Bezirken der SPD. Während die – eher konservativ geprägte – nordrhein-westfälische SPD sehr früh Kontakte knüpfte und Hilfe gewährte, tat sich etwa der saarländische Landesverband schwer.

Die Nervosität im Umgang mit den politischen Entwicklungen in der DDR war groß. Zum einen war die bisherige Deutschlandpolitik längst infrage gestellt. Zum anderen hatte die Bundesregierung das „Prä“. Von dieser wiederum wünschte sich die SPD zu distanzieren, befand man sich doch auf der Zielgerade zur Bundestagswahl 1990. Diese Wahl, die parteiübergreifend noch bis in den Sommer 1990 als eine rein westdeutsche Wahl erwartet wurde, stand ganz im Zeichen der deutsch-deutschen Entwicklung. Die Führung der SPD aber plante jenen Wahlkampf so als gäbe es im Westen nichts Neues und sei der Osten nicht existent. Der ökologische Umbau der Industriegesellschaft, die Gleichberechtigung von Mann und Frau oder der Protest gegen Tiefflüge stellten für den Kanzlerkandidaten Oskar Lafontaine wesentliche Themen dar. Das „D“-Wort fand kaum Erwähnung. Mit Lafontaine führte ein europäisch geprägter, in post-nationalen Kategorien denkender Saarländer die SPD in das Jahr 1990. Die Konflikte mit dem Ehrenvorsitzenden Willy Brandt, der

einen zweiten politischen Frühling erlebte und sich vor nationalem Pathos nicht scheute, waren offenkundig. Hans-Jochen Vogel musste die undankbare Rolle des Mittlers und Moderators übernehmen. Schließlich personifizierte Brandt und Lafontaine zwei Flügel in der SPD. Dabei standen die jungen und „linken“ Sozialdemokraten mehrheitlich, doch keineswegs komplett, auf Lafontaines Seite.

Die zögerliche Haltung hinsichtlich einer raschen Einführung der D-Mark in der DDR hatte die Sozialdemokratie bereits den erwarteten Sieg bei der Volkskammerwahl gekostet. Diese Schlappe wurde von Lafontaine als Niederlage Brandts interpretiert, der neben Kohl wie kein anderer westdeutscher Politiker im DDR-Wahlkampf aufgetreten war. Lafontaine wiederum hatte kurz zuvor seine absolute Mehrheit bei der Landtagswahl im Saarland ausgebaut. Gerhard Schröder führte im Mai 1990 einen Machtwechsel in Niedersachsen herbei – und sah in seiner wie Lafontaines deutschlandpolitischen Skepsis die Grundlage des Erfolges.

Gleichwohl war es der Führung der SPD in Bonn gelungen, die Ost-SPD zum Eintritt in eine Große Koalition zu bewegen. Dies war ein Verdienst von Brandt wie Vogel. In einer historischen Stunde könne man sich der Verantwortung nicht verweigern, argumentierten sie. Die Ost-SPD in der Regierung, die erkennbar frustrierte West-SPD in der Opposition, wenn auch mit Mehrheit im Bundesrat – diese Vorzeichen bescherten der Sozialdemokratie einen komplizierten Wahlkampf. Noch wenige Monate zuvor schien das Ende der Regierung Kohl eingeläutet. Nun aber kämpften beide sozialdemokratischen Parteien vor allem mit sich selbst. Befürworter und Gegner der Beteiligung an einer Großen Koalition in der DDR stritten sich heftig – in Ost-Berlin wie in Bonn.

Es folgte eine Debatte um die Haltung zur Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion (WWU), die von der Ost-SPD klar befürwortet wurde. Die wirtschaftlichen Probleme realistisch im Blick, ließ Lafontaine deren emotionale Komponente außer Acht. Lafontaine entschied sich gegen großen Widerstand zu einem Spagat, der nicht gelingen konnte. Er wollte die SPD-Fraktion darauf festlegen, die WWU im Bundestag abzulehnen. Im Bundesrat hingegen sollte der erste Staatsvertrag mit den Stimmen des SPD-regierten Hamburgs (neben denen der unionsgeführten Länder), aber gegen die Voten der übrigen „A-Länder“ angenommen werden. Vogel und die Mehrheit in Fraktion und Vorstand durchkreuzten diesen Kurs. Ein geschwächter Kanzlerkandidat, der sich nun weiter vergaloppierte, blieb zurück.

Nur widerwillig ließ sich die SPD auf den Beitritt der DDR nach Artikel 23 des Grundgesetzes ein. In diesem Punkt waren sich Lafontaine und Vogel, anfangs auch Brandt, einig: Sie wünschten den Weg über Artikel 146 GG und plädierten für eine Volksabstimmung über eine neue Verfassung. Als ein solcher Ruf Richtung Basisdemokratie, genauer nach einer Mitgliederbefragung in der SPD in Bezug auf die Fusion beider Parteien laut wurde, wurde der brüsk zurück gewiesen. Was die SPD also auf staatlicher Ebene (erfolglos) verlangte, wünschte sie in ihrer eigenen Partei nicht auf die Beine zu stellen. Um westdeutsche „Besitzstände“ und den Proporz nach Geschlecht, Flügel und Region nicht zu verletzen, wurden Präsidium und Vorstand der gesamtdeutschen Sozialdemo-

kratie schlicht um einige Vertreter der Ost-SPD, etwa Parteizeuge Wolfgang Thierse, erweitert. Von einem euphorischen Start war die gesamtdeutsche Sozialdemokratie weit entfernt.

DANIEL FRIEDRICH STURM, 1973 in Bochum geboren, seit Juli 2003 Stipendiat der Stiftung, studierte von 1995 bis 2000 Politische Wissenschaft, Osteuropäische Geschichte und Volkskunde an der Universität Bonn. Tätigkeit als freier Journalist, ab Mitte 1999 in Berlin. Seit August 2000 zunächst Redakteur im innenpolitischen Ressort der „Welt“, 2002/2003 Parlamentskorrespondent von „Welt“ und „Berliner Morgenpost“. Seit 1. April 2003 für das Promotionsvorhaben (an der Universität Bonn) beurlaubt. Abgabe der Dissertation im Januar 2005.

### **Mauer, Zaun und Stacheldraht. Zur Symbolgeschichte der deutsch-deutschen Grenze**



VON  
MAREN ULLRICH

Während sich die Berliner Mauer längst als Erinnerungssikone der deutsch-deutschen Teilung etabliert hat, ist die Frage, wie sich Erinnerung an der deutsch-deutschen Grenze zu materialisieren vermag, ob und wenn ja welche materiellen Zeugnisse dabei eine Rolle spielen, bislang kaum beachtet oder gar diskutiert worden. Die im Fach Kunstgeschichte angesiedelte Dissertation schließt diese Lücke, indem sie sich mit den Erinnerungsorten entlang des ehemaligen Grenzverlaufs zwischen Lübeck und Hof in Bayern beschäftigt. Gegenstände der Analyse bilden erstens heute noch erhaltene bauliche Reste und sichtbare Spuren der Grenzbefestigung, zweitens deren musealen Verwendungsweisen sowie drittens künstlerische und kulturelle Praxen mit Bezug auf das historische Bauwerk.

Methodisch fußt das Vorhaben auf der Überzeugung, dass Vergangenheiten einer Gesellschaft nicht nur sprachlich, sondern auch materiell in der Gegenwart präsent sind. Die Deutung der materiellen Überreste der Grenzbefestigung wird auf der Basis eines Modells vorgenommen, das Detlef Hoffmann unter dem Begriff „Das Gedächtnis der Dinge“ in die Diskussion über den Umgang mit Geländen der nationalsozialistischen Konzentrationslager eingebracht hat. Unter Gedächtnis ist demnach der Speicher von Fakten zu verstehen, die sich in Gestalt von Überresten, Relikten und Spuren in Orte und Landschaften eingeschrieben haben und über gegenwärtige Zugriffe eroder verschlossen werden. In der Erinnerung, die auf das Gedächtnis der Dinge zurückgreift, vermischen sich symbolisierende Vorstellungen mit historischen Fakten und bilden ihre eigene konstruierte Realität. Diese Konstruktion der Vergangenheit in der Gegenwart führt unweigerlich Bilder und Vorstellungen aus ähnlichen oder vergleichbaren Zusammenhängen mit

sich. Unter diesen Voraussetzungen hat das in der Phantasie neu hergestellte Ganze selbst eine bild- bzw. vorstellungsgeschichtliche Tradition, die wiederum in den gegebenen kulturellen Kontexten deutend zur Verfügung steht. So lässt sich anhand überlieferter Material- und Bildquellen aufzeigen, wie die Bilder der nationalsozialistischen Konzentrationslager die Vorstellungen über die deutsch-deutsche Grenze prägen, während diese wiederum die Deutung des jüngsten Mauerbaus in Israel in eine Richtung lenken, ohne auf historische oder funktionale Asymmetrien Rücksicht zu nehmen.

Das Gelände, das es zu untersuchen gilt, ist bei einer Länge von knapp 1 400 Kilometern ehemaligem Grenzverlauf noch heute von enorm großem Ausmaß. In seiner gegenwärtigen Verfasstheit lässt es sich unter zwei Perspektiven betrachten: zum einen unter ästhetischer Perspektive als eine Landschaft, die sich traditionellen Wahrnehmungsmustern öffnet. Die von Gras und Buschwerk überwucherten Reste der Sperranlage evozieren Bilder, die wir aus dem 18. und 19. Jahrhundert unter dem Stichwort der Ruinenromantik abrufen können. Von einer Anhöhe oder sogar aus der Luft betrachtet erinnern sie auch an die raumgreifenden Earth-Works der Amerikanischen Land-Art aus den sechziger Jahren. Zum anderen lässt sich das Gelände der einstigen Grenze unter wissenschaftlicher Perspektive als ein archäologisch zu betrachtendes Feld von Spuren und baulichen Überresten begreifen, die es in einem ersten Schritt zu sichern gilt. So sind im Rahmen der Recherche Reste der Grenzbefestigung, Denkmäler aus der Zeit vor wie nach 1989, aber auch ganz abwegige Dinge erfasst worden. Während rostige Unterlegscheiben, die bei der Demontage des Metallgitterzauns liegengelassen sind, lediglich auf die Sorglosigkeit der Abbautrupps in bestimmten Abschnitten der Grenzbefestigung verweisen, liefern Inschriften im Mauerwerk der Beobachtungstürme ergänzende Quellen für eine noch ausstehende mentalitätsgeschichtliche Untersuchung der Grenztruppen.

Anders als im Fall der nationalsozialistischen Lager, die unmittelbar nach der Befreiung von Kriminalisten gesichert wurden, um die geschehenen Verbrechen zu beweisen, war der offizielle Umgang mit der deutsch-deutschen Grenze und ihrer Befestigung: Der schnelle Rückbau der Anlage verhinderte jegliche Form der systematischen Spurensicherung. Die schnell zum Verschwinden gebrachten Spuren stehen auf der einen Seite symptomatisch für ein Verständnis zur Vergangenheit, das zwischen Desinteresse, Ignoranz und Verdrängung anzusiedeln ist. Auf der anderen Seite verweisen aber die wenigen verbliebenen Spuren der Grenzbefestigung auf sich selbst, auf ihre Vorgeschichte und auf die Menschen, die mit ihnen umgingen. Sie dokumentieren noch in ihrem fragmentarischen Zustand die wenngleich bekannte politische Realität, nämlich die Tatsache, dass die Grenzbefestigung die Bürger und Bürgerinnen der DDR nicht nach außen verteidigte, sondern nach innen hin einschloss; andere Spuren – wie die historischen Denkmäler und Aussichtspunkte des Westens – bewahren die Erinnerung auf an die ambivalente Beziehung zwischen den Ein- und den Ausgesperrten, d. h. zwischen ost- und westdeutscher Bevölkerung. Auf Grundlage des oben beschriebenen Modells eines materiellen Gedächtnisses wird davon ausgegangen, dass die Überreste und Spuren, die sich im Gedächtnis der Dinge vereinen,

vielschichtig, vieldeutig und bisweilen widersprüchlich, aus sich heraus weder geordnet noch gedeutet sind. Letzteres erfolgt erst über die Erinnerung, die im Nachhinein auf den Speicher Zugriff nimmt und damit bestimmte Bauten, Ereignisse oder Personen hervorhebt, andere jedoch nicht.

Im Zentrum der Dissertation stehen vier Strategien der Deutung bzw. der Interpretation, die sich durch ihren Umgang mit den baulichen Überresten und landschaftlichen Spuren voneinander unterscheiden.

1. Der offensichtlichste Akt der Interpretationen erfolgt durch ein Denkmal am Ort des Geschehens bzw. in unmittelbarer Nähe zum baulichen Überrest. Es vertritt – wie jedes andere Denkmal auch – mehr über die Auffassung seines Initiators als über den Gegenstand, den es commemoriert. In der Regel deutet es das Gelände, indem es es auf eine wie auch immer geartete Eindeutigkeit hin reduziert. Dabei bleibt der bauliche Überrest unverändert und wird in seiner Bedeutung sekundär, d. h. maximal durch einen umschreibenden Kommentar hervorgehoben. Denkmäler am Ort des Geschehens unterscheiden sich danach, ob sie vor oder nach 1989 gesetzt wurden. In der Zeit vor 1989 beziehen sie sich auf den damals gegenwärtigen Zustand der Teilung bzw. auf deren tödliches Potenzial.

In der Bundesrepublik trat man – vor allem in den fünfziger und frühen sechziger Jahren – für die Wiedervereinigung Deutschlands ein (Stichwort Kuratorium Unteilbares Deutschland) und gedachte – dann vor allem in den siebziger Jahren – der Menschen, die an der Grenze ums Leben kamen und in der Ideologie des Westens als Opfer galten. Diese Entwicklung hatte auf der politischen Ebene ihre Parallele, insofern dem frühen „Kult um den deutschen Nationalstaat“ (Edgar Wolfrum) in der Mitte der sechziger Jahre ein radikaler Schnitt und mit ihm die langsame Akzeptanz der Zweistaatlichkeit folgte. In der DDR wurde ebenfalls der Toten gedacht, die in der Ideologie des DDR-Staates allerdings keine Opfer, sondern Helden des Sozialismus waren. Nach offiziellen Angaben starben fünfundzwanzig Angehörige der Grenztruppen in Ausübung ihres Dienstes, davon sechzehn an der innerdeutschen Grenze. Für knapp ein Viertel der toten Grenzer wurden noch zu DDR-Zeiten Gedenksteine oder kleine Denkmäler errichtet. Diejenigen, die das Regime für erinnerungswürdig hielt, hatten den „Feind“ zum Mörder. Entsprechend ist auf den Inschriften die Rede von „amerikanischen Banditen“, den „Banditen des BGS“ und „feindlichen Agenten“, die von der anderen Seite der Grenzlinie geschossen haben. Nicht gedacht wird derjenigen, die durch die Schüsse fahnenflüchtiger Kameraden ums Leben kamen. Das Tabu war selbstverständlich nicht der Tod des Kameraden, sondern die Existenz des Fluchtwilligen selbst.

Denkmäler, die nach 1989 am Ort des Geschehens entstanden sind, beziehen sich mehrheitlich auf die überwundene Teilung. Ihre Setzung erfolgt östlich, westlich und unmittelbar auf der ehemaligen Grenzlinie. Bisweilen werden frühere Teilungs- bzw. Einheitsdenkmäler zu Denkmälern der Wiedervereinigung umgewidmet. Dies geschieht durch neue Inschriften oder Standorte. Die Auftraggeber der Denkmäler stammen – je nach Standort – aus den neuen oder den alten Bundesländern. In der Regel stehen regionale Initiativen – wie Dorfgemeinschaften, Kirchengemeinden oder Wandervereine – hinter der Setzung und der Pflege der Denkmäler.

2. Weniger offensichtlich sind Interpretationen, die in direkter Weise mit den Spuren und Überresten umgehen. Dabei kann die Regel geltend gemacht werden, dass diejenigen Spuren und Überreste, die erhalten werden, mit Bedeutung aufgeladen und als Teil einer symbolischen Ordnung erinnert werden sollen. Alle anderen Spuren und Überreste werden – absichtlich oder unwillkürlich – zum Verschwinden gebracht und geraten damit in Vergessenheit. Letzteres geschieht mit den Überresten auf westdeutschem Territorium. Zu diesen „Un-Orten der Erinnerung“ gehören Übersichtspodeste und andere Einrichtungen der „Grenzinformation“, die von den Touristen der westlichen Welt massenhaft besucht wurden. Sie speichern den spezifischen Blick der alten Bundesrepublik auf die Grenze, der sich – so eine wichtige These der Dissertation – in der Struktur heutiger Ausstellungen fort schreibt und den Mythos von der Sehnsucht nach den „Brüdern und Schwestern im Osten“ am Leben hält.

Mit Bedeutung aufgeladen und als Teil einer symbolischen Ordnung erinnert wird hingegen die Grenzbefestigung auf ostdeutschem Boden. Sie steht den Interpreten in Form der baulichen Überreste der Sperranlage zur Verfügung. Entsprechend werden Beobachtungstürme, Führungsstellen, Zäune und Mauern visuell inkriminiert und zu Symbolen bzw. Souvenirs eines verbrecherischen Regimes verwandelt. Produktionsstätten einer solchen Erinnerungskultur sind die knapp dreißig Grenz Museen, in denen auf der Basis der verbliebenen Überreste Geschichte rekonstruiert wird. Während beispielsweise im Grenzdenkmal Hötenleben der Nachwelt das vermeintliche Original zu erhalten versucht wird, hat man die Sperranlagen im Grenzhau Schlagsdorf „eingeschrumpft“ und weit ab vom ursprünglichen Standort in einer stillgelegten Kiesgrube gewissermaßen „versenkt“. Im krassen Gegensatz zu den Überresten der Sperranlage bleibt die Infrastruktur der Grenzsicherung bedeutungslos. Nicht eine Kaserne der Grenztruppen trägt heute den Anschein eines historisch bedeutsamen Ortes. Der Hinweis darauf, dass am Funktionieren des Systems „Grenze“ auch Individuen beteiligt waren, bleibt konsequent unausgesprochen.

Neben den musealen Strategien des Ver- und Erschließens der Überreste greifen schließlich auch Künstler auf den Symbolhaushalt des Bauwerkes zurück. Tatsächlich sind die meisten Denkmäler und Skulpturen an der ehemaligen Grenze Installationen, die sich aufgrund deren hoher symbolischer Prägnanz der materiellen Überreste der Sperranlagen bedienen. Vollständig oder in Teilen bestehen sie aus Beton, Stacheldraht oder Streckmetall. Entweder werden die Materialien in ihrer ursprünglichen Form belassen oder zu neuen Objekten – wie Kreisen, Pyramiden oder Kreuzen – geformt. Während Beton und Stacheldraht schon vor 1989 für den Bau von Mahnmälern verwendet wurden, kommt dem Zaun aus Streckmetall erst nach 1989 Bedeutung zu. Aus seiner Funktion genommen ist das zum Denkmal erklärte Zaunfragment lediglich ein rostiges Objekt, dem allein man seine Unüberwindbarkeit nicht abnimmt. Die Evokation von Gefangenschaft und politischer Unterdrückung gelingt nur über die Rückkopplung an die traditionelle Bedeutung von nach innen gerichteten Zäunen, insbesondere von Lagerzäunen. Darüber hinaus fungiert der Metallgitterzaun als Symbol für die Grenzöffnung. Anders als die Berliner Mauer, die

überklettert wurde, bedarf die Inszenierung des Zauns eines sichtbaren Durchbruchs, beispielsweise durch die Abnahme eines Zaunfeldes.

3. Eine für die deutsch-deutsche Grenze spezifisch zu nennende Hinterlassenschaft ist die Spur, die das Bauwerk und der ihm nachgestaffelte Raum der Landschaft eingeschrieben hat. Abgesehen von Sperrgraben und Kolonnenweg, die tatsächlich erhalten sind, bilden fehlende oder deutlich veränderte Vegetationslinien vorgängige Raumstrukturen ab und helfen, den historischen Ort in der gegenwärtigen Landschaft zu rekonstruieren.

Die nachträgliche Interpretation der vegetativen Spuren erfolgt in drei Ausprägungen: Erstens durch das Grüne Band, das vom Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland installiert wurde. Mit der Unterschutzstellung des ehemaligen Grenzraums wurde der „Todesstreifen“ in eine „Lebenslinie“ gewendet und besteht nunmehr aus einer Kette von Biotopen. Dem Engagement der Naturschützer ist es auf der einen Seite zu verdanken, dass der Grenzraum nicht unter anderen Nutzungen – wie Land- und Forstwirtschaft – verschwunden ist, sondern auch fünfzehn Jahre nach dem Abbau der Grenzanlagen noch deutlich in der Landschaft zu erkennen bleibt. Auf der anderen Seite leistet das Grüne Band der Naturalisierung des historischen Geschehens deutlichen Vorschub. Die zweite Interpretation liefern die Museen, in denen die Landschaftsspur im Sinne eines Nachwortes zur Anschauung kommt. Die Natur wird zu Projektionsfläche, die zu füllen man in der Ausstellung angeleitet wird. Dort lernt man die Trassenführung eines Zaunes lesen, um deren Verschwinden später im Gelände nachvollziehen zu können. Und drittens interpretieren die Künstler die Landschaftsspur. In Projekten der Land-Art bedient sich die Kunst der gestalterischen und transformatorischen Kräfte der Natur und hebt Geschichte im dreifachen Sinne Hegels auf: sie bewahrt (*conservatio*), hebt auf eine höhere Stufe (*elevatio*) und/oder beseitigt (*negatio*).

4. Eine letzte Kategorie im Umgang mit dem historischen Raum bilden religiöse Praktiken, die im ehemaligen Grenzraum stattfinden, sich aber materiell von ihm gelöst haben. Dabei ermöglicht das gemeinsame Zeichensystem, den Erinnerungsort über die Landesgrenzen hinweg zu erweitern. Die Untersuchung konzentriert sich hierbei auf das traditionell katholische Eichsfeld, in dem die Grenze über Jahrhunderte eingeübte Kreuz- und Prozessionswege unterbrach. Angesichts der „abgeschnittenen“ Wallfahrtsstätten schufen die auf westdeutschem Gebiet verbliebenen Gläubigen schon vor 1989 Erinnerungsorte, an die sie ersatzweise pilgerten. Nach 1989 wurden die „verlorenen“ Stätten wieder zugänglich, so dass heute ein Netzwerk von religiösen Orten die Situation der Teilung, aber auch die der Wiedervereinigung markiert.

MAREN ULLRICH, geb. 1967 in Frankfurt/Main, seit Anfang 2003 Stipendiatin der Stiftung, studierte in Oldenburg und Siena Kunst, Geschichte und Germanistik. Nach einem Aufenthalt in Polen hat sie ihr Studium mit einer Arbeit über das Verhältnis von Raum und Erinnerung in der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau abgeschlossen. Sie arbeitete zwei Jahre als Leiterin des Oldenburger Kunstvereins sowie als Lehrbeauftragte an der Universität Oldenburg. Maren Ullrich ist Mutter von zwei Töchtern.

## Die Kinder- und Jugendsportschulen der DDR 1949–1990



VON  
RENÉ WIESE

Das Geheimnis hinter dem „Sportwunder DDR“ ist in seinen „Goldkindern“ zu suchen. Die heutige Form der Sportschulen und Sportgymnasien in Ostdeutschland wird gemeinhin auf das „Erbe des DDR-Sports“ zurückgeführt. Die Schulen gelten heute als Zukunftsmodell für eine erfolgreiche Nachwuchsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland, da die Medaillensstatistiken noch immer leistungssportliche Defizite der bevölkerungsreicheren Altbundesländer belegen. Urtyp dieses Modells waren die so genannten Kinder- und Jugendsportschulen (KJS) der DDR, deren Schüler und Absolventen die DDR-Nationalmannschaften bestückten und zu den prestigeträchtigen Erfolgen des DDR-Leistungssportsystems beitrugen. Eine solche positive Einschätzung der KJS berücksichtigt jedoch nur die sportliche Leistungsfähigkeit ihrer Absolventen. Die jeweiligen Kosten, der Organisationsgrad, der politische Charakter dieser Schulen in der Zeit der SED-Diktatur werden jedoch zur Urteilsfindung meist nicht hinzugezogen, da Forschungsergebnisse zu diesem Teilssegment des DDR-Sports in nur geringem Maß vorliegen.

Die geplante Dissertation untersucht deshalb die Genese und Entwicklungslinien dieses Schulmodells im Zeitraum von 1949 bis 1990. Die Arbeit ist als eine struktur- und organisationsgeschichtliche Untersuchung angelegt, die aus sportpolitischer und bildungspolitischer Perspektive das „Erfolgsmodell KJS“ überprüfen will. Diese Studie eröffnet einen erweiterten Zugang zur DDR-Sportgeschichte, indem sie erstmals die Wechselbeziehungen zwischen Leistungssport und Schule von Kindern und Jugendlichen in den Blick nimmt. Es soll gezeigt werden, wie sich die Konturen des KJS-Modells aufgrund der politischen Interaktion von Leistungssport und Bildung immer mehr veränderten und die KJS vom eigensinnigen Modellversuch zu „perfekt“ gesteuerten Leistungssporteinrichtungen wurden.

Die Quellengrundlage zu dieser Thematik ist insgesamt ausgesprochen gut: Auf zentraler Ebene steht die Überlieferung des Ministeriums für Volksbildung (MfV), der SED, des Deutschen Turn- und Sportbundes (DTSB), des Staatlichen Komitees für Körperkultur und Sport (SKKS) sowie zu Spezialaspekten der Freien Deutschen Jugend (FDJ), des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS), der Sportvereinigungen „Dynamo“ und „Vorwärts“ zur Verfügung. Allerdings sind Überlieferungslücken zu verzeichnen: Die Bestände der SED und des MfV weisen vor allem für die frühen 50er Jahre Lücken auf, die auch mit Hilfe von Parallelüberlieferungen nicht geschlossen werden können. Die kontinuierlich auftretenden Leerstellen in der archivalischen Hinterlassenschaft des DTSB lassen sich zumeist aufgrund des regen Informationsaus-

tauschs mit dem MfV und der SED ausgleichen. Aufgrund der Aktenfülle dieser drei Bestände wird der Bestand des SKKS aus methodischen Gründen nur selektiv bearbeitet, da die programmatische Verantwortung für die KJS bei Partei, MfV und DTSB lag.

Die regionalen Archive und Schularchive geben darüber Auskunft, wie die sport- und bildungspolitischen Maßnahmen an den KJS durchgesetzt wurden und wie sich der Alltag gestaltete. Diese Bestände differieren besonders stark in ihrem Umfang, ihrer Vielfalt und im Überlieferungszeitraum. Eine Bearbeitung erfolgt deshalb nur, wenn dies die Datendichte erlaubt und eine entsprechende Repräsentativität für die Gesamtentwicklung zu erwarten ist.

Die Geschichtsschreibung zum DDR-Sport hat sich im ersten Jahrzehnt nach dem uneingeschränkten Zugang zu den DDR-Archiven vor allem auf die zentralen Instanzen des DDR-Leistungssports und die Aspekte der „Durchherrschaft“ und Repression konzentriert. Diese politik-historischen Studien haben ausführlich die Systemmerkmale und Funktionsweise des Leistungssportsystems der DDR in seiner finalen Form beschrieben. Ein großes Forschungsdesiderat bildet jedoch nach wie vor die untere Stufe dieses Systems: der Nachwuchsleistungssport. Dazu gehören der Schulsport, die Trainingszentren (TZ), die „Einheitliche Sichtung und Auswahl“ (ESA), die Spartakiadebewegung und die KJS. Wie Hans Joachim Teichler bereits 1999 feststellte, steht die „Geschichte der KJS“ noch aus. Die Forschungen zur Geschichte der Kinder- und Jugendsportschulen der DDR befinden sich noch in den Anfängen. Einige wenige Beiträge beschäftigten sich bisher mit Spezialaspekten des KJS-Systems in der DDR: die pädagogische KJS-Forschung in den 70er/80er Jahren, die KJS-Entwicklungen der Frühzeit, der Einfluss des MfS sowie die Organisationsstrukturen der DDR-Endzeit.

Die Forschungshypothese, dass die KJS Basis des DDR-Leistungssportsystems bildete, kann nach jetzigem Bearbeitungsstand nur für einzelne Entwicklungsabschnitte gelten. Obwohl der Name des Schultyps eine sportliche Orientierung impliziert, kann zum Entwicklungsabschnitt der 50er Jahre eine leistungssportliche Fixierung nur bedingt nachgewiesen werden. Die Förderung der sportlichen Talente in den Gründerjahren der KJS zeichnete sich durch eine breite und vielseitig angelegte Ausbildung im Rahmen des Sportunterrichts aus. Eine Wandlung zu einer gelenkten und kontrollierten Leistungssportinstitution auf Basis eines sportartenspezialisierten Trainings setzte erst gegen Ende der 50er Jahre ein. Dieser Wandlungsprozess vollzog sich kontinuierlich im zweiten Jahrzehnt nach Gründung der KJS in den 60er Jahren. Die Untersuchung der leistungssportlichen Ausprägung in den 70er und 80er Jahren erfolgt im nächsten Bearbeitungsgang des Dissertationsvorhabens.

Methodisch ist eine politik-historische Betrachtung notwendig, da der DDR-Leistungssport nur im Herrschaftszusammenhang interpretiert werden kann. Die zentralen Untersuchungsebenen der Dissertation sind die gesellschaftlichen Bereiche Leistungssport und Volksbildung. Hierbei ist zunächst der Aspekt der „Durchherrschaft“, also der Machtzugriff der SED und deren Transmissionsriemen zu analysieren. Es soll detailliert gezeigt werden, inwieweit die „DDR-Sportführung“ (SED/DTSB) in das Bildungsmodell eingriff und welche Mittel und Methoden sie zur Durchset-

zung ihrer Ziele entwarf. Als Untersuchungskategorie eignet sich deshalb die Organisationsstruktur des KJS-Systems, welche anhand der Kriterienpaare „Lenkung und Kontrolle“, „Verflechtung und Abgrenzung“ sowie „Erfolg und Misserfolg“ im gesamten Betrachtungszeitraum überprüft werden soll.

Wie die Forschung gezeigt hat, spielen die Aspekte der Organisationsentwicklung, der Finanzierung und des Einflusses gewichtiger Akteure bei der Beschreibung und Erklärung des DDR-Leistungssportsystems eine bedeutende Rolle. Zu den Eckpfeilern, die das Gesicht des DDR-Leistungssports bestimmten, gehörten: die Gründung der Sportclubs (SC), die Schaffung einer Leistungssportkommission (LSK), die gezielte Ressourcenverteilung an wenige Sportarten, der Aufbau einer geheimen Sportforschung, die Zuweisung der materialintensiven Sportarten an zumeist nichtzivile Träger, das Prognostiksystem im Leistungsportmanagement, die zielgerichtete politisch-ideologische Erziehung der Sportler sowie der flächendeckende Einsatz von Sportmedizin und Doping. Deshalb wird in Bezug auf die KJS zu fragen sein, wie sich solche Entwicklungsmaßnahmen in den KJS niederschlugen. Nach bisherigem Erkenntnisstand kann davon ausgegangen werden, dass leistungssportliche Entwicklungen in den 50er und frühen 60er Jahren noch relativ verzögert, ab den späten 60er Jahren dann jedoch vollends zum Tragen kamen. Es ist zu vermuten, dass die Konzentration auf den Leistungssport nicht nur rein sportliche Folgen hatte, sondern auch auf die Institution Schule rückwirkte. Zur Klärung dieser Frage sind die Bereiche der Schulorganisation, des Lehrplans, der pädagogischen und didaktischen Wissenschaft sowie der ideologischen Erziehung der Schüler eingehend zu untersuchen.

Als Forschungshypothese wird von einer „Systemparallelität“ und „Systemsubstitution“ ausgegangen, wobei sich die Entwicklungsverläufe von Leistungssport und KJS immer mehr annäherten und ineinander verflochten. Die KJS lösten sich aus dem uniformistischen und ideologisch fest gezurrten Bildungssystem mehr und mehr heraus und verkümmerten zu einem Instrument des elitären Leistungssports. Es soll bewiesen werden, dass die KJS ein „relativ autonomes Subsystem“ innerhalb der DDR-Volksbildung darstellten, nach eigenen Regeln funktionierten und die ungeheure Entwicklungsdynamik des Leistungssports aufnahmen. Dieser Ablösungsprozess lässt sich an der gezielten Politik der DDR-Sportführung nachweisen. Daraus entsprang ein Machtkampf zwischen der Sportführung und der Volksbildung (MfV/ZK-Abt. Volksbildung) um die Entscheidungskompetenz über die KJS, der Konflikte verursachte und veränderte Machtstrukturen zutage förderte.

Jedoch ist die Perspektive der „Durchherrschaft“ nicht ausreichend, da der Machtzugriff der SED durchaus nicht umfassend war. Deshalb müssen auch die Motive und Eigenwilligkeiten der handelnden Akteure einbezogen werden. Notwendig ist eine „Innensicht“ des KJS-Systems, die das Alltagsleben an den KJS in den Mittelpunkt rückt. Die Beschreibung und Analyse des Alltagslebens und der Biografien der Schülerinnen und Schüler soll zeigen, dass die politische Organisationsmacht im Alltagsleben aus sportlicher, schulischer und sozialer Perspektive nur begrenzt griff. Kollektivbiografien der jugendlichen Leistungssportler stehen hier neben sehr individuell geprägten



Biografien, deren Erfahrungen einerseits zu einer leistungssportspezifischen Prägung und andererseits zu den herkömmlichen Alltagsbeschreibungen von Jugendlichen in der DDR gerechnet werden können.

RENÉ WIESE, 1968 in Rathenow geboren, seit August 2003 Stipendiat der Stiftung, studierte Geschichte, Sport und Erziehungswissenschaften an der FU Berlin. Nach Abschluss des Ersten Staatsexamens wurde er 1999 Projektmitarbeiter am Arbeitsbereich Zeitgeschichte des Sports der Universität Potsdam. Während seines zeitgleich absolvierten Referendariats entstanden erste Veröffentlichungen zur DDR-Sportgeschichte (u. a. Trendsport und Erziehung im Sport).

## Die Republik der Gartenzwerge Zur Entwicklung jugendlicher Subkulturen in der DDR-(Provinz)



VON  
PETER WURSCI

Diese Metapher vermag den Rahmen einer Diskussion über jugendliche Subkulturen in der egalitär gedachten Gesellschaft der DDR abzustecken. Gartenzwerge sind sauber, stehen für einen gepflegten und umzäunten Vorgarten, sind nicht unmoralisch und reisen vor allem nicht! Sie sehen adrett aus, und ihr Besitzer kann stolz auf sie sein. Die Darbietungen, welche die Staatsmacht bei den alljährlichen Umzügen zu ihren Ehren von der parteieigenen Jugendorganisation geboten bekam, unterstützten dieses Bild. Da zogen tausende Jugendliche im frisch gebügelten Blauhemd mit Fackeln und Fahnen an den Herrschenden vorbei, stählten ihren Körper bei den Spartakiaden und maßen ihren Geist bei den Wissensolympiaden. Frohgemut und siegesgewiss sollten die „Hausherren von Morgen“ der Zukunft entgegen gehen.

Nur wollten nicht alle Jugendliche in den vorgegebenen Bahnen mitmarschieren. Einige der „Gartenzwerge“ machten sich schmutzig, ließen sich lange Haare wachsen, schnallten die Gitarre um und machten sich auf die Reise. Was innerhalb der Garten(zwerg)kolonie noch als divergierende Meinung eines generativen Konfliktes oder kulturelles Aufbegehren der einen gegenüber den anderen bzw. als Herauskehren der eigenen Individualität verstanden werden konnte, musste bei dem Besitzer der Gartenzwerge auf Unverständnis, Irritation und Unbehagen stoßen.

Diese kulturelle Denkblockade, welche die Vertreter des Staates gegenüber den nonkonformen Jugendlichen verinnerlicht, bringt Herr Müller\*, langjähriger Referatsleiter der Linie XX.2. in der Bezirksverwaltung (BV) Suhl auf den Punkt, wenn er heute von seinen Einsätzen in den 1980er Jahren beim Wasunger Karneval, einem der Treffpunkte subkultureller Jugendlicher in Thüringen, berichtet:

\* Name geändert

„... nehmen wir mal Wasungen als Beispiel, ich weiß gar nicht, wie viele Einwohner Wasungen hat. 1000 vielleicht? Und dort kamen dann zwei, dreitausend Jugendliche zusammen. Das waren nun nicht alles negativ-dekadente, das sollte man nicht überbewerten. Trotzdem haben die zum Teil dort Verhaltenswiesen gezeigt, die das normale gesellschaftliche Leben auf jeden Fall stark gestört haben. So hat auch die Reaktion der dortigen Bevölkerung, ich will nicht sagen uns unbedingt, aber doch die Sicherheits- und Schutzorgane auf den Plan gerufen. Das konnten wir nicht dulden, oder das ging über ein Maß hinaus, was man noch akzeptieren kann. (...) Ich war mehrfach unten. Das war dann so, dass in dem Hauptveranstaltungsobjekt dort – das kann man sich heutzutage gar nicht mehr vorstellen – das war ein Speiseraum, der war Gott sei dank mit Fliesen, mit normalen Gesteigplatten ausgelegt. Da stand dann so hoch (zeigt ca. 5cm), ja man muss sagen Dreck, Pisse, Jauche, Gekotze es war ... Und da haben sich welche hingeliegt und haben dort geschlafen. Das waren damals Leute, heute würde man sagen, die aus dem asozialen Milieu stammen. Zumindest waren das auch stark die Gesellschaft irgendwie abstoßende Verhaltenswiesen oder Auffälligkeiten.“

Herr Müller bringt damit jenes Befremden gegenüber jugendlichem Leben zum Ausdruck, mit dem sich trotz aller moralischen Abscheu die gesellschaftlichen und staatlichen Institutionen über die gesamte Existenzdauer der DDR hinweg auseinandersetzen mussten.

### *Identität und Individualisierung*

Die ästhetisch-moralische Divergenz zwischen Jung und Alt über die Richtigkeit von Lebenszielen und -inhalten war dabei nicht DDR-spezifisch, sondern Teil der in der Entwicklungspsychologie allgemein beschriebenen Abgrenzungs- und Verselbstständigungsphase von Jugendlichen gegenüber der Eltern-generation. Dieser von den DDR-Jugendlichen durchaus mit ihren westlichen Altersgenossen geteilte Konflikt bei der Identitätssuche, gestaltete sich aufgrund der politischen Konstruktion in beiden Staaten jedoch unterschiedlich. Subkulturelle Jugendliche in der DDR versuchten zwar, sich wie ihre westlichen Vorbilder zu kleiden, sie nachzuahmen und deren Kämpfe zu kämpfen, und blieben dennoch immer in ihrem gesellschaftlichen Kontext gefangen. Indem sie sich in Gruppen zusammenschlossen, übernahmen sie klammheimlich die von Seiten des Staates präformierte kollektive Sozialisation, allerdings unter umgekehrten Vorzeichen. Vorwiegend in der subkulturellen Gruppe wurden die medial angelieferten Stile der westeuropäischen Jugendkulturen im DDR-Alltag wieder nach außen transportiert und mit einem eigenen Bedeutungshintergrund versehen. In der Gruppe – mit Gleichaltrigen und ähnlich Denkenden – konnten sie sich leichter von der Masse abheben. Jedoch trafen sich in diesen frei gewählten Kollektiven gleich berechnete Menschen, die sich nicht dem Egalitätsdruck des Staates aussetzen wollten. Vielmehr ging innerhalb dieser Subkulturen die Differenzierung und Individualisierung der Mitglieder weiter. Denn selbst, wenn ein Jugendlicher sich als „Blueser“ bekannte und deren Accessoires und Rituale in der Gruppe übernahm, wollte er dennoch ein eigenständiges und unverwechselbares Individuum bleiben. So wurde

z. B. über die Länge der Haare durchaus eine ästhetische Grundsatzdebatte geführt, wie lang sie letztlich dann getragen wurden, hatte jedoch auch damit zu tun inwieweit ein jeder für sich bereit war einen Konflikt mit dem Elternhaus, der Schule oder anderen staatlichen Institutionen einzugehen. Nichtsdestotrotz, erst durch die Absetzbewegung von der Hegemonialkultur wurden sich die nonkonformen Jugendlichen ihres eigenen „Ich“ bewusst. Auffällig ist, dass dabei der kollektive Zusammenhang innerhalb der subkulturellen Netzwerke bei allen ihnen innewohnenden Individualisierungstendenzen bestehen blieb. Den familiären Charakter der gelebten Subkulturen betonten denn auch viele der von mir befragten Protagonisten. Mit der hauptsächlich Besinnung auf das „Ich“ ist ein wichtiger Unterschied zu den Subkulturen des Westens benannt. Denn während im Westen sich Jugendliche ab Ende der 1960er Jahre auch zunehmend an den Protesten für eine gesellschaftliche Veränderung beteiligten, ging es den Ostdeutschen immer wieder und sehr konkret um die Besinnung und den Ausbau ihrer Individualität.

### *Politische Dekodierung*

Ein wesentliches Element für die DDR-Jugendkulturen war, dass ihr Auftreten stets von Seiten des Staates politisch dekodiert wurde. Sie wurden in das ideologisch vorgegebene Bild von sozialistisch vs. antisozialistisch eingepasst. Der für die Jugendlichen daraus entstehende Balanceakt zwischen dem Auftreten als Person in einem öffentlichen Raum und dem eigentlich Gedachten bzw. Empfundene, war letztlich nur dadurch zu entgehen, dass sich die nonkonformen Jugendlichen in eine „private Sphäre“ zurückzogen. Dennoch musste sich neben dieser gelebten Identität im Privaten, auch eine „inszenierte“ für den öffentlichen Raum konstruiert werden. Der daraus entstehende „Double-Talk“ der Jugendlichen war für diese nicht nur eine emotionale Belastung, sondern hatte auch für die Legitimation des Staates eine verheerende Wirkung, die den Staatslenkern durchaus bewusst wurde. So wird in einem Bericht der FDJ-Bezirksleitung (BL) Suhl vom 20. 11. 1961 darauf aufmerksam gemacht, dass durch ungenügende Einwirkung der FDJ-Leitungen an den Schulen, zwar von den Schülern behauptet werde, kein West-Fernsehen zu schauen, die Realität wohl aber anderes aussehe. Von den Schüler wurden Unterschriftensammlungen verlangt, die einen Verzicht auf die Nutzung der Westmedien beinhalteten, nur, so stellte die FDJ-BL fest: „Auf diese Weise kommt es aber dazu, dass die Schüler zu Menschen erzogen werden die heucheln, da das wichtigste Element, die Auseinandersetzung über die Grundfragen unserer Entwicklung, nicht genügend gegeben ist“. Die fehlende, weil nicht ehrlich geführte Auseinandersetzung über die Lebensbedingungen in der DDR, lässt die FDJ-Leitung in ihrem Fazit zu einem für sie erschütternden Schluss kommen: „Wir schätzen ein, dass, obwohl der Teil der Schüler, der fest zu unserer Sache steht und nach dem Statut der FDJ lebt und handelt, größer geworden ist, die Mehrheit unserer Schüler gegenwärtig noch Schwankungen in prinzipiellen Fragen unterworfen ist und nicht fest zu unserer Sache steht.“ Während die FDJ durchaus darüber nachdachte, wie die „prinzipielle ideologisch-politische Arbeit“ und die „klassenmäßige Erziehung“ der Jugendlichen noch verbes-

sert werden könne, erschien diesen der Rückzug in die private Sphäre als der einzige Ausweg. Damit versuchten sie sich zum einen der Verregelung ihres Tagesablaufes und einer verplanten Zukunft zu entziehen, wie zum anderen der ständigen Politisierung des Alltags zu entkommen. Die Sozialisation in Peergroups und die Auseinandersetzung mit identitätsstiftenden kulturellen Ausdrucksformen, wie insbesondere der Musik, nahm dabei einen großen Raum ein. Es ist exemplarisch, dass die Kluft zwischen der Selbstbeschreibung der subkulturellen Protagonisten und der Sichtweise des Staates nicht hätte größer sein können. So teilen die Zeitzeugen immer wieder ihr Unverständnis über die von ihnen erlebte Ausgrenzung mit. Alle wiesen oppositionelle oder revolutionäre Gedanken weit von sich und berichten vielmehr über ihre eigene Angst und Resignation als über ihre Intention, damit eine Reaktion der Staatsmacht zu provozieren. Dennoch zählte auch die symbolische Provokanz, neben der politischen Resistenz und der gesellschaftlichen Verweigerung, zu den Kennzeichen dieser subkulturellen Gegenidentitäten. Der Adressat dieses Widerstandes blieb dabei zwar vage, war jedoch immer zu erkennen. Es waren die offiziellen Vertreter die für sie die Macht des Systems und dessen Ideologie verkörperten. Den Jugendlichen boten sich dabei zwei in der sozialistischen Einheitsgesellschaft fest verankerte Reizthemen. Zum einen die sich über Arbeit definierende Hegemonialkultur, und zum anderen der für die SED und ihr Selbstverständnis legitimatorisch wesentliche Antifaschismus. Beides bot, alleine schon durch bloße Ablehnung, Ansatzpunkte, die von den Jugendlichen genutzt wurden.

Darüber hinaus spielte die westliche (Pop)Musik, die über die mediale Verbreitung in den meisten Teilen der DDR ungehindert zugänglich war, eine herausgehobene Rolle. Über Musik werden auf ursprüngliche Weise Emotionen transportiert und identitätsbildende Sozialisationszusammenhänge generiert. Musik braucht keine Interpretation, erfordert vordergründig keine intellektuelle Leistung, sondern spricht direkt das Gefühl an. Tommi Topp einer der ersten Suhler Punker und Musiker berichtet davon, wie es ihm erging, als er das erste mal auf selbst kopierten Kassetten Punk hörte. Er war begeistert: „... vor allem von den englischen Sachen. Es ging um die Musik und um nichts anderes. Ich wollte auch diese Musik machen. (...) Ich wollte diese Musik machen, bevor ich überhaupt einen Begriff von dieser Musik hatte. Ich dachte die Musik könnte ich immer spielen.“

Was hier anklingt, der Bezug auf die westlichen Jugendkulturen, zog sich, beginnend bei den Halbstarcken und den Beatfans in den 1950/60er Jahren, durch fast alle auftretenden ostdeutschen Jugendkulturen. Sie übernahmen, soweit möglich, die Accessoires und Stilelemente des Westens und bauten sie in ihren lebensweltlichen Kontext ein. Es ist bemerkenswert, dass ostdeutsche Jugendliche, bei aller Ironisierung ihrer Lebenswelt, nie auf die in der DDR dargebotenen kulturellen Elemente zurückgriffen. Schon aus Prinzip bezogen sie sich nicht auf die von der offiziellen Jugendpolitik dargebotenen kulturellen Aufwartungen und distanzieren sich beispielsweise von den von der FDJ geförderten Bands. Die eindeutige Ausrichtung der ostdeutschen Jugendkulturen an den auch in Westdeutschland bestimmenden angelsächsischen Trends, lässt den Schluss zu, dass die Identitätsbil-

dung in den Subkulturen von Beginn an als gesamtdeutsche Erscheinung zu betrachten ist.

### *Freiräume schaffen*

Das für die jugendlichen Subkulturen der DDR typische kulturelle Aufbegehren ist sicher nicht in die geläufigen Kategorien von Widerstand, Opposition, Dissidenz etc. einzuordnen. Vielmehr ist hier eine Verschiebung des zwangsläufigen (Generationen)Konfliktes zwischen Jugendlichen und ihren Eltern, hin zu einem Individuum-Staat-Konflikt zu erkennen. Durch die für die Subkulturen typische starke Betonung des eigenen Individuums und dem damit einhergehenden geistigen Ausbruch aus der egalitären, gesellschaftlichen Enge standen sie konträr zur SED-Zielvorstellung einer „sozialistischen Persönlichkeit“. Für viele Jugendliche hatte das Spiel mit den subkulturellen Elementen, die Suche nach dem eigenen „Ich“ und die darauf aufbauende Ablehnung der DDR-Wirklichkeit, weit reichende Folgen in ihrer Lebensplanung. Es blieb aber ein Spiel, ein Spiel gegen vorgestanzte Wahrheiten und Widerstände in der Bevölkerung. Mit dieser Infragestellung und Ironisierung der erlebten Realität konnten die Herrschenden, eingerichtet in einem dogmatischen Freund-Feind-Denken, nicht umgehen und bekämpften die Jugendlichen. Aber auch dadurch ließen sie sich letzten Endes nicht mehr von ihrem Weg abbringen. Vielmehr war es das kreative Moment dieser subkulturellen Szene, in einem selbst gewählten Kollektiv Handlungsspielräume und Freiheiten an den Rändern der als beengt angesehenen Umwelt zu schaffen. Die dabei stattfindende Ausgrenzung und Kriminalisierung der Jugendlichen durch die staatlichen Institutionen, politisierte viele der subkulturellen Jugendlichen geradezu gegen ihren Willen.

Die nonkonformen Jugendlichen nahmen durch ihre Konfliktbereitschaft und ihren Kampf um diese persönlichen Freiräume eine Vorreiterrolle bei der sich vollziehenden Individualisierung der DDR-Gesellschaft ein. Die Gartenzwerge fingen an zu reisen und die staatliche Jugendpolitik war auf Dauer zum Scheitern verurteilt, da sie nur auf die Entwicklungen unter den Jugendlichen reagierte, und selbst kaum gesellschaftlicher Akteur sein konnte.

PETER WURSCHI, geboren am 17. 02. 1975 in Suhl. 1995–2000 Studium der Politikwissenschaften, Soziologie und Philosophie, später Psychologie an der Universität Leipzig. Neben dem Studium Mitarbeit von 1998 bis 2000 bei der Erstellung der Ausstellung „Diktatur und Widerstand in der DDR“ im Zeitgeschichtlichen Forum Leipzig und ab 2000 im Berliner Büro von Katrin Göring-Eckardt, MdB. Vater einer Tochter.

## Die Stipendiatinnen und Stipendiaten des Jahres 2002

### Der Umgang mit Selbsttötungen in der DDR 1949–1990



VON  
UDO GRASHOFF

Die DDR gehörte zu den Staaten, in denen überdurchschnittlich viele Menschen durch eigene Hand starben. Im weltweiten Vergleich der Suizidraten nahm der „erste sozialistische Staat auf deutschem Boden“ seit seinem Bestehen einen Spitzenplatz ein. Gegenüber der Bundesrepublik waren die Suizidraten durchgängig etwa anderthalbfach höher.

War das eine Folge der SED-Diktatur? Hat, wie in der Bundesrepublik spekuliert wurde, „der totalitäre Marxismus-Leninismus gerade in Verbindung mit der Tradition des preußischen Etatismus nach Art der DDR ‚erhebliche suicidogene Faktoren‘“ erzeugt? DDR-Oppositionelle ebenso wie bundesdeutsche Publizisten interpretierten die hohe Selbstmordrate, analog zu den grundlegenden Arbeiten des französischen Soziologen Emile Durkheim, als Maß für soziale Pathologie, und machten wie Durkheim die Gesellschaft für die Höhe der Selbstmordrate verantwortlich. Doch so einfach, wie es die polemische Formulierung „in den Tod getrieben“ suggerieren will, war und ist der Zusammenhang zwischen repressivem politischem System und individueller Verzweiflungstat nicht. Bereits nach dem Bau der Berliner Mauer Anfang der 1960er Jahre führten Sozialhygieniker aus der DDR und der Bundesrepublik darüber eine Debatte. Diese wiederholte sich mit ganz ähnlichen Argumenten nach dem Ende der DDR 1990/1991.

In beiden Debatten zeigte sich, dass die Behauptung, in Diktaturen würden mehr Menschen Selbstmord begehen als in Demokratien, allein anhand der Statistiken nicht verifizierbar ist. Zwar war die Suizidrate in der DDR immer deutlich höher als in der Bundesrepublik – diese Tatsache wurde aber schon auf den korrespondierenden Territorien des Kaiserreiches beobachtet: Bereits im 19. Jahrhundert hatte man in Sachsen und Thüringen überdurchschnittlich hohe Selbstmordraten zu registrieren. Damit wird die Auffassung des französischen Suizidforschers Jean Baechler bestätigt, dass die Selbstmordrate eine für bestimmte Ethnien und Regionen charakteristische Konstante ist, die sich nur sehr langfristig ändert.

Dennoch lässt sich für die DDR eine überzufällige Schwankung nachweisen. Anfang der 1960er Jahre stieg die Selbstmordrate um fast zehn Prozent an. Dieser Anstieg könnte eine Folge von Zwangskollektivierung oder/und Mauerbau gewesen sein. Anhand von Polizeiberichten aus dem Bezirk Karl-Marx-Stadt kann das bei der Zwangskollektivierung im Frühjahr 1960 erzeugte suizidale Klima minutiös nachgezeichnet werden. Damit kann nachgewiesen werden, dass

die in bundesdeutschen Publikationen veröffentlichten Berichte über Verzweiflungstaten von Bauern im Kern der Wahrheit entsprachen. Die Gesamtzahl der Selbsttötungen war jedoch, in Relation zur Suizidrate, recht gering. Wahrscheinlicher ist ein suizidogener Effekt durch den Mauerbau, da sich bei einer regionalen Analyse gezeigt hat, dass der Zuwachs der Suizidrate in den Mauer-nahen Bezirken Potsdam, Frankfurt/Oder und Ost-Berlin am stärksten war.

Erstaunlicherweise wirkten sich andere gravierende Ereignisse wie z. B. der Volksaufstand am 17. Juni 1953 nicht statistisch aus, obgleich bekannt ist, dass sich nach der Niederschlagung des Aufstands verhaftete Demonstranten in Einzelfällen (Berlin, Bitterfeld, Niesky) in der Untersuchungshaft das Leben nahmen.

Ähnliches ist allerdings auch hinsichtlich der nationalsozialistischen Herrschaft zu konstatieren. Weder die nationalsozialistische „Machtergreifung“ und die Errichtung des Konzentrationslagersystems 1933 noch die „Röhm-Affäre“ 1934 beeinflussten die Selbstmordrate spürbar. Lediglich die Pogrome der Reichskristallnacht sowie die Deportationen hatten massenhafte Selbstmorde unter der jüdischen Bevölkerung zur Folge, deren Selbstmordrate teilweise auf das Zehnfache anstieg. Selbstmordwellen dieses Ausmaßes gab es in der DDR nicht.

Politisch motivierte oder durch Repressionen verursachte Suizide waren in der SED-Diktatur sehr seltene Ereignisse, die auf Grund der hohen jährlichen Zahl von Suizidtoten (zeitweise mehr als 6 000) keine Spuren in den Statistiken hinterließen. Da es jedoch möglich ist, dass sich in der summarischen Suizidrate gegenläufige Tendenzen „verbergen“, wurde die Suizidhäufigkeit noch einmal eine Ebene tiefer, in drei Sektoren, hinterfragt: in der Nationalen Volksarmee, den Haftanstalten des MdI sowie den Schulen.

Auf diesem Wege konnten Veränderungen in Mikromilieus der DDR-Gesellschaft nachgewiesen werden. Was die Gefängnisse anbelangt, so ergab die Auswertung der Vorkommnismeldungen innerhalb des MdI gravierende Änderungen in der Suizidhäufigkeit. Zwischen 1960 und 1972 sank die Suizidrate in den Haftanstalten um fast zwei Drittel. Lag sie um 1960 mit etwa 100 noch sehr hoch, unterschied sich die Suizidrate von Inhaftierten in den DDR-Gefängnissen in der Ära Honecker kaum noch von der durchschnittlichen Suizidhäufigkeit in der DDR. Ein ähnliches Ergebnis liefern auch die Statistiken der Nationalen Volksarmee. Ganz offenbar zeigen sich hier Homogenisierungstendenzen innerhalb der DDR-Gesellschaft. Dieser These soll weiter nachgegangen werden, indem auch regionale Verschiebungen in der Suizidhäufigkeit unter diesem Aspekt analysiert werden. Bisher wurde die hohe Suizidrate der DDR lediglich mit den traditionell hohen Raten von Thüringen und Sachsen begründet, wobei die Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern aus dem Blickfeld geriet; das soll, soweit es Material gibt, nachgeholt werden.

Was den quantitativen Aspekt des Suizidgeschehens anbelangt, so ist auch eine Erklärung für eine weitere, bisher offene Frage in Sicht. Seit etwa 20 Jahren ist die Suizidrate in Deutschland kontinuierlich gesunken, und dieser Trend begann nicht 1989, sondern Anfang der 1980er Jahre. Bisherige Versuche, diesen Trend durch aktuelle politische, ökonomische oder kulturelle Entwicklungen zu erklären, konnten nicht überzeugen. Demgegenüber ist durch eine Aufschlüsselung der Sui-

zidaten nach Altersgruppen nachweisbar, dass der Prozess des Absinkens der Suizidrate in der DDR und die Annäherung der Suizidrate von Bundesrepublik und DDR bereits in den 1970er Jahren begann – in der Altersgruppe der 15–24jährigen, jener Generation also, die erst ab ca. 1950 geboren wurde. Komplementäre Resultate ergab eine Kohortenanalyse (Dinkel, 1994), in der gezeigt wurde, dass die Generation der um 1930 Geborenen überdurchschnittlich stark suizidanfällig war. Insofern gehört es zu den wichtigsten Resultaten dieser Arbeit, dass es anhand von Mikroanalysen möglich ist, das Suizidgeschehen in der DDR in einen gesamteuropäischen Kontext und in langfristige Entwicklungslinien einzuordnen, und damit gleichzeitig die Besonderheiten der DDR herauszuarbeiten.

Angesichts der Homogenisierungstendenzen bei unverändert hoher Gesamtsuizidrate erhebt sich die Frage, wie sich diese Daten, die der SED-Führung bekannt waren, auf die Politik der SED auswirkten. Zu verzeichnen ist auf der einen Seite eine Vogel-Strauß-Politik, wie sie auch in anderen Politikfeldern praktiziert wurde. So führte der Anstieg der Suizidrate nach dem Mauerbau zur Geheimhaltung der Suizidstatistiken, die von der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik in Berlin jährlich, in Auswertung der Befunde von Leichenschauärzten, Gerichtsmedizinern und kriminalpolizeilichen Untersuchungen, mit nahezu preußischer Gründlichkeit erstellt wurden. Die Begründung für die Sekretierung der Daten war, dass man der Berichterstattung westlicher Medien über Suizide von DDR-Bürgern aus Verzweiflung über den Mauerbau den Boden entziehen wollte. Bemerkenswert ist, dass die SED diese Maßnahme nicht schon 1962, sondern erst 1963 verhängte, als klar wurde, dass die Suizidrate der DDR tatsächlich angestiegen war.

Im Gegensatz zu den Politbürokraten glaubten die mit dem Thema Suizid befassten Wissenschaftler der DDR, gute Argumente gegenüber den Kontrahenten in der Bundesrepublik zu haben. Die Tabuisierung der Daten bedeutete einen Rückschlag für die um das Jahr 1960 recht aktive epidemiologische Suizidforschung der DDR.

Gegen Ende der 1960er Jahre wurde das Tabu aber wieder etwas gelockert. Vor allem Psychiater und Psychologen, die sich als Teil der internationalen Bewegung zur Verhinderung von Suiziden engagierten, versuchten ein DDR-weites Programm zur Suizidprävention einzuleiten, das mit Unterstützung des DDR-Gesundheitsministeriums in Ansätzen auch realisiert wurde. Selbst Walter Ulbricht interessierte sich zeitweilig für dieses Thema und ließ sich im Jahr 1968 eine landesweite Studie zu Suiziden Jugendlicher anfertigen.

Anfang der 1970er Jahre war für die medizinische Suizidforschung der DDR eine Art „Blütezeit“. Mehrere Tagungen und Kongresse fanden statt, zahlreiche Artikel über Ursachen und Motive suizidalen Verhaltens wurden in Fachzeitschriften abgedruckt. In den psychiatrischen Kliniken in Dresden und Brandenburg entstanden „Betreuungsstellen für Suizidgefährdete“. Einer der wichtigsten Suizidforscher der DDR, Prof. Karl Seidel (beim MfS als HFIM „Steinert“ registriert), stellte seine Forschungsergebnisse auf den Kongressen der Internationalen Gesellschaft für Suizidprävention vor und stieg 1978 zum Leiter der Abteilung Gesundheitspolitik des ZK auf.

Die umfangreiche Forschung wurde von der SED geduldet, und teilweise sogar (z. B. vom Bezirksarzt

in Magdeburg) gefördert. In mehreren Orten entstand auch eine Kooperation von Suizidforschern und Kriminalpolizei. Maßgabe für alle Aktivitäten war aber immer, dass sie keine größere Öffentlichkeit erreichten, sondern auf fachliche Kreise beschränkt blieben.

Parallel zu den Initiativen der Mediziner wurde das Thema Selbsttötung aber auch in der DDR-Gesellschaft häufiger diskutiert. Vor allem in der Gegenwartsliteratur, die teilweise die Funktion einer Ersatzöffentlichkeit erfüllte, etablierte sich Selbsttötung in den 1970er Jahren schrittweise als literarisches Motiv. Auch diesen Prozess duldeten die SED nicht nur, sondern unterstützte ihn teilweise aktiv, indem z. B. Günter Görlichs Roman (über die Reaktionen auf den Suizid eines Lehrers) „Eine Anzeige in der Zeitung“ zum offiziellen Vorbereitungsmaterial des VIII. Pädagogischen Kongresses erklärt wurde. Die positive Haltung der SED zu diesem Buch zeigt, dass die SED keine Probleme mit dem Thema Suizid an sich hatte, sondern lediglich die oft damit verbundene Kritik an den politischen Verhältnissen fürchtete.

Bis 1977 war es auch möglich, für Forschungszwecke die geheimen Suiziddaten zu nutzen. Dann verschärfte die SED nochmals, wiederum als Reaktion auf eine Politisierung des Suizidgeschehens, die Geheimhaltung. Im Sommer 1976 hatte sich der streitbare Pfarrer Oskar Brüsewitz in Zeitz öffentlich selbst verbrannt; danach versuchten mehrere Ausreisewillige, ihrem Antrag durch Suiziddrohungen Nachdruck zu verleihen. Zur selben Zeit erreichte die Suizidrate der DDR ein Maximum (was allerdings außer einigen führenden SED-Funktionären niemandem bekannt war).

Das Jahr 1977 wurde somit zu einem Krisenjahr. Das SED-Politbüro reagierte auf maximale Quantität und zunehmende Politisierung des Suizidgeschehens mit Verboten, die vor allem den medizinischen Bereich betrafen und einen drastischen Rückgang der Forschungen zu suizidalem Verhalten zur Folge hatten. Veröffentlichungen wurden verhindert und waren selbst innerhalb der Fachzeitschriften nur an entlegener Stelle möglich.

Aus Furcht vor „politischem Missbrauch“ behinderte die SED-Führung auch lange die von Psychiatern und Psychologen schon 1970 diskutierte Schaffung von suizidpräventiven Telefondiensten. Erst 1983 entstand in lokaler Eigeninitiative von SED-Bezirksleitung und Bezirksarzt der erste „Telefon des Vertrauens“ in Leipzig. Wenig später wurde in Dresden eine kirchliche „Telefonseelsorge“ aufgebaut, die von der SED angefeindet wurde, aber auf Grundlage der in der DDR gültigen Gesetze nicht verboten werden konnte. Erst danach forcierte die SED den landesweiten Ausbau der „Telefon des Vertrauens“. Dabei entwickelte sich geradezu ein „Wettlauf“ zwischen dem staatlichen Telefondienst und der ebenfalls im Aufbau befindlichen „Kirchlichen Telefonseelsorge“ in Berlin. Die Vermutung liegt nahe, dass die Telefondienste vom MfS für politische Zwecke missbraucht wurden; bisher konnte dafür aber noch kein einziger Beweis ermittelt werden.

Die verstärkte Politisierung suizidaler Handlungen wirkte in den 1980er Jahren fort, und zwar sowohl auf Seite der Herrschenden, als auch auf Seite der Suizidenten. So spielte die Form der Selbstverbrennung, des magisch anmutenden Fanals, Ende der 1970er und in den 1980er Jahren eine wichtige Rolle, mehrere Selbstverbrennungen, vor allem von Ausreisewilligen und Strafgefangenen, sind in den Akten des MfS dokumen-

tiert. Spezialkommissionen untersuchten jeden dieser Fälle, und waren gleichzeitig bestrebt, jeglichen Informationsfluss in westliche Richtung zu unterbinden.

Waren Selbstverbrennungen (von Nicht-Psychotikern) meist als politischer Protest angelegt, so nutzten Ausreisewillige die Drohung mit öffentlicher Selbsttötung teilweise auch als politisches Druckmittel. Dagegen brachte die DDR-Justiz den § 214 zum Einsatz und verhängte Haftstrafen wegen „Beeinträchtigung der Tätigkeit staatlicher Organe“.

In einigen Fällen wurden Selbsttötungen auch zum Kristallisationspunkt unangepassten bzw. widerständigen Verhaltens. So der Tod des 23jährigen Matthias Domaschk, der im April 1981 in der MfS-Untersuchungshaft in Gera erhängt aufgefunden wurde, nachdem er eine IM-Verpflichtungserklärung unterschrieben hatte.

Da die SED-Spitze die Suizidstatistiken bis 1990 unter Verschluss hielt, bemerkte niemand, dass die Suizidrate im letzten Jahrzehnt der DDR bei den Männern um 13, bei den Frauen sogar um 26 Prozent sank. Dieser Trend muss auch bei der Diskussion der sog. „Wende-Selbstmorde“ beachtet werden. Eine ganze Reihe von Funktionären, darunter drei Sekretäre von SED-Kreisleitungen, drei Chefs von MfS-Bezirksverwaltungen und ein Minister nahmen sich 1989/90 das Leben. Statistisch fiel das jedoch nicht ins Gewicht, da zur gleichen Zeit die allgemeine Suizidneigung sank. Im Jahr der friedlichen Revolution 1989 erreichte die Suizidrate den niedrigsten Wert seit Bestehen der DDR.

UDO GRASHOFF, 1966 in Halle/Saale geboren, seit Anfang 2002 Stipendiat der Stiftung – das Stipendium wurde zeitweilig aufgrund anderer Projekte unterbrochen –, schloss 1992 sein Biochemiestudium und 1999 ein Studium der Geschichte, Germanistik sowie allg. u. vgl. Literaturwissenschaft ab. Grashoff arbeitete als freier Journalist und bereitete Ausstellungen über den 17. Juni 1953 in Halle, in Bitterfeld-Wolfen sowie über den „Demokratischen Aufbruch“ vor. Grashoff trat 2001 nicht nur mit einer Publikation zu den Auswirkungen der Biermann-Ausbürgerung 1976 im Bezirk Halle, sondern auch mit dem Lyrikband „Ein Stück Schnee verteidigen“ in Erscheinung. 2004 erschienen die Publikationen: „Ich möchte jetzt schließen. Briefe vor dem Freitod“, Reclam Leipzig, sowie „Keine Gewalt! Die revolutionären Ereignisse im Herbst 1989 in Halle“.

## Wider den Zeitgeist? Konflikt und Deeskalation im West-Berlin 1949 bis 1965



VON  
DANIEL SCHWANE

Vom Prozess wachsender alliierter Divergenzen nach 1945 war der Berliner Stadtorganismus mehr als jeder andere Ort in Deutschland und Europa betroffen. Er führte zu seiner allmählichen Spaltung und zur Ent-

stehung zweier selbstständiger Halbstädte. Die Existenz West-Berlins hemmte die ordnungspolitischen Vorstellungen der SED sowie die innere Entwicklung der DDR. Doch der sich entwickelnde Kalte Krieg zwischen Ost und West schuf hier besondere Reibungsflächen, aber auch Berührungspunkte, die Kommunikation, aber auch politische, wirtschaftliche sowie kulturelle Kontakte selbst in den Phasen härtester Konfrontation ermöglichten. Vor diesem Hintergrund ist die Hypothese, dass es in der Zeit nach der Blockade von 1948/49 bis in die Jahre 1964/65 Personen und Institutionen gegeben hat, die politische Ideen, Konzepte und praktische Ansätze zur Deeskalation des Ost-West-Konflikts entwickelt haben, Ausgangspunkt einer systematischen Untersuchung. Es wird deutlich, dass die Versuche, die Berliner Lage zu entkrampfen, bereits vor dem Mauerbau 1961 in der gespaltenen Stadt selbst begannen. Den ausgewählten Fallstudien ist die Suche nach einer Entkrampfung und Deeskalation der angespannten Situation gemeinsam. Doch stand die Arbeit vor dem Problem, dass die meisten in Frage kommenden Beispiele nur unzureichend dokumentiert sind und sich deshalb kaum Material in den Archiven befindet. Daher mussten Fälle ausgewählt werden, die sowohl relevant für die genannte Fragestellung, als auch hinreichend dokumentiert sind. Dies schien für die Bereiche Wirtschaft, Journalismus sowie Kultur am günstigsten zu sein.

Die Begriffe „Entkrampfung“ und „Entspannung“ sind von zentraler Bedeutung: Die Forschung sieht den Beginn einer Entspannungspolitik in der Abkehr des Westens von der Politik der Verweigerung offizieller Gespräche mit der SED nach dem Mauerbau. Mit den Berliner Passierscheinverhandlungen von 1963 fand diese Haltung erstmals Eingang in die praktische Politik.

Der in dieser Arbeit verwendete Begriff „Entkrampfung“ bezeichnet Aktivitäten, die zeitlich und inhaltlich dem Prozess der „Entspannung“ vorausgingen. Sie nahmen im Westteil Berlins ihren Anfang und zielten auf eine Überwindung der fortschreitenden Spaltung ab. „Entkrampfung“ bedeutete inhaltlich die Herstellung einer vertrauensbildenden Atmosphäre, in der Maßnahmen zur weitergehenden Normalisierung erst möglich wurden, ohne jedoch die eigene Sicherheit und die alliierten Rechte in Berlin zu gefährden. Der westliche Alleinvertretungsanspruch, der direkte Verbindungen offizieller Stellen mit DDR-Amts-trägern ausschloss, führte dazu, dass Journalisten – aber auch Geschäftsleute – die Funktion übernahmen, Verbindungen nach Ost-Berlin zu schaffen. Dies waren im Konkreten Gespräche zwischen beiden Seiten, die Schaffung von informellen Kontakten, und auch der Versuch, wie in der Fallstudie „Wirtschaft“ erkennbar, unter anderem durch die Presse die öffentliche Meinung in West-Berlin zu beeinflussen.

Die Arbeit stützt sich vor allem auf unveröffentlichte Archivmaterialien, aber auch publizistische Dokumente sowie die Befragung einiger Akteure und anderer Zeitzeugen. Insgesamt stellt sich die Quellsituation als kompliziert dar, da zum einen das selbst gesteckte Ziel, eine Vorgeschichte der Entspannung zu schreiben, auf die Schwierigkeit stößt, dass viele der Initiativen – im Gegensatz zur „offiziellen“ Geschichte der politischen Beziehungen – nie schriftlich fixiert worden sind. Andererseits sind für die Arbeit wichtige Dokumente z. B. der Berliner Industrie- und

Handelskammer aus der Zeit der fünfziger und sechziger Jahre nicht überliefert.

Die erste Fallstudie Wirtschaft beschäftigt sich mit Ansätzen von Entkrampfung im West-Ost-Handel in den Jahren 1949 bis 1963 und deren öffentlicher Wahrnehmung. Hier ist das einflussreiche Mitglied des „Ausschusses zur Förderung des Berliner Handels“, der Chefredakteur der Wochenzeitung „Berliner Wirtschafts-Blatt“ und Unternehmer Fredrik de Haas von Interesse. Er setzte sich für eine Verbesserung der politischen Lage durch eine Intensivierung der wirtschaftlichen Beziehungen im Interzonenhandel ein. Seine wirtschaftlichen, publizistischen und anderen Aktivitäten konterkarierten einerseits die offizielle, restriktive Handelspolitik der Bundesrepublik gegenüber der DDR. Andererseits trafen sie in Teilen der durch die ökonomische Spaltung von Auszehrungsprozessen betroffenen West-Berliner Wirtschaft auf Zustimmung, was wiederum zunehmend Handlungs-zwänge bei den politisch Verantwortlichen in West-Berlin und Bonn entstehen ließ.

Ein Protagonist der zweiten Fallstudie für den Bereich Journalismus ist der Redakteur der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ in Berlin, Hansjakob Stehle. Inspiriert durch die innenpolitischen Veränderungen in Polen trat er in den späten fünfziger und frühen sechziger Jahren in seinen Artikeln und Büchern für einen Abbau der Konfrontation zwischen Ost und West ein. Stehle hoffte, dass sich längerfristig auch in der SED „liberale“ Kräfte durchsetzen würden. Er wurde im Umfeld der Passierscheinverhandlungen 1963 vom Chef des Landespresseamtes und SPD-Mitglied Egon Bahr beauftragt, den Austausch von Meinungen und Informationen zwischen West und Ost zu intensivieren, Kontakte zu arrangieren und damit zu einer Beruhigung der Situation beizutragen.

In derselben Fallstudie wird Stehle der bekannte Journalist und Publizist Matthias Walden (eigentlich Eugen Wilhelm Otto Baron von Saß) gegenüber gestellt. Walden konnte aus politisch-moralischen Erwägungen keine Dialogbereitschaft gegenüber dem Osten akzeptieren. Gegenüber den Passierscheinverhandlungen und der Formel „Wandel durch Annäherung“ nahm er eine ablehnende Position ein. Walden war der Überzeugung, dass eine mögliche Aufwertung des SED-Regimes als Preis für die Passierscheine zu hoch sei. Er stand damit im Gegensatz zu Stehle. Besonders im Umfeld der Passierscheinverhandlungen wird deutlich, dass der von Walden favorisierte strikte Ablehnungskurs immer weniger dem Willen der Mehrheit der Bevölkerung West-Berlins entsprach. Vor dieser Folie werden die gegenläufigen Politisierungen beider Personen in der Fallstudie gegenüber gestellt und bewertet.

In der dritten Fallstudie Kultur schließlich wird für die 60er Jahre gefragt, aus welchen politischen Motivationen, Ideen und Erfahrungen heraus die studentischen Initiatoren und Beteiligten der an der Technischen Universität 1964/65 organisierten „Siegmonds Hofer Gespräche“ West-Ost-Verbindungen knüpften und welche Auswirkungen dies auf die polarisierte Berliner Öffentlichkeit im Westteil der Stadt hatte. Die erste Hälfte der sechziger Jahre in Berlin ist, sowohl was ihre Bedeutung als Zeit der wachsenden innerdeutschen literarischen Kontakte betrifft wie auch als eine Zeit des Beginns von studentischen kulturpolitischen Aktivitäten, die auf eine Entkrampfung

des Verhältnisses zwischen Ost und West abzielten, bisher kaum untersucht worden. In vielem scheint diese Zeit bisher im „historischen Windschatten“ der viel stärker im Gedächtnis haften gebliebenen kulturpolitischen Umwälzungen der Jahre nach 1968 zu liegen und wurde daher kaum als untersuchenswerte Periode wahrgenommen. Zum andern scheinen gerade die frühen sechziger Jahre in der Wahrnehmung der Forschung stark durch den Kalten Krieg überschattet zu sein, so dass das eigenständige historische Profil dieses Untersuchungszeitraums, bislang kaum zu Geltung kam. Die „Siegmunds Hofer Gespräche“ machen deutlich, dass die offiziellen kulturellen Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten sowohl den diplomatischen Verhandlungen als auch dem wirtschaftlichen Austausch hinterherhinkten.

Bei den ausgewählten Fallbeispielen gilt das Interesse denjenigen Konzeptionen und Akteuren, deren Engagement weitgehend in Vergessenheit geraten ist, die jedoch das öffentliche Leben West-Berlins in der Zeit des Kalten Krieges mitprägten. Sie zeigen exemplarisch, dass sich im Kleinen ein alternatives Denken und Handeln entwickelte, das die großen politischen Konzepte vorwegnahm und begleitete. Sie weisen aber auch auf ihre Grenzen im Kalten Krieg hin. Gleichzeitig wird klar, dass sich durch die Krisen 1948/49 und 1958–1961 der Zeitgeist im durch den Kalten Krieg stark betroffenen West-Berlin zwar besonders antikommunistisch artikuliert, sich nach dem Mauerbau jedoch ein allmählicher Wandel im öffentlichen Bewusstsein vollzog und zunehmend Stimmen für weitere Kontakte mit der Ostseite laut wurden.

Es wird deutlich, dass die Konfrontation im Ost-West-Verhältnis nach 1947/48 zwar dominierte, zugleich aber in einem Wechselverhältnis zur Entkrampfung stand. Dies gilt für „kalte Krieger“ gleichermaßen wie für diejenigen Akteure, die aus unterschiedlichen Gründen Deeskalation als Vorbedingung sowohl für die Lösung kleiner innerstädtischer als auch großer deutscher und europäischer Probleme erachteten. Gefahreninterpretation und tatsächlicher Aufrüstungsprozess standen im Denken und Handeln der Beteiligten in enger Korrelation zueinander. Gleichzeitig wirkten Ereignisse – z. B. die Berlinkrisen 1948 und 1958 sowie die gefährliche Doppelkrise von 1961/1962 (Berlin und Kuba) – prägend gerade auf das Problembewusstsein von politisch engagierten Personen. Des weiteren werden die sich aus Systemkonkurrenz, unterschiedlichen politischen Interessen, Einflüssen vor Ort, persönlichen Motiven und einer besonderen territorialen Lage ergebenden Abhängigkeiten und Wechselwirkungen erörtert: In welcher Nähe zu politischen Entscheidungsprozessen befanden sich die hier behandelten Untersuchungsbereiche, welche direkten oder mittelbaren Einflussmöglichkeiten hatten die im Projekt thematisierten Kräfte? Welche Motive oder verschiedenen Interessen standen hinter ihren Vorschlägen zum Abbau der Konfrontation? Wie nutzten und erweiterten sie ihre Handlungsspielräume? Trifft es zu, dass die Ideen der damaligen Akteure tatsächlich *per se* von den politischen Entscheidungsträgern ignoriert bzw. von vornherein durch die Interessen der einen oder anderen Seite beeinflusst wurden?

Die Arbeit untersucht demnach wie die genannten Akteure und Initiativen die politische Debatte in West-Berlin mitbestimmten, wie sie versuchten, auf die Ost-Berliner Seite Einfluss zu gewinnen, und wie

konkrete Kontakte und Kooperationen zustande kamen. So ergibt sich in Abhängigkeit von internationalen, nationalen und lokalen Entwicklungen ein komplexes Bild, das exemplarisch analysiert wird. Es ist ein Anliegen dieser Studie, durch einen genaueren Blick die Vorstellung des monolithischen Kalten Krieges detaillierter differenzieren zu können. Die Fallstudien vermögen herauszustreichen, wie in Teilen West- und Ost-Berlin im Verständnis der Akteure und Bewohner noch nach 1948 ein Verflechtungsgebiet politischer Kommunikation, alltäglicher Aufeinanderbezogenheit sowie kultureller Interaktion waren.

DANIEL SCHWANE, 1972 in Berlin geboren, seit Januar 2002 Stipendiat der Stiftung, studierte von 1993 bis 2001 Neuere/Neueste Geschichte, Mittelalterliche Geschichte, Politikwissenschaft und Germanistik in Berlin und Krakau. Nach seinem Studienabschluss arbeitete Schwane zunächst für das Deutsch-Polnische Jugendwerk in Potsdam, u. a. als Übersetzer für den Band „Gedenken und Erinnern“ (Hrsg. vom DPJW).

### **Der Pankower Friedenskreis. Geschichte, Arbeits- und Wirkungsformen innerhalb der Evangelischen Kirchen in der DDR und der DDR-Opposition in den Jahren 1981–1989**



VON  
MARIANNE SUBKLEW-JEUTNER

*„Es gab ja im Westen die Friedensbewegung und ich war interessiert, ob so etwas auch bei uns in Ost-Berlin fassbar, greifbar ist. Ich hatte immer nur Gerüchte gehört.*

*Und dann kam 1982 die Friedensdekade. Da erfuhr ich, daß in der Pankower großen Kirche eine Veranstaltung sein sollte, so eine Gemeindeveranstaltung, wie wir sie dann später auch immer wieder gemacht haben. So etwas hatte ich überhaupt noch nicht erlebt, die ganze Kirche war bis unters Dach voll von Menschen. Und das, was mich am meisten beeindruckt hat: Da saßen aus dem Friedenskreis vielleicht 10 Leute im Kreis, und die haben darüber gesprochen, weshalb sie in dem Friedenskreis arbeiten. Und jeder fing damit an: ‚Ich bin ...‘ und dann nannte er seinen Namen und seinen Beruf und seine Hausnummer, so quasi. Jeder war zu identifizieren. Die versteckten sich nicht. Und das hat mir riesen Eindruck gemacht.“*

Was eine Zeitzeugin noch zwei Jahrzehnte später beeindruckt, hatte damals auch das MfS genau registriert. Den geheimen Mitschnitt der Veranstaltung kommentierte ein Stasimitarbeiter wie folgt: *„Besonderen Wert erhält dieser Teil des Mitschnitts (Tonband) dadurch, dass sich in den persönlichen Stellungnahmen die Mitglieder des Friedenskreises vorstellen und damit eine Zuordnung ihrer Äußerungen möglich wird.“* (BStU XV / 1371/80 Roger Steingräber)

Die Äußerungen der oben zitierten Frau zeigen viel von dem, was der Pankower Friedenskreis während seiner gesamten Arbeitszeit als Selbstverständnis formulierte. Einer seiner Mitglieder beschreibt es so: „*Von Anfang an war klar, wir wollten keine Gruppe, die früher oder später konspirativ sein muss, sondern wir versuchen, so viel wie möglich öffentlich zu machen.*“

Wie kam es zur Entstehung dieses Kreises innerhalb der Evangelischen Kirchen in der DDR? Anfang der 80er Jahre hatte die atomare Hochrüstung in Europa ihren traurigen Höhepunkt erreicht. Die Fronten des Kalten Krieges hatten sich verschärft. Beide Seiten, die NATO und der Warschauer Pakt, rüsteten konventionell und atomar auf. Die Raketen SS 20 und Pershing 2 standen in beiden deutschen Staaten und waren aufeinander gerichtet. Der Begriff des Wettrüstens bestimmte die politische Diskussion und machte die Absurdität der Situation deutlich. Die Rüstungsfrage hatte nicht nur eine außenpolitische Tragweite. Auch innenpolitisch spürten die Menschen in der DDR eine zunehmende Militarisierung des Lebens. So war u. a. bereits 1978 das Schulfach Sozialistische Wehrerziehung eingeführt worden. Selbst in den Kindergärten stand – auch wenn sich viele Kindergärtnerinnen nicht daran hielten – die Wehrerziehung auf dem Programm.

In dieser Situation entstand die regierungsunabhängige Friedensbewegung in der DDR. Dazu gehörte auch der Friedenskreis der Evangelischen Kirchengemeinde Alt-Pankow, der 1981 ins Leben gerufen wurde. An Hand seiner Geschichte kann exemplarisch gezeigt werden, welche vielfältigen Formen und Möglichkeiten des Widerspruches und des aufrechten Ganges es in totalitären Regimen gibt. Die Mitglieder des Kreises waren keine Helden, es waren Frauen und Männer, Mütter und Väter, die an einem Punkt ihres Lebens sagten: „*Wir halten unser Schweigen nicht mehr aus.*“

Neben der vorhandenen Literatur über die Opposition in der DDR im Allgemeinen und über den Pankower Friedenskreis im Besonderen wurde in der Studie auf drei Quellen zurückgegriffen. Die eine Quelle bildet die archivalische Überlieferung der Staatsorgane der DDR, der SED und des MfS. Diese Materialien sind in großem Umfang erhalten und vermitteln im Wesentlichen das Herrschaftswissen der damals Herrschenden.

Als zweite Quelle dienen die schriftlichen Selbstzeugnisse des Pankower Friedenskreises und anderer oppositioneller Gruppen in der DDR. Sie stellen ein unverzichtbares Korrektiv zu den parteistaatlichen Überlieferungen der DDR dar.

Da sich aber, wie u. a. Wilhelm Dilthey, der große Theoretiker der modernen Geisteswissenschaften betonte, alle Geschichtsschreibung über die Biografie, den Lebenslauf des Einzelnen erschließt, wurden die schriftlichen Zeugnisse durch Interviews ergänzt. So wurde als dritte Quelle das erinnerte Wissen derer verwendet, die damals im Pankower Friedenskreis aktiv waren oder Berührungspunkte mit ihm hatten. Vor der Befragung wurden zwei Gruppen unterschieden. Die erste Gruppe setzte sich aus den Mitgliedern des Friedenskreises zusammen, die somit ihre „Binnenperspektive“ auf den Pankower Friedenskreis mitbrachten. In einer zweiten Gruppe wurden Personen befragt, die aus einer „Außenperspektive“ die Gruppe wahrgenommen haben.

Die erste Gruppe differenzierte sich in Personen, die bis 1989 im Kreis engagiert waren, den Kreis aus

verschiedenen Gründen verlassen hatten, in den Westen ausgereist waren oder auch über den Kreis als IM berichtet hatten. Ergänzt wurden diese Interviews durch die Befragung junger Erwachsener, die damals als Kinder ihrer engagierten Eltern den Friedenskreis erlebt hatten. Um der Binnenperspektive auch eine Außensicht gegenüberzustellen, wurden Personen befragt, die mit dem Pankower Friedenskreis nur indirekt zu tun hatten. Dazu zählten vor allem Mitglieder der kirchlichen Leitungsebene. Außerdem wurden Mitglieder des Gemeindegemeinderates von Alt-Pankow interviewt, die in den 1980er Jahren im Gemeindegemeinderat (GKR) mitgearbeitet hatten. Schließlich wurden auch Mitglieder aus anderen Friedenskreisen und Journalisten befragt. Insgesamt wurden 36 Einzel- und ein Gruppeninterview geführt.

Das mündlich überlieferte Oppositionswissen war zur Erhellung jener Fragestellungen unverzichtbar, die nicht aus den schriftlichen Quellen erschlossen werden konnten, sowie zur Erklärung mancher unklarer Entstehungszusammenhänge der Selbstzeugnisse. Bei folgenden Fragen wurde auf die geführten Interviews zurückgegriffen: Motive, Gruppenstruktur, Atmosphäre, Spiritualität, Selbstverständnis und Wirkungsgeschichte. Außerdem wurden einzelne Interviewausagen dazu verwendet, im Text dargestellte Sachverhalte zu illustrieren. Dies betrifft z. B. die Gliederungspunkte Gemeinde- und Kirchenverständnis der Gruppe und die Position des Gemeindegemeinderates zum Friedenskreis.

Da sich der Friedenskreis sowohl inhaltlich als auch strukturell zu einer Kirchengemeinde zugehörig fühlte, war die Kirche für diese Gruppe mehr als eine „Schutzmantelmadonna“, die mangels Alternativen vor dem Dauerregen des Staates schützte. Als Kreis der Kirchengemeinde war der Gemeindegemeinderat (GKR) die Instanz, die die Arbeit des Friedenskreises letztlich zu verantworten hatte. Dieses Miteinander war nicht immer spannungsfrei. Hatten doch einige Mitglieder des GKR in den 50er Jahren die Macht des DDR-Staates so zu spüren bekommen, so dass ihnen die Lust auf weitere Konfrontationen vergangen war. Ihnen erschien das Verhalten des Friedenskreises manchmal zu provokativ, wusste man doch nie wie der Staat reagieren würde. Dennoch entzog der GKR dem Friedenskreis letztlich nie das Vertrauen. So konnte sich der Kreis in der Gemeinde etablieren, Friedenskreismitglieder ließen sich taufen, besuchten Gottesdienste und entwickelten eigene Formen gelebter Spiritualität.

Die Annahme, die Friedensgruppen innerhalb der Evangelischen Kirchen hätten durch ihre thematische Arbeit die friedensethischen Anliegen in die Kirchen erst hineingetragen, ist zu differenzieren. Unabhängig von allen kirchenpolitischen Sicherheitsinteressen kann von einer grundsätzlichen Koinzidenz von Sachinteressen der Kirchen und der Gruppen hinsichtlich der Friedensfrage und den damit verbundenen notwendigen innenpolitischen Veränderungen gesprochen werden. Diese Übereinstimmung hat die Gruppen und Kirchen füreinander wichtig gemacht, wobei das Tempo der angemahnten Veränderungen durchaus unterschiedlich und somit das Verhältnis nicht spannungsfrei war.

Dem DDR-Staat waren die regierungsunabhängige Friedensbewegung und so auch der Pankower Friedenskreis ein Dorn im Auge. Schließlich richtete sich



deren Engagement u. a. auch gegen die sowjetischen Atomraketen SS 20 auf dem Gebiet der DDR. Folge dieses staatlichen Misstrauens waren jahrelange Bespitzelungen, Verleumdungen und Kriminalisierung des Kreises und seiner Mitglieder. Der Friedenskreis Pankow wurde vom MfS unter dem Decknamen Operativer Vorgang (OV) „Virus“ geführt. Der OV „Virus“ umfasst 5 Aktenbände mit ca. je 300 Blatt. Dazu kommen noch die Operativen Personenkontrollen, die über einzelne Mitglieder der Gruppe angelegt wurden. Für manche war diese Situation und die aus ihr erwachsenen Folgen u. a. beruflicher Benachteiligung so unerträglich, dass sie die DDR verlassen mussten. Für andere wiederum war der Friedenskreis „der einzige Grund in der DDR zu bleiben.“ Wüsste man nicht, dass die vielen MfS-Berichte dazu dienten, strafrechtlich relevante Sachverhalte zu konstruieren, Menschen Angst zu machen und Biografien zu zerstören, könnten viele dieser MfS-Texte einfach als Zeugnisse von Dummheit, Eitelkeit und Selbstüberschätzung gewertet werden. So aber waren die Berichte das Material, aus denen die Stasi den Stoff aus Misstrauen, Verrat und Zerstörung webte. Dieser breitete sich in allen Lebensbereichen der DDR aus. Es ist ein Irrtum zu glauben, dieses Gift hätte heute seine Kraft völlig verloren. Als nach 1989 Friedenskreis-Mitglieder ihre Akten einsahen, schienen die Berichte eine späte Wirkung zu zeigen. Gerade der Hauptamtliche inoffizielle Mitarbeiter „Horst Hoffmann“ hatte sehr verletzend Berichte und Einschätzungen über Personen verfasst. In einem Gespräch der betroffenen Friedenskreisteilnehmer einigten sie sich, hinsichtlich der Deutungen von IM „Hoffmann“ dem eigenen Erlebten mehr zu trauen, als den Stasi-Akten.

Im Unterschied zu anderen Gruppen waren im Pankower Friedenskreis über die Hälfte der Mitglieder Frauen. Die meisten hatten Kinder, was einerseits zum Engagement motivierte und andererseits auch eine Grenze für die Konfliktbereitschaft war. So war der Pankower Friedenskreis immer auf der Suche nach einem Weg zwischen Konfliktbereitschaft und Konfliktvermeidung. Insofern gehörte der Kreis im Gesamtspektrum der Ost-Berliner Oppositionsgruppen eher zu den gemäßigten Gruppen und trat im Vergleich z. B. zur Initiative Frieden und Menschenrechte (IFM) oder Umweltbibliothek weit weniger radikal auf. Für den schlimmsten Fall allerdings hatten auch im Pankower Friedenskreis die meisten eine Verfügung geschrieben und beim Superintendenten hinterlegt, von wem ihre Kinder im Falle ihrer Inhaftierung betreut werden sollten.

Der Kreis entwickelte eigenständige Arbeits- und Aktionsformen, die dem Kreis Stabilität und Transparenz gaben und das staatliche Feindbild unterliefen. Gleichzeitig versuchte der Friedenskreis damit das individuelle Ohnmachtbewusstsein aufzuheben und die Selbstidentifikation mit dem von Seiten des Staates proklamierten Feindstatus zu überwinden.

Die unterschiedlichen Motive für das Engagement im Friedenskreis hatten Auswirkungen auf die Funktion, die die Gruppe für die Einzelnen erfüllte. Die Gruppe hatte einerseits eine Sachfunktion, indem gemeinsam interessierende Themen verhandelt wurden, als auch eine soziale Funktion. Beide Funktionen konnten für die Mitglieder integrierend wirken. Welcher Modus für die einzelnen Personen überwog, hing von der persönlichen Situation ab.

Allerdings verstärkte sich im Laufe der Zusammenarbeit und auch unter der massiven MfS-Belagerung immer mehr die soziale Dimension als prägender Integrationsmodus für die Gruppe. Dies ist auch der wesentliche Grund dafür, dass der Pankower Friedenskreis – im Gegensatz zu vielen anderen Gruppen, die sich nach 1989 auflösten – unter grundsätzlich veränderten politischen Bedingungen auch heute noch existiert. Für seine Mitglieder wurde der Friedenskreis zu einer Art „Sprachschule für die Freiheit“, in der demokratische Kommunikations- und Handlungsperspektiven aufgezeigt und eingeübt werden konnten.

DR. PHIL MARIANNE SUBKLEW-JEUTNER, 1963 in Greifswald geboren, war bis Juni 2003 Stipendiatin, studierte nach einer Elektriker-Lehre von 1982 bis 1989 Theologie am Sprachenkonvikt in Berlin, Leipzig und am Quäker-College Birmingham. Im Anschluss an ihr 2.theol.Examen 1992 arbeitete sie als Korrespondentin des evangelischen Pressedienstes (epd) und von 1995 bis 2000 als Pfarrerin in Greifswald. 2001 Ausstellung über den Pankower Friedenskreis in Berlin vor. Die Arbeit über den Pankower Friedenskreis wurde im Herbst 2003 im Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften der FU Berlin erfolgreich disputiert. Die Mutter von vier Kindern lebt seit 2001 in Hamburg

### **Das Kinderheim für namibische Flüchtlingskinder in Bellin/DDR: Ein pädagogisches Projekt der SED-Solidaritätspolitik**



VON  
SUSANNE TIMM

Am 18. Dezember 1979 reisten 80 namibische Flüchtlingskinder aus Angola über den Flughafen Berlin-Schönefeld in die DDR ein. Sie waren zwischen zwei und vier Jahre alt und wurden zu einem Schloß im kleinen mecklenburgischen Dorf Bellin gebracht, das kurzerhand zu einem Kinderheim umfunktioniert worden war. Im Mai 1978 hatte die südafrikanische Luftwaffe erstmals Angriffe auf ein Flüchtlingslager der namibischen Unabhängigkeitsbewegung SWAPO in Angola geflogen, woraufhin die SWAPO international nach Evakuierungsmöglichkeiten suchte. Was als kurzfristige Überbrückungshilfe bis zur vermeintlich unmittelbar bevorstehenden namibischen Unabhängigkeit begonnen hatte, entwickelte sich zu einer länger währenden Angelegenheit. Anders als ursprünglich geplant, folgten dieser ersten Gruppe bis zum Jahr 1989 mehr als zweihundert namibische Vorschulkinder. Seit 1981 wurden sie zunächst in separaten Klassen an der nächstgelegenen Polytechnischen Oberschule unterrichtet. Ab 1985 siedelten die jeweils Ältesten in das Schulinternat ‚Schule der Freundschaft‘ nach Staßfurt bei Magdeburg um. Im August 1990 – dem Jahr der deutschen Wiedervereinigung und der Unabhängigkeit Namibias – wurden alle Kinder, die mittlerweile zwischen einem und elf Jahren in

der DDR gelebt hatten, auf Veranlassung der namibischen Regierung binnen weniger als sechs Wochen nach Windhoek in Namibia zurück geholt.

Seitdem waren diese Kinder wiederholt Gegenstand von medialer Berichterstattung. Die Geschichte des Kinderheims wurde dagegen bisher kaum wissenschaftlich untersucht und dabei wurde fast ausschließlich die Rückkehr der Kinder in den Blick genommen. Im Unterschied dazu soll hier das Kinderheim für namibische Flüchtlingskinder als ein pädagogisches Projekt der SED-Solidaritätspolitik analysiert werden. Folgende Ausgangsüberlegungen leiten die Arbeit:

- Bei dem Kinderheim handelte es um die einzige Vorschuleinrichtung mit interkultureller Dimension in der DDR. Weder wurde das Kinderheim als langfristiges vorschulpädagogisches Projekt initiiert, noch wurde es als solches zu einem sinnvollen Ende geführt. Erst aus einer langen Serie von Ad-hoc-Entscheidungen und Verwaltungsmaßnahmen entwickelte sich im Laufe der Jahre institutionelle Routine.
- Als pädagogische Institution war es zugleich ein Projekt der Entwicklungshilfe bzw. ‚internationaler Solidarität‘, d. h. stark von politisch-ideologischen Vorgaben geleitet.
- Das Projekt fiel in die Spätphase der DDR, in der die Solidaritätspolitik stärker innenpolitisch motiviert war, während sie zuvor von den Bemühungen um internationale Anerkennung der DDR geprägt worden war.
- Von seiner Gründung bis zur Auflösung, jeweils auf Initiative der SWAPO, haben kontingente Umstände politischer Konstellationen die Geschichte des Kinderheims maßgeblich bestimmt.

Die Untersuchung dieser einmaligen zeit- und bildungshistorischen Konstellation zielt darauf ab, die politisch-administrative wie die pädagogisch-konzeptionelle Entwicklung des Kinderheims Bellin zu rekonstruieren. Sie ist daran orientiert, das Bedingungsgefüge herauszuarbeiten, das sich aus den politischen wie pädagogisch verflechtungen für die Entwicklung des Kinderheims ergab. Die Arbeit fußt auf Quellenbeständen öffentlicher Archive, vornehmlich des Bundesarchivs sowie der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR, des Mecklenburgischen Landeshauptarchivs in Schwerin sowie des Archivs der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR.

Die befragten Quellen machen deutlich, dass das Kinderheim von allen Beteiligten vor allem als politisch-administratives Problem wahrgenommen und behandelt wurde. Zwar war das Kinderheim Bellin für namibische Flüchtlingskinder eine für DDR-Verhältnisse besondere Einrichtung, denn dort lebten Kinder nichtdeutscher Herkunft in einer interkulturellen Situation, für die es keine Vorläufer gab. Die Pädagogen konnten dabei weder auf Erfahrungen in ihrer beruflichen Ausbildung und Praxis noch auf konzeptionelle Vorarbeiten zurückgreifen. Aber auch im Laufe seiner fast elfjährigen Existenz avancierte das Kinderheim nicht zum reflektierten Modellprojekt, denn bis zu seiner Auflösung im Sommer 1990 wurden keine konzeptionellen Ansätze entwickelt, die das pädagogische Personal des Heims in die Lage versetzt hätten, mit der interkulturellen Situation pädagogisch innovativ umzugehen. Dennoch funktionierte das Kinderheim sowohl hinsichtlich seiner Organisation als politisch initiierte Institution wie auch pädagogisch-prak-

tisch als Bildungseinrichtung vergleichsweise reibungslos. Versucht man diesem Paradoxon auf den Grund zu gehen, bietet sich folgende These an: Die Geschichte des Kinderheims für namibische Flüchtlingskinder in der DDR war davon gekennzeichnet, dass keine ernsthaften Versuche unternommen worden sind, die Besonderheiten des Kinderheims zu reflektieren und konzeptionell einzuarbeiten. Die Institution und die pädagogische Arbeit im Kinderheim gewannen dagegen die nötige Stabilität durch den Rückgriff auf DDR-Standards. Dabei wurde es jedoch unterlassen, die Anwendbarkeit dieser Standards zu überprüfen. Man könnte diesen Modus auch als ‚prinzipielle Innovationsvermeidung‘ auffassen. Gerade weil die organisatorischen Bedingungen und die pädagogisch-konzeptionellen Herausforderungen in ihrer Summe die Stabilität der Kinderheims hätten erheblich beeinträchtigen können, kann die ‚prinzipielle Innovationsvermeidung‘ als konstitutiv für die Geschichte des Kinderheims gelten.

Zwei Beispiele aus der Vorbereitungsphase für das Kinderheim Bellin illustrieren die konstatierten administrativen Verfahrensweisen und ihre pädagogische Implikationen, die sich durch die gesamte Geschichte des Kinderheims fortsetzten. Hier wurden die Weichen für die Art und Weise des Umgangs mit dem Projekt einer Bildungsinstitution für namibische Kinder in der DDR gestellt.

Im November 1979 wurde im Ministerium für Volksbildung von der Abteilung Vorschulerziehung eine zwölfseitige ‚Aufgabenstellung für die Betreuung, Erziehung und Bildung der Kinder‘ erarbeitet, die im ersten Jahr die pädagogische Arbeitsgrundlage im Kinderheim Bellin bildete. Zwar ist bereits in die Anfangspassage als zentrales Ziel formuliert worden, die Kinder auf die ‚Bewältigung der Anforderungen, die sie bei der Rückkehr in ihre Heimat erwarten‘ vorzubereiten. Insgesamt erscheint dieses aber als rein rhetorische Proklamation, die auf den folgenden zehn Seiten nicht weiter untersetzt wurde. Dagegen wurden noch in der Einleitung Details der pädagogischen Arbeit angeführt, die Gegenstand sämtlicher Pläne im Vorschulbereich waren. Sie wiederholten lediglich Altbekanntes und verwiesen auf die Nähe zu den üblichen, zentral vorgegebenen Vorschulplänen der DDR. In den weiteren Ausführungen der Aufgabenstellung wurden detailreich einzelne Spielformen, Spielmaterialien, Fragen der Körperpflege, der Selbständigkeit, des Tages- und des Jahresablaufes dargelegt, die keinen Bezug zur Ausgangssituation der Kinder aufwiesen, erst recht nicht zu dem vage formulierten Ziel, sie im Sinne der SWAPO zu erziehen. Immanentes Ziel war es dagegen, den Übergang zur Arbeit mit dem ‚Bildungs- und Erziehungsplan für die Kindergärten der DDR‘ einzuleiten, der dann auch nach einem Jahr Grundlage der pädagogischen Arbeit im Kinderheim Bellin geworden ist.

Aus dem zweiten Beispiel wird deutlich, dass die vorhandenen Gestaltungsräume nicht dafür genutzt wurden, einen Fragehorizont nach den Besonderheiten zu entwickeln und zu bearbeiten, sondern der Anpassung an übliche organisatorische und inhaltliche Standards dienten. Am 18. Dezember 1979 reisten die namibischen Kinder in die DDR ein. Die pädagogischen Mitarbeiter waren seit Anfang Dezember angestellt. Die ersten beiden Dezemberwochen waren für Vorbereitung der Pädagogen auf ihre Tätigkeit vorge-

sehen. Für diese Zeit liegt ein ausführlicher Arbeitsplan vor. Bereits die Zeitansätze, die für die einzelnen Tätigkeiten vorgesehen waren, lassen Rückschlüsse auf die Prioritäten der pädagogischen Arbeit zu: Neben vielen Leitungssitzungen, Dienstbesprechungen und Koordinierungssitzungen sah der Plan vor allem Zeitkontingente zum Einräumen der Gruppen- und Wohnbereiche vor. Danbeben erhielten Pädagogen in diesen zwei Wochen täglich zwei Stunden Englischunterricht. Noch am ersten Tag ihrer Anreise konstituierte sich die Parteiorganisation des Kinderheimes, an den folgenden Tagen die FDJ-Grundorganisation und eine Gewerkschaftsgruppe. Neben diesen Aktivitäten ist interessant, dass die inhaltliche Vorbereitung mit der Arbeit an Detailfragen begann: Am Anfang stand die Beratung der Hausordnung, dann ein Seminar zur ‚Gestaltung der politisch-pädagogischen Arbeit im Vorschulheim – Probleme und Aspekte der ganztägigen Betreuung‘ und schließlich eine Veranstaltung zu ‚Fragen der Gesundheitserziehung und hygienischen Betreuung der namibischen Vorschulkinder‘. Erst in den letzten beiden Tagen waren jeweils zwei Veranstaltungen für ‚Studium und Diskussion des Planes für Betreuung und Erziehung der Kinder‘ und für ‚Studium und Diskussion des Planes für die Qualifizierung der Frauen‘ vorgesehen. Bei diesen Themenblöcken ist wiederum auffallend, dass die Arbeit mit dem Qualifizierungsplan der Frauen mit acht Stunden fast das doppelte Zeitvolumen in Anspruch nahm wie die Beschäftigung mit dem Plan für die Betreuung und Erziehung der Kinder, für die fünf Stunden veranschlagt waren. Der gesamte Arbeitsplan ist davon geprägt, dass organisatorische Fragen ausführlich und detailliert behandelt und in sogenannten Kontroll-Sitzungen überprüft wurden, während die pädagogisch relevanten Inhalte randständig aufgenommen worden waren. Die organisatorische Dominanz in den Planungsschemata spiegelt dabei das Verfahren wider, eher dem Aufrechterhalten formaler Standards Aufmerksamkeit zu widmen, als Zeit für die Überprüfung ihrer Anwendbarkeit einzukalkulieren.

Diese mit zwei Ausschnitten illustrierte ‚prinzipielle Innovationsvermeidung‘ durchzog alle institutionellen Ebenen des Kinderheimes Bellin und betraf sowohl die politisch motivierte Gestaltung der Rahmenbedingungen, die administrative Verankerung des Projektes wie auch die pädagogisch-konzeptionelle Arbeit selbst. Immer wieder wird aus den Akten deutlich, dass vorhandene Spielräume nicht wahrgenommen wurden, die Besonderheit des Kinderheimes Bellin zu registrieren und zu reflektieren. Damit wurde letztlich die Chance verpasst, auf die Situation abgestimmte Konzeptionen zu entwickeln. Daraus ergeben sich Anknüpfungspunkte zur bildungshistorischen Forschung und deren Ansätzen, die Politisierung des Bildungswesens zu analysieren. Scharnier ist dabei die Fragen nach Strukturen und Verfahrensweise der Systemstabilisierung innerhalb der Volksbildung der DDR.

SUSANNE TIMM, 1965 geboren, wuchs in Schwerin und München auf und studierte in Hildesheim Kulturpädagogik. Zunächst im Müritz-Nationalpark beschäftigt, arbeitete sie danach als Referentin für politische Jugendbildung im Amt für kirchliche Dienste in Kassel. Die Mutter zweier Kinder ist Autorin einer Studie zur Denkmalpflege in der DDR und lebt seit 2004 mit ihrer Familie in Kanada.

## Die Stipendiatinnen und Stipendiaten des Jahres 2001

### „Menschenhandel“ oder Widerstand? Fluchthilfe für DDR-Bewohner nach dem Mauerbau



VON  
MARION DETJEN

Noch heute wecken die Bilder, die die Tunnelflüchten in Berlin nach dem 13. August 1961 dokumentieren, und die Geschichten der individuellen Schicksale, die sich daran knüpfen, große Emotionen. In der Figur des Fluchthelfers, der die Übermacht einer menschenverachtenden Diktatur buchstäblich untergräbt, willkürlich auseinander gerissene Familien und Paare wieder zusammenführt und die politisch Verfolgten des Regimes in die Freiheit rettet, werden die Mythen von Widerstands- und Freiheitsheldentum lebendig, die immer schon der Stoff für herzerreißende Dramen waren. Als Helden im Westen gefeiert wurden die Fluchthelfer jedoch nur kurze Zeit. Spätestens ab Ende 1964 wurden sie für die verantwortlichen Politiker in Berlin lästig, da ihre „wilden“ Aktionen die sensiblen Versuche störten, das Los der geteilten Stadt auf geregelterm Weg, in Gesprächen mit der DDR, zu erleichtern. In den Medien etablierte sich außerdem eine neue Figur des Fluchthelfers, die nun durch den Verdacht des Abenteuerertums, des politischen Radikalismus, der Geschäftemacherei, der Gewaltbereitschaft und krimineller Machenschaften kompromittiert war.

Ein erstes Ziel der im Juni 2004 abgegebenen Arbeit ist es, die Geschichte der Fluchthilfe, ihrer Akteure und Arbeitsweisen, ihrer Motive, ihrer Zwänge und Konflikte und der unterschiedlichen Auswege, die sie daraus fand, als einen Entwicklungszusammenhang zu rekonstruieren und zu erzählen. Aufgrund der konspirativen Natur der Fluchthilfe gibt es fast keine „Handlungsüberreste“, die als Primärquellen für diese Erzählung zu nutzen wären. Die sekundären Quellen – Zeitungs- und Zeitschriftenartikel, die uferlose Aktenüberlieferung des MfS, vereinzelte Gerichts- und Polizeiakten in West-Berlin sowie das durch die Transitkommission ab 1972 angestoßene Aktenaufkommen in den dort vertretenen Bundesministerien – geben zwar reichhaltigen Aufschluss über den Umgang dieser Institutionen mit den Problemen der Fluchthilfe. Für die Rekonstruktion der Geschichte(n) der Fluchthilfe selbst jedoch sind sie nur mit großen Einschränkungen brauchbar. Die Rekonstruktion stützt sich daher vor allem auf überlieferte Flüchtlingsberichte sowie auf Interviews und Gespräche mit gut zwei Dutzend ehemaligen Fluchthelfern und anderen Zeitzeugen. Der Schwerpunkt der Darstellung liegt auf den Jahren 1961 bis 1964, doch wird auch die Vorgeschichte der Fluchthilfe in den 50er Jahren und ihre weitere Entwicklung bis zum Zusammenbruch der DDR behandelt.

In den ersten Wochen und Monaten nach dem 13. August wiesen die Absperranlagen noch zahlreiche undichte Stellen auf, die von über 50 000 Flüchtlingen bis zum Jahresende 1961 genutzt wurden. Dabei wurde ihnen sehr häufig sowohl von der Ostseite wie von der Westseite Hilfe geleistet. Fluchthilfe fand zu diesem frühen Zeitpunkt vor allem auf privater Basis statt, sie war spontaner Ausfluss zwischenmenschlicher Beziehungen mitten in der Gesellschaft. Potentiell war jeder sich in Berlin aufhaltende Mensch davon betroffen; aufgrund ihrer privilegierten Möglichkeiten insbesondere Westdeutsche, Ausländer und Angehörige der DDR-Grenzbewachung. Die kontinuierliche Perfektionierung des Grenzsystems durch die DDR machte es jedoch zunehmend notwendig, dass die Fluchthilfe sich vom Westen aus organisierte und professionalisierte. Besonders prädestiniert dafür war die Studentenschaft in West-Berlin, die sich zu einem erheblichen Anteil selbst aus Flüchtlingen zusammensetzte. Sie brachte eine Reihe von Fluchthelfer-Gruppierungen hervor, am prominentesten die sogenannte Girmann-Gruppe, die im Studentenwerk der Freien Universität ihren Ausgangspunkt hatte und bis Ende 1963 an die 500 Menschen zur Flucht verhalf. Anfänglich ging es ihr darum, den plötzlich von ihrem Studium abgeschnittenen Ost-Berliner Kommilitonen die Flucht zu ermöglichen. Bald aber versuchte sie, alle Fluchtwünsche, die an sie herangetragen wurden, zu erfüllen, wobei die von Inhaftierung bedrohten politisch Verfolgten des DDR-Regimes oberste Priorität hatten. Die studentische Fluchthilfe agierte zunächst in einem scheinbar konfliktfreien Raum: Sie besaß die moralische Zustimmung der Behörden und der Öffentlichkeit, noch ohne die Probe auf deren Haltbarkeit und Belastbarkeit machen zu müssen. Noch hielten sich die Kosten und Verluste der Fluchthilfe in erträglichen Grenzen, und die Opfer an Zeit und Arbeitskraft, die erbracht werden mussten, ließen sich vorübergehend mit dem studentischen Leben vereinbaren.

Im Frühjahr 1962 wurden die der studentischen Fluchthilfe inhärenten Konflikte zum ersten Mal deutlich sichtbar: Zum einen kam es nun zu vermehrten Verhaftungen von Flüchtlingen wie Fluchthelfern, zum anderen wurden die Fluchtwege immer teurer, während gleichzeitig die Behörden eine umfassende finanzielle Unterstützung versagten. In dieser Zeit entstanden neue Fluchthelfergruppen aus dem sehr heterogenen Sammelsurium von Einzelpersonen heraus, die für ihre Angehörigen einen Fluchtweg suchten und oft selbst erst vor kurzem geflohen waren. Die Gruppen um Harry Seidel und Fritz Wagner, um Hasso Herschel und um Wolfgang Fuchs arbeiteten in wechselnden Konstellationen an der Realisierung von Tunnelprojekten, die zwar sehr aufwendig waren, aber ihren Angehörigen die höchstmögliche Sicherheit zu versprechen schienen. Da die Mehrzahl von ihnen jung war und zum Teil selbst ein Studium betrieb, kam es zu zahlreichen Überschneidungen mit der originär studentischen Fluchthilfe. Um die Finanzierungsfrage zu lösen, wurden von den Gruppen verschiedene Strategien entwickelt, insbesondere die mediale Verwertung der spektakulären Bilder und Geschichten, die aber ihrerseits dem konspirativen Grundgedanken abträglich war und den Ruf der Fluchthilfe insgesamt schädigte. Ebenfalls im Frühjahr 1962 entstanden außerdem eine Reihe von ausschließlich kommerziell arbeitenden Fluchthelfergruppen, aus der Geschäftstätigkeit von Händlern, Gastwirten, La-

deninhabern und anderen Kleinunternehmern heraus, die abseits der Tunnelbauerszenarie agierten und nur in Einzelfällen mit den Studenten kooperierten. Indem sie den Flüchtlingen Honorare abverlangten, lösten sie viele der Probleme, an denen die nicht-kommerziellen Gruppen litten. Dafür waren sie auf andere Weise instabil: Die mit der Fluchthilfe oft zwangsläufig verbundenen Gesetzesübertretungen – Urkundenmißbrauch, unerlaubter Waffenbesitz etc. –, die bei den Nicht-Kommerziellen als übergesetzlicher Notstand gerechtfertigt wurden, bargen bei den Kommerziellen immer die Gefahr des Abrutschens in die Kriminalität.

Im Sommer 1963 erlebte die Krise der ursprünglich nicht-kommerziellen Fluchthelfer ihren Höhe- und Wendepunkt: Nach tragischen Fehlschlägen, Todesfällen und Verhaftungen bei den Tunnelbauten erwiesen sich die bis dahin vorherrschenden weit verästelten Netzwerkstrukturen der Gruppierungen als nicht mehr funktionsfähig. Es fand ein Konzentrationsprozess statt, der 1964 Hasso Herschel, Wolfgang Fuchs und in deutlich kleinerem Maßstab Burkhard Veigel als einzige professionelle Fluchthilfe-Organisatoren nicht kommerziellen Ursprungs übrig ließ. Die Girmann-Gruppe kapitulierte vor dem Widerstreit ihrer Prinzipien, wurde vorübergehend selbst kommerziell, um ihre Schulden begleichen zu können, und suchte dann den Ausstieg. Auch Herschel wurde kommerziell, ebenso Wagner, der als einziger die Grenze zur Kriminalität überschritt. Fuchs hingegen löste das Dilemma zunächst, indem er seine politische Unabhängigkeit aufgab und sich mit der CDU-nahen Gruppe um Fritz Klöckling und Egon Hartung verband. Das Passierscheinabkommen um die Jahreswende 1963/64 war ein wichtiger Markstein in dieser Entwicklung: Da der von der Senatsregierung zurückgewonnene Handlungsspielraum bei den Bemühungen, die Mauer durchlässiger zu machen, die kompensatorische Funktion, die die Fluchthilfe bis dahin für die ganze Gesellschaft gehabt hatte, obsolet werden ließ, sahen sich diejenigen, die mit der Fluchthilfe fortfuhren, nun an der Seite der CDU-Opposition politisch positioniert oder aber isoliert und dem Verdacht des verantwortungslosen Abenteuerstums und Geschäftemachens anheim gegeben.

1964/65 betrug die Fluchthelfer-Honorare zwischen 3000 und 7000 DM pro Person. Um 1967 fand ein deutlicher Preissprung statt: Nun wurden Honorare zwischen 10 000 und 15 000 DM üblich. Das erklärt sich aus den hohen Kosten der zu diesem Zeitpunkt etablierten und wegen ihrer Sicherheit bevorzugten „Diplomatentouren“, die als eine Folge der weltweiten Dekolonisierung möglich wurden. Obwohl die Kosten später wieder sanken, blieb die Höhe der Honorare gleich und stieg sogar noch an; erst Ende der 60er Jahre konnte man von der Fluchthilfe als einem wirklich einträglichen Geschäft sprechen. Um 1969/70 stiegen daher neue Geschäftsleute einer jüngeren Generation in die Fluchthilfe ein, insbesondere Kay Mierendorff und der Schweizer Hans Lenzlinger. Anfang der 70er Jahre wandelte sich die Fluchthelferlandschaft noch einmal grundlegend: Die letzten Fluchthelfer der ersten, nicht-kommerziell initiierten Generation suchten nun, mit mehr oder weniger Erfolg, den Rückzug in die geordneten Bahnen der bürgerlichen Welt. Dafür erhielten die Kommerziellen nun sowohl Auftrieb als auch zahlreiche Konkurrenz durch den erheblich erleichterten Fluchtweg, den das deutsch-deutsche Tran-

sitabkommen auf den Strecken von und nach Berlin zu ermöglichen schien. Gleichzeitig entstand ein neuer Fluchthelfer-Typus, der oft bereits langjährige DDR-Haft erlebt hatte und für den eine starke politische Gegnerschaft gegen die DDR und gegen die Annäherungsbemühungen der Bundesrepublik handlungsleitend war. Neu war außerdem, dass diese ursprünglich politisch motivierten Fluchthelfer nun enge Kooperationen mit den ursprünglich kommerziell motivierten Fluchthelfern eingingen, während umgekehrt die gesamte Fluchthelferszenerie in einem totalen gesellschaftlichen und politischen Abseits agierte. Aufgrund von divergierenden, zum Teil gegensätzlichen Interessenlagen war auch das Verhältnis der Flüchtlinge zu ihren Fluchthelfern wie zu den westdeutschen Behörden und Politikern nun vor allem von Misstrauen und Angst geprägt. An dieser fatalen Grundkonstellation, die 1973 sichtbar wurde, änderte sich bis Mitte der 80er Jahre nichts mehr. Sie trug erheblich dazu bei, dass der Kampf der DDR gegen die Fluchthilfe, der mit allen erdenklichen Mitteln geführt wurde, auch mit erzwungener und erschlichener Hilfe aus der Bundesrepublik, letztlich erfolgreich war.

Der Arbeit ist es ein wichtiges Anliegen, den Dämonisierungen und Heroisierungen der Fluchthelfer gleichermaßen entgegenzuwirken, ohne dabei die Dramatik der Schicksale in den Geschichten der Fluchthilfe zu verlieren oder zu nivellieren. Die Fluchthelfer erscheinen immer auch als Individuen, deren Motive und Konflikte zugleich einzigartig und doch repräsentativ sind, die in historischen Zusammenhängen stehen und doch nicht auf diese reduziert werden können. Die Individualität und Willensfreiheit nicht nur der Fluchthelfer, sondern auch der Flüchtlinge wurde von der DDR geleugnet. Ein großer Teil der Arbeit beschäftigt sich mit den immer weiter verfeinerten Verfolgungsstrategien der DDR im Kampf gegen die Fluchthilfe, in denen propagandistische Zielsetzungen alle anderen Mittel der Unterdrückung und Verfolgung durchdrangen und überwölbten. Die Bezeichnung des „Menschenhandels“ degradierte die Flüchtlinge zu einer Ware, zu einem willenlosen Objekt einer wirtschaftlichen Transaktion des „Klassenfeindes“ in Gestalt der Bundesrepublik. Dabei konstruierte die DDR einerseits ein unmittelbares Auftrags- und Abhängigkeitsverhältnis zwischen den staatlichen Organen der Bundesrepublik und den Fluchthelfern – dies entgegen allen Tatsachen, aber durchaus in der Logik der marxistisch-leninistischen Ideologie; andererseits wusste sie sich im Kampf gegen die Fluchthilfe letztlich nur erfolgreich, wenn sie eben diese staatlichen Organe selbst zu einem Vorgehen gegen die Fluchthilfe bewegen konnte.

In einem weiteren Perspektivwechsel werden die vielfältigen, von widersprüchlichen Interessen und Traditionen geprägten Reaktionen auf die Fluchthilfe in der Bundesrepublik und in West-Berlin untersucht. Der Schock des Mauerbaus und die anfängliche Hilflosigkeit der westlichen Politik schufen kurzfristig eine weitestgehende Übereinstimmung aller Bevölkerungskreise mit den Zielen der Fluchthilfe. Erst ihre Kommerzialisierung, insbesondere aber die Handlungsspielräume, die sich die Politik durch die Gespräche mit der DDR eroberte, brachten die Fluchthelfer in einen wachsenden Gegensatz zu staatlichen Institutionen, aber auch zur öffentlichen Meinung. Vor allem die Delegation der Bundesregierung in der Transitkommis-

sion und der Berliner Senat entwickelten im Lauf der 70er Jahre einen deutlichen politischen Willen, gegen kommerzielle Fluchthilfe und gegen den „Mißbrauch“ der Transitstrecken für Fluchthilfzwecke vorzugehen. Dem Rechtsstaat waren bei einer Überwachung der Fluchthilfe allerdings engste Grenzen gesetzt, ein Verbot durch die Verfassung ausgeschlossen. Nur die konsequente Verfolgung von mit der Fluchthilfe verbundenen Delikten wie Urkundenfälschung, unerlaubtem Waffenbesitz etc., für die unter Umständen auch Rechtfertigungs- und Entschuldigungsgründe vorgebracht werden konnten, war hier ein gangbarer Weg. So waren es weniger einzelne Maßnahmen, die eine Mitwirkung der Bundesrepublik am Kampf der DDR gegen die Fluchthilfe bedeuteten, als unzählige, auf direkte oder indirekte Einflüsse der DDR zurückgehende Beteiligungen an der Zerstörung ihres Rufes und ihrer moralischen Integrität.

Die Fluchthelfer bewegten sich als Grenzgänger in dem unendlich komplizierten deutsch-deutschen Interaktionsgefüge, unter den Bedingungen, die die welthistorische Konstellation ihnen auferlegte. Dabei geht die Arbeit von dem Grundgedanken aus, daß es nach 1945 in Deutschland zwei widerstreitende Realitäten gegeben hat: die Realität der Einheit, die Teil des verfassungsrechtlichen Fundaments der Bundesrepublik Deutschland war und sich unter anderem in der Flucht- und Ausreisebewegung manifestierte; und die Realität der Teilung, die als eine Folge der totalen militärischen und moralischen Niederlage Deutschlands und der Konfrontation der Deutschland besetzenden Mächte im Zeichen der atomaren Bedrohung akzeptiert werden musste. Die Fluchthilfe von West-Berlinern und Westdeutschen für DDR-Bewohner war ein Kind beider Realitäten. Es hätte sie weder ohne das Grenzregime der DDR noch ohne das Staatsbürgerschaftsrecht der Bundesrepublik und das im Artikel 11 Grundgesetz verbrieftete Recht der DDR-Bewohner auf eine Einreise ins Bundesgebiet gegeben.

MARION DETJEN, 1969 in München geboren, bestand 1988 das „International Baccalaureat“ in England und studierte von 1989 bis 1995 Geschichte und Germanistik in Berlin und München. Sie arbeitete als Lehrerin und Ausstellungsmacherin und veröffentlichte ein Buch über den Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Marion Detjen ist Mutter zweier Töchter. Abgabe der Dissertation im Jahr 2004.

### **„Menschenrechte sind kein Luxus.“ Die Evangelische Kirche in der DDR und die Ausreisebewegung der 70er und 80er Jahre**



VON  
CARSTEN DIPPEL

Gehen oder Bleiben? Unzählige Menschen in der DDR rangen mit dieser existentiellen Frage, Millionen entzogen sich mit dem Verlassen ihrer Heimat

dem Allmachtsanspruch der SED. Nicht nur für die Machthaber, sondern auch für die Gesellschaft der DDR wirkte diese „Abstimmung mit den Füßen“ wie ein permanenter Stein des Anstoßes.

Dem SED-Regime gelang es trotz einer hermetischen Abschottung und größter Anstrengungen zur Aufrechterhaltung des „Grenzregimes“ nicht, die Menschen dauerhaft am Verlassen der DDR zu hindern. So verließen zwischen 1961 und 1989 – den rigiden Sperrmaßnahmen nach dem Mauerbau zum Trotz – mehr als eine halbe Million DDR-Bürger das Land gen Westen. Neben den durch „Familienzusammenführung“ halbwegs legal Ausreisenden, den nach „Westreisen“ nicht mehr wiederkehrenden „Republikflüchtigen“ gehörte dazu mit dem in Helsinki einsetzenden KSZE-Prozess eine zunehmende Zahl von Bürgern, die mit einem „Ausreiseantrag“ das auch von der DDR bekräftigte Menschenrecht der freien Wohnsitzwahl einforderten. Seit Mitte der siebziger Jahre hat sich auf diese Weise eine republikweite Massenbewegung entwickelt, die nachhaltig zur inneren Erosion des SED-Staates beitrug.

Ein derart schwerwiegendes gesellschaftliches Problem konnte an der Evangelischen Kirche, die sich als einzige Institution dem totalen Anspruch des Staates weitgehend entziehen und eine relative Autonomie wahren konnte, nicht spurlos vorbeigehen. Im Gegenteil: Die Unfähigkeit der Machthaber, Probleme überhaupt nur anzusprechen, drängte eine vergleichsweise offene, demokratisch strukturierte Kirche das Problem *Ausreise* zu thematisieren und über Beratung und Hilfe für die durch Antragstellungen gesellschaftlich diskreditierten Menschen nachzudenken. Offenbar nahm sie dabei die humanitäre Dimension der Ausreiseproblematik wahr und trat ihrem protestantischen Selbstverständnis gemäß für die Betroffenen ein. Doch dass der Wunsch die DDR zu verlassen nichts Ungeheuerliches, sondern schlicht ein fundamentales Menschenrecht war, welches nicht zuletzt in der KSZE-Schlussakte explizit benannt wurde, war in weiten Teilen der Kirche keine selbstverständliche Ansicht. Obwohl sie im Grunde die einzige Institution war, die weiterhin – auch in Auseinandersetzung mit der SED-Macht – bürgerliche Traditionen und Menschenrechte verteidigte, sorgte die Ausreisefrage für erheblichen Zündstoff. Mit dem Problem von Flucht und Übersiedlung hatte sich die Evangelische Kirche schon lange vor dem Mauerbau intern auseinandersetzen müssen. Zu den Millionen, die die DDR verließen, gehörten nicht wenige kirchliche Mitarbeiter, insbesondere Pfarrer und Pastorinnen. Für die Evangelische Kirche ergab sich dadurch eine kaum lösbare Spannung: Aus *institutioneller* Verantwortung heraus konnte sie dem Weggang eigener Mitarbeiter nicht tatenlos zusehen. Aus *moralischer* Verantwortung musste sie sich hingegen dem von der SED tabuisierten Thema stellen und den vom Staat Diskriminierten Raum für Schutz und Hilfe bieten.

Ausgangspunkt der Untersuchung ist die These, dass die Ausreise als ein permanentes Problem der Honecker-Ära wesentlichen Anteil an der schleichenden Erosion der DDR hatte. Den Kontext des Ausreiseproblems bildet dabei der KSZE-Prozess, ohne den die Dynamik dieser vor allem in den 80er Jahren immer mehr die Existenz des SED-Staates bedrohenden Massenbewegung nicht erklärbar wäre. Die SED hatte nicht zufällig den für sie prekären Zusammenhang

zwischen „Helsinki“ und der Ausreisebewegung frühzeitig erkannt und mit der Zentralen Koordinierungsgruppe (ZKG) 1976 eine eigens zu ihrer Bekämpfung zuständige Abteilung innerhalb des MfS geschaffen. Vor diesem Hintergrund wird das Verhalten der Evangelischen Kirche gegenüber dieser systemerschütternden Bewegung untersucht. Im Kern geht es dabei um die Frage, in welchem Maße die Kirche, die sich selbst auf einer permanenten Gratwanderung zwischen Loyalität und Distanz zum SED-Staat befand, die Ausreisebewegung als ein *politisches* Problem erkannte. Spätestens seit der Gründung des Bundes der Evangelischen Kirche in der DDR (BEK) 1969 verstand sich die Kirche als eine Institution *in* der DDR, wie es in der viel diskutierten Formel einer „Kirche im Sozialismus“ ihren Niederschlag fand. Das Eintreten für Veränderungen und Reformen bis hin zur Unterstützung oppositioneller Arbeit bezog die Kirche, wie auch die meisten oppositionellen Gruppen, auf ein *systemimmanentes* Engagement. Die Bewegung der Antragsteller stand dieser Intention jedoch diametral entgegen, wenn auch einige von ihnen gerade aufgrund ihres oppositionellen Engagements zur Ausreise gezwungen wurden. Ausgehend von diesem grundsätzlichen Spannungsverhältnis erscheint die Ausreiseproblematik als ein Indikator für die Rolle und das Selbstverständnis der Evangelischen Kirche im SED-Staat. Davon leitet sich die zentrale Frage ab, ob und inwieweit die Kirche über ihr *humanitäres* Engagement hinaus die Dynamik der Ausreisebewegung als ein Potential zur kritischen Distanz und Überwindung des SED-Staates aufgriff und nutzte. Die Problematik war für die Kirche kein Randthema, sondern hat in einem sehr viel stärkeren Maße den internen Diskurs zu ihrer eigenen Rolle in der DDR bestimmt, als das bisher angenommen wurde. Nicht zuletzt deshalb, weil sie durch den Weggang eigener Mitarbeiter in den Westen als Institution selbst betroffen war, kam die Kirche nicht umhin, zur Ausreisefrage grundsätzlich Stellung zu beziehen. Dieser spezielle „Ausreise“-Diskurs beeinflusste auch erheblich ihre Haltung zur durch „Helsinki“ angestoßenen Menschenrechtsdebatte. Bezüglich der Quellengrundlage sind vor allem die relevanten Akten der BStU hervorzuheben. Aus ihnen lässt sich ersehen, dass das MfS bei seiner Bekämpfung der Ausreisebewegung viel stärker die systemsprennende Kraft einer Verknüpfung von kirchennaher Opposition, engagierter Kirchenbasis und Ausreisebewegung erkannte, als sich das aus den bisherigen Forschungen zur Kirchen-, Oppositions-, und Widerstandsgeschichte der DDR ablesen ließ. Die Akten insbesondere des Evangelischen Zentralarchivs in Berlin sowie ausgewählter landeskirchlicher Archive lassen das Bild einer humanitär handelnden Kirche erkennen, die jedoch mit der politischen Brisanz der Ausreiseproblematik nur schwer umzugehen wusste. Auf der Grundlage dieser Quellenbasis sind erstmals detailliertere Aussagen zum Umgang der Kirche mit dem Ausreisephänomen möglich.

Es ist nach wie vor strittig, inwieweit man die Ausreisebewegung als eine Form des Widerstandes gegen das SED-Regime betrachten kann. Vieles spricht dafür, sie als eine Art „Fundamentalopposition“ zu betrachten, was noch keinen Widerstand im Sinne einer aktiven Handlung impliziert. Denn die Antragsteller stellten sich mit einer – vielfach erzwungenen – Konsequenz gegen die DDR, die andere Widerstands-

gruppen kaum zu tragen bereit waren. Mit ihrem Begehren wiesen gerade die Antragsteller, die das System weder reformieren, noch überwinden, sondern schlicht „nur“ verlassen wollten, den totalen Verfügungsanspruch der herrschenden Partei zurück.

Sowohl die kirchennahen oppositionellen Gruppen als auch die Institution Evangelische Kirche haben sich mit dieser systemerschütternden Bewegung äußerst schwer getan. Vor allem für diejenigen Oppositionellen, die sich unter hohem persönlichen Risiko über Jahre hinweg für politische Veränderungen in der DDR einsetzten, war es eine schmerzliche Erfahrung, daß der Druck der Ausreisebewegung weit mehr zur Erosion des SED-Staates beitrug, als die mühevoll, oft mit leidenschaftlichem Engagement betriebene eigene Widerstandsarbeit.

Die Evangelische Kirche befand sich letztlich in einem kaum lösbaren Dilemma: Ihre moralische Integrität verpflichtete sie zwar einerseits zu solidarischem Handeln, andererseits konnte sie ihrem Selbstverständnis nach als „Kirche im Sozialismus“ die Intention der Antragsteller, die die DDR faktisch aufgegeben hatten, kaum gutheißen. Dies wird gerade im Umgang mit den eigenen ausreisewilligen Mitarbeitern deutlich: Aus institutionellen und theologischen Erwägungen wies sie deren Ansinnen scharf zurück. Ihnen gegenüber wurden rigide kirchenrechtliche Instrumentarien angewandt, die Übersiedlungen verhindern, oder zumindest erschweren sollten. Selten nur wurde dabei der individuellen Situation der Betroffenen Rechnung getragen. Zudem geriet die Kirche durch vielfältige Strategien der SED selbst immer wieder in das gefährliche Fahrwasser eines kaum durchschaubaren und auf wechselseitigen Abhängigkeiten beruhenden Verhältnisses zum Staat.

In der oft undeutlichen Haltung zur Ausreisebewegung spiegelte sich ihr von Widersprüchen gekennzeichneter Weg als einzige, sich zumindest teilweise dem totalen Anspruch des Systems entziehende Institution wider. Der kirchliche Umgang mit dem Flucht- und Ausreiseproblem resultierte dabei immer auch aus einer doppelten Erfahrung: der permanenten Gesellschaftskrise in den 50er Jahren und der aus Resignation folgenden Einlassung auf das SED-System nach dem Mauerbau. An konkreten Beispielen ist immer wieder zu ersehen, dass sich einzelne kirchliche Persönlichkeiten der direkten Hilfe für Antragsteller kaum verwehrt haben, auch wenn sie von ihrer grundsätzlichen Haltung her gegen deren Ansinnen argumentierten. Humanitäres Engagement rührte dabei nicht zuletzt aus einem protestantischen Selbstverständnis des an moralische Integrität gebundenen Helfenden.

Wie bei fast allen unerwünschten gesellschaftspolitischen Themen bot die Evangelische Kirche den einzigen Rahmen, in dem das Tabu „Ausreise“ angesprochen werden konnte. Der Staat hat dies widerwillig hinnehmen müssen, denn selbst sein restriktives Einschreiten, immer wieder praktiziert in Form subtiler „Zersetzungsmethoden“, konnte letztlich nur „Teilerfolge“ erzielen. Vor allem in den späten 80er Jahren stellten Gesprächsforen auf Kirchentagen, Teilnahmen an Gottesdiensten bis hin zu „Kirchenbesetzungen“ vielfältige Aktionsformen für Antragsteller dar, sich unter dem Schutz des öffentlichen Raumes, den in dieser Form allein die Evangelische Kirche bieten konnte, zu artikulieren. Im finalen Krisenjahr des SED-Staates war die Ausreisebewe-

gung schließlich kaum noch von der sich aus dem Raum der Kirche heraus formierenden Oppositionsbewegung zu trennen.

CARSTEN DIPPEL, 1974 in Eisenach geboren, von Oktober 2001 bis März 2004 Stiftungsstipendiat, begann in Jena ein Studium der Geschichte und Politikwissenschaften, das er nach einem Auslandsaufenthalt in der Schweiz und in Frankreich an der Universität Potsdam abschloss. In seiner Magisterarbeit beschäftigte er sich mit Fragen der Architektur- und Baupolitik in der DDR.

## **Zeugnisse vom Leid. Die Speziallagerhaft in der SBZ/DDR 1945–1950 im Spiegel der Berichte ehemaliger Häftlinge und ihre öffentliche Resonanz**



VON  
BETTINA GREINER

Im März 1990 übertrug das Fernsehen beider deutscher Staaten Bilder von Soldaten der NVA, die nahe dem ehemaligen KZ Sachsenhausen Gebeine und Schädel freilegten. Sie stammten von Verstorbenen des Speziallagers Sachsenhausen, das von August 1945 bis März 1950 als das größte der zehn sowjetischen Lager auf dem Gebiet der späteren DDR genutzt worden war. Mit diesen Bildern kehrten die traurigen Überreste eines vergessenen Kapitels Nachkriegsgeschichte in das Bewusstsein einer schockierten Öffentlichkeit zurück: Laut offiziellen sowjetischen Angaben hat jeder Dritte der insgesamt 122 671 inhaftierten Deutschen die Speziallagerhaft aufgrund von Hunger und Folgekrankheiten nicht überlebt. Nach knapp vierzig Jahren der Tabuisierung dieses Themas in der DDR, das spätestens seit der neuen Ostpolitik 1970 auch in der alten Bundesrepublik einer ›Erinnerungsblockade‹ unterlag, schien mit dem Fall der Mauer endlich der Zeitpunkt gekommen, den Verstorbenen dieses Lagersystems in Würde zu gedenken und die Leidenserfahrungen dauerhaft im öffentlichen Bewusstsein zu verankern. Für die Erfahrungsgeneration in Ost und West, die als Jugendliche in den Lagern festgehalten worden war, bot sich die Chance, ihre persönlichen Gewalterfahrungen in die nun einsetzende „Neu-Schreibung“ der deutsch-deutschen Nachkriegsgeschichte einzubringen: Keine vier Jahre später hatten sie mit 21 Berichten mehr autobiographische Texte über die Haft veröffentlicht als in der alten Bundesrepublik bis dato erschienen waren. Bis 2003 sind weitere 20 Haftmonographien hinzugekommen.

Diese Zeugnisse bilden den Grundstock der vorliegenden Studie, die, aufbauend auf einer realhistorischen Erfassung des Lagersystems und der sozialpolitischen Integration der Überlebenden in Ost und West, zwei Ziele verfolgt. Am Beispiel des Speziallagers Sachsenhausen wird eine Darstellung der Haftrealität aus Sicht der Betroffenen angestrebt, die bis

heute aussteht. Und es soll die öffentliche Wahrnehmungsgeschichte der Speziallagerhaft in der alten und neuen Bundesrepublik nachgezeichnet werden. Dies geschieht vor dem Hintergrund, dass sich die heute noch lebenden, einstigen Insassen der Speziallager – was das öffentliche Gedenken betrifft – vielfach als „Opfer zweiter Klasse“ empfinden.

Für beide Zwecke werden neben der Memoirenliteratur Haftumfragen hinzugezogen, die in den frühen 1950er Jahren von der „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ (KgU) unter der Zielsetzung erhoben und publiziert wurden, die (Welt-)Öffentlichkeit über die Zustände unter kommunistischer Herrschaft zu informieren. Auch wurde das nach der friedlichen Revolution eingerichtete „Speziallager-Erinnerungsarchiv“ der Gedenkstätte in Sachsenhausen eingesehen, das auf schriftlichen wie mündlichen Berichten ehemaliger Lagerinsassen beruht. Schließlich wurden im Rahmen der Arbeit zwölf narrative Interviews mit damals jugendlichen Opfern geführt. Diese enthalten Erfahrungswerte, die von den zuvor genannten Quellen nicht oder nur marginal thematisiert werden: Die lebensgeschichtlichen Erfahrungen nach der Haft, auf deren Grundlage die heutige Selbstwahrnehmung als „Opfer zweiter Klasse“ beruht.

Anhand dieser Materialien soll erstens die Lagerrealität aus Sicht der in Sachsenhausen Inhaftierten dargestellt werden. Dabei geht es unter anderem auch um die vielfach gewalttätig ausgetragenen Konflikte unter den Häftlingen. Dieser Aspekt der Haft, der bei seiner Rekonstruktion große Sensibilität erfordert, wird mit dieser Studie erstmals für die Speziallager erarbeitet. Diesbezüglich ist es ein Anliegen, die Dynamiken aufzuzeigen, denen eine auf das Überleben ausgerichtete Zwangsgemeinschaft unterliegt und somit die Prozesse zu verdeutlichen, die Primo Levi als „Grauzone“ repressiver Lagersysteme umschrieben hat. Gemeint ist damit, dass Häftlinge als Opfer auch zu Tätern an ihren Mithäftlingen werden können. Diese „Grauzone“ aber ausschließlich als Überlebenskampf der Lagerinsassen (zumal in einer dauerhaften psychischen Stresssituation) zu kennzeichnen, greift ausweislich der Quellen zu kurz. Die Dokumente verdeutlichen, dass ebenfalls generationelle wie politisch motivierte Konflikte zu hinterfragen sind, die den „Lageralltag“ nicht minder prägten und die auf die personelle Zusammensetzung der Zwangsgemeinschaft zurückzuführen sind: Zur „Gemeinschaft“ verdammt waren ehemalige Anhänger wie Gegner des Nationalsozialismus sowie tatsächliche Opponenten der Besatzungsmacht und schließlich zahlreiche, denen eine solche Opposition willkürlich von den Sowjets unterstellt wurde.

Zweitens kommt es darauf an, die Selbstbilder der Opfer zu rekonstruieren. Dass sich die haftinternen Konflikte auf die wechselseitige Wahrnehmung der ehemaligen Häftlinge auswirkte und somit auf die jeweiligen Versuche, sich einen spezifischen Opferstatus zuzuschreiben, ist dabei von großer Bedeutung. Gleichzeitig geht es aber auch darum, den Wandel dieser Opferbilder aufzuzeigen: Wollten die ehemaligen Häftlinge (ausweislich ihrer Aussagen vor der KgU) nach der Haftentlassung als homogene Opfergruppe kommunistischer Verfolgung gesellschaftliche Anerkennung finden, so geht es ihnen heute hauptsächlich darum, als Opfer bestätigt zu werden, die für den Nationalsozialismus nicht verantwortlich zu machen sind.

Drittens intendiert die Arbeit, die Wahrnehmungsgeschichte der Speziallagerhaft in der alten und neuen Bundesrepublik nachzuzeichnen – und zwar so, wie sie sich in den Erinnerungszeugnissen spiegelt, die sämtlich erst nach der Entlassung verfasst wurden. Ausgelotet wird also das sich seit 1950 wandelnde Verhältnis der „deutschen Tätergesellschaft“ zu Personengruppen, die als Angehörige eben dieser Gesellschaft selbst zu Opfern wurden. Bei der Bearbeitung dieses Fragekomplexes ist zu berücksichtigen, dass es sich bei den Erfahrungsberichten der Verfolgten, wie die Oral-History Forschung hinreichend deutlich gemacht hat, idealiter um individuelle Bewältigungsversuche handelt. Doch der psychologische Kompensationsversuch durch mündliche oder schriftliche Erinnerungszeugnisse enthält eine weitere Funktion: Es handelt sich um Dialogangebote zwecks Aushandlung einer öffentlichen Zeugen- und Mitträgerschaft des Dargestellten, an deren Ende Empathie und Komemoration stehen sollen. Zwingend ist daher nach der Erinnerungsgestaltung der Narrative zu fragen. Dabei bestätigt sich, dass die Öffentlichkeit als Bezugsrahmen in die Berichte eingewoben ist. Denn Opfer, so heißt es in der Traumaforschung, berichten vornehmlich Dinge, von denen sie glauben, dass der Empfänger sie verstehen kann. Abhängig vom Zeitpunkt, zu dem die Betroffenen ihre Erfahrungen fixieren, ist somit der jeweilige gesellschaftliche Erfahrungshorizont in die Narrative eingeschrieben und mit ihm die öffentliche Erwartungshaltung an solche Berichte. Dies wiederum bedeutet, dass die ehemaligen Häftlinge mit ihren erzählerischen Angeboten eine Geschichte jenseits der Haft verfassen: Die ihrer gesellschaftlichen Wahrnehmung, die sie seit 1950 zu initiieren, zu korrigieren oder zu widerlegen suchen. Unter welchen gesellschaftlichen Bedingungen also entsteht seit 1950 welches historische Narrativ über die Speziallagerhaft?

Mit Blick auf die Erwartungshaltung und den Erfahrungshorizont der Rezipienten ist zu bedenken, dass Gesellschaften wie Individuen in der Regel auf Opfererfahrungen mit Irritation oder, wie Psychologen es nennen, mit Verleugnung oder Verdrängung reagieren. Diese Dissoziation, die auf einer kulturellen, auf eigene Täteranteile fixierte Opferdefinition beruht, ist nur unter einer Bedingung zu durchbrechen: Der Betroffene muss beweisen, dass er ohne eigenes Zutun zum passiven Objekt eines Unrechts geworden ist. Ob diese Unschuldokumentationen jedoch „erfolgreich“ sind, beim Adressaten Empathie, d. h. moralische Positionierungen gegenüber der Geschichte aufzurufen, hängt von der moralischen wie politischen Funktionalisierbarkeit dieser Beweise ab. Anders formuliert: Sie müssen das Potential einer affektiven Pseudo-Identifikation enthalten, anhand derer sich der Rezipient vor dem Hintergrund seines Erfahrungshorizonts auf der historisch „guten Seite“ verorten kann, um sich seiner eigenen politischen wie moralischen Identität zu versichern (und um seine eigene Humanität unter Beweis zu stellen). Mittels dieser funktionalisierenden „Identifikation“ mit Opfern als Voraussetzung ihrer Wahrnehmung ist die Meßlatte benannt, anhand derer Erinnerungsgestaltung und gesellschaftlicher Erfahrungshorizont seit 1950 in ihrer gegenseitigen Abhängigkeit aufzuzeigen sind.

Bezugnehmend auf die 1990er Jahre – um ein illustrierendes Beispiel zu nennen – liegt dem gesellschaft-



lichem Bezugsrahmen die erinnerungskulturelle Verankerung der nationalsozialistischen Verbrechen vor allem an den europäischen Juden zugrunde. Die von den Betroffenen konstatierte unzulängliche Wahrnehmung ihrer Erfahrungen als Ausdruck einer gesellschaftlichen Präokkupation mit deutscher Tätergeschichte zu sehen, liegt nahe. Wichtiger erscheint jedoch, dass die Speziallageropfer über ein geringes Identifikationspotential verfügen, weil sie pauschal als Angehörige der NS-Tätergesellschaft gesehen werden. Ihre Perspektive zu übernehmen, hieße für den Rezipienten folglich, sich auf der historisch „falschen Seite“ zu positionieren. Paradoxe Weise wird diese Abwehrhaltung durch die zeitgenössische Erinnerungsgestaltung der Betroffenen befördert, die gleichfalls als eine Form der Pseudo-Identifikation zu verstehen ist. Eklatantes Beispiel ist die Umsetzung von Speziallagererfahrungen in die Bildsprache des Films „Schindlers Liste“. Da mit einer solchen etikettierenden „Wechselrahmung“ als unschuldig Opfer der Versuch einer Enthistorisierung und Entkontextualisierung vorliegt, sind Irritationen seitens des Rezipienten programmiert. Doch gleichzeitig liegt mit diesem Beispiel ein Beleg vor, dass die eigenen Erfahrungen im Einklang mit dem öffentlichen Erfahrungshorizont zu transportieren gesucht werden. Über wen sagt eine solche Rahmung also mehr aus: Über den Berichtenden oder über den Empfänger?

BETTINA GREINER, 1968 geboren, zwischen November 2001 und April 2004 Stipendiatin, 1989 Abitur in Hannover, studierte nach einer Ausbildung zur Speditionskauffrau Geschichte an den Universitäten Frankfurt/M. und Hamburg. Ihre Magisterarbeit zur „Inneren Struktur des Speziallagers Sachsenhausen“ mit der sie 2001 ihr Studium abschloss, führte Bettina Greiner zu ihrem heutigen Promotionsthema.

### **Künstlerische Selbstbehauptung im geteilten Deutschland – Leben und Werk von Roger Loewig (1930–1997)**



VON  
ULRIKE KUSCHEL

Die Dissertation befasst sich mit dem Zeichner, Maler und Schriftsteller Roger Loewig, dessen Biografie exemplarische Züge parallel zur historischen Entwicklung Deutschlands aufweist und der sich in seinem Werk unter anderem mit dieser Entwicklung auseinandersetzt. Einen Großteil seiner künstlerischen Reifung vollzog sich in der DDR, mit deren politischem Regime er aufgrund seiner politischen Haltung und den mit damit verbundenen bildnerischen Aussagen in tiefen Konflikt geriet. Diese Arbeit legt den Schwerpunkt auf diese Phase von Loewigs Werk, zugleich aber wird sie auch als Monografie auf die Lebensphase in der Bundesrepublik Deutschland eingehen, wohin Loewig Anfang der siebziger Jahre umsiedelte.

Geboren 1930 in Schlesien, erlebte Loewig als Jugendlicher den Zweiten Weltkrieg und anschließend die Flucht gen Westen. Diese Erfahrungen beschäftigten ihn künstlerisch, später modifiziert zu den allgemeineren Themen Krieg und Unbehauptung, sein Leben lang. Es folgten unstete Jahre im Nachkriegsdeutschland und in der sich gründenden DDR. Eine allmähliche Beruhigung fand das Leben des Anfang Zwanzigjährigen, als er sich in den fünfziger Jahren in Berlin niederließ und eine Ausbildung als Lehrer absolvierte. Zugleich begann er, nachdem er zunächst vor allem dichterisch tätig war, autodidaktisch mit der bildkünstlerischen Tätigkeit als Maler. Seine Werke fanden jedoch keinen Anklang im offiziellen Kontext, sondern entstanden, auch wegen der brisanten politischen und gesellschaftlichen Themen, im Verborgenen. Trotzdem geriet er 1963 ins Visier der Staatssicherheit, als er in einem privaten Kreis seine kritischen Bilder zu Krieg und vor allem zum Mauerbau zeigte. 1963/64 kam Loewig in Untersuchungshaft. Nach seiner Haftentlassung durfte Loewig nicht mehr als Lehrer tätig sein. Er wandte sich nun der vollberuflichen Tätigkeit als Künstler zu. Als sich abzeichnete, dass Loewig in der DDR wegen seiner politischen und künstlerischen Einstellung weiterhin in Schwierigkeiten geraten würde, wurde 1967 ein Ausreisearbeit gestellt, dem 1972 stattgegeben wurde. Loewig verließ die DDR. Doch auch im Westen fand er künstlerisch nur bedingt Anklang.

Als Roger Loewig um 1953 mit seiner bildkünstlerischen Arbeit begann, traf seine Hinwendung zur Kunst auf ein zeithistorisches Klima zunehmender Restriktion einer parteigesteuerten Kunstpolitik. Es sollte, verstärkt seit 1952, eine Kulturkonzeption durchgesetzt werden, die, stilistisch an sowjetischen Vorbildern orientiert, den „neuen“, sozialistischen Menschen und das „Typische“ der sozialistischen Gesellschaft zum Ausdruck bringen sollte. Von einer solchen offiziellen Haltung war der Ansatz Loewigs weit entfernt. Er orientierte sich mit der Hinwendung zum Expressionismus zunächst an einer Kunstrichtung, die fast zehn Jahre vor dem Beginn seiner künstlerischen Arbeit erneut aktuell gewesen war, da sie bewusst an die modernen und im Dritten Reich verfeimten Stilrichtungen aus den zehner und zwanziger Jahren angeknüpft hatte. Was in der unmittelbaren Phase nach dem Zweiten Weltkrieg von Künstlern unter dem Eindruck des Grauens des Krieges künstlerisch geschaffen worden war, holte er nun individuell nach, doch wandte er sich unter den gewandelten politischen Bedingungen einer inzwischen im SED-Regime zurückgewiesenen Kunstrichtung zu. Denn die Phase des Stilpluralismus, an der sich Loewig orientierte, war im Zuge der zunehmenden politischen Spannungen zwischen den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges und dem Beginn des „Kalten Krieges“ bereits in den Jahren 1947-49 zu Ende gegangen.

Die zudem zwischenzeitlich entbrannten kunsttheoretischen Auseinandersetzungen um Gegenständlichkeit und Abstraktion entschied Loewig für sich, indem er sich von Beginn an der Figuration verschrieb. Nachdem er zunächst vor allem Landschaftsbilder gefertigt hatte, zeigte er ab Mitte der fünfziger Jahre vor allem einige für die Nachkriegszeit typische Genres wie Flüchtlingsdarstellungen und Ruinenlandschaften. Doch er thematisierte sie nicht mehr aus dem unmittelbaren Erleben heraus, sondern retrospektiv, ob-

gleich auch bei ihm eine Verarbeitung eigener traumatischer Erlebnisse stattfand. Loewigs Werke ab dieser frühen Phase lassen die Einordnung in den Kontext einer Kunsthaltung zu, deren Themen außerhalb der Kunst im Humanistischen, Sozialen und Religiösen angesiedelt sind und die in der Kunst eine Stellungnahme fordern. Schon früh findet man die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und seinem (sichtbaren) Erbe, was sich in den sechziger Jahren noch verstärken sollte. Man könnte folgern, dass er sich, indem er solche von hohem humanistischen Anspruch und von antifaschistischem Gedankengut geprägte Werke schuf, an Ideen orientierte, die von der DDR in Abgrenzung zur BRD hochgehalten wurden. Antifaschismus kann als Staatsräson gelten, auch der Erbeanspruch auf den Humanismus wurde im Selbstverständnis der DDR gegen den Liberalismus und Pluralismus im Westen gesetzt. Loewig teilte diese in der DDR kanonisierte Sicht auf die Bundesrepublik als „Teil der angloamerikanischen Zivilisation des Konsumismus, Kapitalismus und Materialismus“ (Gillen) in modifizierter Form durchaus. Nur folgte er der Eigensicht der DDR als dem „besseren Deutschland“, als einem Ort der Kultur in der Nachfolge des Humanismus, nicht. Gerade hier übte er Kritik an dem geistigen und politischen Anspruch der DDR, aber auch an den realen Lebensumstände, die er in seinem Alltag vorfand.

Hatte sich Loewig zu Beginn der künstlerischen Arbeit auf Mittel der Malerei beschränkt, wandte er sich nach einer kurzen experimentellen Phase zu Beginn der sechziger Jahre, in der er u. a. Versuche mit verschiedenen Abstraktionsgraden und Materialien anstellte, zunehmend der Zeichnung zu. Sie blieb seither sein hauptsächliches Betätigungsfeld.

In dieser Phase der Überschneidung entstanden in beiden bildnerischen Medien und in schriftlichen Werken Bilder und Gedichte, die sich in unmittelbarer zeitlicher Nähe mit dem innerdeutschen Mauerbau auseinandersetzten. Wie kaum ein anderer Künstler in der DDR thematisierte Loewig die Mauer ablehnend-kritisch in seinen Bildern und Gedichten, anders als viele bildende Künstler, die Schweigen zu einem der brisantesten Themen in der DDR bewahrten oder sich hoffnungsvoll äußerten, dass die Mauer zu einer Erweiterung und Liberalisierung im Inneren durch den Schutz nach außen führen könnte. Loewig folgte dieser Auffassung nicht und setzte darüber hinaus bewusst die Assoziation ein, die die Grenzmauern und Wachtürme an Konzentrationslager hatten, eine Provokation in der sich antifaschistisch verstehenden DDR.

Künstlerisch bediente Loewig sich auch in den folgenden Jahren weiterhin künstlerischer Mittel, die sich von der von Seiten der SED erhofften Darstellung eines harmonischen Weltbildes der gedeihenden sozialistischen Gesellschaft abhoben. Seine Auffassung formulierte er, in der Formensprache am historischen Surrealismus orientiert, unter anderem durch die bewusste Hinwendung zur Darstellung von Hässlichem oder Quälendem. Nach seiner Haft entstanden zunehmend Bilder, in denen das Verletzte und Entstellte, das Fragmentarische und Isoliert-Vereinsamte dominierte. Eine Vielzahl von Metaphern für Tod und Sterben erscheinen in den Werken: vom traditionellen Totenskelett bis hin zu Deformierungen menschlicher Körper und der für Loewig in dieser Zeit typischen Mischwesen aus menschlichen, tierischen und pflanz-

lichen Partikeln. Die vorherrschende Todesthematik stand als bildgewordener Ausdruck der Verweigerung gegen die geforderte positive Einstellung. Vor allem aber galten sie dem Künstler als ein weiterer Versuch der Aufarbeitung des Holocaust und der Folterungen in den Konzentrationslagern. Allmählich wurden die Bildaussagen globaler, indem Loewig sie darüber hinaus auf internationale Internierungslager für Kriegsgefangene oder missliebige Bürger bezog. Auch die vielfach exponierte Darstellung von Genitalien hat meist weniger mit der Darstellung von körperlicher Liebe, Erotik und Sinnlichkeit zu tun als mit der Einbettung in ein grausames Universum, das die Bilder der Zeit panoramenartig ausbreiten.

Wie in den ersten Bildern siedeln sich die Szenen meist in der Landschaft an. Natur bedeutete Loewig nicht das Objekt menschlicher Beherrschung, auch findet sich nur selten die Darstellung einer „ursprünglichen“ Natur, in die sich der Mensch aus einer überzivilisierten Stadtwelt zurückziehen kann. Früh problematisierte der Künstler, dass der Zustand der Natur mit dem Menschen und seinem Schicksal unlösbar verbunden ist und dass schädliche Eingriffe den Lebensraum von Mensch und Tier gefährden. In Anknüpfung an romantische Traditionen ist die Landschaft nicht etwas, was außerhalb des Menschen liegt, sondern auch ein Spiegelbild seiner Befindlichkeit. In diesen Kontext gehören auch die verstärkt auftauchenden Tiere, die als Symbolträger fungieren, wie allgemein die vielfach gezeigten Vögel als Sinnbilder für die Überwindung von Grenzen und speziell die Insekten als verklausulierte Auseinandersetzung mit dem Prager Frühling.

Außerdem wandte sich Loewig seit Mitte der sechziger Jahre verstärkt dem Mythos zu, einem Thema, das später in der DDR bei Künstlern und Autoren eine weite Verbreitung fand. Loewig kann hier als einer der Vorreiter gelten. Er beschränkte sich nicht darauf, die Vergangenheit durch den Mythos zu bezeichnen, sondern seine Belebung diente zugleich als Versuch, Erklärungen für zeitgenössische politische Erfahrungen zu finden. Wieder fand er so eine Möglichkeit, die ihn umgebenden Realität verschlüsselt im Sinne einer Gesellschaftskritik zu kommentieren. Im Mittelpunkt seiner Bearbeitung stand über Jahre der Mythos von Ikarus, bei dem es neben den politischen Aussagen immer auch um die Auseinandersetzung mit der eigenen Person ging. Seine Interpretation konzentrierte sich auf die tragischen Aspekte des Scheiterns der mythologischen Figur.

Seine in der Kunst formulierte Haltung setzte Loewig vor allem seit den sechziger Jahren in Opposition zum herrschenden SED-Regime. Einen Anschluss an eine ihm nahe stehende politische Gruppierung suchte Loewig jedoch nicht. Er führte den Dialog über das System im privaten Rahmen in der DDR, oft auch mit aus unterschiedlichen politischen Zusammenhängen stammenden westdeutschen Freunden und Bekannten. Nach der Haft Anfang der sechziger Jahre zog er sich verstärkt auf die künstlerische Arbeit zurück. Im Umland von Berlin, in einem Haus eines Freundes auf dem Land, entstand nun ein Großteil seines Werkes. Trotz seines tendenziell einzelgängerischen Verhaltens gehört Loewig in ein Umfeld von Opposition und Verweigerung innerhalb der DDR. Vor der Folie der aktuellen Forschung der DDR-Oppositionsforschung, die die Vielfältigkeit solcher widerständigen Haltun-

gen und Handlungsweisen betont, kann Loewigs widerständige Haltung als eine Form bürgerlicher Ablehnung herausgearbeitet werden. Er lebte in einem System, das die Existenz von Opposition als Problem der nicht-sozialistischen Länder und Widerstand im eigenen Land als ideologische „Subversion des Feindes“, sprich des westlichen Lagers, sah, und das unbarmherzig gegen jegliche Auflehnung und Unangepasstheit vorging. Bezogen auf Loewig lässt sich die offizielle Argumentation besonders dezidiert im Prozess gegen den Künstler aufzeigen, weil die Anklage und das anschließende Urteil die politischen Inhalte der Bilder mit der als bürgerlich-dekadent verworfenen künstlerischen Ausdrucksweise untrennbar verknüpft sieht. Hier lässt sich die zugespitzte Spannung zwischen dem offiziell herrschenden Bild des Staates und dem Erleben des Künstlers aufzeigen.

Anfang der siebziger Jahre vollzog sich mit der Übersiedlung in die BRD ein tiefer Einschnitt in Loewig Biografie. Zunächst setzten sich in seinem Werk scheinbar übergangslos viele der in der DDR bereits begonnenen Inhalte (u. a. Landschaft und Mythos) fort. Neben der Kontinuität fanden fast unmerklich Verschiebungen statt: Schon Ende der sechziger Jahre lässt sich eine Abnahme der „grausamen“ Bildszenen beobachten, was sich verstärkt in den folgenden Jahrzehnten noch verstärkt. Allmählich verlieren sich fremdenden Elemente, und Loewigs Kunst gewinnt an realistischem Ausdruck. Angelehnt an die aufkommenden Umwelt-, Antiatom- und Friedensbewegungen im Westen findet inhaltlich eine Umdeutung des bereits vorher bearbeiteten Landschaftsthemas hin zur Anklage gegen die Zerstörung der gewachsenen Natur statt. Die internationalen Reisen, die er seit den siebziger Jahren unternahm, fanden vor allem in seinem dichterischen Werk Niederschlag.

Nach einer anfänglichen gewissen Bekanntheit im Westen, die mit Förderungen auf verschiedenen Ebenen (u. a. Stipendium der Villa Massimo und zahlreiche größere Ausstellungen) einherging, wurde es allmählich stiller um Loewig. Seine künstlerische Ausdrucksweise stand in zunehmendem Maße im Gegensatz zur herrschenden westlichen bzw. speziell der Westberliner Kunstszene, denn sein bewusst gegen die modernen westlichen Kunstströmungen der Nachkriegszeit des 20. Jahrhunderts (z. B. deren an innerkünstlerischen Fragestellungen orientierte Inhalte) gerichteter Weg, den er mit den Bildmitteln der Zeichnung vertrat, wurde als konventionell angesehen. Die multimedialen Experimente der sechziger und siebziger Jahre, die Ereigniskünste Happening und Fluxus und die in der verbliebenen Malerei an der amerikanischen Pop Art orientierten Farbigkeit, Geometrie und Großformatigkeit wies er von sich. Sein auch nach dem Verlassen der DDR politischer, pädagogischer und moralischer Anspruch an Kunst, in Kombination mit der figurativen Formensprache, nahm sich nach der Übersiedlung fremd vor der allgemeinen Kunstentwicklung aus. Zwar hatte auch im Westen in den sechziger Jahren eine Politisierung der Gesellschaft und der Kultur stattgefunden, doch blieb das politische Engagement in der bildenden Kunst, anders als in der Literatur, eher zurückhaltend. Das kritische Bildpotential, vor allem im in Berlin ausgeübten „Kritischen Realismus“, orientierte sich am aus Amerika importierten Fotorealismus und stand im diametralen Gegensatz zu Loewigs kleinformatigen,

lyrischen Zeichnungen. Diese westliche Rückorientierung an die Figuration ging einher mit beißend kariierenden Entwürfen, die, an der Alltagswelt orientiert, eine aggressive Anklage gegen die Verhältnisse formulierten. Im späten mittleren bzw. im späten Werk Loewigs hatten sich jedoch die streitbaren Töne der Frühphase verflüchtigt, auch die bei den kritischen Realisten thematisierte Großstadtproblematik hatte Loewig innerhalb seines Œuvres überwunden, so dass auch über den Umweg einer gemeinsamen Anknüpfung an realistische oder surrealistische Traditionen keine Verbindungen entstanden. Einzig im Umfeld des losen Verbundes der „Berliner Malerpoeten“, der sich bei unterschiedlicher künstlerischer Ausdrucksweise über die Doppelbegabung des Malens und Schreibens definierte, fand Loewig zu einer ansonsten zeitlebens wenig gepflegten Kommunikation mit anderen Künstlern. Die Rezeption seiner Kunst fand, im Überblick gesehen durchgehend im Osten wie im Westen, vielfach in privaten Kreisen statt.

Loewig litt unter dem Verlassen der DDR, die er, trotz der massiven Schwierigkeiten, die er erlebt hatte, als Heimat betrachtete. Viele seiner Bilder und vor allem die Gedichte thematisieren diesen Aspekt seiner Biografie. Er wollte sich weder vertiefter im Westen verwurzeln, noch, wie andere übergesiedelte Schriftsteller und bildende Künstler, auf die Herkunft aus Ostdeutschland reduziert werden und als „DDR-Künstler“ wahrgenommen werden. Seine Position siedelte er einerseits zwischen den beiden deutschen Staaten an, in der Folge bezog er aber zunehmend eine globale Position, indem er, meist in den Werken zugeordneten Texten, auf die allgemeine grenzüberschreitende und zeitlose Bedeutung seiner Aussagen hinwies.

In den achtziger Jahre durchlief Loewig, sowohl bezogen auf seine Biografie wie auf sein Werk, ausgesprochene Krisenphasen, die im Werk und vor allem in seiner Korrespondenz Ausdruck fanden. Für die letzte Phase seines Schaffens lässt sich schließlich, auch bedingt durch Krankheit, eine deutliche Abnahme der künstlerischen Produktion konstatieren. Der Künstler widmete sich nun häufiger der Ordnung seiner eigenen Arbeiten.

So befand sich Loewig zeitlebens auf sehr unterschiedlichen Ebenen in Konflikt mit der ihn umgebenden gesellschaftlichen und politischen Realität, den er in seiner Kunst abarbeitete. Es lässt sich eine sich die gesamte Biografie des Künstlers durchziehende, divergierend zu den historischen und kulturhistorischen Prozessen im Osten wie im Westen verlaufende künstlerische und biografische Entwicklung Loewigs konstatieren: Inhalte und Formensprache entwickelte er entweder zu früh oder zu spät, um eine breitere Öffentlichkeit auf seine Kunst aufmerksam zu machen, so dass seine Kunst häufig nur in einem eingeweihten Kreis, oftmals von Laien, aufgenommen wurde. Seine Haltung nach der Übersiedlung in den Westen verdeutlicht auch, wie sehr ihm die Differenzen und die Ablehnung, die er im DDR-System erfuhr, Antriebskraft für die künstlerische Produktion gegeben hatte. Später fehlte ihm dieser einschätzbare Gegner, gegen den sich sein wütender Angriff richten konnte. Loewigs inhaltliches Konzept, das im Werk als übergreifendes Thema unterschiedliche Ausprägungen annahm, war konsequent Herrschaftskritik, soweit sie mit einem Machtmissbrauch einher ging. Der in beiden deutschen Systemen nonkonforme Loewig ver-

band seine inhaltliche Kritik mit einer vielseitigen künstlerischen Entwicklung.

ULRIKE KUSCHEL, studierte in ihrem Geburtsort Bonn und in Berlin Kunstgeschichte, Musikwissenschaft und Pädagogik. In ihrer Masterarbeit beschäftigte sie sich mit der Nachkriegskunst in der Bundesrepublik. Von 1987 bis 2000 arbeitete sie als Ausstellungskuratorin sowie in verschiedenen Kunstprojekten. Im Anschluss bearbeitete sie den Nachlass von Roger Loewig und erstellte dabei ein vorläufiges Werkverzeichnis. Seither ist sie freiberuflich tätig. Ulrike Kuschel, die bereits mit Publikationen zur zeitgenössischen Kunst und über Roger Loewig hervorgetreten ist, lebt in Offenbach/Main. Die Abgabe der Dissertation ist für Anfang 2005 geplant.

## Interpretationen Ikarus-Mythos in der Literaturgeschichte der DDR



VON  
CHIARA MARMUGI

Ikarus hat auf Künstler, Literaten und Denker aller Zeiten eine besondere Faszination ausgeübt. Dichter, Dramaturgen, Prosaschriftsteller, Maler, Bildhauer, Essayisten Philosophen und Wissenschaftler haben sich oft diesen Mythos angeeignet. Das antike Sujet wurde nicht nur erstaunlich häufig rezipiert, sondern auch auf äußerst vielfältige und oft gegensätzliche Weise verarbeitet. Im ersten Teil meiner Arbeit wird die literaturhistorische Entwicklung des Mythos aufgezeigt; Teil zwei untersucht die Aufnahme des Ikarus-Mythos in der DDR-Literatur.

Nicht allein die Intensität der Rezeption erstaunt, sondern auch ihre Diversität. Besonders interessieren hier die verschiedenen Funktionen, die Ikarus sowohl im Kontext eines dichterischen Gesamtwerks als auch im sozialen und kulturellen Leben der DDR erfüllte. In der Dissertation wird geschildert, wie das Bekenntnis zu Ikarus von Seiten der DDR-Schriftsteller vornehmlich aus der Identifikation mit seinem Befreiungsschwung, mit seiner Suche nach technischem und gesellschaftlichem Fortschritt und anschließend aus der Reflektion seines Leidens und Scheiterns erwächst.

Die Mythenrezeption wurde in der Literatur der DDR in doppelter Weise autorisiert: Einerseits wurde sie als Teil des kulturellen Erbes hochgeschätzt und in den Demokratisierungsprozess der Nachkriegszeit eingeführt, andererseits erlangte sie Wertschätzung infolge der Achtung, welche die sogenannten ‚sozialistischen Klassiker‘ ihr entgegenbrachten. Die Aufnahme antiker Stoffe und Motive erfolgte in der DDR-Literatur ab den Fünfziger Jahren in der Lyrikproduktion und ab den Sechziger Jahren in den Bereichen der Epik, der Essayistik und insbesondere der Dramatik. Die mythologischen Gestalten wurden verwendet, um zeitgenössische Probleme zu gestalten und um produktive Antworten auf Fragestellungen der Gegenwart zu erhalten.

Im Gegensatz zur klassischen Mythenrezeption, die immer den antiken Figuren eine Vorbildfunktion zusprach, war die moderne Beziehung zur Antike dominiert durch den kritischen Umgang mit dem Mythos. Das Verhältnis zum kulturellen Erbe war im Laufe der DDR-Literaturgeschichte höchst differenziert, aber es gab gewisse Grundhaltungen, in denen entweder Momente der Bejahung oder der Kritik überwogen: In der ersten Phase der Entwicklung der DDR-Gesellschaft zeigten fast alle Künstler eine mehr oder weniger naive Zustimmung zum Sozialismus und ihr Verhältnis zur Mythologie entsprach der Identifikation mit den unterschiedlichen behandelten Gestalten. Ab Mitte der Sechziger Jahre begannen viele Autoren, die bis dahin in verschiedener Weise sozialismusgläubig gewesen waren, als Kritiker des Systems hervorzutreten und – wie es Volker Riedel formuliert – „dann bedeutete die Kritik am ‚realen Sozialismus‘ meistens zugleich eine Kritik an den tradierten Versionen“ der Mythen. Riedel fügte hinzu, dass diese Entwicklung „sich besonders markant an den Wandlungen des Bildes von Prometheus, Herakles, Odysseus und Ikaros“ zeige. Während aber sowohl er selbst als auch Rüdiger Bernhardt die unterschiedlichen Entwicklungen der ersten drei Figuren genau schilderten, wurde Riedels These am Beispiel der Ikarus-Gestalt nie nachgewiesen. Diese markante Lücke zu füllen, ist nicht zuletzt Ziel meiner Arbeit.

Seine Bedeutung in der Weltliteratur verdankt der Ikarus-Mythos in hohem Maße der politischen Adaption, wie mein geschichtlicher Überblick zeigen wird. Seit der Romantik ist die mythische Gestalt wiederholt als Vorkämpfer für die Freiheit oder als Verfechter einer Gerechtigkeitsutopie aufgefasst worden. In der DDR-Literatur wurde aufgrund der sozio-politischen und kulturellen Konstellation das Ikarus-Motiv häufig auf politische Weise interpretiert. Nicht immer entsprachen die Adaptionen dem klassischen Muster, der Mythos wurde als Mittel der kritischen Reflektion genutzt und neue interessante Facetten des Stoffes wurden entfaltet. Die politische Ikarus-Deutung und ihre Entwicklung stehen deshalb im Vordergrund meiner Arbeit.

Die ‚familiäre‘ Struktur der frühen DDR-Gesellschaft, in der sich alle durch den bekennenden Antifaschismus verbunden fühlten, den DDR-Staat als Vater und die Partei als Mutter ansahen, hatte eine besondere Verbindung zwischen Staatsapparat und Intellektuellen hergestellt. Die Schriftsteller erhielten den Auftrag, als Sprachrohr der politischen Obrigkeit zu wirken, dem Volk den sozialistischen Offizialdiskurs nahe zu bringen und es zum Antifaschismus zu erziehen. Es ist die Zeit, in der die Utopie der sozialistischen Revolution auch in die DDR einsetzt. Bertolt Brecht, Johannes R. Becher und Stephan Hermlin stellten in den Jahren der Hitler-Herrschaft Ikarus als Fürsprecher der sozialistischen Gleichheits- und Gerechtigkeitsidee dar, wie er in den Theorien von Etienne Cabet geschildert worden war. Ab Mitte der sechziger Jahre begannen viele Vertreter der jüngeren DDR-Literatur – darunter die Mitglieder der sogenannten ‚Sächsischen Dichterschule‘ – sich dem Leitdiskurs zu verweigern. Ihre Literatur vertrat eine Subversion des dogmatischen SED-Offizialdiskurses und übernahm die Rolle einer alternativen Öffentlichkeit von ‚unten‘. Das ermöglichte ihnen eine emotionale und ideologische Nähe zum Volk, wie sie in anderen

Phasen der Kulturgeschichte selten erreicht wurde. Für diese reformsozialistischen Schriftsteller stellte die DDR immer noch die ‚bessere Hälfte‘ Deutschlands dar, doch setzten sie dem ‚realen‘ einen ‚wahren‘ Sozialismus entgegen. Mitte der Sechziger Jahre setzte auch die Reflexion über die Utopie ein. Wie Ursula Heukenkamp bemerkt, war der Begriff ‚Utopie‘ in jenen Jahren – gemäß den Theorien von Blochs ‚Prinzip Hoffnung‘ – der Vernunft, beziehungsweise dem Wahrheitszwang unterworfen. „Im offiziellen Gebrauch des utopischen Wortschatzes, wie er aus dem Marxismus herüberreichte, [überwog] das Element ‚Ordnung““. Dagegen griff man jetzt die Idee Rousseaus und Hölderlins auf, nach der die harmonische Weltordnung, die das Fundament einer utopischen Gesellschaft bilden sollte, die Vergewaltigung des Menschen durch den Staat zulassen könnte. Während dieser Utopie-Diskussion in der DDR warnte man davor, die menschliche Natur unter Vernunft und Gesetz zu stellen, und ging ebenso mit dem Fortschrittsglauben ins Gericht – eine Kritik, die auf die Romantiker zurückging. Die reformsozialistischen Künstlern verwarfen nicht nur das realsozialistische System, sondern auch die Deutung der ‚Utopie‘ als ‚Ordnung‘. Die Texte dieser Generation, welche die Gegenwart als Aufbruch in eine freiere Zukunft betrachteten, sind auffallend euphorisch. Es verwundert daher kaum, dass Ikarus in dieser Phase der DDR-Literatur eine Blüte erlebte. Als mythische Figur, die den Freiheitsdrang und den naturhaften Teil des Menschen symbolisiert, übte Ikarus zu jener Zeit große Anziehungskraft aus. Die Krise dieses neuen utopischen Gedankens bedurfte keines äußeren Anstoßes. Zu sozioökonomischen und geschichtlichen Faktoren kam hinzu, dass die Theorie sich erschöpft hatte und man die DDR-Gesellschaft für nicht mehr erneuerbar hielt. Viele gaben die Hoffnung auf und streckten die Waffen, was oft die Ausreise in den Westen bedeutete. Nur einige beharrliche Köpfe blieben, die an dem sogenannten ‚dritten Weg‘ noch glaubten und die Gesellschaft zur ‚sanften Revolution‘ begleiteten. Für diese reformsozialistischen Schriftsteller, die bis zum Ende an einen wahren Sozialismus glaubten, blieb Ikarus immer ein Vorbild. Das Verhalten der vierten und letzten Generation unterschied sich diametral von dem ihrer Vorgänger. Sie wuchsen innerhalb der geschlossenen Staatsgrenzen auf und erkannten, dass das System nicht zu reformieren war. Deshalb wirkten sie in ihren Werken dem sozialistischen Kontext entgegen, doch der revolutionäre Gestus und der aggressive Eifer der vergangenen Generation fehlten ihnen völlig. Um es mit den Wörtern von Annelie Hartmann auszudrücken, verschob sich die Auseinandersetzung von „dem einst mit vielen Hoffnungen und dann wachsender Enttäuschung begleiteten Experiment DDR auf die Bedingungen und Mechanismen heutiger Frustration“. Der Utopieverlust „hinterlässt ein Vakuum, dass man nicht willens ist, mit neuen Inhalten oder Surrogaten aufzufüllen“. In einer Zeit solcher Desillusionen wurde der Absturz Ikarus‘ mit den gescheiterten utopischen Ideen der vorigen Generation gleichgesetzt und mit bitterer Ironie lächerlich gemacht.

Diese Entwicklung des Utopie-Begriffs lässt sich beispielhaft in der Ikarus-Rezeption Günter Kunerts nachweisen, dessen Werk deshalb separat behandelt wird. Im Schaffen Wolf Biermanns durchläuft die Beziehung zwischen Daedalus und Ikarus einen enormen

Wandel. Während sich der junge Biermann für Ikarus begeisterte, wechselte der gereifte Schriftsteller auf die ‚daedalische‘ Seite. Ein eigenes Kapitel wird der Rolle des Dichters und dem Rang seiner Ikarus-Adaptionen gerecht.

Gegen Günter Kunerts und Wolf Biermanns vielschichtige und widersprüchliche Ikarus-Deutungen hebt sich Roger Loewigs Interpretation ab, die während seines fünfzigjährigen Schaffens konstant blieb. Loewigs Ikarus-Umformungen wird ebenfalls ein eigenes Kapitel gewidmet. Der Schriftsteller, der dem Gedankengut des Sozialismus immer ablehnend gegenüberstand, fand in Ikarus eine Identifikationsfigur, und ließ ihn zum Repräsentanten derjenigen werden, welche die Hoffnung auf ein besseres, wiedervereinigtes Deutschland nie aufgaben.

CHIARA MARMUGI, geboren in Empoli (Florenz, Italien) am 5. Mai 1971. 1997–98: Abschluss des Studiums (Germanistik, Romanistik, Anglistik) an der *Università di Pisa* mit einer Magisterarbeit über Wolf Biermann, von dem sie auch die Gedichtssammlung *Preußischer Ikarus* übersetzte. Danach Arbeit als Übersetzerin, Lektorin und Italienisch-Lehrerin in Freiburg im Breisgau. Sommersemester 1999: Beginn der Promotion an der *Albert-Ludwigs-Universität Freiburg* (Germanistik und Romanistik). 2000–2002: Stipendium der *Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur*. 2000–2003: Betreuung von Altitalienisch-Seminaren des *Romanischen Seminars* der *Albert-Ludwigs-Universität Freiburg*. Seit September 2003 wohnt sie wieder in Italien und arbeitet als Übersetzerin, Lektorin und Rezensentin für Literatur-Zeitschriften. Abgabe der Dissertation für 2005 geplant.

### **Agrarpolitik und Krisenmanagement. Die Kollektivierung der Landwirtschaft in der DDR (1952–1961)**



VON  
JENS SCHÖNE

Die Kollektivierung, die Überführung von mehr als 800 000 bäuerlichen Privatbetrieben in landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften (LPG), hat in der historischen Forschung wiederholt Aufmerksamkeit erfahren. Dennoch sind grundlegende Fragen bis heute offen, sowohl in Bezug auf die politische Entscheidungsfindung als auch in Hinblick auf die sozioökonomischen Auswirkungen. Diesen Fragen widmet sich die inzwischen vorliegende Arbeit. Dazu wurden in breitem Umfang bisher unberücksichtigte Quellenbestände erschlossen, etwa im Archiv der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU) sowie in einstigen Bezirks- und Kreisarchiven. Erstmals haben dabei Unterlagen aller administrativen Ebenen der SED sowie der staatlichen Verwaltung Beachtung gefunden. Damit konnten die Durchsetzung der „Verge-

nossenschaftlichung“ und die daraus resultierenden Folgeerscheinungen auf jeder Stufe des zunehmend zentralistisch organisierten Partei- und Verwaltungsapparates rekonstruiert und so umfassende Erkenntnisgewinne erzielt werden.

Ausgehend von der Beobachtung, dass die zwei entscheidenden Kollektivierungsschübe zeitlich eng mit den existenziellen Herrschaftskrisen des SED-Regimes verknüpft waren, steht die Frage im Mittelpunkt, in welchem Wechselverhältnis sich der Volksaufstand des Jahres 1953 sowie der Mauerbau des Jahres 1961 zur „sozialistischen Umgestaltung“ der Landwirtschaft befanden. Nicht der enge Fokus agrargeschichtlicher Fragestellungen, sondern eine exemplarische Gewichtung der Organisation und Inszenierung von Herrschaft in der DDR leitete somit das Erkenntnisinteresse.

Die Arbeit berücksichtigt die Jahre 1945 bis 1961, der zeitliche Schwerpunkt liegt jedoch auf den Kollektivierungsschüben der Jahre 1952/53 sowie 1959/60. Diese werden in einem ersten Schritt chronologisch dargestellt und anschließend – stets in Bezug auf die jeweilige Krisensituation – einem systematischen Vergleich unterzogen. Ein derartiger Ansatz ermöglicht es, über bisherige Befunde hinauszugehen, denn durch die Kontrastierung beider Transformationsprozesse treten sowohl die Konstanten als auch die Variablen der SED-Politik deutlich zu Tage. Deren genaue Gewichtung erlaubt in einem zweiten Schritt fundierte Aussagen über die sich wandelnde Fähigkeit wie die Bereitwilligkeit der Monopolpartei, auf wachsende Herausforderungen ergebnisorientiert zu reagieren und aus überwundenen Konfliktsituationen Rückschlüsse für die künftige Herrschaftspraxis zu ziehen.

Für jeden der benannten Zeitabschnitte wurde ein Präzedenzfall ausgewählt, anhand dessen die Realisierung und die Auswirkungen der zentral gesteuerten Transformation zunächst auf mikrohistorischer Ebene dargestellt werden: zum einen die frühen, eminent wichtigen Produktionsgenossenschaften des Kreises Seelow (Bezirk Frankfurt/O.) und zum anderen der erste „vollgenossenschaftliche“ Kreis der DDR, der Kreis Eilenburg (Bezirk Leipzig). Dabei ist deutlich geworden: Die Modellbeispiele waren mehr als nur die ersten ihrer Art. Auf Geheiß herausgehobener SED-Funktionäre initiiert, sollten sie Ursache und Wirkung zugleich sein, den politisch gewollten Transformationsprozess nicht nur auslösen, sondern auf dem Wege permanenter Modellübertragung ständig weiter vorantreiben. Diese bewusst gewählte Herrschaftstechnik erbrachte (mit deutlichen Unterschieden zwischen den beiden Kollektivierungsschüben) durchaus Erfolge. Doch trotz ihrer herausragenden Bedeutung für die Kollektivierung zeigen sich auch in Bezug auf die Präzedenzfälle all jene Probleme, die der Kollektivierung in ihrer Gesamtheit anhafteten. Die angestrebte Transformation ließ sich keineswegs stringent durchsetzen, sondern stieß in zahllosen Dörfern auf breite Ablehnung. Deren Formen, ihre Verbreitung und ihre Auswirkungen werden detailliert beschrieben. Denn obwohl es von Anbeginn auch immer Befürworter der „Vergenossenschaftlichung“ gab – hierbei sind insbesondere die wirtschaftlich kaum überlebensfähigen Neubauern zu nennen – war spätestens im Frühjahr 1953 klar, dass die SED-Führung für ihr agrarpolitisches Grundsatzziel keine Mehrheit unter der Landbevölkerung finden würde.

Das hatte weitreichende Folgen und gipfelte letztlich im Zwang und in der Unerbittlichkeit des „sozialistischen Frühlings“ im Jahr 1960.

Wie die sich anschließende makrohistorische Analyse zeigt, war die zentrale SED-Führung zu jedem Zeitpunkt treibende Kraft der Kollektivierungspolitik. Im Vergleich dazu kam den regionalen Funktionären und auch der sowjetischen Hegemonialmacht nur sekundäre Bedeutung zu. Weder entstammte die zunehmende Radikalisierung der Jahre 1952/53 Forderungen aus Moskau, noch war der „sozialistische Frühling“ das Ergebnis eines Alleingangs des Rostocker SED-Bezirkssekretärs Karl Mewis. Wie detailliert und auf breiter Quellenbasis aufgezeigt wird, sind diese weit verbreiteten Interpretationen hinfällig. Selbst als die KPdSU-Führung im März 1953 ausdrücklich den Abbruch der Kollektivierung forderte, verweigerten sich die Machthaber in Ost-Berlin einem solchen Schritt. Damit beschworen sie auf dem Lande endgültig jene Konfliktkonstellation herauf, die sich wenige Monate später im Volksaufstand entladen sollte. Die Demonstrationen in den Städten der DDR stellten aber keineswegs die „Initialzündung“ (Hubertus Knabe) für den Protest in den Dörfern dar – dieser begann deutlich früher, folgte einer eigenen Logik und wird bis heute jedoch kaum wahrgenommen. Dabei war der quantitative Anteil der Landbevölkerung am Volksaufstand erstaunlich hoch. Unter den etwas mehr als 700 Orten, in denen es zwischen dem 16. und dem 21. Juni 1953 zu Protestaktionen kam, waren 300 Dörfer und 114 ländliche Kleinstädte. Somit liegt deren Anteil am Gesamtbestand bei 59 Prozent – schon statistisch greift der noch immer geläufige Begriff des „Arbeiteraufstandes“ also erkennbar zu kurz. Qualitativ lassen sich vor allem drei Erscheinungsformen des ländlichen Aufbegehrens festhalten:

- regional begrenzte Demonstrationen, die in aller Regel in der zugehörigen Kreisstadt organisiert wurden und bei denen Bauern federführend waren (Jessen, Mühlhausen u. a.),

- Demonstrationen, an denen Bauern in größerer Anzahl teilnahmen und dort öffentlich Forderungen stellten (Rathenow, Zossen u. a.)

- Protestaktionen, die innerhalb der Dörfer stattfanden, also lokal begrenzt waren, auf denen jedoch explizit politische Forderungen artikuliert wurden und die zum überwiegenden Teil nur durch das Eingreifen externer Sicherheitskräfte beendet werden konnten (Eckolstädt, Schmergow u. a.).

Selbst unter den Demonstranten in Berlin befanden sich Bauern – in der Studie werden erstmals systematisch und in breitem Umfang Ursachen, Bedingungsfaktoren, Abläufe und Folgen des ländlichen Widerstandes gegen die SED-Diktatur dargestellt.

Wie schon 1952, so resultierte auch der zweite Kollektivierungsschub aus einer Direktive der zentralen SED-Führung. Diese hatte tatsächlich aus den zuvor gemachten Erfahrungen gelernt. Als im Umfeld des V. Parteitages 1958 deutlich wurde, dass die Agrarpolitik wie schon fünf Jahre zuvor vor einem fundamentalen Scheitern stand, entschloss sich die Parteiführung zu einem unzweideutigen Handeln. Der mangelnden Unterstützung für ihre Politik bewusst, verzichtete sie auf eine breite Partizipation der Bevölkerung und vollzog den Abschluss der Kollektivierung von Anbeginn und nahezu ausschließlich als obrigkeitstaatliche Gewaltmaßnahme. Daher kam auch

der gesamte Sicherheitsapparat weit zielgerichteter zum Einsatz, als dies noch 1952/53 der Fall gewesen war. Insbesondere das Ministerium für Staatssicherheit, das auf dem Lande bisher nur eine untergeordnete Rolle gespielt hatte, wies 1960 im Rahmen des „sozialistischen Frühlings“ seine Daseinsberechtigung als Garant der Diktatur schlagkräftig nach. Innerhalb von nur drei Monaten wurden etwa 400 000 landwirtschaftliche Produzenten in Produktionsgenossenschaften gezwungen und somit die wichtigste Vorbedingung für eine „sozialistische“ Großraumproduktion erfüllt. Strukturell hatte die SED-Führung mit ihren Bemühungen somit Erfolg, deren Effekte entzogen sich jedoch zunehmend ihrer Kontrolle. Konnte die Nahrungsmittelproduktion 1960 durch eine exzessive Ausbeutung der neu gewonnenen Bestände noch gesichert werden, so zeigten sich im Folgejahr die Negativauswirkungen der „Vergenossenschaftlichung“ in aller Deutlichkeit. Die Produktion brach dramatisch ein, und das nonkonforme Verhalten der Landbevölkerung nahm beständig größere Ausmaße an. Insbesondere unter den Vorzeichen des deutsch-deutschen Systemwettstreits waren die Folgen dieser Entwicklungen nicht abschätzbar. Von einer „kalkulierten Krise“ (Dietrich Staritz), mit der die SED-Führung die Sowjetunion 1961 zum Mauerbau zu treiben versuchte, kann daher mitnichten die Rede sein. Gleichwohl sind die unmittelbaren Wechselbeziehungen zwischen der „Vergenossenschaftlichung“ und dem 13. August 1961 unübersehbar. Mit der Zwangskollektivierung hatte die Monopolpartei versucht, die ökonomischen Realitäten an die Erfordernisse der Ideologie anzupassen. Doch erst eine weitere Zwangsmaßnahme – die endgültige Abriegelung der DDR – erbrachte mittelfristig die gewünschten Ergebnisse. Die diesbezüglichen Zusammenhänge werden in der Studie eingehend dargestellt und analysiert.

Insgesamt kann festgehalten werden: Beide existentiellen Herrschaftskrisen resultierten aus Strukturfehlern der Diktatur, wurden aber durch einen kurzfristig gesteigerten Herrschaftsanspruch der SED-Führung ausgelöst und durch ein verfehltes Krisenmanagement nachhaltig befördert. Der agrarwirtschaftlichen Transformation kam dabei jeweils herausragende Bedeutung zu.

Neben den wirtschafts- und herrschaftsgeschichtlichen Aspekten der Kollektivierung finden ihre sozialen Auswirkungen umfängliche Berücksichtigung. In Ergänzung zu den Fallstudien wird auch innerhalb der chronologischen wie komparativen Kapitel konsequent nach den alltäglichen Auswirkungen der Transformation gefragt. Hierbei wird vor allem deutlich, dass es fortlaufend Abweichungen zwischen der zentral gesteuerten „Vergenossenschaftlichung“ und ihrer konkreten Ausgestaltung in den Gemeinden gab. Die Realität entsprach zu keinem Zeitpunkt den klassenkämpferischen Maximen der Monopolpartei, und dies hatte weitreichenden Einfluss die soziale Praxis der Herrschaftsausübung. Das grundlegende Ziel der SED-Agrarpolitik, die Etablierung einer „sozialistischen“ Großraumwirtschaft konnte dadurch zwar nicht verhindert werden, doch lassen sich insbesondere auf lokaler Ebene zahllose Modifikationen feststellen, die einerseits den Forderungen der landwirtschaftlichen Produzenten entgegenkamen, andererseits die Durchsetzung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften überhaupt erst ermöglichten. Sie werden

eingehend beschrieben und analysiert und so der grundlegende Wandel der Dörfer als Wirtschafts- und Sozialverband dargestellt.

Die Studie wird voraussichtlich im April 2005 unter dem Titel „Frühling auf dem Lande? Die Kollektivierung der DDR-Landwirtschaft“ im Christoph-Links-Verlag erscheinen.

JENS SCHÖNE, Jg. 1970; landwirtschaftliche Ausbildung; Studium der Geschichte sowie Anglistik und Amerikanistik in Berlin; August 2001 bis Dezember 2003 Stipendiat der Stiftung Aufarbeitung; 2004 Promotion; diverse Publikationen zur Geschichte der DDR, u. a.: Landwirtschaftliches Genossenschaftswesen und Agrarpolitik in der SBZ/DDR 1945–1950/51, Stuttgart 2000; Erosion der Macht. Die Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit in Berlin, Berlin 2004; Die Landwirtschaft der DDR 1945–1990, Erfurt 2005. Abschluss des Promotionsverfahrens im Juli 2004, Gesamtnote: magna cum laude.

### **Komponieren trotz und unter Hindernissen. Innovationen in zeitgenössischen Instrumentalkompositionen im Kontext restriktiver Kulturpolitik der DDR**



VON  
CHRISTIANE SPORN

Dass in neuen Werken „der Optimismus der Arbeiterklasse auch hörbar sein“ müsse, war eines der vielbeschworenen Dogmen der DDR-Musikpolitik. Dass die Arbeiter andererseits (nach einem Diktum Walter Ulbrichts) „die Höhen der Kultur erstürmen“ sollten und folglich auch die neue Musik ihnen verständlich zu sein hatte, ein anderes. Beide wurden seit den fünfziger Jahren, und, marginal variiert, selbst noch in den achtziger Jahren bei steter Ignoranz der tatsächlichen Gegebenheiten aufrecht erhalten. So entstand in der DDR für Komponisten die zwiespältige Situation, dass zwar das zeitgenössische Komponieren im Rahmen allseitiger Kulturförderung maßgeblich unterstützt und begünstigt wurde, was aber freilich nur dem zugute kam, der sich an die geltenden Maßstäbe hielt. Und deren Definition lag stets bei der SED.

Die Untersuchung rückt deshalb nicht allein in der DDR entstandene Kompositionen in den Mittelpunkt, sondern die Forschungsarbeit gilt vielmehr den Beziehungen zwischen der kompositorischen Praxis, der parteistaatlichen Meinung über die Funktion der Musik sowie den staatlichen Institutionen im Bereich der Musik in der DDR im Zeitraum zwischen 1956/57–1989. Wenn in den Analysen von Werken aus dem Bereich der Instrumentalmusik diese Frage thematisiert wird, steht das Interesse an der (möglichen) Spezifik von in der DDR entstandener Musik im Mittelpunkt. Den Ausgangspunkt hierfür bildete die These, dass sich ein Teil dieser Spezifik aus dem Ausmaß der staatlichen Lenkung und der politischen Beeinflus-

sung dieser Musik erklären lässt. Denn innerhalb des in der DDR gegebenen staatlichen Verfügungsanspruchs auf Kunst, der sich mit dem Anspruch der SED auf die Definitionsmacht von Kunst verband, stand der Künstler, der seine Werke aufgeführt sehen (und vor allem hören) wollte, innerhalb einer Situation mit gesellschaftlich-politisch vorgeprägten Entscheidungs- und Handlungsmöglichkeiten. Das wiederum führte nicht ausschließlich zur Situation künstlerischer Bevormundung, sondern, mal mehr, mal weniger intensiv, zur Freisetzung spezifisch-kreativen Potentials sowie zu politischen Bezügen in den Werken. Letztlich geht es also um die Frage, ob es tatsächlich eine „DDR-Musik“ gab (bzw. gibt) und wodurch diese im Einzelnen charakterisiert ist.

Die Dissertation bewegt sich in einem noch nahezu unberührten Forschungsfeld, denn die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit zeitgenössischer Musik aus der DDR steht, vergleicht man die Situation beispielsweise mit der Forschungslage zur Literatur und Kunst aus der DDR, auch 15 Jahre nach dem politischen Umbruch noch immer am Beginn. Die wachsende Zahl von Einzelinitiativen lässt gleichwohl darauf schließen, dass sich dies in naher Zukunft ändern wird.

Bedingt durch diese Forschungssituation war aber, was die Quellen zur Musikgeschichte und Musikpolitik der DDR betrifft, Basisarbeit zu leisten. Die Materialgrundlage der Arbeit bilden Bestände des Bundesarchivs und der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO), darunter Materialien der Abteilung Kultur des ZK der SED, des Büros Kurt Hager, des Kulturbundes der DDR und des Ministeriums für Kultur. Außerdem wurden Bestände der Stiftung Archiv der Akademie der Künste einbezogen (Materialien des ehemaligen Komponistenverbandes der DDR, des Zentralen Akademiearchivs, Sammlung Eberhard Klemm), des Sächsischen Staatsarchivs Leipzig, des Deutschen Musikarchivs Berlin sowie Schriftgut des DDR-Rundfunks im Rundfunkarchiv Potsdam-Babelsberg und das Verlagsarchiv des VEB Edition Peters. Wichtige Zeitschriften – Musik und Gesellschaft, Beiträge zur Musikwissenschaft und die seit 1983 in Köln erscheinenden MusikTexte – wurden systematisch ausgewertet. Günstig ist die Materialbasis in Bezug auf Partituren von Werken aus der DDR; notwendig waren außerdem Aufnahmen von Kompositionen, von denen manche auf Schallplatte und/ oder CD veröffentlicht vorliegen, andere im Rundfunkarchiv Potsdam-Babelsberg abgehört wurden.

Da die Thematik weitestgehend unerforscht ist, war der Untersuchungsgegenstand mehrfach einzugrenzen. Erstens wurde deshalb das Merkmal der musikalischen Ausbildung in der DDR einbezogen. Die ältesten in der Untersuchung vertretenen Komponisten sind damit zumeist um 1930 geboren, wobei biografische Besonderheiten infolge der Kriegs- und Nachkriegsentwicklung (verschobene und/ oder unterbrochene Ausbildung) berücksichtigt wurden.

Zweitens beschränkt sich die Arbeit auf Instrumentalmusik, was aber auch inhaltliche Vorteile bietet. Denn weil sich das Erkenntnisinteresse auf *musikalische* Entwicklungen unter Einwirkung der staatlichen Verfügungsmacht richtet, konnte auf die Untersuchung textgebundener und/ oder angewandter Gattungen ohne Erkenntnisverluste verzichtet und der eigentliche Grundgedanke noch stärker in den Vorder-

grund gerückt werden. Eine weitere Begrenzung der Forschungsarbeit auf einzelne Gattungen (wie Sinfonie, Instrumentalkonzert, Streichquartett) wäre wiederum eher nachteilig gewesen, denn kompositorische Entwicklungen im Bereich der Kammer- und Orchestermusik sind stets vielfältig miteinander verbunden: Neue Kompositionstechniken oder die kompositorische Konzentration auf einen speziellen Gegenstand werden von den Komponisten in der Regel zunächst in kleinen Besetzungen erprobt und erst dann gegebenenfalls auf einen größeren Apparat übertragen. Andererseits sind für den Bereich der Kammermusik, der in der DDR eine weitaus weniger repräsentative Stellung besaß als jener der „großen“ Orchesterwerke, mehr Freiräume und weniger ideologisch geprägte Vorgaben zu erwarten gewesen (was sich zumindest in der Tendenz bestätigt hat). Bezieht also die Untersuchung kammer- wie orchestermusikalische Gattungen gleichermaßen ein, wird damit sowohl der Stellenwert kompositorischer als auch parteistaatlicher Faktoren berücksichtigt.

Der Forschungsansatz der Arbeit nutzt soziologische Modelle aus der Tradition des Pragmatismus, greift deren Handlungsbegriff auf und verbindet diesen mit wesentlichen Aspekten von Macht und Herrschaft. Damit wurde eine Orientierung für die Frage nach der Einflussmöglichkeit von Politik auf Kunst (und von Kunst auf Politik) möglich. Ebenso unerlässlich war die Bearbeitung der Frage, welche Möglichkeiten des Umgangs mit diesem Einfluss es auf künstlerischer Ebene gibt, und wie diese überhaupt rekonstruierbar sind. Bildete dies und die Auseinandersetzung mit der Geschichte der Kunstpolitik in der DDR den Ausgangspunkt der Forschungsarbeit, so ergab sich für den Bereich der Musik- und Kompositionsgeschichte schließlich eine Fokussierung auf Fragen von Technik(en), musikalischer Autonomie und politisch engagierter Kunst, die je aus staatlicher Sicht und kompositorischer Perspektive behandelt werden.

Die in der Dissertation untersuchten Werke begründen sich in der Auswahl auf dem Interesse an kompositorischen Innovationen, die im Verhältnis zur Kulturpolitik betrachtet werden sollen. Versteht man Innovation als individuelle, beabsichtigte und zielgerichtete Neugestaltung von musikalischen Elementen im Rahmen eines bereits bestehenden Bestimmungszusammenhangs, so eignet sich der Begriff besonders gut für die Erschließung von Musik aus der DDR. Zu begreifen sind Innovationen in diesem Verständnis als Absicht, einen genaueren Bezug zu neu auftretenden oder veränderten Problemanforderungen herzustellen. Die Kategorie der Neuheit an sich – wesentlich für mindestens eine Tendenz in der Nachkriegsmusikgeschichte der alten Bundesrepublik – tritt damit zurück und die als innovativ beschreibbaren Techniken sowie der Umgang mit einer Gattungstradition oder neuartige Ensemblebesetzungen sind so auch in Relation zu den gesellschaftlichen Gegebenheiten zu setzen. Der Begriff beschreibt in dieser Definition erstens kompositorische Neuerungen in ihrer Spezifik, verankert diese zweitens in ihrem Entstehungskontext (unter Berücksichtigung musikalischer und/ oder kunstpolitischer Entwicklungen) und ordnet sie drittens historisch-chronologisch ein.

Begründet durch das Erkenntnisinteresse der Arbeit und den zugrunde gelegten Begriff von Innovation werden solche Werke einer analysierenden Betrachtung



tung unterzogen, die bzw. deren Komponisten punktuell oder generell in der Kritik durch staatliche Stellen standen. Die Analyse verfolgt dabei neben kompositorischen Gesichtspunkten immer auch die zentrale Fragestellung des Forschungsansatzes zum Zusammenhang von Herrschaftssicherung und künstlerischer Innovation in autoritären und totalitären Gesellschaftssystemen. Das Einfordern einer „sozialistisch-realistischen“ Musik auf der Basis konventioneller Gestaltungsformen ist dabei durchaus als eine Form der Kontrolle interpretierbar, während folglich Neuerungen in der Kunst von der Partei- und Staatsführung als unkontrollierbar empfunden wurden. Zahlreiche Quellenbefunde zeigen, dass auch künstlerisches Engagement für Ideen des Sozialismus, insofern neuartige Mittel eingesetzt waren, als Bedrohung eingeschätzt wurden. So griff man Tilo Medeks nur für Sprechstimme und Schlaginstrumente mit unbestimmter Tonhöhe quasi „sanglos“ vertontes „Dekret für den Frieden“ (1967) auf einer Verbandskonferenz als „beschämende Entgleisung“ an. Indem kritisierte Kompositionen in den Mittelpunkt gestellt werden, können die vielfältigen Zusammenhänge zwischen dem Herrschaftsanspruch der Partei, den gesellschaftlich-(musik)politischen Gegebenheiten und den Werken selbst gezeigt und verstanden werden.

Hinsichtlich der staatlichen Verfügungsmechanismen auf Kunst hat sich im Ergebnis deren deutliche Verschiebung herauskristallisiert. Während ideologische Vorgaben, ästhetische Normierung und die offene (in den Quellen nachweisbare) Kritik an Künstlern maßgeblich für die Kunstpolitik der sechziger Jahre sind, ist dies endgültig in den achtziger Jahren im Musikbereich kaum mehr aus den Quellen festzustellen. Daraus ist freilich nicht zu schließen, dass es keine Behinderungen und Verbote mehr gab, sondern vielmehr, dass diese nun weitaus subtilere Formen angenommen hatten. Weigerte sich etwa ein Veranstalter trotz anders lautender Zusagen, für ein Ensemble die Haftungs- und Versicherungskosten des Leihinstrumentariums zu übernehmen, so verband sich damit das Kalkül, damit eine Absage des Konzerts bewirken zu können (was im hier angesprochenen Fall aber nicht eintrat, da die Musiker privat hafteten, obwohl dies im Schadensfall sicher ihren Bankrott bedeutet hätte). Mit ähnlichen Intentionen war wohl auch das Ankündigen eines Konzertes als bereits ausverkauft behaftet (was nicht den Tatsachen entsprach). Dies sollte offenbar dazu dienen, den im Programm geplanten Werken keinerlei Öffentlichkeit und Außenwirkung zu ermöglichen. Dem methodischen Problem, hier entsprechend dem Forschungsinteresse der Arbeit einzelne Werke, die in der Kritik standen, nachzuweisen und zu analysieren, wurde damit begegnet, dass für die achtziger Jahre Werke von drei Komponisten in den Mittelpunkt gestellt wurden, die aufgrund von Wehrdienstverweigerung, höchst konträrer individueller Musikästhetik und/ oder der Weigerung, in den Komponistenverband einzutreten, einen prinzipiellen Außenseiterstatus im Musikleben der DDR besaßen (der auch durch Aktenbefunde gut belegt ist).

Die Musikgeschichte der DDR weist, wohl bedingt durch den langwierigen und komplizierten Durchsetzungsprozess der zweiten Generation – letztlich nur einen einmaligen Generationswechsel auf, der bereits in den siebziger Jahren vollzogen war. Das Auftreten

jüngerer Komponisten in den achtziger Jahren führte – im Unterschied zur mittleren Generation (deren Vertreter oftmals sogar die Lehrer der Jüngsten waren) – nicht zu deren vollständiger Etablierung. Folglich ist die enorme Präsenz einiger der vormals kritisierten Komponisten im Musikleben der späten DDR zu hinterfragen, zumal dies auch in ihrer publizistischen Vermittlung zu einer bis heute bestimmenden Sicht auf die DDR-Musikgeschichte geführt hat.

CHRISTIANE SPORN, 1974 in Gotha geboren, bis Januar 2004 Stipendiatin der Stiftung, studierte von 1995 bis 2001 Musikwissenschaft, Psychologie und Soziologie in Weimar, Jena, Wien und Leipzig. Ein weiterer Forschungsschwerpunkt der Doktorandin ist die Musikgeschichte Leipzigs im 20. Jahrhundert.

## Verzeichnis der im Reader 2005 nicht vertretenden Stipendiaten

*Hans-Joachim Föller, Meiningen*

Meinungslenkung und Öffentlichkeit. Eine vergleichende Untersuchung der beruflichen Praxis ehemaliger DDR-Journalisten und West-Journalisten am Beispiel von Themen der Aufarbeitung von Vergangenheit und Folgen der SED-Diktatur und dem Umgang mit der PDS (gefördert in den Jahren 2002 und 2003)

*Katrin Passens, Berlin*

Opposition und Repression. Der Funktionswandel der Untersuchungshaft in der Strategie des MfS am Beispiel der Berliner Untersuchungshaftanstalten in der Honecker-Ära (gefördert von Januar 2001 bis Ende Januar 2002; Wechsel auf eine Projektstelle eines zeithistorischen Dokumentationszentrums)

*Claudia Petzold-Kaiser, Dresden*

Künstlerische Selbstorganisation und gegeninstitutionelle Wirkungsmacht. Autonome Künstlergruppen und ihr Beitrag zur Ausprägung dissidenter Kulturmilieus in der DDR (gefördert in den Jahren 2001 und 2002)

*Henning Pietzsch, Berlin*

Opposition und Widerstand in der ehemaligen DDR am regionalen Beispiel der evangelischen Jugendarbeit der „Offenen Arbeit“ in Jena zwischen 1970 und 1989 (gefördert von September 2001 bis Dezember 2002, Dissertation erschienen: Pietzsch, Henning: *Jugend zwischen Kirche und Staat. Geschichte der kirchlichen Jugendarbeit in Jena 1970–1989*. Köln, Weimar 2005.)

*Clemens Witt, Berlin*

Kriegs- und Wehrdienstverweigerung in der DDR. Über die Erinnerungen und das kollektive Gedächtnis von Bausoldaten der NVA (gefördert von August 2001 bis Juli 2002)

*Angelika Zahn, Frankfurt*

Topographie des Erinnerns an die NS-Zeit: Initiativen der ostdeutschen Bevölkerung. Eine Analyse von Aushandlungsprozessen in einer Diktatur (gefördert von August 2001 bis Juli 2003)

# Anhang

## ... gefördert durch: Stiftung Aufarbeitung

Die bundesunmittelbare Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur hat sich seit ihrer Gründung im Jahre 1998 für die universitäre und außeruniversitäre Forschung zur Geschichte der DDR und der deutschen Teilung zu einer wichtigen Fördereinrichtung entwickelt. Sie beschränkt sich dabei keineswegs auf die Vergabe von Promotionsstipendien. Durch die Vergabe von Druckkostenzuschüssen sowie die Förderung von Konferenzen und Kolloquien befördert die Stiftung Aufarbeitung den wissenschaftlichen Diskurs und den Wissenstransfer. Die Stiftung Aufarbeitung kann mit ihrer Wissenschaftsförderung das diesbezügliche Engagement so großer Fördereinrichtungen wie der DFG oder Volkswagenstiftung nicht ersetzen. Die Förderung der Stiftung Aufarbeitung steht komplementär zur Förderpraxis dieser Institutionen. Eine Förderung wissenschaftlicher Forschungs- und Dokumentationsprojekte mit befristeten Stellen vermag die Stiftung Aufarbeitung grundsätzlich nicht zu leisten. Über die Möglichkeiten und Grenzen der Wissenschaftsförderung informiert die Homepage der Stiftung [www.stiftung-aufarbeitung.de](http://www.stiftung-aufarbeitung.de). Die nachfolgende Aufstellung umfasst Publikationen, deren Drucklegung, zum Teil auch Erarbeitung von der Stiftung Aufarbeitung seit 1998 ermöglicht worden ist.

- Ahrberg, Edda/ Hertle, Hans-Hermann/ Hollitzer, Tobias/ Stiftung zur Aufarbeitung d. SED-Diktatur (Hrsg.): Die Toten des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953. Münster: Lit Verlag, 2004.
- Amos, Heike: Politik und Organisation der SED-Zentrale 1949–1963. Struktur und Arbeitsweise von Politbüro, Sekretariat, Zentralkomitee und ZK-Apparat. Münster: Lit Verlag, 2003.
- Arnold, Klaus/ Claassen, Christoph (Hrsg.). Zwischen Pop und Propaganda. Radio in der DDR. Berlin: Ch. Links Verlag, 2004.
- Arnsward, Ulrich: Zum Stellenwert des Themas DDR-Geschichte in den Lehrplänen der deutschen Bundesländer. Eine Expertise im Auftrag der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Berlin: Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, 2004.
- Assmann, Reinhard (Hrsg.): Der Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden in der DDR. Ein Leitfaden zu Strukturen – Quellen – Forschung. Kassel: Oncken, 2004.
- Best, Heinrich/ Mestrup, Heinz (Hrsg.): Die Ersten und die Zweiten Sekretäre der SED. Machtstrukturen und Herrschaftspraxis in den thüringischen Bezirken der DDR. Weimar: Hain, 2003.
- Bischof, Ulf: Die Kunst und Antiquitäten GmbH im Bereich kommerzielle Koordinierung. Berlin: de Gruyter Recht, 2003.
- Börrnert, René: Wie Ernst Thälmann treu und kühn! Das Thälmann-Bild der SED im Erziehungsalltag der DDR. Heilbrunn: Klinkhardt, 2004.
- Bruhn, Peter: 17. Juni 1953. Bibliographie. Berlin: Berliner Wiss.-Verl., 2003.
- Burrichter, Clemens/ Diesener, Gerald (Hrsg.): Auf dem Weg zur „Produktivkraft Wissenschaft“. Leipzig: Akad. Verl.-Anst., 2002.
- Dalos, György: Die Zusammenarbeit zwischen dem MfS der DDR und der Staatssicherheit der Volksrepublik Ungarn. Umgang mit politischem und kulturellem Dissens in den siebziger und achtziger Jahren. Berlin: Forschungsverbund SED-Staat, Freie Univ. Berlin, 2003.
- Degen, Christel: Politikvorstellung und Biografie. Die Bürgerbewegung Neues Forum auf der Suche nach der kommunikativen Demokratie. Opladen: Leske + Budrich, 2000.
- Denis, Doris/ Nowak, Marion/ Priebe, Stefan: Psychische Störungen nach politischer Inhaftierung in der DDR. 2. überarb. Aufl., Berlin: Freie Univ. Berlin, Abt. für Sozialpsychiatrie, 1998.
- Döring, Hans-Joachim: „Es geht um unsere Existenz“. Die Politik der DDR gegenüber der Dritten Welt am Beispiel von Mosambik und Äthiopien. Berlin: Ch. Links Verlag, 1999.
- Doßmann, Axel: Begrenzte Mobilität. Eine Kulturgeschichte der Autobahnen in der DDR. Essen: Klartext-Verl., 2003.
- Ehlert, Gerhard/ Stadt, Jochen/ Voigt, Tobias: Die Zusammenarbeit zwischen dem Ministerium für Staatssicherheit der DDR (MfS) und dem Ministerium des Innern Kubas (MININT). Berlin: Freie Univ., 2002.
- Engelbrecht, Sebastian: Kirchenleitung in der DDR. Eine Studie zur politischen Kommunikation in der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens 1971–1989. Leipzig: Evang. Verl.-Anst., 2000.
- Eppelmann, Rainer/ Faulenbach, Bernd/ Mähler, Ulrich (Hrsg.): Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung. Paderborn: Schöningh, 2003.
- Erler, Peter/ Knabe, Hubertus: Der verbotene Stadtteil. Stasi-Sperrbezirk Berlin-Hohenschönhausen. Berlin: Jaron-Verl., 2005 [ersch. 2004].
- Findeis, Hagen: Das Licht des Evangeliums und das Zwielficht der Politik. Kirchliche Karrieren in der DDR. Frankfurt a. Main: Campus-Verl., 2002.
- Flegel, Silke/ Hoffmann, Frank/ Overhof, Evelyn (Hrsg.): Der Volksaufstand am 17. Juni 1953 – ein gesamtdeutsches Ereignis? Bochum: Ruhr-Univ. Bochum, 2004.
- Fricke, Karl Wilhelm: Der Wahrheit verpflichtet : Texte aus fünf Jahrzehnten zur Geschichte der DDR. Berlin: Ch. Links Verlag, 2000.
- Geisel, Christof/ Sachse, Christian: Wiederentdeckung einer Unperson. Robert Havemann im Herbst 89. Zwei Studien. Berlin: Robert-Havemann-Ges., 2000.
- Grafe, Roman: Die Grenze durch Deutschland. Eine Chronik von 1945 bis 1990. Berlin: Siedler Verlag, 2002.
- Großbölting, Thomas/ Thamer, Hans-Ulrich (Hrsg.): Die Errichtung der Diktatur. Transformationsprozesse in der sowjetischen Besatzungszone und in der frühen DDR. Münster: Aschendorff, 2003.
- Großbölting, Thomas: SED-Diktatur und Gesellschaft. Bürgertum, Bürgerlichkeit und Entbürgerlichung in Magdeburg und Halle. Halle: Mitteltdt. Verl., 2001.
- Haase, Norbert/ Pampel, Bert (Hrsg.): Die Waldheimer „Prozesse“ – Fünfzig Jahre danach. Dokumentation der Tagung der Stiftung Sächsische Gedenkstätten am 28. und 29. September 2000 in Waldheim. Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2001.
- Hannemann, Simone: Robert Havemann und die Widerstandsgruppe „Europäische Union“. Eine Darstellung der Ereignisse und deren Interpretation nach 1945. Berlin: Robert-Havemann-Ges., 2001.
- Hartewig, Karin/ Lüdtko, Alf (Hrsg.): Das DDR im Bild. Zum Gebrauch der Fotografie im anderen deutschen Staat. Göttingen: Wallstein-Verl., 2004.

- Hartewig, Karin: Das Auge der Partei. Fotografie und Staatssicherheit. Berlin: Ch. Links Verlag, 2004.
- Hartewig, Karin: Zurückgekehrt. Die Geschichte der jüdischen Kommunisten in der DDR. Köln: Böhlau, 2000.
- Heldmann, Philipp: Herrschaft, Wirtschaft, Anoraks. Konsumpolitik in der DDR der Sechzigerjahre. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2004.
- Heppener, Sieglinde/ Heppener, Siegfried: Quellen zu Opposition und Widerstand Ostberliner Sozialdemokraten 1945–1961. Eine Handreichung. Berlin: Franz-Neumann-Archiv e. V., 2004
- Herzberg, Guntolf: Aufbruch und Abwicklung. Neue Studien zur Philosophie in der DDR. Berlin: Ch. Links Verlag, 2000.
- Heydemann, Günther/ Mai, Gunther/ Müller, Werner (Hrsg.): Revolution und Transformation in der DDR 1989/90. Berlin: Duncker & Humblot, 1999.
- Hoff, Henning: Großbritannien und die DDR 1955–1973. Diplomatie auf Umwegen. München: Oldenbourg, 2003.
- Hölscher, Christoph: NS-Verfolgte im „antifaschistischen Staat“. Vereinnahmung und Ausgrenzung in der ostdeutschen Wiedergutmachung (1945–1989). Berlin: Metropol-Verl., 2002.
- Horstmann, Thomas: Logik der Willkür. Die Zentrale Kommission für Staatliche Kontrolle in der SBZ/DDR von 1948 bis 1958. Köln: Böhlau, 2002.
- Huberth, Franz (Hrsg.): Die Stasi in der deutschen Literatur. Tübingen: Attempto-Verl., 2003.
- Huberth, Franz: Aufklärung zwischen den Zeilen. Stasi als Thema in der Literatur. Köln: Böhlau, 2003.
- Hüttmann, Jens: Die „Gelehrte DDR“ und ihre Akteure. Inhalte, Motivationen, Strategien: Die DDR als Gegenstand von Lehre und Forschung an deutschen Universitäten. Wittenberg: Institut für Hochschulforschung Wittenberg, 2004.
- Hüttmann, Jens / Mählert, Ulrich/ Pasternack, Peer (Hrsg.): DDR-Geschichte vermitteln : Ansätze und Erfahrungen in Unterricht, Hochschullehre und politischer Bildung. Berlin: Metropol-Verl., 2004.
- Jordan, Carlo: Kadenschmiede Humboldt-Universität zu Berlin. Aufbegehren, Säuberungen und Militarisierung 1945–1989. Berlin: Ch. Links Verlag, 2001.
- Kaminsky, Annette (Hrsg.): Orte des Erinnerns. Gedenkzeichen, Gedenkstätten und Museen zur Diktatur in der SBZ und DDR. Leipzig: Forum Verlag, 2004.
- Kerz-Rühling, Ingrid/ Plänklers, Tomas: Verräter oder Verführte. Eine psychoanalytische Untersuchung inoffizieller Mitarbeiter der Stasi. Berlin: Ch. Links Verlag, 2004.
- Klopffzeichen. Kunst und Kultur der 80er Jahre in Deutschland. Begleitbuch zur Doppelausstellung Mauersprünge (Hrsg. von Lindner, Bernd/ Eckert, Rainer) und Wahnzimmer (Hrsg. von Blume, Eugen/ Gaßner, Hubertus/ Gillen, Eckhart). Leipzig: Faber & Faber, 2002.
- Kloth, Hans Michael: Vom „Zettelfalten“ zum freien Wählen. Die Demokratisierung der DDR 1989/90 und die „Wahlfrage“. Berlin: Ch. Links Verlag, 2000.
- Kluge, Matthias: Das Christliche Friedensseminar Königswalde bei Werdau. Ein Beitrag zu den Ursprüngen der ostdeutschen Friedensbewegung in Sachsen. Leipzig: Evang. Verl.-Anst., 2004.
- Kowalczyk, Ilko-Sascha: Geist im Dienste der Macht. Hochschulpolitik in der SBZ/DDR 1945 bis 1961. Berlin: Ch. Links Verlag, 2003.
- Kreutzer, Florian: Die Institutionenordnung der DDR. Zur Widersprüchlichkeit des Berufs im Staatssozialismus. Wiesbaden: Westdt. Verlag, 2001
- Kubina, Michael: Von Utopie, Widerstand und Kaltem Krieg. Das unzeitgemäße Leben des Berliner Rätekommunisten Alfred Weiland (1906–1978). Münster: Lit Verlag, 2001.
- Kwiatkowski, Tina: Nach Buchenwald. Die Beeinflussung jugendlicher durch ihre Internierung im Speziallager Nr. 2, Buchenwald. München: Hampp, 2002.
- Lange, Peter/ Roß, Sabine (Hrsg.): 17. Juni 1953 – Zeitzeugen berichten. Protokoll eines Aufstands. Münster: Lit Verlag, 2004.
- Latotzky, Alexander: Kindheit hinter Stacheldraht: Mütter mit Kindern in sowjetischen Speziallagern und DDR-Haft. Leipzig: Forum-Verl., 2001.
- Mählert, Ulrich (Hrsg.): Vademekum DDR-Forschung. Ein Leitfaden zu Archiven, Forschungsinstituten, Bibliotheken, Einrichtungen der politischen Bildung, Vereinen, Museen und Gedenkstätten. Berlin: Ch. Links Verlag, 2002.
- Malycha, Andreas (Hrsg.): Geplante Wissenschaft. Eine Quellenedition zur DDR-Wissenschaftsgeschichte 1945–1961. Leipzig: Akad. Verl.-Anst., 2003.
- Marxen, Klaus/ Werle, Gerhard (Hrsg.): Strafjustiz und DDR-Unrecht. Dokumentation. Band 2: Gewalttaten an der deutsch-deutschen Grenze (in 2 Teilbänden). Berlin: de Gruyter Recht, 2002. Band 4: Spionage (in 2 Teilbänden). Berlin: de Gruyter Recht, 2004.
- Mestrup, Heinz: Die SED. Ideologischer Anspruch, Herrschaftspraxis und Konflikte im Bezirk Erfurt (1971–1989). Rudolstadt: Hain, 2000.
- Michelmann, Jeannette: Aktivisten der ersten Stunde. Die Antifa in der sowjetischen Besatzungszone. Köln: Böhlau, 2002.
- Michelmann, Jeannette: Verdacht: Untergrundtätigkeit. Eine Erfurter Umweltschutzgruppe und die Staatssicherheit. Rudolstadt: Hain, 2001.
- Mihr, Anja: Amnesty International in der DDR. Der Einsatz für Menschenrechte im Visier der Stasi. Berlin: Ch. Links Verlag, 2002.
- Mihr, Anja: Amnesty International und die DDR. Die Arbeit von Amnesty International für die Menschenrechte in der DDR von 1961–1989. Berlin: Amnesty Internat., Sekt. d. Bundesrepublik Deutschland, 2002.
- Müller-Enbergs, Helmut/ Wielgoß, Jan/ Hoffmann, Dieter (Hrsg.): Wer war wer in der DDR? Ein biographisches Lexikon. Berlin: Ch. Links Verlag, 2001.
- Naumann, Katja/ Lotz, Christian/ Klemm, Thomas: Eine zweite Öffentlichkeit? Zur Verbreitung von Untergrundliteratur während der 80er Jahre in Leipzig. Leipzig: Ed. Leipziger Kreis, 2001.
- Ohse, Marc-Dietrich: Jugend nach dem Mauerbau. Anpassung, Protest und Eigensinn (DDR 1961–1974). Berlin: Ch. Links Verlag, 2003.
- Olaru, Stejarel/ Herbstritt, Georg (Hrsg.): Vademekum contemporary history Romania. A guide through archives, research institutions, libraries, societies, museums and memorial places. Berlin, Bucharest, 2004.
- Pabst, Andrea/ Schultheiß, Catharina/ Bohley, Peter (Hrsg.): Wir sind das Volk? Ostdeutsche Bürgerrechtsbewegungen und die Wende. Tübingen: Attempto-Verl., 2001.
- Pasternack, Peer: Gelehrte DDR. Die DDR als Gegenstand der Lehre an deutschen Universitäten 1990–2000 (HoF Arbeitsbericht). Wittenberg 2001.

- Peiffer, Lorenz/ Fink, Matthias: Zum aktuellen Forschungsstand der Geschichte von Körperkultur und Sport in der DDR. Eine kommentierte Bibliografie. Köln: Sport & Buch Strauß, 2003.
- Pekelder, Jacco: Die Niederlande und die DDR. Bildformung und Beziehungen 1949–1989. Münster: Agenda-Verl., 2002.
- Pfeil, Ulrich (Hrsg.): Die DDR und der Westen. Transnationale Beziehungen 1949–1989. Berlin: Ch. Links Verlag, 2001.
- Pfeil, Ulrich: Die „anderen“ deutsch-französischen Beziehungen. Die DDR und Frankreich 1949–1990. Köln: Böhlau, 2004.
- Reifarth, Gert: Die Macht der Märchen. Zur Darstellung von Repression und Unterwerfung in der DDR in märchenhafter Prosa (1976–1985). Würzburg: Königshausen & Neumann, 2003.
- Ritter, Jürgen/ Lapp, Peter Joachim: Die Grenze. Ein deutsches Bauwerk. 2. überarb. Aufl., Berlin: Ch. Links Verlag, 1998.
- Ruchniewicz, Krzysztof/ Tyszkiewicz, Jakub/ Mählert, Ulrich/ Lotz, Christian (Hrsg.): Vademekum Zeitgeschichte Polen. Ein Leitfaden durch Archive, Forschungsinstitutionen, Bibliotheken, Gesellschaften, Museen und Gedenkstätten. Wrocław, Berlin, Leipzig, 2004.
- Sabrow, Martin (Hrsg.): Skandal und Diktatur. Formen öffentlicher Empörung im NS-Staat und in der DDR. Göttingen: Wallstein-Verl., 2004.
- Sachse, Christian: Aktive Jugend – wohlgezogen und diszipliniert. Wehrerziehung in der DDR als Sozialisations- und Herrschaftsinstrument (1960–1973). Münster: Lit Verlag, 2000.
- Satjukow, Silke/ Gries, Rainer (Hrsg.): Sozialistische Helden : eine Kulturgeschichte von Propagandafiguren in Osteuropa und der DDR. Berlin: Ch. Links Verlag, 2002.
- Sattler, Friederike: Wirtschaftsordnung im Übergang. Politik, Organisation und Funktion der KPD/SED im Land Brandenburg bei der Etablierung der zentralen Planwirtschaft in der SBZ/DDR 1945-52 (2 Teilbände). Münster: Lit Verlag, 2002.
- Schäfer, Bernd: „Schwarze Kutten“. Staat und katholische Kirche im Bezirk Suhl bzw. im Bischöflichen Kommissariat Meinungen zwischen 1958 und 1966. Suhl: Bürgerkomitee d. Landes Thüringen (Hrsg.), 1999.
- Scheer, Udo: Vision und Wirklichkeit. Die Opposition in Jena in den siebziger und achtziger Jahren. 2. überarb. Aufl., Berlin: Ch. Links Verlag, 1999.
- Schier, Barbara: Alltagsleben im „sozialistischen Dorf“. Merxleben und seine LPG im Spannungsfeld der SED-Agrarpolitik (1945–1990). Münster: Waxmann, 2001.
- Schneider, Ute: Hausväteridylle oder sozialistische Utopie? Die Familie im Recht der DDR. Köln: Böhlau, 2004.
- Schöne, Jens: Frühling auf dem Lande? Die Kollektivierung der DDR-Landwirtschaft. Berlin: Ch. Links Verlag, 2005.
- Schönfelder, Jan: Mit Gott gegen Gülle. Die Umweltgruppe Knau/Dittersdorf 1986 bis 1991. Eine regionale Protestbewegung in der DDR. Rudolstadt: Hain, 2000.
- Seidel, Thomas A. (Hrsg.): Gottlose Jahre? Rückblicke auf die Kirche im Sozialismus der DDR. Leipzig: Evang. Verl.-Anst., 2002.
- Seidel, Thomas A. (Hrsg.): Thüringer Gratwanderungen. Beiträge zur fünfundsiebzigjährigen Geschichte der Evangelischen Landeskirche Thüringens. Leipzig: Evang. Verl.-Anst., 1998.
- Seidel, Thomas A.: Im Übergang der Diktaturen. Eine Untersuchung zur kirchlichen Neuordnung in Thüringen 1945–1951. Stuttgart: Kohlhammer, 2003.
- Sélitrenny, Rita: Doppelte Überwachung. Geheimdienstliche Ermittlungsmethoden in den DDR-Untersuchungshaftanstalten. Berlin: Ch. Links Verlag, 2003.
- Semrau, Jens (Hrsg.) in Zusammenarbeit mit Ebert, Hildtrud: Was ist dann Kunst? Die Kunsthochschule Weißensee 1946–1989 in Zeitzeugengesprächen. Berlin: Lukas-Verl., 2004.
- Siegmund, Jörg: Opfer ohne Lobby? Ziele, Strukturen und Arbeitsweise der Verbände der Opfer des DDR-Unrechts. Berlin: Berliner-Wissenschaftsverlag, 2002.
- Speckmann, Thomas: Hugo Dornhofer. Biographische Studien 1896–1977. Rudolstadt: Hain, 2003.
- Steffen Gerber, Therese: Das Kreuz mit Hammer, Zirkel, Ährenkranz. Die Beziehungen zwischen der Schweiz und der DDR in den Jahren 1949–1972. Berlin: Berlin-Verl. Arno Spitz, 2002.
- Stengel, Friedemann: Die theologischen Fakultäten in der DDR als Problem der Kirchen- und Hochschulpolitik des SED-Staates bis zu ihrer Umwandlung in Sektionen 1970/71. Leipzig: Evang. Verl.-Anst., 1998.
- Stöver, Bernd: Die Befreiung vom Kommunismus. Amerikanische Liberation Policy im Kalten Krieg 1947–1991. Köln: Böhlau, 2002.
- Teichler, Hans Joachim/ Buss, Wolfgang/ Peiffer, Lorenz: Archive und Quellen zum Sport in der SBZ/DDR. Köln: Sport & Buch Strauß, 2003.
- Trobisch-Lütge, Stefan: Das späte Gift. Folgen politischer Traumatisierung in der DDR und ihre Behandlung. Gießen: Psychosozial-Verl., 2004.
- Weber, Hermann / Mählert, Ulrich/ Bayerlein, Bernhard H./ Dähn, Horst/ Faulenbach, Bernd/ Foitzik, Jan/ Neubert, Ehrhart/ Wilke, Manfred (Hrsg.): Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2004. Berlin: Aufbau-Verl., 2004.
- Wilczek, Annette: Einkommen – Karriere – Versorgung. Das DDR-Kombinat und die Lebenslage seiner Beschäftigten. Berlin: Metropol-Verl., 2004.
- Winkler, Kathrin: Die Kündigung wegen Tätigkeit für das MfS in der Praxis. Eine rechtstatsächliche Untersuchung der vom Thüringer Kultusministerium wegen MfS-Verstrickung und/oder Verschweigens dieser Verstrickung ausgesprochenen Kündigungen und ihrer Überprüfung durch die Thüringer Arbeitsgerichtsbarkeit. Frankfurt a. Main: Lang, 2003.
- Wissenschaftshistorische Adlershofer Splitter: Zur Geschichte physikalischer, technischer und mathematischer Forschungsstätten der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin in Berlin-Adlershof bis zum Ende der 1960er Jahre. Berlin: WITEGA (Hrsg.), 1998. Zur Geschichte von chemischen Forschungsstätten der Akademie der Wissenschaften. 3. Aufl., Berlin: WITEGA (Hrsg.), 1998.
- Wüstenberg, Ralf Karolus: Die politische Dimension der Versöhnung. Eine theologische Studie zum Umgang mit Schuld nach den Systemumbrüchen in Südafrika und Deutschland. Gütersloh: Kaiser, 2004.
- Wüstenhagen, Jana: „Blick durch den Vorhang“. Die SBZ/DDR und die Integration Westeuropas (1946–1972). Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2001.
- Zeitzeugen berichten. Wie die DDR die Universitäten unterdrückte. Bonn: Dt. Hochschulverb., 1999.
- Zimmermann, Verena: „Den neuen Menschen schaffen“. Die Umerziehung von schwererziehbaren und straffälligen Jugendlichen in der DDR. Köln: Böhlau, 2004.
- Zur Nieden, Susanne: Unwürdige Opfer. Die Aberkennung von NS-Verfolgten in Berlin 1945 bis 1949. Berlin: Metropol-Verl., 2003.

## V. StipendiatInnenkolloquium der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

**BEGINN:** Donnerstag, 10. Februar 2005, 18 Uhr  
**ENDE:** Samstag, 12. Februar 2005, voraussichtlich 16/17 Uhr  
**ORT:** Haus der Demokratie, Greifswalder Str. 4, 10405 B. (Robert-Havemann-Saal)

Donnerstag, 10. Februar 2005

18:00–21:00 Abendessen mit Mitgliedern des Vorstandes und des Fachbeirates Wissenschaft der Stiftung Aufarbeitung im Cafe des Hauses der Demokratie, „E. Malatesta“, Greifswalderstr. 4

Freitag, 11. Februar 2005

9:00– 9:15 Begrüßung  
9:15–10:15 Jens **Hüttmann**: Wissenschaftspraxis und Gedächtnis – Untersuchung eines Spannungsfeldes am Beispiel der Historisierung der DDR nach 1990  
10:15–10:45 Kaffeepause  
10:45–11:30 Wir sind die „Neuen“ (1. Teil): Hedwig **Richter** & die Herrnhuter Brüdergemeine, Claus Löser & der unangepasste Film in der DDR  
11:30–12:30 Michael **Ploenus**: Herrschaft – Lehre – Forschung. Die Geschichte des institutionalisierten Marxismus-Leninismus am Beispiel der Universität Jena 1945 bis 1990  
12:30–13:30 Mittagspause  
13:30–14:30 Philip **Matthes**: Der lange Weg vom Mauerbau zur Anerkennung. Die Beziehungen zwischen der DDR und den USA von 1961 bis 1974  
14:30–15:30 Wir sind die „Neuen“ (2. Teil): Rafal **Rogulski-Pytlak** & die „Freundschaftsgrenze“ zwischen der DDR und Polen, Rita **Horvay** & der Umgang mit politischer Gefangenschaft, Christina **Morina** & die Erinnerung an Stalingrad  
15:30–16:30 Kaffeepause  
16:30–17:30 Frank **Roggenbuch**: Das Berliner Grenzgängerproblem in der Systemkonkurrenz 1948/49–1961  
17:30–18:30 Jörg **Schumacher**: Das politische Grenzregime der DDR gegenüber Polen und Tschechoslowakei  
18:30–19:30 Abendessen  
19:30–21:00 Dr. Sabine **Vogel**: „Nichts leichter als das?“ Anforderungen an zeithistorische Ausstellungen

Samstag, 12. Februar 2005

9:00–10:00 Thomas **Klemm**: Zwischen Ambition und Scheitern. Die kunsttheoretische Forschung an zwei Fachbereichen Kunsterziehung in der DDR von 1960 bis 1991  
10:00–11:00 Jan **Scheunemann**: Die historischen Regional- und Heimatmuseen in der SBZ/DDR im Spannungsfeld von zentraler Kulturpolitik, Geschichtswissenschaft und regionalen Voraussetzungen  
11:00–11:30 Kaffeepause  
11:30–12:30 Wir sind die Neuen (3. Teil): Tilmann **Siebeneichner** & die Kampfgruppen der Arbeiterklasse, Michael **Heinz** & die Landwirtschaft in den Nordbezirken, Juliane **Schütterle** & die betriebliche Sozialpolitik der Wismut  
12:30–13:30 Mittagspause  
13:30–14:30 Jens **Saadhoff**: Zwischen diktatorischer Praxis und Eigensinn. Germanistische Literaturwissenschaft in der SBZ/DDR  
14:30–15:30 Thomas **Kochan**: Alkohol und Alkoholrausch in der DDR  
15:30–15:45 Kaffeepause  
15:45–16:45 Jeannine **Drohla**: Aufarbeitung vs. Allgemeines Persönlichkeitsrecht – Der Fall des § 32 StUG  
16:45–17:00 Schlussbesprechung

## Verzeichnis der abgedruckten Beiträge

- Balbir, Uta Andrea: Kalter Krieg auf der Aschenbahn – Eine deutsch-deutsche Beziehungsgeschichte 1950–72 (2003) S. 36
- Bores, Dorothee: „Schriftsteller: Ja-Sager oder Nein-Sager?“ – Eine historiographische Darstellung des P.E.N.-Clubs in der DDR und dessen Vereinigung mit dem Deutschen P.E.N.-Zentrum (Bundesrepublik) (1951/53–1998) (2004) S. 33
- Detjen, Marion: „Menschenhandel“ oder Widerstand? Fluchthilfe für DDR-Bewohner nach dem Mauerbau (2001) S. 59
- Dippel, Carsten: Die Evangelische Kirche in der DDR und die Ausreisebewegung der 70er und 80er Jahre (2001) S. 61
- Drohla, Jeannine: Aufarbeitung vs. Allgemeines Persönlichkeitsrecht – Der Fall des § 32 StUG (2004) S. 31
- Föllmer, Hans-Joachim: Meinunglenkung und Öffentlichkeit. Eine vergleichende Untersuchung der beruflichen Praxis ehemaliger DDR-Journalisten und West-Journalisten am Beispiel von Themen der Aufarbeitung von Vergangenheit und Folgen der SED-Diktatur und dem Umgang mit der PDS (2002) S. 73
- Grashoff, Udo: Der Umgang mit Selbsttötungen in der DDR (2002) S. 51
- Greiner, Bettina: Zeugnisse vom Leid. Die Speziallagerhaft in der SBZ/DDR 1945-1950 im Spiegel der Berichte ehemaliger Häftlinge und ihre öffentliche Resonanz (2001) S. 63
- Heinz, Michael: Entwicklung der Landwirtschaft und des ländlichen Lebens Mitte der 1960er Jahre bis Anfang der 1980er Jahre in den drei Nordbezirken der DDR (2005) S. 25
- Horvay, Rita: Gespaltener Lebenskontext. Der Umgang mit politischer Gefangenschaft ehemaliger DDR-Bürger in Familie und Gesellschaft (2005) S. 13
- Hüttmann, Jens: Wissenschaftspraxis und Gedächtnis – Untersuchung eines Spannungsfeldes am Beispiel der Historisierung der DDR nach 1990 (2004) S. 3
- Klemm, Thomas: Zwischen Ambition und Scheitern. Die kunsttheoretische Forschung an zwei Fachbereichen Kunsterziehung in der DDR von 1960 bis 1991 (2004) S. 19
- Kochan, Thomas: Alkohol und Alkoholrausch in der DDR (2004) S. 29
- Kuschel, Ulrike: Künstlerische Selbstbehauptung im geteilten Deutschland – Leben und Werk von Roger Loewig (1930-1997) (2001) S. 65
- Löser, Claus: Strategien der Verweigerung – Untersuchungen zum politisch-ästhetischen Gestus unangepasster filmischer Artikulationen im finalen Jahrzehnt des DDR-Sozialismus (2005) S. 7
- Marmugi, Chiara: Interpretationen des Ikarus-Mythos in der Literaturgeschichte der DDR (2001) S. 68
- Matthes, Philip: Der lange Weg vom Mauerbau zur Anerkennung. Die Beziehungen zwischen der DDR und den USA von 1961 bis 1974 (2004) S. 9
- Morina, Christina: Vermächtnis und Gedächtnis Stalingrad: Erinnerung, Aufarbeitung und Darstellung des Krieges an der Ostfront in der politischen Kultur in Deutschland 1943-2003 (2005) S. 13
- Niederhut, Jens: Reise und Austausch. Ostdeutsche Naturwissenschaftler in der Scientific Community während des Kalten Krieges (2003) S. 37
- Passens, Katrin: Opposition und Repression. Der Funktionswandel der Untersuchungshaft in der Strategie des MfS am Beispiel der Berliner Untersuchungshaftanstalten in der Honecker-Ära (2001) S. 73
- Pelka, Anna: Jugendmode als Jugendkultur im Kontext der politischen und kulturellen Entwicklung der VR Polen und der DDR seit den 70er Jahren (2003) S. 39
- Petzold-Kaiser, Claudia: Künstlerische Selbstorganisation und gegeninstitutionelle Wirkungsmacht. Autonome Künstlergruppen und ihr Beitrag zur Ausprägung dissidenten Kulturmilieus in der DDR (2001) S. 73
- Pietzsch, Dr. Henning: Opposition und Widerstand. Geschichte der kirchlichen Jugendarbeit „Offene Arbeit“ Jena 1970–1989 (2001) S. 73
- Ploenus, Michael: Herrschaft – Lehre – Forschung. Die Geschichte des institutionalisierten Marxismus-Leninismus am Beispiel der Universität Jena 1945 bis 1990 (2004) S. 7
- Richter, Hedwig: Fromme Lebenswelt und globaler Horizont in der SED-Diktatur: Die Herrnhuter Brüdergemeine in der SBZ/DDR von 1945 bis 1975 (2005) S. 6
- Roggenbuch, Frank: Das Berliner Grenzgängerproblem in der Systemkonkurrenz 1948/49–1961 (2004) S. 14
- Rogulski-Pytlak, Rafal: Die Öffnung der „Freundschaftsgrenze“ – Motive, Verlauf und Folgen der Einführung des pass- und visafreien Grenzverkehrs zwischen Polen und der DDR (1972–1980) (2005) S. 12
- Saadhoff, Jens: Zwischen diktatorischer Praxis und Eigensinn. Germanistische Literaturwissenschaft in der SBZ/DDR (2005) S. 27
- Schaare, Dipl.-Ing. Gudrun: Die Architektur der MfS-Untersuchungshaftanstalten. Bauforschung in Berlin-Hohenschönhausen, Dresden, Magdeburg, Potsdam und Rostock (2003) S. 41
- Scheunemann, Jan: „Gegenwartsbezogenheit und Parteinahme für den Sozialismus“ Die historischen Regional- und Heimatmuseen in der SBZ/DDR (2004) S. 22
- Schöne, Jens: Agrarpolitik und Krisenmanagement. Die Kollektivierung der Landwirtschaft in der DDR (1952–1961) (2001) S. 69
- Schumacher, Jörg: Das politische Grenzregime der DDR gegenüber Polen und Tschechoslowakei (2004) S. 17
- Schütterle, Juliane: Zwischen Privileg und Anpassung. Arbeits- und Lebensbedingungen im Sonderbetrieb Uranerzbergbau Wismut der DDR und die Rolle der Industriegewerkschaft im Spiegel der betrieblichen Sozialpolitik 1946–1989 (2005) S. 26
- Schwane, Daniel: Wider den Zeitgeist? Konflikt und Deeskalation im Berlin des Kalten Krieges von 1948 bis 1965 (2002) S. 53
- Siebeneichner, Tilmann: Proletarischer Mythos und Realer Sozialismus. Die Kampfgruppen der Arbeiterklasse in der DDR (2005) S. 24
- Sporn, Christiane: Komponieren trotz und unter Hindernissen: Innovationen in zeitgenössischen Instrumentalkompositionen im Kontext restriktiver Kulturpolitik der DDR. Untersuchung zur Einflussnahme der kunstpolitischen Doktrin auf die Praxis des Komponierens (2001) S. 71
- Sturm, Daniel Friedrich: Die SPD und die Vereinigung Deutschlands 1989/90 unter besonderer Berücksichtigung der Sozialdemokratischen Partei in der DDR (SDP) (2003) S. 43
- Subklew-Jeutner, Dr. Marianne: Der Pankower Friedenskreis. Darstellung der Geschichte, Arbeits- und Wirkungsformen eines oppositionellen Kreises innerhalb der Evangelischen Kirche der DDR und seine Einordnung in den Kontext der DDR-Opposition (2002) S. 55
- Timm, Susanne: Das Kinderheim für namibische Flüchtlingskinder in Bellin/DDR: Ein pädagogisches Projekt der SED-Solidaritätspolitik (2002) S. 57
- Ullrich, Maren: Mauer, Zaun und Stacheldraht. Zur Symbolgeschichte der deutsch-deutschen Grenze (2003) S. 45
- Wiese, René: Die Kinder- und Jugendsportschulen der DDR 1950–1989 (2003) S. 47
- Wurschi, Peter: Entwicklung, Wirken und Bedeutung jugendlicher Subkulturen im provinziellen Raum der DDR am Beispiel des Bezirkes Suhl, im Kontext der staatlichen Jugendpolitik und Herrschaftssicherung (2003) S. 49
- Zahn, Angelika: Topographie des Erinnerns an die NS-Zeit: Initiativen der ostdeutschen Bevölkerung. Eine Analyse von Aushandlungsprozessen in einer Diktatur (2001) S. 73

## **Der Vorstand der Stiftung Aufarbeitung**

Rainer Eppelmann, MdB (Vorsitzender)  
Prof. Dr. Bernd Faulenbach (stellv. Vorsitzender)  
Doris Liebermann  
Gerd Poppe  
Dr. Hermann Rudolph

## **Die Mitglieder des Fachbeirates Wissenschaft der Stiftung Aufarbeitung**

Prof. Dr. Peter Maser (Vorsitzender)  
Prof. Dr. Sigrid Meuschel (stellv. Vorsitzende)

Prof. Dr. Dieter Dowe  
Prof. Dr. Klaus-Dietmar Henke  
Prof. Dr. Wolfgang Höpken  
Prof. Dr. Eckhard Jesse  
Prof. Dr. Ralph Jessen  
Prof. Dr. Christoph Kleßmann  
Dr. Hubertus Knabe  
Dr. Renate Köcher  
Dr. Armin Mitter  
Prof. Dr. Dr. h.c. Horst Möller  
Prof. Dr. Detlef Pollack  
Prof. Dr. Hermann Schäfer  
Prof. Dr. Stefan Troebst

Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur  
Otto-Braun-Str. 70-72  
10178 Berlin  
Tel. 030 / 23 24 72 00  
Fax 030 / 23 24 72 10  
[buero@stiftung-aufarbeitung.de](mailto:buero@stiftung-aufarbeitung.de)  
[www.stiftung-aufarbeitung.de](http://www.stiftung-aufarbeitung.de)